

UMWELTFORSCHUNGSPLAN  
DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR UMWELT,  
NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“



Förderkennzeichen (UFOPLAN) 204 61 218/01

**Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit**

**Teil 2**

**Gute-Praxis-Beispiele in Kommunen – Mitmachen lohnt!**

von

Christa Böhme, Rainer Fehr, Wenke Girmann-Russ, Marcus Pierk,  
Bettina Reimann, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Waldemar Süß

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding

Forschungsprojektleitung: Dr. Rolf-Peter Löhr

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Berlin, November 2005

**Projektleitung:**



**Deutsches Institut für Urbanistik**

Dr. Rolf-Peter Löhr

**Projektbearbeitung:**



**Deutsches Institut für Urbanistik**

Christa Böhme  
Dr. Bettina Reimann  
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje



**agenda-transfer,  
Agentur für Nachhaltigkeit GmbH**

Marcus Pierk  
Rebecca Frener  
Christina Löber



**Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen,  
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)**

Prof. Dr. Eberhard Göpel  
Wenke Girmann-Russ



**Institut für Medizinsoziologie  
am Universitätsklinikum Eppendorf  
der Universität Hamburg**

Waldemar Süß  
Ingmar Schäfer



**Landesinstitut für den  
Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen**

Dr. Rainer Fehr

Die vorliegende Veröffentlichung wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Umsetzung Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit – Teilprojekt: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ als Teil 2 des Vorhabens erstellt. Die „Expertise: Kommunale Praxis“ ist im Mai 2005 als Teil 1 des Vorhabens erschienen. Das Projekt wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter dem Förderkennzeichen (UFOPLAN) 204 61 218/01 vom Umweltbundesamt gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

---

# Inhalt

<b>1. Einführung</b> .....	5
1.1 Umwelt und Gesundheit – ein kommunales Thema .....	5
1.2 Informationsbedarf der lokalen Akteure .....	6
1.3 Gute-Praxis-Beispiele: Ziel und Vorgehensweise .....	7
1.4 Gute-Praxis-Kriterien .....	11
1.4.1 Basiskriterien .....	12
1.4.2 Zusatzkriterien .....	12
1.5 Begriffsklärung .....	16
<b>2. Umwelt und Gesundheit – Strategische Handlungsfelder: Gute Praxis</b> .....	17
2.1 Wohin soll die Reise gehen? Entwicklung von Leitbildern und Zielen .....	17
2.2 Miteinander geht's besser: Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme .....	36
2.3 TÜV für Umwelt und Gesundheit: Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vorhaben .....	53
2.4 Daten für Taten: Berichterstattung .....	68
2.5 Fit für Umwelt und Gesundheit: Beratungs- und Bildungsarbeit .....	86
2.6 Umwelt und Gesundheit transparent gemacht: Themenorientierte Öffentlichkeitsarbeit .....	97
<b>3. Umwelt und Gesundheit – Inhaltliche Handlungsfelder: Gute Praxis</b> .....	109
3.1 Blauer Himmel – Wohlbefinden: Reinhaltung der Außenluft .....	109
3.2 Gute Luft in allen Räumen: Luftqualität in Innenräumen .....	125
3.3 Vorbeugen durch Dialog: Strahlenschutz am Beispiel Mobilfunk .....	139
3.4 In der Ruhe liegt die Kraft: Lärmbekämpfung .....	149
3.5 Ohne geht's nicht: Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz .....	166
3.6 Der Boden unter unseren Füßen: Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Altlastenmanagement .....	180
3.7 Auch ohne Auto zum Ziel: Umweltschonende und gesundheits- fördernde Mobilität .....	196
3.8 Schöner Wohnen: Wohnumfeldverbesserung .....	212
3.9 Draußen spielen leicht gemacht: Umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung .....	229
<b>Anhang</b> .....	243
1. Gute-Praxis-Beispiele im Überblick .....	245
2. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner .....	251
3. Sachregister .....	253



---

# 1. Einführung



## 1.1 Umwelt und Gesundheit – ein kommunales Thema

Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ hat in den letzten Jahren vor allem in Hinblick auf Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung national und international zunehmend an Bedeutung gewonnen. Einen wichtigen Impuls bekam das Thema durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 („Rio-Konferenz“). Die auf der Konferenz verabschiedete Agenda 21 enthält zum Schutz und der Förderung gesunder Lebensbedingungen ein eigenes Kapitel (Kapitel 6 der Agenda 21). Auch die Entstehung der „Lokalen Agenda 21“ ist auf diese Konferenz zurückzuführen (Kapitel 28 der Agenda 21). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) legte zur 2. Europäischen Konferenz „Umwelt und Gesundheit“ 1994 in Helsinki einen „Aktionsplan Umwelt und Gesundheit für Europa“ vor und die Umwelt- und Gesundheitsminister der teilnehmenden Staaten einigten sich darauf, diesen Plan auf nationaler Ebene durch „Nationale Aktionspläne Umwelt und Gesundheit“ umzusetzen. Auch in Deutschland wurde 1999 ein bundesweites Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) ins Leben gerufen.

Ziel des deutschen Aktionsprogramms ist es, durch Forschung, Information, Aufklärung und Kooperation mit dazu beizutragen, dass alle beteiligten Akteure – Politik, Verwaltung und Gesellschaft – Umwelt- und Gesundheitsschutz stärker miteinander verknüpfen und damit den Schutz der Gesundheit vor Umwelteinflüssen verbessern. Die Verantwortung für die Durchführung des Programms obliegt dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Bundesministerium für Gesundheit sowie seit Herbst 2002 dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Das Programm wird von mehreren wissenschaftlichen Bundesoberbehörden begleitet: dem Bundesinstitut für Risikobewertung, dem Bundesamt für Strahlenschutz, dem Robert-Koch-Institut und dem Umweltbundesamt; im Umweltbundesamt ist auch die APUG-Geschäftsstelle angesiedelt.

Für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ gewinnen neben Initiativen und Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer auch konkrete Maßnahmen der Städte und Gemeinden zunehmend an Bedeutung. Besonders auf lokaler Ebene zeichnet sich Handlungsbedarf im Hinblick auf die Entwicklung nachhaltig gesundheitsverträglicher Umweltverhältnisse ab, z.B. durch die Verringerung der Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung, die Schaffung eines gesunden Wohnumfeldes, ausreichender Erholungsflächen sowie von Spiel- und Bewegungsräumen. Eine gesunde Umwelt ist ein wichtiges Element für die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit in Kommunen. Die gegenwärtige Feinstaubdiskussion belegt dies eindrucksvoll. Bemühungen der Kommunen um die Einhaltung der am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Feinstaubgrenzwerte sind nur ein Beispiel für die vielfältigen Aktivitäten von Kommunen im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“.

Welche zunehmende Bedeutung das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ im Handeln von Kommunalverwaltungen hat, zeigen die folgenden Ergebnisse der Befragung von kommunalen Umwelt- und Gesundheitsämtern sowie von Koordinierungsstellen Lokale Agenda 21, die für den Teil 1 des im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (A-

PUG) vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhaben „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“<sup>1</sup> durchgeführt wurde:

- Gefragt nach dem Stellenwert, den die Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in ihrer Arbeit einnimmt, geben rund 47 Prozent der antwortenden Umweltämter und 43,5 Prozent der antwortenden Gesundheitsämter an, dass der Stellenwert sehr hoch bzw. hoch sei.
- Von den antwortenden Koordinierungsstellen Lokale Agenda 21 äußern etwas mehr als zwei Drittel, dass in ihrer Kommune im Rahmen der Lokalen Agenda 21 das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ bearbeitet wird. Dabei werden in über 80 Prozent dieser Kommunen auch konkrete Projekte im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ umgesetzt.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Umfrage „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“, dass Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit in den Kommunen nicht immer ausdrücklich herausgestellt bzw. erkannt werden. Aspekte des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes/der umweltbezogenen Gesundheitsförderung fließen eher implizit in übergeordnete Themenfelder wie Verkehr, Wohnen und Energie ein. Eine bewusste und systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit ist vielerorts noch nicht ausreichend gelungen. Um die Einbindung und Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ durch horizontale Vernetzung und Zusammenarbeit in den Kommunen zu befördern, scheinen daher insbesondere Informationen, Aufklärung und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit sowohl für Umwelt- und Gesundheitsakteure – innerhalb und außerhalb der Verwaltung – als auch für die Kommunalpolitik sowie die Bürger und Bürgerinnen erforderlich.

## 1.2 Informationsbedarf der lokalen Akteure

Im Rahmen der erwähnten Umfrage wurden die Koordinierungsstellen Lokale Agenda 21 sowie die Umwelt- und die Gesundheitsämter daher nach aus ihrer Sicht hilfreichen Informationen und Arbeitshilfen für die Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ befragt.

Als zentrales Ergebnis hat sich dabei herausgestellt, dass die meisten Vorortakteure Informationen und Arbeitshilfen in Form von praxisnahen Gute-Praxis-Beispielen gegenüber grundlagenorientierten Handbüchern deutlich favorisieren. Letztere werden von lokalen Akteuren als zu theorielastig und für die Dynamik von Vorortprozessen als nicht ausreichend empfunden.

Gleichzeitig werden mehrheitlich bedarfsgerechte Informationen und Arbeitshilfen zu gemeinsamen Handlungsfeldern von Umwelt und Gesundheit sowie zu Kooperationen von Umwelt- und Gesundheitsämtern von den Vorortakteuren für hilfreich gehalten. Im Mittelpunkt möglicher Informationen und Arbeitshilfen sollten inhaltliche Bezüge und Wechsel-

---

1 *Christa Böhme, Bettina Reimann und Ulla Kristina Schuleri-Hartje, Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin 2005, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de) (Rubrik Lokales).*

wirkungen zwischen Umwelt und Gesundheit bezogen auf die verschiedenen gemeinsamen Handlungsfelder sowie konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen Umwelt- und Gesundheitsakteuren stehen. Allein auf den Umwelt- oder den Gesundheitsbereich ausgerichtete sektorale Informationen und Arbeitshilfen werden hingegen deutlich weniger nachgefragt.

Dieser ausgeprägte Bedarf nach praxisorientierten und inhaltlich integrierten Informationen/Arbeitshilfen sowie nach Vorschlägen zum Aufbau und zur Unterstützung von Kooperationen korrespondiert mit der in der kommunalen Praxis noch eher selten vorhandenen expliziten Verknüpfung von Umwelt und Gesundheit und der bislang unzureichenden Aufbereitung der operativen bzw. Umsetzungsebene.

### 1.3 Gute-Praxis-Beispiele: Ziel und Vorgehensweise

#### Zielsetzung

Ziel der vorliegenden Darstellung von Gute-Praxis-Beispielen<sup>2</sup> ist es, für das kommunale Handeln eine dem Informationsbedarf der Vor-Ort-Akteure entsprechende pragmatische Arbeitshilfe mit Anregungen, Hilfestellungen und Kontakten für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zu erstellen und somit auch Anreize für weitere Initiativen im Alltagshandeln auf der kommunalen Ebene zu schaffen. Insbesondere Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit, konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen Umwelt- und Gesundheitsakteuren sowie die Umsetzungsebene werden daher in den Mittelpunkt gestellt. Dabei wird zugleich der Versuch gemacht, auch Mehrwert, Nutzen und Vorteile der Projekte für die unterschiedlichen Beteiligten im Sinne von „win-win-Situationen“ als Hauptprinzip erfolgreicher Kooperation aufzuzeigen.

Die Gute-Praxis-Beispiele sollen bewährte Lösungsansätze nachvollziehbar illustrieren und sowohl zum „Nachmachen“ als auch zu eigenen Ideen anregen. Dabei wird nicht darauf gezielt, dass die Gute-Praxis-Beispiele eins zu eins in anderen Kommunen umgesetzt werden. Dies wird aufgrund der individuellen und heterogenen Ausgangsbedingungen in den Kommunen in der Regel auch nicht möglich sein. Die Beispiele sollen vielmehr Anregungen für bedarfsgerechte sowie personal- und finanzwirtschaftlich tragfähige Aktivitäten kurz-, mittel- oder gar langfristiger Art in der eigenen Kommune geben.

Auf diese Weise richtet sich die Sammlung von Gute-Praxis-Beispielen an alle für die kommunale Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ relevanten Akteursgruppen. Hierzu zählen neben verwaltungsinternen Umwelt- und Gesundheitsakteuren auch Kommunalpolitiker, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Selbsthilfegruppen, Bildungseinrichtungen, Krankenkassen, Ärzteschaft sowie Bürgerinnen und Bürger.

Schließlich soll die Dokumentation von Gute-Praxis-Beispielen den Grundstein für ein Online-Portal „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ im Internet legen. Die Gute-Praxis-

---

2 Zunehmend wird auf einen Höchstleistungsansatz im Sinne von „Best-Practice“ bei der Auswahl und Zusammenstellung erfolgreicher und übertragbarer Praxisbeispiele verzichtet. Statt die beste aller möglichen Lösungen zu suchen, wird daher auch hier ein pragmatisches Verfahren gewählt, das bewährte Lösungen im Sinne von Gute-Praxis-Beispielen untersucht und prüft, was diese zur Zielerreichung beitragen können.

Beispiele sollen in diesem Portal leicht zugänglich gemacht und für die Nutzer ansprechend dargestellt werden. Darüber hinaus wird das Online-Portal die Möglichkeit bieten, neue Gute-Praxis-Beispiele aufzunehmen und die bereits aufgenommenen Projekte aktuell zu halten.

## Vorgehensweise

Die Sammlung und Darstellung von Gute-Praxis-Beispielen wurde vom Projektkonsortium in einem mehrstufigen Verfahren durchgeführt. Dieses Verfahren umfasste folgende Arbeitsschritte:

- Auswahl für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ relevanter Handlungsfelder,
- Auswahl von Gute-Praxis-Kriterien (vgl. ausführlich Kapitel 1.4),
- arbeitsteilige Recherche und kriteriengestützte Auswahl der Gute-Praxis-Beispiele,
- Erstellung einer einheitlichen Gliederung für die einzelnen handlungsfeldbezogenen Kapitel sowie die Darstellung der Gute-Praxis-Beispiele,
- arbeitsteilige Erstellung der einzelnen Kapitel.

Bei der *Auswahl für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ relevanter Handlungsfelder* wurden strategische und inhaltliche Handlungsfelder des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ unterschieden. Auch wenn die Übergänge zwischen diesen beiden Handlungsfeldtypen zum Teil fließend sind, wird mit dieser Unterteilung eine Akzentsetzung zugunsten strategisch-grundsätzlicher und damit komplexerer Handlungsfelder einerseits und stärker auf Einzelthemen sowie Einzelmaßnahmen und -projekte bezogene Handlungsfelder andererseits vorgenommen. Im Einzelnen werden folgende Handlungsfelder behandelt (in Klammern ist jeweils der zuständige Projektpartner benannt):

- Strategische Handlungsfelder
  - ▲ Entwicklung von Leitbildern und Zielen (lögD)
  - ▲ Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme (Difu)
  - ▲ Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vorhaben (Difu)
  - ▲ Berichterstattung (Universität Hamburg)
  - ▲ Bildungs- und Beratungsarbeit (Hochschule Magdeburg-Stendal)
  - ▲ Öffentlichkeitsarbeit (Hochschule Magdeburg-Stendal)
- Inhaltliche Handlungsfelder
  - ▲ Reinhaltung der Außenluft (lögD)
  - ▲ Luftqualität in Innenräumen (Hochschule Magdeburg-Stendal)
  - ▲ Strahlenschutz am Beispiel Mobilfunk (agenda-transfer)
  - ▲ Lärmbekämpfung (lögD)
  - ▲ Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz (agenda-transfer)



- ▲ Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Altlastenmanagement (agenda-transfer)
- ▲ Umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität (Universität Hamburg)
- ▲ Wohnumfeldverbesserung (Universität Hamburg)
- ▲ Umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung (Difu).

Die Auswahl der inhaltlichen Handlungsfelder deckt nicht alle relevanten Handlungsfelder des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ ab. Nicht zuletzt aus Kapazitätsgründen musste hier eine Reduktion vorgenommen werden. Verzichtet wurde beispielsweise auf solche Handlungsfelder wie das Handlungsfeld „Gesunde Ernährung“, über die nach Einschätzung des Projektkonsortiums bereits vielfältige Informationen für die lokale Ebene zur Verfügung stehen und in denen in den Kommunen bereits eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen durchgeführt werden<sup>3</sup>. Es besteht aber die Möglichkeit, jetzt nicht behandelte Handlungsfelder zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich in das geplante Online-Portal „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ aufzunehmen.

Einige der ausgewählten Handlungsfelder haben untereinander enge Berührungspunkte (z.B. Bildungs- und Beratungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit, Reinhaltung der Außenluft und Mobilität, Mobilität und Spiel- und Bewegungsförderung, ) so dass sich vielfach Querbezüge sowie Überlagerungen ergeben und einzelne Beispiele mehr als einem Handlungsfeld zugeordnet werden können. Solche Beispiele wurden in der Regel daher dem Handlungsfeld zugeordnet, auf das sie sich im Schwerpunkt beziehen<sup>4</sup>.

Für die *Recherche der Gute-Praxis-Beispiele* wurden bundesweit nicht alle möglichen, aber sehr viele Projekte untersucht. Folgende Quellen wurden genutzt:

- *Kommunale Umfrage*: In der kommunalen Umfrage, die im Rahmen der Expertise „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ durchgeführt wurde, wurden die Umwelt- und Gesundheitsämter nach Projekten gefragt, die aus ihrer Sicht für die Bearbeitung des Themenfeldes "Umwelt und Gesundheit" als besonders hilfreich im Sinne von Guter Praxis angesehen werden. Dabei wurden insgesamt 62 solcher Projekte in verschiedenen Handlungsfeldern des Themenfeldes "Umwelt und Gesundheit" benannt.
- *Fallstudien*: Bei den im Rahmen der Expertise „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ ebenfalls durchgeführten Fallstudien wurden von den Vor-Ort-Akteuren eine ganze Reihe erfolgreicher Projekte benannt und beschrieben.

3 Dem Handlungsfeld „Gesunde Ernährung“ beispielsweise wird bereits seitens einer Vielzahl von kommunalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen sowie von Akteuren auf Ebene der Europäischen Union, des Bundes und der Länder Aufmerksamkeit in Form von Kampagnen, Aktionen, Projekten u.a. geschenkt. Vgl. dazu: *Monika Machtolf, Dietmar Barkowski und Florian Raecke* [2005]: Analyse aktueller Aktivitäten und Strukturen im Bereich Ernährung in Nordrhein-Westfalen, im Auftrag des Landesumweltamtes Nordrhein-Westfalen, download unter <http://www.apug.nrw.de/inhalte/ernaehrung.htm>; *Christa Böhme, Bettina Reimann und Ulla Kristina Schuleri-Hartje unter Mitarbeit von Wenke Girmann-Russ, Marcus Pierk und Waldemar Süß* [2005], Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit. Expertise: Kommunale Praxis, im Auftrag des Umweltbundesamtes, Berlin 2005, S. 80 f., download unter <http://www.apug.de/lokales/agenda21-handbuch>.

4 Nur ein Gute-Praxis-Beispiel (Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in kommunale Verwaltung und Organisation – Augsburg, Bayern) wurde zwei Handlungsfeldern (Reinhaltung der Außenluft und Lärmbekämpfung) zugeordnet, wobei die Beispieldarstellung unter Berücksichtigung der spezifischen handlungsfeldbezogenen Aspekte variiert.

- *Expertenbefragung:* Auch die im Rahmen der Expertise befragten Experten benannten Projekte, die aus ihrer Sicht als Gute-Praxis-Beispiele für die erfolgreiche Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ gelten können.
- *Modellprojekte:* APUG-Modellprojekte, Projekte im Rahmen des APUG NRW und weitere Modellprojekte der Länder zum Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“, soweit sie in der Befragung der Landesministerien im Rahmen der Expertise benannt worden waren, wurden ausgewertet.
- *Projektdatenbanken:* Ebenso wurden Internet-Projektdatenbanken der Bereiche Lokale Agenda, Gesundheit, Umwelt, Soziale Stadt zur Recherche von Gute-Praxis-Beispielen genutzt.
- *Expertenwissen der Projektbeteiligten:* Nicht zuletzt kamen die individuellen Kenntnisse des Projektkonsortiums sowie der Projektbegleitenden Arbeitsgruppe über erfolgreiche Beispiele zur Anwendung.

Bei der *kriteriengestützten Auswahl der Gute-Praxis-Beispiele* ist zu berücksichtigen, dass die hier vorgenommene Auswahl letztlich in hohem Maße subjektive Einschätzungen der Kriterienerfüllung enthält, da sie weder auf der messbaren Erfüllung technischer Voraussetzungen noch auf den Ergebnissen empirischer Erhebungen basiert. Daher wurde bei der Anwendung der Kriterien einem qualitativen Vorgehen gegenüber einem quantitativen Vorgehen Vorrang gegeben. Gleichzeitig wurde dieses Vorgehen durch projektbezogene Gute-Praxis-Begründungen möglichst transparent und anschaulich gestaltet. Zudem wurde die Anzahl der auszuwählenden Beispiele pro Handlungsfeld von vorn herein auf vier Gute-Praxis-Beispiele beschränkt.

Die *Erstellung der einzelnen handlungsfeldbezogenen Kapitel* wurde nach einem einheitlichen Gliederungsmuster vorgenommen: Die Darstellung der Handlungsfelder umfasst jeweils eine knappe „theoretische“ Einführung zur Ausgangslage, zur Relevanz des Handlungsfeldes für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sowie zu existierenden kommunalen Strategien im Handlungsfeld. Hieran schließt sich die Darstellung vier ausgewählter Gute-Praxis-Beispiele an, von denen jeweils zwei ausführlich und zwei kürzer beschrieben sind<sup>5</sup>. Die ausführliche Beispieldarstellung umfasst neben einer kurzen Zusammenfassung, einer Projektbeschreibung und der Gute-Praxis-Begründung auch Angaben zu Erfolgsfaktoren/Ratschlägen für Nachahmer, zu Projektträger und Beteiligten, zu Zielgruppen, Projektkosten und Finanzierung, zu Laufzeit sowie zu weiteren Informationen und Ansprechpartnern<sup>6</sup>. Die kürzere Beispieldarstellung dagegen beschränkt sich auf eine knappe Projektbeschreibung sowie Angaben zu weiteren Informationen und Ansprechpartnern. Trotz dieser einheitlichen Strukturierung kann die Darstellungsweise im Einzelnen variieren; dies ist der Heterogenität und den verschiedenen fachlichen Kompetenzen und Hintergründen der Mitglieder des Projektkonsortiums geschuldet, die aber gleichzeitig den Vorteil vielfältiger

---

5 Lediglich bei den Handlungsfeldern „Beratungs- und Bildungsarbeit“ sowie „Strahlenschutz am Beispiel Mobilfunk“ wurde von dieser generellen Vorgehensweise abgewichen; für diese Handlungsfelder sind jeweils nur drei Gute-Praxis-Projekte – zwei mit ausführlicher und eines mit kürzerer Darstellung – beschrieben.

6 Zur einfacheren Lesbarkeit wird hier und im Folgenden darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden. Wenn nicht anders kenntlich gemacht, sind jeweils beide Geschlechter gemeint.

Blickweisen auf das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ mit sich bringen. Alle Beispieldarstellungen wurden mit den jeweiligen Projektträgern abgestimmt.

## 1.4 Gute-Praxis-Kriterien

Für eine nachvollziehbare Auswahl von Gute-Praxis-Beispielen ist die Entwicklung von Gute-Praxis-Kriterien erforderlich. Verschiedene Kriterien sind dabei vorstellbar. Bei der Entwicklung und Zusammenstellung der nachfolgenden Gute-Praxis-Kriterien wurden die folgenden Forschungsergebnisse, Gute-Praxis-Analysen sowie Wettbewerbserfahrungen berücksichtigt:

- *Christa Böhme, Bettina Reimann und Ulla Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit. Expertise: Kommunale Praxis, Berlin 2005, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de);
- *Philippsen, Dirk, Holger Möller und Rainer Fehr* [2004]: Projekt „Agenda 21 und Umweltmedizin“– Infoband 2: Gesundheit in der Lokalen Agenda 21. Praxisbeispiele, Bielefeld;
- *Deutsches Institut für Urbanistik* [2003]: Good-Practice in Altbau- und gemischten Quartieren. Eine Analyse im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 10);
- *Gesundheit Berlin e.V.* [2004]: Kriterien zur Ermittlung von „Models of Good Practice“ erstellt durch den beratenden Arbeitskreis der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum bundesweiten Kooperationsprojekt „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“, Stand Oktober;
- Qualitätskriterien der Datenbank [www.gute-Beispiele.net](http://www.gute-Beispiele.net) von agenda-transfer;
- *Gesunde-Städte-Netzwerk* [2000]: Empfehlung von Qualitätsmerkmalen zur Umsetzung des 9-Punkte-Programms zum Beitritt in das Gesunde Städte – Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland, download unter [www.gesunde-staedte-netzwerk.de](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de);
- *Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik* [1995-2000]: Tat-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb, Berlin;
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2002]: Wettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“. Oktober 2001 bis Juni 2002. Dokumentation, Berlin.

Bei den ausgewählten Gute-Praxis-Kriterien wird zwischen so genannten Basiskriterien und Zusatzkriterien differenziert. Basiskriterien sind Kriterien, denen alle Beispiele entsprechen müssen, die als Gute-Praxis-Beispiele ausgewählt wurden. Die Erfüllung der Zusatzkriterien dagegen ist nicht zwingende Voraussetzung für den Status „Gute-Praxis-Beispiel“, sondern lediglich wünschenswert. Eines der Zusatzkriterien sollte aber mindestens auf die Gute-Praxis-Beispiele zutreffen. Damit wird der in Frage kommende Kreis von Projekten und Maßnahmen nicht zu eng gefasst und es können auch solche Projekte und Maßnahmen für den Erfahrungstransfer genutzt werden, die nur in einzelnen Zusatzkriterien vorbildlich sind.

## 1.4.1 Basiskriterien

### Konzeption

Positiv bewertet wird, wenn für das Projekt oder für die Maßnahme eine Konzeption vorliegt, aus der ein klarer unmittelbarer oder mittelbarer Zusammenhang zur umweltbezogenen Gesundheitsförderung/zum gesundheitsbezogenen Umweltschutz sowie eine hierauf basierende Zielformulierung hervorgeht, und damit eine bewusste und systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit hergestellt wird. Die Konzeption muss nicht in jedem Fall in schriftlicher Form vorliegen.

### Integrativer Gehalt

Der Ansatz der umweltbezogenen Gesundheitsförderung/des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes ist ein integrativer, unter dem die Bereiche Umweltschutz und Gesundheitsförderung/-schutz zusammengeführt werden. Positiv bewertet werden daher Projekte und Maßnahmen, bei denen die Themenfelder Umwelt und Gesundheit in besonderer Weise miteinander verknüpft werden und die sich durch eine fachübergreifende und kooperative Umsetzung unter Herstellung von „win-win-Situationen“ auszeichnen. Besonderen integrativen Gehalt haben darüber hinaus solche Projekte, die sich durch die Überlagerung von mindestens zwei verschiedenen Handlungsfeldern des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ auszeichnen (z.B. Gesunde Ernährung und gesundheitsfördernde Mobilität) oder durch die unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und erreicht werden (z.B. generationenübergreifend angelegte Projekte und Maßnahmen).

### Kooperation zwischen Akteuren

Positiv wird bewertet, wenn Akteure und Einrichtungen im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ in stabilen und vernetzten Strukturen kooperieren. Dabei kann es sich um Kooperationen innerhalb der Kommunalverwaltung handeln, um Kooperationen der Kommunalverwaltung mit Einrichtungen außerhalb der Verwaltung und mit Nichtregierungsorganisationsinstitutionen, um Formen der interkommunalen Zusammenarbeit oder um Kooperationen mit überregionalen Verwaltungen und Einrichtungen. Das Label „Gute Praxis“ ist insbesondere dann erfüllt, wenn es im Rahmen der Kooperationen gelingt, „win-win-Situationen“ unter den Beteiligten zu schaffen. Gute Praxis in diesem Zusammenhang kann unter anderem auch bedeuten, dass bislang üblicherweise zu wenig eingebundene Kooperationspartner wie Krankenkassen, Ärzte, Wirtschaft für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnten.

## 1.4.2 Zusatzkriterien

### Konzeptionelle Einbindung

Positiv bewertet wird, wenn ein Projekt oder eine Maßnahme in ein übergeordnetes, möglichst politisch abgesichertes Konzept eingebunden und damit gewährleistet ist, dass das Vorhaben Teil eines umfassenden Zielsystems (einschließlich Umsetzung legislativer Vorgaben) und damit keine isolierte Einzelmaßnahme ist.

## Innovativer Gehalt

Positiv wird bewertet, wenn bisherige Vorgehens- und Verfahrensstandards überschritten und neue Wege gegangen werden. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn Projekte und Maßnahmen in einem Handlungsfeld angesiedelt sind, das bislang in der öffentlichen Wahrnehmung und Umsetzung vernachlässigt wurde. Innovativ sind aber auch solche Projekte und Maßnahmen, bei denen neue Ideen, Techniken und Methoden für bestimmte Probleme im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zur Anwendung oder neue Kooperationsstrukturen zwischen Umwelt- und Gesundheitsakteuren zum Tragen kommen. Gute-Praxis-Projekte zeichnen sich also durch ein besonderes Maß an Kreativität und Experimentierfreude aus, allerdings sollte ihr „innovativer Gehalt“ problemadäquat, zielführend und damit inhaltlich begründbar sein. Auch ist zu bedenken, dass ein Projekt/eine Maßnahme, die an einem Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt innovativ ist, woanders bereits Standard sein kann.

## Impulswirkung

Gute-Praxis-Projekte können sich dadurch auszeichnen, dass ein einzelnes Projekt, eine einzelne Maßnahme in einem bestimmten Handlungsfeld eine hohe Impulswirkung auf ein oder mehrere andere Handlungsfelder des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ hat (Anstoßwirkung im Sinne von „Leuchtturmprojekten“ für das gesamte Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“).

## Breitenwirkung

Positiv bewertet wird, wenn Maßnahmen und Projekte im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ Breitenwirkung erzielen. Damit wird anerkannt, dass Projekte und Maßnahmen nicht nur punktuell und vereinzelt umgesetzt werden, sondern räumlich oder zielgruppenbezogen Wirkung in der Breite entfalten.

## Setting-Ansatz<sup>7</sup>

Positiv bewertet wird, wenn Projekte und Maßnahmen im Sinne des Setting-Ansatzes der Gesundheitsförderung an der Alltagswelt und den konkreten Lebensbedingungen der Zielgruppen anknüpfen (Lebensweltorientierung) und auf eine positive Beeinflussung von Settings bzw. Lebenswelten wie Schule, Kindergarten, Betrieb, Stadtteil zielen.

<sup>7</sup> Der Begriff „Setting“ bezeichnet ein überschaubares sozialräumliches System (z.B. Kindergarten, Schule, Betrieb, Stadtteil), in dem Menschen ihren Alltagstätigkeiten nachgehen. Setting-Ansätze richten sich an die strukturellen Bedingungen des Settings und an die in dieses Setting involvierten Personengruppen. Der Setting-Ansatz wurde in den späten 1980er Jahren von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Instrument der Gesundheitsförderung entwickelt (vgl. *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.)* [2003]: Leitbegriffe der Gesundheitsförderung, 4. Aufl. Schwabenheim, S. 205-206)

## Umweltgerechtigkeit

Positiv bewertet wird, wenn Projekte und Maßnahmen dazu beitragen, eine sozialräumlich ungleiche Verteilung von Umwelteinschränkungen und -belastungen und damit etwaig verbundene gesundheitliche Folgen abzubauen bzw. auszugleichen.

## Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten

Positiv bewertet werden Vorhaben, bei denen geschlechtsspezifische Aspekte des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ berücksichtigt werden. Dieses Kriterium resultiert aus der Erkenntnis, dass durch geschlechtsspezifische Ausrichtung Wirksamkeit und Akzeptanz von Maßnahmen und Projekten der umweltbezogenen Gesundheitsförderung/des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes erhöht werden können.

## Evaluation

Positiv bewertet werden Projekte und Maßnahmen, deren Wirksamkeit durch Selbst- oder Fremdevaluation nachgewiesen wird und deren Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität aufgrund der Evaluationsergebnisse im Sinne eines Qualitätsmanagements laufend entwickelt und verbessert werden.

## Langfristigkeit

Positiv werden Vorhaben bewertet, die nicht nur aus einmaligen oder kurzfristigen Aktionen bestehen, sondern langfristig konzipiert sind und deren intendierte umwelt- und gesundheitsfördernden Wirkungen nach Ablauf des Vorhabens weiterhin bestehen. Gute-Praxis-Projekte können sich aber auch dadurch auszeichnen, dass durch das Projekt oder die Maßnahme bürgerschaftliches Engagement stabilisiert bzw. befördert wird oder durch das Vorhaben dauerhafte Wirkungen für die anvisierte(n) Zielgruppe(n) bzw. hinsichtlich der Angebotsstrukturen erreicht werden.

## Sinnvolle und ideenreiche Mittelverwendung

Positiv wird bewertet, wenn die Kosten eines Projektes oder einer Maßnahme in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen. Gute Praxis heißt in diesem Zusammenhang aber auch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen (z.B. Sponsorengelder).

## Verknüpfung verschiedener integrativer Programme

Positiv wird bewertet, wenn Vorhaben darauf angelegt sind, verschiedene integrative Programme mit Lokal-, Umwelt- und Gesundheitsbezug (wie z.B. Lokale Agenda 21, Gesunde Stadt und Soziale Stadt) miteinander zu verknüpfen, um bestehende Defizite bei der Verknüpfung dieser Programme abzubauen sowie gemeinsame Zielstellungen sowie Projekte und Maßnahmen im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zu entwickeln und umzusetzen

und auf diese Weise gegebenenfalls sogar Kosten sparende Synergieeffekte und „win-win-Situationen“ zu erzielen.

## Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement

Gute Praxis im Bereich der Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements bedeutet, die Teilhabe lokaler Akteure (z.B. Nichtregierungsorganisationen, Selbsthilfegruppen, Bürger) zu ermöglichen und zu fördern. Positiv bewertet werden klare Entscheidungs- und Handlungsspielräume für die Beteiligten sowie Mitwirkungsmöglichkeiten sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen. Positiv bewertet wird aber auch die Möglichkeit, lediglich bei Teilschritten mitwirken zu können, ohne dass eine Beteiligungsverpflichtung über einen langen Zeitraum entsteht. Ebenso kann das Label „Gute Praxis“ für Projekte und Maßnahmen vergeben werden, mit denen gemeinhin beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen, wie z.B. sozial Benachteiligte und Migranten, durch niedrigschwellige und/oder aufsuchende Beteiligungsangebote angesprochen werden oder bei denen die Zielgruppe frühzeitig einbezogen wird.

## Befähigung und Qualifizierung

Wesentliches Ziel der Verknüpfung von Umwelt und Gesundheit ist die Befähigung und Qualifizierung (Empowerment) der Bevölkerung zur selbstverantwortlichen gesundheits- und umweltfördernden Gestaltung ihrer Lebensbedingungen. Positiv werden daher Projekte und Maßnahmen bewertet, die direkt bei den Bürgern ansetzen, auf deren Stärken und Ressourcen aufbauen und sie mittels Information, gesundheits- und umweltbezogener Bildung sowie der Verbesserung ihrer Kompetenzen im Umgang mit Gesundheit und Umwelt bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Fähigkeiten unterstützen.

## Kommunikation

Positiv bewertet wird, wenn durch Kommunikation dazu beigetragen wird, für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zu sensibilisieren und das Problembewusstsein und Engagement möglichst vieler Akteure für das Themenfeld zu befördern und die Kommunikation damit aktivierend wirkt. Gute-Praxis-Projekte zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit öffentlichkeitswirksam informieren und aufklären.

## 1.5 Begriffsklärung

Der vorliegenden Arbeit liegen folgende zentrale Begriffsbestimmungen zugrunde:

### Umwelt

Unter dem Begriff Umwelt wird im Folgenden die natürliche und gebaute physische Umwelt verstanden; die soziale Umwelt im Sinne einer weiten Auslegung des Begriffs Umwelt wird nicht mit hinzugerechnet.

### Umweltschutz

Umweltschutz im Sinne dieser Expertise umfasst alle Maßnahmen zum Schutz der Umwelt (Boden, Wasser, Luft, Klima, Tiere, Pflanzen, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter) und zur Vermeidung von störenden Einflüssen oder Beeinträchtigungen der Umwelt wie beispielsweise Verschmutzungen von Boden, Wasser und Luft, Lärm, globale Erwärmung, Flächenversiegelungen. Ausgangspunkt des Umweltschutzes ist die Erhaltung des Lebensumfelds der Menschen und ihrer Gesundheit.

### Gesundheit

Der Begriff Gesundheit wird hier entsprechend der Definition der Gründungsurkunde der WHO aus dem Jahr 1946 verwendet, die Gesundheit als „Zustand des umfassenden körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als das Fehlen von Krankheit oder Behinderung“ (zitiert nach Trojan/Legewie 2001, S. 20) definiert.

### Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung

Unter Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung werden im Folgenden alle Maßnahmen verstanden, die darauf gerichtet sind, Krankheiten und Erkrankungen zu vermeiden, die Menschen über gesündere Lebensweisen aufzuklären und auf die Faktoren der physischen und sozialen Umwelt einzuwirken, welche die Gesundheit der Menschen beeinflussen (vgl. Naidoo/Wills 2003, S. 87). Dabei zählen zu Maßnahmen der Gesundheitsförderung insbesondere solche, die Aufbau und Stärkung individueller gesundheitsbezogener Ressourcen und Fähigkeiten zur Vermeidung von Erkrankungen sowie Aufbau und Stärkung gesundheitsförderlicher Strukturen in Lebenswelten unterstützen (Bundesregierung 2005, § 3 Abs. 5).

### Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Unter dem Begriff Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ werden in der vorliegenden Expertise die Bereiche umweltbezogener Gesundheitsschutz, umweltbezogene Gesundheitsförderung und gesundheitsbezogener Umweltschutz zusammengefasst.



---

## 2. Umwelt und Gesundheit – Strategische Handlungsfelder: Gute Praxis

### 2.1 Wohin soll die Reise gehen? Entwicklung von Leitbildern und Zielen



#### Ausgangslage

Um ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umweltqualität zu erreichen, werden in Politik und fachlicher Praxis Leitbilder und Zielsetzungen eingesetzt, die sich sowohl auf Qualitäts- und als auch auf Handlungsaspekte beziehen. Im Umwelt- sowie im Gesundheitssektor sind beide Kategorien vertreten (Hain/Welteke 2005).

Für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sind international vor allem die Europäische Charta „Umwelt und Gesundheit“ (WHO 1989), das Kapitel 6 der Agenda 21 der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro (1992), der europäische Aktionsplan Umwelt und Gesundheit der Helsinki-Konferenz (WHO 1994) sowie die gemeinschaftlichen Strategie und der Aktionsplan der Europäischen Kommission zu Umwelt und Gesundheit (SCALE) aus dem Jahr 2004 zu nennen. Letzterer war zugleich ein Beitrag für die vierte WHO-Ministerkonferenz zu Umwelt und Gesundheit in Budapest im Jahr 2004 mit den politischen Ergebnissen einer Ministererklärung sowie dem Kinderaktionsplan (CEHAPE). Hier finden sich Leitbilder und Zielsysteme mit einer Vielzahl sinnvoller Teilziele und Kommentierungen.

Ausgehend von dem Helsinki-Aktionsplan der WHO wurden in fast allen europäischen Ländern nationale Aktionspläne aufgestellt (Wolf/Fehr 2002). Das entsprechende deutsche Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) benennt zum einen „Ziele und Querschnittsmaßnahmen“ wie z.B. die Verbesserung einer umweltbezogenen Gesundheitsbeobachtung und -berichterstattung, zum anderen medien- und stoffbezogene Qualitätsziele (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Bundesministerium für Gesundheit 1999).

Explizite Zielformulierungen existieren also seit geraumer Zeit vor allem im internationalen Raum, darunter das WHO-Gesundheitsprogramm „Gesundheit für alle“ (jetzt fortgesetzt als „Gesundheit21“) (WHO 1999) und der Agenda-21-Prozess mit einer Vielzahl von Zielen, Maßnahmen und Umsetzungsstrukturen. In Deutschland gibt es zum Beispiel die Initiative „gesundheitsziele.de“ (Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung 2003 und 2005), in deren Rahmen exemplarisch bundesweite Gesundheitsziele erarbeitet und weiterentwickelt wurden. Auch einige Bundesländer haben explizite Gesundheitsziele formuliert, so Sachsen-Anhalt als erstes neues Bundesland im Jahr 1998 (Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales 2001) mit einer Neujustierung im Jahr 2003 oder Nordrhein-Westfalen, wo erste Gesundheitsziele bereits 1995 festgelegt und nach einer Evaluation jetzt für den Zeitraum 2005-2010 aktualisiert wurden (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen 2005). Inzwischen existieren in allen Bundesländern entweder Gesundheitsziele (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein) oder

prioritäre Handlungsfelder (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Saarland, Thüringen), Auch auf kommunaler Ebene existieren Beispiele für die Erarbeitung von Gesundheitszielen (Petzold 2005).

Gemeinsame Grundlinie der unterschiedlichen Einzelziele für „Umwelt und Gesundheit“ sind die Minderung umweltbedingter Krankheitslast (ökologische Krankheitsprävention) sowie die Schaffung und Erhaltung gesundheitsförderlicher Lebensumwelten (ökologische Gesundheitsförderung) und damit Beiträge zu langem Leben in hoher Lebensqualität.

Die internationalen Programme und Pläne enthalten zumeist Aufforderungen an nationale und lokale Stellen, entsprechende Programme aufzustellen. Bei „Gesundheit für alle“/„Gesundheit 21“ entspricht das langjährig bestehende Gesunde-Städte-Programm dieser Anforderung. Weltweit vielfach realisiert ist diese lokale Umsetzung auch beim Agenda-21-Prozess. Viele Kommunen in Deutschland und in anderen Staaten haben den 1992 in Rio initiierten Lokale-Agenda-21-Prozess aktiv aufgegriffen, um einen eigenen Beitrag für eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden in Ergänzung nationaler Aktivitäten zu leisten. Eine solche lokale Ausrichtung zählt auch zu den Zielsetzungen des Europäischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit der WHO, der Grundlage der erwähnten Nationalen Aktionspläne Umwelt und Gesundheit ist (NEHAPs). Auch in diesem Zusammenhang wird in Deutschland unter anderen die Lokale Agenda 21 als geeignete Struktur für die lokale Umsetzung angesehen. Allerdings sind bislang die Potenziale der Lokalen Agenda 21 im Hinblick auf eine Verknüpfung und Vernetzung der Themenbereiche Umwelt und Gesundheit auf kommunaler Ebene noch nicht ausreichend ausgeschöpft (Böhme u.a. 2005).

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Leitbilder und Zielformulierungen bieten die Möglichkeit, den Aktivitäten zu „Umwelt und Gesundheit“ eine gemeinsame Basis und Ausrichtung zu geben. Insbesondere lassen sich folgende Vorteile erwarten:

- verbesserter Informationsaustausch zwischen den zumeist zahlreichen Akteuren und Interessengruppen der Sektoren „Umwelt“ und „Gesundheit“ sowie insbesondere im Nahtstellenbereich;
- Sensibilisierung weiterer Kreise (Fachwelt, Öffentlichkeit) für spezifische Anliegen und Vorhaben sowie Begünstigung gezielter Maßnahmen ökologischer Prävention und Gesundheitsförderung durch treffende und auf Anhieb verständliche Zielaussagen;
- Basis für Priorisierungen: In aller Regel sind sowohl die offenen Probleme als auch die möglichen Handlungsansätze zahlreich, die verfügbaren Ressourcen jedoch eng begrenzt; hier liefern konkrete Zielformulierungen die Basis für eine rationale Auswahl konkreter Aktivitäten für Umwelt und Gesundheit;
- Grundlage zur Entscheidung über eine mögliche Beteiligung an geplanten oder laufenden Maßnahmen für interessierte Akteure auch aus anderen Sektoren;

- Grundlage für wissenschaftliche Evaluation präventiver und förderlicher Maßnahmen; sie ermöglichen eine Prüfung, ob Aufwand und Nutzen in "vernünftiger" Relation zueinander stehen.

## Wesentliche kommunale Strategien

Folgende Strategien lassen sich empfehlen:

- *Kooperation*: Der Zielprozess sollte von vornherein kooperativ angelegt sein und in zwei Schritten erfolgen: 1. Auffinden aller sinnvoll zu beteiligenden Institutionen und Gruppierungen, 2. diese zur Mitwirkung gewinnen. Sowohl zum Auftakt des Diskussionsprozesses als auch im weiteren Verlauf bieten sich als Beteiligungsformen Konferenzen und Arbeitsgruppen an.
- *Gestuftes Vorgehen*: Zunächst sollte ein Basis-Konzept mit Schwerpunkten und Eckdaten formuliert werden. Auf dieser Grundlage sind dann in einem zweiten Schritt Einzelziele konkret auszugestalten, wobei die Beschränkung auf eine kleine Anzahl von Zielen die Umsetzung erleichtert.
- *Anknüpfung an bestehende Zielsysteme*: Es sollten die auf lokaler und übergeordneter Ebene (z.B. Landesebene) bestehenden Leitbilder, Programme einschließlich legislativer Umsetzungserfordernisse und gegebenenfalls auch schon vorhandenen Zielsysteme mit berücksichtigt werden, um aus verfügbaren Ressourcen einen möglichst großen Gewinn zu ziehen.
- *Differenzierung in Sachziele versus Struktur-/Prozessziele*: Es ist sinnvoll zwischen „Sachzielen“ einerseits und „Struktur-/Prozesszielen“ andererseits zu unterscheiden. Sachziele beziehen sich insbesondere auf Emissionen, Umweltzustand, Expositionen und gesundheitliche Wirkungen, Struktur-/Prozessziele hingegen auf die Elemente im Handlungszyklus, also Analyse, Strategieentwicklung und Umsetzung. Häufig dürfte eine Kombination von Sachzielen mit Struktur-/Prozesszielen nützlich sein.
- *Konsentierung und Selbstverpflichtung*: Die beteiligten Akteure sollten nicht nur an Vorbereitung und Ausformulierung der Ziele mitwirken (Konsentierung), sondern je nach ihren Möglichkeiten auch eigenverantwortliche Verpflichtungen, zur Umsetzung der Ziele beizutragen, übernehmen. Jedenfalls sollten die gewählten Ziele ausdrücklich Adressaten benennen; im typischen Falle werden diese bereits am Zielentwicklungsprozess beteiligt und gehen entsprechende Selbstverpflichtungen ein.
- *Nutzung von Qualitätskriterien*: Zielformulierungen sollten sich an Qualitätskriterien orientieren. Empfohlen sei insbesondere der SMART-Kriteriensatz (Bundesamt für Gesundheit 1997, S. 29), wonach Ziele spezifisch und konkret, messbar, angemessen, realistisch und zeitlich erreichbar sein sollen. Jeder Teilaspekt erfordert sorgfältige Prüfung. Dies gilt verstärkt, wenn das Anspruchsniveau durch quantitative Aussagen präzisiert wird.
- *Durchführung von Verlaufskontrollen*: Sobald ein Zielprogramm verabschiedet ist, empfiehlt es sich im Interesse eines schonenden Ressourceneinsatzes, den weiteren Ablauf sorgfältig zu beobachten und die Zielerreichung zu evaluieren, d.h. zu messen und zu

bewerten. Selten werden sich alle gewünschten Ziele auf Anhieb erreichen lassen. Im typischen Fall wird die Überprüfung erzielter Erfolge zur Neuformulierung oder Anpassung von Zielen führen und ein neuer Durchlauf im Planungszyklus gestartet werden.

## Literatur

- *Bundesamt für Gesundheit, Fachbereich Evaluation* [1997]: Leitfaden für die Planung von Projekt- und Programmevaluation, Bern, download unter [www.bag.admin.ch/cce/tools/leitfaden/d/leitfaden.pdf](http://www.bag.admin.ch/cce/tools/leitfaden/d/leitfaden.pdf).
- *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für Gesundheit* [1999]: Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de).
- *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.)* [1997]: Umweltpolitik. Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente, Bonn.
- *Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung* [2003]: [gesundheitsziele.de](http://gesundheitsziele.de). Forum zur Entwicklung und Umsetzung von Gesundheitszielen in Deutschland, Köln.
- *Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung* [2005]: [gesundheitsziele.de](http://gesundheitsziele.de). Impulse, Wirkungen und Erfahrungen, Köln.
- *Hain, Benno, und Rudolf Welteke* [2005]: Qualitäts- und Handlungsziele im Umwelt- und Gesundheitssektor, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 260-279.
- *Kommission der Europäischen Gemeinschaften* [2004]: Der Europäische Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010 (Scale), download unter [http://europa.eu.int/comm/environment/health/pdf/com2004416\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/health/pdf/com2004416_de.pdf).
- *Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt* [2001]: Die sechs Gesundheitsziele – Gesundheit für alle, Magdeburg.
- *Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen* [2005]: 10 Jahre Gesundheitsziele Nordrhein-Westfalen – 1995 bis 2005. Eine Bestandsaufnahme, Bearbeitung und Redaktion: Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen, Bielefeld.
- *Petzold, Cornelia* [2005]: Die Arbeit mit Gesundheitszielen auf kommunaler Ebene – das Beispiel der Stadt Bielefeld, in: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung: [gesundheitsziele.de](http://gesundheitsziele.de). Impulse, Wirkungen und Erfahrungen, Köln, S. 89-104.
- *Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern und Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern* [2004]: Chancengleich gesund aufwachsen in Mecklenburg-Vorpommern. Gesundheitsziele. Ein Überblick über die Entwicklung der Gesundheitsziele in Mecklenburg-Vorpommern.

- *Weltgesundheitsorganisation* [1999]: Gesundheit21. Das Rahmenkonzept „Gesundheit für alle“ für die Europäische Region der WHO, Kopenhagen (Europäische Schriftenreihe „Gesundheit für alle“ Nr.6).
- *Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa* [1989]: Umwelt und Gesundheit. Europäische Charta mit Kommentar, Kopenhagen (Regionale Veröffentlichungen der WHO, Europäische Schriftenreihe Nr. 35), download der englischen Fassung unter [http://whqlibdoc.who.int/euro/-1993/ICP-RUD\\_113.pdf](http://whqlibdoc.who.int/euro/-1993/ICP-RUD_113.pdf).
- *Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa* [1994]: Aktionsplan Umwelt und Gesundheit für Europa. Zweite Europakonferenz Umwelt und Gesundheit, Helsinki, 20.-22. Juni 1994. WHO EUR/ICP/CEH 212(A).
- *Wolf, Ulrike, und Rainer Fehr* [2002]: Aktionspläne Umwelt und Gesundheit im internationalen Vergleich: Aufstellung der Pläne, Bielefeld (Materialien „Umwelt und Gesundheit“, Nr. 34).

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (STEP 2010) – Leitlinien und Ziele

Heidelberg, Baden-Württemberg

Heidelberg orientiert sich am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg (Kampagne zur Zukunftsbeständigkeit) und strebt eine Entwicklung an, die gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Nach intensiver öffentlicher Debatte verabschiedete der Gemeinderat im Februar 1997 den "Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (STEP 2010) – Leitlinien und Ziele". Der Zielbereich „Umwelt“ enthält u.a. Teilziele zum Klima- und Immissionsschutz sowie zum Umweltbewusstsein. Zum Zielbereich „Soziales“ gehört das Teilziel „Gesundheitsförderung“. Der Heidelberger Ansatz bündelt die Zielvorgaben für eine nachhaltige Stadtentwicklung durch einen thematisch breit angelegten, auch Umwelt und Gesundheit einschließenden Stadtentwicklungsplan, der bemerkenswerter Weise gleichzeitig die Lokale Agenda 21 der Stadt darstellt.

### Projektbeschreibung

Schon das im Jahre 1974 formulierte und vom Gemeinderat verabschiedete Leitprogramm für die städtische Entwicklung in Heidelberg bekannte sich zu einer „maßvollen“ Entwicklung und behandelte Aspekte wie Lebensqualität, Stadt- und Landschaftsbild, Verkehrsbelastung und Zukunftsorientiertheit der Arbeitsplatzstruktur. Leitziele waren u.a. zum einen die Bedingungen, unter denen sich individuelles und soziales Leben vollzieht, in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Bildung und Freizeit zu verbessern, zum anderen die Gemeinde als Oberzentrum mit den Schwerpunkten Bildung und Wissenschaft sowie sonstige öffentliche und private Einrichtungen zur Versorgung der Einwohner von Stadt und Region mit Gütern und Dienstleistungen zu sichern und auszubauen.

Gut 20 Jahre später wurde angesichts weitreichender ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen innerhalb und außerhalb der Stadt eine neue „Richtschnur“ für nötig befunden. Die Suburbanisierung war weiter fortgeschritten, die Einpendlerzahlen hatten stark zugenommen, und man sah sich gewandelten Familien- und Haushaltsstrukturen, vielfältigen Lebensstilen sowie einem multikulturellen Einwohnerspektrum gegenüber. Heidelberg orientiert sich seither am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg (Kampagne zur Zukunftsbeständigkeit) und strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Nach intensiver öffentlicher Debatte verabschiedete der Gemeinderat im Februar 1997 den "Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 – Leitlinien und Ziele" (STEP 2010), der als Lokale Agenda 21 den Handlungsrahmen für die Politik des Gemeinderates und der Stadtverwaltung absteckt.

Neben einer Präambel für ein neues Leitbild umfasst der Heidelberger STEP 2010 folgende Zielbereiche: Städtebauliches Leitbild („Vielfalt in der Einheit, Stadt am Fluss“), regionale Kooperation und Regionalentwicklung („Durch neue Formen der regionalen Kooperation den Interessenausgleich sichern“), Arbeiten („Vollbeschäftigung anstreben“), Wohnen („Preiswerten Wohnraum schaffen und sichern“), Umwelt („Verbesserung der Umweltsituation und dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft, Natur und Landschaft“), Mobilität („Förderung umweltfreundlicher Mobilität durch Angebotsverbesserungen, Reduzierung der Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr“), Soziales („Stadt des sozialen Ausgleichs“) sowie Kultur („Stadt der kulturellen Vielfalt“).

Die Präambel des STEP 2010 benennt als wichtige Querschnittsanliegen u.a. „solide Haushaltswirtschaft auch in Zukunft“, „Bürger/-innenbeteiligung und Partizipation“ und „Vielfalt der Lebensformen ermöglichen“. Mit dem STEP 2010 sollen Raum und Perspektiven geboten werden für wirtschaftliche Aktivitäten, die ein breites und zukunftssicheres Arbeitsplatzangebot schaffen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen fördern. Teilziele aus dem Bereich „Umwelt“ sind u.a.:

- Klima- und Immissionsschutz vorantreiben,
- Umweltqualitätsziele einführen (wobei es gilt, auf wirtschaftliche Verträglichkeit und Zumutbarkeit zu achten),
- dem Trend zur Zersiedlung entgegensteuern,
- Umweltbewusstsein fördern,
- Chancen für eine gesündere Kindheit.

Analog hierzu umfasst der Zielbereich „Soziales“ Teilziele wie „Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen“ und „Gesundheitsförderung“. Der Schwerpunkt städtischer Gesundheitspolitik liegt bei der Gesundheitsförderung und Krankheitsprophylaxe. Die Stadt möchte gesundheitsfördernde Lebenswelten schaffen, gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen sowie die persönliche Kompetenz und Verantwortung für die eigene Gesundheit fördern.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Die Zielvorgaben für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind in Heidelberg in einem thematisch breit angelegten, auch Umwelt und Gesundheit einschließenden Stadtentwicklungsplan festgelegt, der gleichzeitig die Lokale Agenda 21 darstellt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Gemeinderat, Stadtverwaltung und politische Spitze (Bürgermeisterin) verfolgen gemeinsam das Ziel, eine nachhaltige Stadtentwicklung für Heidelberg soweit als möglich durch kooperative Aufstellung, Umsetzung und Evaluation des Stadtentwicklungsplanes abzusichern. Die Öffentlichkeit ist in den Prozess eingebunden.

*Evaluation:* Verlaufs begleitend berichtet die Stadtverwaltung periodisch dem Gemeinderat über den Stadt der Umsetzung. Ein erster, umfangreicher Heidelberger Nachhaltigkeitsbe-

richt (2002) trug den Titel „Wo stehen wir, was haben wir erreicht?“ Der zweite Nachhaltigkeitsbericht (2004) setzt die Berichterstattung in knapperer Form und gestützt auf Indikatoren fort. Zwar konnten nicht alle Ziele mit Indikatoren unterlegt werden, aber mit den rund 75 Indikatoren werden zahlreiche Ziele abgebildet. Für jeden Indikator wird der Wert für zwei Zeitpunkte oder zwei Perioden ausgewiesen, und die Veränderung wird anhand einer fünfstufigen Skala bewertet. Künftig soll alle zwei Jahre ein weiterer Bericht erstellt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Im November 1995 wurde ein Diskussionsentwurf des neuen STEP vorgelegt, der Grundlage war, um fast ein Jahr lang eine intensive öffentliche Debatte über die Zukunft der Stadt Heidelberg zu führen. In einer Veranstaltungsreihe "Verantwortung für die Zukunft" wurden verschiedenen Schwerpunktthemen des Entwurfs des Stadtentwicklungsplans öffentlich diskutiert. Alle Heidelbergerinnen und Heidelberger konnten Änderungsvorschläge machen; über 360 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge gingen ein, die der Stadtentwicklungsausschuss detailliert beriet und die teilweise in den Beschlusstext aufgenommen wurden. Der Stadtentwicklungsplan ist damit das Ergebnis einer intensiven Bürgerbeteiligung und öffentlichen Beratung.

*Kommunikation:* Der Stadtentwicklungsplan ist im Internet allgemein zugänglich.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Als Erfolgsfaktoren in Hinblick auf Aufstellung und Umsetzung des STEP 2010 sind insbesondere folgende zu nennen:

- politischer Wille in Gemeinderat und Kommunalverwaltung zur nachhaltigen Entwicklung,
- sorgfältige Vorbereitung u.a. durch eine Stärken-Schwächen-Analyse, durch Entwicklung von Szenarien zur Stadtentwicklung sowie durch Dokumentationen der Podiumsdiskussionen und der eingegangenen Stellungnahmen,
- Etablierung einer regelmäßigen Erfolgskontrolle durch die auf Indikatoren gestützten Heidelberger Nachhaltigkeitsberichte.

## Projektträger und Beteiligte

- Gemeinderat der Stadt Heidelberg (Projektträger)
- Stadtverwaltung Heidelberg mit Amt für Stadtentwicklung und Statistik in Kooperation mit anderen Ämtern
- Bürgerinnen und Bürger der Stadt



## Zielgruppe

- Die Zielgruppe umfasst alle Akteure, also die gesamte Öffentlichkeit, damit auch die Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Netzwerke usw.

## Projektkosten und Finanzierung

- Haushaltsmittel der Stadt Heidelberg

## Laufzeit

- Vorbereitungsphase: 1994-1997; Gemeinderatsbeschluss: 1997; Umsetzungszeitraum: 1997-2010; vorgesehene Verlaufsberichte: alle zwei Jahre

## Weitere Informationen

- *Stadt Heidelberg* [2001]: Lokale Agenda 21 – Handeln für die Zukunft. Infobroschüre zur Lokalen Agenda 21, Heidelberg.
- *Stadt Heidelberg, Die Oberbürgermeisterin (Hrsg.)* [2001]: Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010. Leitlinien und Ziele. Verantwortung für die Zukunft, 2. Aufl. Heidelberg (Schriften zur Stadtentwicklung).
- *Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.)* [2002], Wo stehen wir, was haben wir erreicht? Erster Bericht zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans 2010. Heidelbergs Lokale Agenda, Heidelberg.
- *Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.)* [2005]: Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2004. Indikatorengestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, Heidelberg.

## Ansprechpartner/in

### **Bruno Schmaus**

Stadt Heidelberg  
Amt für Stadtentwicklung und Statistik  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [Stadtentwicklung@heidelberg.de](mailto:Stadtentwicklung@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/58-21500

---

### **Dirk Hofmann**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [dirk.hofmann@heidelberg.de](mailto:dirk.hofmann@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/58-18250

**Beate Lüdtk**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [beate.luedtke@heidelberg.de](mailto:beate.luedtke@heidelberg.de).  
Telefon: 06221/58-18250


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Leitlinien zur Stadtentwicklung

### Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

Die Hansestadt Rostock bemüht sich, sowohl die WHO-Strategie "Gesunde Stadt" als auch die Ziele der Agenda 21 auf lokaler Ebene umzusetzen. Hierzu sollen Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung dienen, die von möglichst vielen Rostocker Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. In Leitbildern werden übergeordnete, langfristige Ziele der Stadtentwicklung formuliert, während die Leitlinien (im engeren Sinne) die Wege zu diesen Zielen umreißen. Leitbilder und Leitlinien weisen vielfältige Bezüge zu „Umwelt und Gesundheit“ auf. Durch eine Leitbild bezogene Aufstellung „Fachkonzepte und Fachplanungen“ wird die Verbindung zur aktuellen Arbeit der kommunalen Behörden hergestellt. Das Leitliniendokument behandelt in übersichtlicher Weise eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte der Stadtentwicklung, es kann interessierten Kommunen als Vorbild dienen.

### Projektbeschreibung

Im Jahr 1995 beschloss die Rostocker Bürgerschaft (Stadtparlament), die Ziele der Agenda 21, wie sie 1992 auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 170 Staaten beschlossen wurde, auf lokaler Ebene umzusetzen. Eingeschlossen in die Lokale Agenda 21 ist die Umsetzung der WHO-Strategie „Gesunde Stadt“ im Sinne der Charta von Ottawa, die von der Hansestadt Rostock seit ihrem Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk im Jahr 1992 verfolgt wird.

Die kommunale Umsetzung der Agenda 21 und die Realisierung des Leitbildes „Gesunde Stadt“ – so erkannte die Stadt – erfordern Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung, die von möglichst vielen Rostockerinnen und Rostockern mitgetragen werden. Daher beauftragte der Oberbürgermeister 1999 die Bürgerschaft mit der Erarbeitung solcher Leitlinien auf Grundlage der bereits 1996 und 1997 erstellten Leitlinienentwürfe zur Stadtentwicklung. Ende 2000 hat die Rostocker Bürgerschaft diese Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung als Teil der Rostocker Agenda 21 beschlossen. Sie bilden den langfristigen strategischen Handlungsrahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt und sind damit Grundlage für alle Pläne und Konzepte wie Flächennutzungsplan, Jugendhilfeplan, Umweltqualitätszielkonzept, Marketingkonzepte oder Integriertes Gesamtverkehrskonzept. Die vorliegenden Leitlinien zur Stadtentwicklung sind das Ergebnis einer intensiven fachübergreifenden Arbeit der Stadtverwaltung und einer breiten öffentlichen Diskussion mit der Bevölkerung, mit Organisationen und der Wirtschaft sowie in den politischen Gremien der Stadt.

Die Leitlinien beschränken sich auf gesamtstädtische Strategien und enthalten keine detaillierten, fachlich und räumlich unteretzten Maßnahmen. Sie beziehen sich vorrangig auf das städtische Gemeinwesen, enthalten aber auch Entwicklungsziele für die Region und grundsätzliche Entwicklungsrichtungen für die Ortsteile, wo sie mit einer unterschiedlichen Ge-

wichtung der Entwicklungsziele unter Beteiligung der Ortsbeiräte in ganzheitlichen Ortsteilentwicklungskonzepten konkretisiert werden sollen.

Die Leitlinien behandeln in übersichtlicher Weise in vier Kapitel die Bereiche:

- Stadtgesellschaft (Leitbild: Chancengleichheit),
- Arbeit und Wirtschaft (Leitbild: Florierende Universitäts- und Hafenstadt in Europa),
- Ökologische Stadt (Leitbild: Grüne Stadt am Meer),
- Stadträumliche Leitlinien (Leitbild: Wechselspiel zwischen Kontinuität und Wandel).

Während in den ersten drei Bereichen übergeordnete, langfristige Ziele der Stadtentwicklung formuliert werden, umreißen die Leitlinien (im engeren Sinne) die Wege zu diesen Zielen mit einem Zeithorizont von 10 - 15 Jahren. Leitbilder und Leitlinien verfolgen das gemeinsame Gesamtziel einer zukunftsbeständigen Stadtentwicklung, machen aber auch unterschiedliche Interessen und Konflikte deutlich, für die dann auf der Ebene der Fachkonzepte konkrete Lösungen angeboten werden müssen.

Bei Veränderung von Rahmenbedingungen und erzielten Fortschritten sollen die Leitlinien je nach Bedarf fortgeschrieben werden, mindestens alle vier Jahre. Bei Fortschreibung und Umsetzung soll der Agenda-21-Rat als wichtiges Gremium innerhalb des Lokale-Agenda-21-Prozesses maßgeblich beteiligt werden.

Die Leitlinien weisen vielfältige Bezüge zu „Umwelt und Gesundheit“ auf, u.a. an folgenden Stellen:

- Im Kapitel „*Stadtgesellschaft*“ lauten Unterpunkte z.B. „Selbstbestimmt leben auch bei körperlichen, geistigen oder psychischen Einschränkungen“, „Sicherung einer tragfähigen gesundheitsfördernden Infrastruktur“ und „Aufbau und Einführung von Umweltmanagement und Umweltcontrolling in der Stadtverwaltung“.
- Das Kapitel „*Ökologische Stadt*“ umfasst u.a. folgende Unterpunkte: „Sicherung und Verbesserung der Umweltsituation durch Umweltqualitätsziele“, „Sichere Trinkwasserversorgung und nachhaltiger Gewässer- sowie Küsten- und Hochwasserschutz“, „Schutz des Bodens durch Altlastensanierung, flächenschonende Stadtentwicklung und Entsiegelung“, „Senkung der Luft- und Lärmbelastung und Schaffung eines gesundheitsfördernden Mikroklimas“, „Umweltverträgliche Abfallwirtschaft durch Abfallvermeidung, Abfallverwertung und umweltgerechte Entsorgung“, „Die verstärkte Integration von Regional-, Stadt- und Verkehrsplanung muss zu einer Verkehrsverminderung führen“, „Ein attraktiver Umweltverbund - als Rückgrat des Rostocker Verkehrssystems - sichert eine umweltverträgliche Mobilität für alle Bevölkerungsschichten“.

Exemplarisch sei das Unterkapitel „Sicherung einer tragfähigen gesundheitsfördernden Infrastruktur“ erläutert. Hierzu heißt es in den Leitlinien: „Die Entwicklung einer gesunden Stadt soll zu einer besseren Nutzung kommunaler Ressourcen führen, die Bindung der Menschen an den eigenen Lebensort fördern und die Fähigkeit des Einzelnen sowie von Institutionen stärken, für die eigene Gesundheit und die anderer Verantwortung zu übernehmen. Kommunale Gesundheitsförderung wird dabei als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden, die in alle Politikbereiche hineinreicht und nicht ausschließlich dem Gesundheitssektor zuzuordnen ist. (...) Die Entwicklung einer tragfähigen gesundheitsfördernden Infra-

struktur in der Hansestadt Rostock umfasst eine optimale ambulante und stationäre medizinische Versorgung sowie die Schaffung von Bedingungen, die Gesundheit im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation ermöglichen und zur Lebensqualität der Bevölkerung beitragen. Bei der Umsetzung des Leitbildes Chancengleichheit muss im Prozess einer präventiven Gesundheitspolitik gesundheitlichen und sozialen Benachteiligungen entgegen gewirkt werden. Messkriterium für den Erfolg dieser Strategie ist eine zu entwickelnde Gesundheitsverträglichkeitsprüfung, um stadtpolitische Entscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit, die Bedürfnisse, die Interessen und Fähigkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner zu hinterfragen.“ Auf Querverbindungen zum Kapitel „Ökologische Stadt“ wird im Dokument an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Die Rostocker Leitlinien zur Stadtentwicklung nehmen ausdrücklich sowohl auf die Lokale Agenda 21 als auch das Gesunde-Städte-Projekt“ Bezug und streben die enge Verschränkung dieser beiden Prozesse an. Damit wird konzeptionell ein klarer Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit hergestellt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* An der Erarbeitung der Leitlinien hat eine Vielzahl von Akteuren mitgewirkt: Sie sind das Ergebnis einer intensiven ämterübergreifenden Zusammenarbeit und einer intensiven Diskussion mit Einwohnern, Verbänden, Vereinen, Unternehmen, Institutionen, Kammern, dem Agenda-21-Rat und den Ortsbeiräten sowie in den politischen Gremien der Stadt.

*Konzeptionelle Einbindung:* Im Anhang der Leitlinien findet sich die Aufstellung „Fachkonzepte und Fachplanungen der Hansestadt Rostock“, wobei die dort aufgeführten Konzepte und Planungen nicht Teil des Beschlusses sind. Unterschieden wird zwischen vorhandenen (z.B. Gesundheitsbericht der Hansestadt Rostock), in Erarbeitung befindlichen (z.B. Umweltqualitätszielkonzept) und beabsichtigten (z.B. Leitplanung Gewässer) Konzepten und Planungen. Hierdurch wird die konzeptionelle Verbindung der Leitlinien zur aktuellen Arbeit der kommunalen Behörden hergestellt.

*Evaluation:* Die Leitlinien sind in periodischen Zeitabständen fortzuschreiben. Der Oberbürgermeister wird durch den Bürgerschaftsbeschluss beauftragt, ein ressortübergreifendes Controlling zur Umsetzung der Leitlinien einzurichten. Hierbei soll der Agenda 21-Rat beteiligt werden.

*Kommunikation:* Die Struktur des Agenda-Prozesses ermöglichte eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Der vom Oberbürgermeister bestätigte Verwaltungsentwurf wurde in der Öffentlichkeit breit zur Diskussion gestellt. Der Entwurf lag aus und war auch im Internet einsehbar. 55 schriftliche Stellungnahmen gingen ein und wurden ausgewertet. Die Leitlinien sind im Internet veröffentlicht ([www.rostock.de/Internet/stadtverwaltung/stadt/se.jsp](http://www.rostock.de/Internet/stadtverwaltung/stadt/se.jsp)).

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Als Erfolgsfaktoren in Hinblick auf Erarbeitung und Umsetzung der Rostocker Leitlinien zur Stadtentwicklung sind insbesondere folgende zu nennen:

- Bürgerschaftsbeschlüsse zur Erarbeitung und zur Verabschiedung von Leitlinien zur Stadtentwicklung, zum Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk und zur Umsetzung der Ziele der Agenda 21 auf lokaler Ebene,
- fachkompetente und engagierte Arbeit des Büros für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21,
- die Geschäftsführung des Ausschusses der Bürgerschaft für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnungsrecht durch das Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21,
- kritische Begleitung und Förderung durch Agenda-21-Rat der Hansestadt Rostock und der Agenda-Arbeitskreise,
- Engagement des Oberbürgermeisters.

## Projektträger und Beteiligte

- Bürgerschaft (Stadtparlament) der Hansestadt Rostock (Projektträger)
- Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21
- Stadtverwaltung

## Zielgruppen

- Rostocker Bürgerinnen und Bürger
- Bürgerschaft
- Stadtverwaltung
- kommunale Unternehmen und Beteiligungen
- Vereine und Verbände
- Regionalnachbarn
- Investoren

## Projektkosten und Finanzierung

- Haushaltsmittel der Hansestadt Rostock

## Laufzeit

- Leitlinien-Vorbereitung: 1996-2000; Bürgerschaftsbeschluss: 2000; Umsetzungszeitraum der Leitlinien: 10-15 Jahre; vorgesehener Aktualisierungsrhythmus: alle vier Jahre

## Weitere Informationen

- *Hansestadt Rostock, Büro Lokale Agenda 21* [2001]: Leitlinien zur Stadtentwicklung der Hansestadt Rostock, Rostock.
- *Hansestadt Rostock, Pressestelle* [1999]: Gesunde Stadt und Lokale Agenda 21 – zwei Leitbilder ergänzen sich, Rostock.
- *Lembcke, Hinrich* [1999]: Öffentlichkeitsarbeit und Lokale Agenda 21 in Rostock, in: Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Lokale Agenda 21 in Mecklenburg-Vorpommern – Chance oder Sackgasse für eine nachhaltige Entwicklung? Tagungsband zur Konferenz am 26./27. August 1999, download unter <http://www.um.mv-regierung.de/agenda21/pages/tagungsunterlagen.htm>.

## Ansprechpartnerin

### **Gisela Jacobs**

Hansestadt Rostock  
Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21  
Neuer Markt 1, 18055 Rostock  
Telefon: 0381/381-1150  
E-Mail: [gisela.jacobs@rostock.de](mailto:gisela.jacobs@rostock.de)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Perspektive München – Die Zukunft unserer Stadt

München, Bayern

### Projektbeschreibung

Die Münchner Stadtentwicklungskonzeption „Perspektive München“ – 1998 erstmals beschlossen – zeigt einen langfristigen und flexiblen Orientierungsrahmen für die wirtschaftliche, soziale, räumliche und regionale Entwicklung der Stadt auf. Die „Perspektive München“ ist zwei Grundsätzen verpflichtet, zum einen der nachhaltigen Entwicklung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen und dem Überwinden der wachsenden sozialen Kluft, zum anderen der Urbanität, dem Leitbild der „europäischen Stadt“ beschrieben als soziale und kulturelle Vielfalt, Toleranz, wirtschaftliche Chancen und Kreativität.

Innerhalb der „Perspektive München“ definieren *Leitlinien* die langfristige fach- und referatspezifische Richtung der Stadtentwicklung. In mehreren den Leitlinien zugeordneten *Leitprojekten* soll exemplarisch aufgezeigt werden, wie die in den Leitlinien formulierten Strategien im Sinne einer Zielerreichung auch praktisch umgesetzt werden können. In den Leitlinien und Leitprojekten wird das Themenfeld Umwelt und Gesundheit vielfältig angesprochen, so z.B. als stadtverträgliche Verkehrsbewältigung, als Stadtentwicklung, als gesundheitsbezogene Stadtteilarbeit sowie als Aufbau von Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation. In der neuen Leitlinie „Ökologie“ werden u.a. die von Verkehrsabgasen ausgehenden Gesundheitsgefahren ausdrücklich angesprochen; der Lärmbelastung ist ein ganzes Kapitel gewidmet.

Die Leitlinien der Stadtentwicklung bilden im Rahmen des „Gesamtstädtischen Zielsystems“ einen verbindlichen Rahmen zur Entwicklung von operativen Handlungszielen in den einzelnen Referaten. Die „Perspektive München“ wird in den „Berichten zur Stadtentwicklung“ kontinuierlich fortgeschrieben.

Ein wesentliches Merkmal der „Perspektive München“ ist die öffentliche Diskussion über Ziele und Wege. Bei der Erarbeitung der Stadtentwicklungskonzeption wurde daher mit einer Vielfalt von Akteuren zusammen gearbeitet: Stadtrat, Bezirksausschüsse, Institutionen, Vereine, Verbände, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Akteure der Lokalen Agenda 21, Vertreterinnen und Vertreter der Region München sowie Bürgerinnen und Bürger (einschließlich Teilgruppen wie Jugendliche und Senioren).

Für die gewichtige Frage „Wie soll München in zehn, zwanzig oder gar dreißig Jahren aussehen?“ bemüht sich die „Perspektive München“ in überzeugender Weise um Antworten und liefert einen wichtigen Beurteilungsmaßstab für Planungen und Projekte in allen Bereichen der kommunalen Vorsorge.



## Weitere Informationen

- *Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Hrsg.)* [o.J.]: Perspektive München – Die Zukunft unserer Stadt. Leitlinien und Projekte, München.
- *Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Referat für Gesundheit und Umwelt* [2002]: Leitlinie Ökologie. Perspektive München, München.
- *Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung* [2005]: „Perspektive München“ – Bericht zur Stadtentwicklung 2003, Beschluss des Stadtrates vom 6.10.2005, München.
- [www.muenchen.de/Rathaus/plan/stadtentwicklung/perspektive/39104/index.html](http://www.muenchen.de/Rathaus/plan/stadtentwicklung/perspektive/39104/index.html)
- [www.muenchen.de/Wirtschaft/Immobilien\\_Flaechen/Flaechenpolitik\\_der\\_LHM/perspektive/58317/index.html](http://www.muenchen.de/Wirtschaft/Immobilien_Flaechen/Flaechenpolitik_der_LHM/perspektive/58317/index.html)

## Ansprechpartner

### **Herbert Folda**

Landeshauptstadt München  
Referat für Stadtplanung und Bauordnung  
Blumenstraße 31, 80331 München  
E-Mail: [herbert.folda@muenchen.de](mailto:herbert.folda@muenchen.de)  
Telefon: 089/2332-4823

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Vom Agenda-Prozess zum Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept

Münster, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

In Münster wird seit 2002 eine systematische Zukunftsdebatte als Beitrag zum Standortwettbewerb und zur Verwaltungsstrukturreform geführt. Es wurden Zielvorstellungen für die Profilierung und Positionierung der Stadt erarbeitet und man einigte sich auf besondere Qualitäten von Münster sowie ein breit getragenes Stadtprofil. In einem so genannten „Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept (ISM)“ wurde das Profil durch sieben Leitorientierungen konkretisiert. Laut Ratsbeschluss bestehen die nächsten Schritte in der Umsetzung der Leitorientierungen durch Leitprojekte, in der Entwicklung integrierter Kommunikationsstrategien und der Optimierung des Außenauftritts sowie im Aufbau der prozessbegleitenden Erfolgskontrolle.

Der Lokale-Agenda-Prozess-21 in der Stadt Münster wurde in das IMS übergeleitet und die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 entwickelten und begonnenen Projekte hier weiter geführt. Im Rahmen des Münsteraner Lokale-Agenda-21-Prozesses gab es vier Facharbeitskreise, darunter einer zum Thema „Umwelt und Gesundheit“. In diesem Gremium waren von Seiten des Gesundheitsamtes der Leiter der Abteilung „Umweltbezogener Gesundheitsschutz“ sowie der Gesundheitsplaner der Stadt vertreten. Ergänzt durch Bürgerzirkel, diskutierte der Facharbeitskreis zahlreiche Einzelprojekte, darunter eine Bestandsaufnahme über Frauen-Gesundheit und einen Gesundheitsplan. In diesem Gesundheitsplan sollen, ähnlich wie in dem bereits vorliegenden Umweltplan, Daten verschiedener Quellen zu einer Status-quo-Analyse zusammengeführt und geeignete Entwicklungsziele formuliert werden. Der Plan soll insbesondere folgende Angaben enthalten: Gesundheitsdaten, auch für verschiedene Bevölkerungsgruppen; soziodemographische Daten; Umweltdaten, inklusive Klima, Luftbelastung, Trinkwasser usw.; raumbezogene Daten. Durch den Plan soll die Zusammenarbeit verschiedener Ämter und Interessengruppen im Sinne der Lokalen Agenda 21 gefördert und gleichzeitig eine Planungsgrundlage für nachhaltige Stadtentwicklung geschaffen werden.

An der Erstellung des ISM war eine Vielfalt unterschiedlicher Akteure beteiligt wie Bürgerschaft, Vereine, Verbände sowie zahlreiche private und öffentliche Partner. Auch bei der Erstellung des vorgeschlagenen Gesundheitsplans sollen unterschiedliche Einrichtungen einbezogen werden, darunter Universität, Fachhochschule, Krankenkassen, Rentenversicherungen und Bundesstiftung Umwelt.

### Weitere Informationen

- *Stadt Münster, Stadtplanungsamt* [1999]: Münster 2010. „Planungen und Projekte für ein zukunftsfähiges Münster“ – Grundlagen für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2010, Münster.

- *Weth, Claus, und Dirk Philippsen* [2005]: Gesundheit im Agenda 21-Prozess und Öffentlicher *Gesundheitsdienst* in Münster, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 51-53.
- *Weth, Claus* [2004]: Agenda 21 und Gesundheit: Umsetzungsprozess und weitere Entwicklungen in Münster, in: Dirk Philippsen, Holger Möller und Rainer Fehr: Projekt „Agenda 21 und Umweltmedizin“ – Infoband 2: Gesundheit in der Lokalen Agenda 21. Praxisbeispiele, Bielefeld, S. 54-60.
- [www.muenster.de/stadt/stadtentwicklung/strategie-ism.html](http://www.muenster.de/stadt/stadtentwicklung/strategie-ism.html)
- [www.muenster.de/stadt/agenda/skizzen.html](http://www.muenster.de/stadt/agenda/skizzen.html)

### Ansprechpartner/-in

**Dr. Helga Kreft-Kettermann**

(Integriertes Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept)

Stadt Münster

Amt für Stadt- und Regionalentwicklung, Statistik  
Stadthaus 3, Albersloherweg 3, 348155 Münster

E-Mail: [KreftH@stadt-muenster.de](mailto:KreftH@stadt-muenster.de)

Telefon: 0251/492-1200

---

**Dr. Claus Weth**

(Gesundheitsplan)

Stadt Münster

Gesundheitsamt

Stühmerweg 8, 48147 Münster

E-Mail: [wethc@stadt-muenster.de](mailto:wethc@stadt-muenster.de)

Telefon: 0251/492-5302

---

## 2.2 Miteinander geht's besser:

### Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme



#### Ausgangslage

Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ verfolgt mit der Vernetzung von Umwelt- und Gesundheitspolitik einen integrativen Ansatz. Auch in verschiedenen anderen kommunalen Politikbereichen wird seit einiger Zeit versucht, traditionelle sektorale Ansätze von Politik und Verwaltung zu ganzheitlichen Vorgehensweisen weiterzuentwickeln. Die Lokale Agenda 21, das aus der Ottawa-Charta der World Health Organization (WHO) entstandene Gesunde-Städte-Projekt sowie das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gemeinsam mit dem auf die Jugendhilfe fokussierenden „Partnerprogramm Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ sind hier in Zusammenhang mit dem Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ insbesondere von Bedeutung. Alle diese Programme zielen auf die Stabilisierung und Verbesserung der örtlichen Lebensverhältnisse und damit auf eine umwelt- und gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Statt paralleler Programmstrukturen im Sinne „Kommunaler Aktionspläne Umwelt und Gesundheit“ aufzubauen, erscheint es daher sinnvoll, an diese bereits vorhandenen kommunalen Strukturen anzuknüpfen – vor allem, weil diese aktuellen integrativen Programme neben dem intersektoralen Politikansatz eine Reihe weiterer Gemeinsamkeiten mit dem Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ wie Verfolgung präventiver Strategien, Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen sowie Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung aufweisen.

Diese Gemeinsamkeiten legen aber nicht nur die Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in die integrativen Programme nahe, sondern lassen auch die Vernetzung und Kooperation der Programme untereinander mit dem Ziel einer wirkungsvollen und nachhaltigen Ausgestaltung umwelt- und gesundheitsfördernder Stadt- und Gemeindeentwicklung sinnvoll erscheinen. Bislang gibt es in den Kommunen nur vereinzelt Ansätze zur konzeptionellen und strategischen Zusammenarbeit bei der Umsetzung integrativer Programme. Häufig erfolgt die Umsetzung unverbunden nebeneinander oder es wird nur punktuell und in einzelnen Projektzusammenhängen zusammengearbeitet. Ein wesentlicher Grund für das unverbundene Nebeneinander der Programme ist die sektorale Verwaltungspraxis. Die integrativen Programme werden nebeneinander in die Stadt „gestellt“ und verschiedenen Ämtern verantwortlich zugeordnet, denen sie dann „gehören“: Lokale Agenda 21 – Umweltamt, Gesunde Stadt – Gesundheitsamt, Soziale Stadt – Amt für Stadterneuerung (Stender 2000, S. 30). Häufig kommen fehlende zeitliche Ressourcen hinzu, die eine an sich aus Sicht vieler Programmakteure befürwortete Zusammenarbeit zwischen den Programmen erheblich erschweren. Nicht selten aber fehlen auch ganz einfach Kenntnisse über die anderen Programme und deren inhaltliche Ausrichtung.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Mit der Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme und mit der Zusammenarbeit dieser Programme in Hinblick auf eine umwelt- und gesundheitsfördernden Stadt- und Gemeindeentwicklung können für die gesundheitsfördernde Gestaltung kommunaler Umwelt vor allem folgende Vorteile verbunden sein:

- bessere Umsetzung gesundheitsbezogener Umweltziele/umweltbezogener Gesundheitsziele durch Synergieeffekte,
- Übertragung bewährter Ansätze aus den integrativen Programmen auf das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“,
- Durchführung weitergehender und umfassender Projekte,
- Gewinnung neuer sowohl verwaltungsinterner als auch verwaltungsexterner Kooperationspartner,
- bessere Ausnutzung begrenzter Ressourcen durch Ressourcenbündelung in personeller als auch in finanzieller Hinsicht sowie
- Nutzung bestehender Strukturen innerhalb der Kommune.

## Wesentliche kommunale Strategien

Als charakteristische Strategien zur Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme und zur Zusammenarbeit integrativer Programme für eine umwelt- und gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung zeichnen sich in den Kommunen ab:

- Entwicklung und Umsetzung von einzelnen Projekten und Maßnahmen mit unmittelbarem oder mittelbarem Umwelt- und Gesundheitsbezug im Rahmen integrativer Programme;
- Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in programmbezogenen Arbeitskreisen, wobei die Bearbeitung selten in einem eigenen Arbeitskreis „Umwelt und Gesundheit“ erfolgt, sondern in der Regel integriert in einen anderen thematischen Arbeitskreis mit Bezug zu „Umwelt und Gesundheit“ wie beispielsweise Arbeitskreise zum Verkehr, zum Wohnen, zu Soziales;
- projektbezogene Zusammenarbeit integrativer Programme zur Verfolgung des gemeinsamen Ziels einer umwelt- und gesundheitsfördernden Stadt- und Gemeindeentwicklung;
- strategisch-konzeptionelle und strukturelle Zusammenarbeit integrativer Programme, z.B. durch Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Leitlinien, Schaffung neuer Strukturelemente für eine gemeinsame Programmkoordination (Koordinierungskreis, Beirat), regelmäßigen Informationsaustausch, eine geregelte wechselseitige Präsenz in Arbeitskreisen und Projektgruppen, Abstimmung der unterschiedlichen Aktivitäten, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

## Literatur

- *Böhme, Christa, Rolf-Peter Löhr und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2004]: Soziale Stadt und Gesundheit, in: Eberhard Göpel und Viola Schubert-Lehnhardt (Hrsg.), Gesundheit gemeinsam gestalten 2: Kommunale Gesundheitsförderung, Frankfurt am Main, S. 66-80.
- *Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de).
- *Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21, Berlin 2005 (Difu, Aktuelle Information).
- *Fehr, Rainer, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.)* [2005]: Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 23-76.
- *Philippson, Dirk, Holger Möller, Rainer Fehr* [2003]: Gesundheit in der Lokalen Agenda 21. Praxisbeispiele, Bielefeld (Projekt „Agenda 21 und Umweltmedizin“, Infoband 2).
- *Stender, Klaus-Peter*, [2000]: Stärkere Kooperation der Kommunalprogramme, in: Ulrike Wolf, Dirk Philippson und Rainer Fehr (Hrsg.): Agenda 21 und Gesundheit – Kooperationen, Schwerpunkte, Instrumente. Dokumentation der Tagung vom 21.6.00 in Düsseldorf, Bielefeld, S. 28–31 (Materialien „Umwelt und Gesundheit“, Nr. 7).
- *Stricker, Stefan* [2000]: Das Gesunde-Städte-Projekt der WHO und die Lokale Agenda 21. Gemeinsamkeiten und Kooperationsmöglichkeiten, Bielefeld (Materialien „Umwelt und Gesundheit“, Nr. 14).
- *Trojan, Alf* [2002]: Programme in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Soziales und Stadterneuerung – ein kurzer Abgleich, in: Raimund Geene, Sebastian Graubner, Ingrid Papiès-Winkler und Klaus-Peter Stender (Hrsg.): Gesundheit – Umwelt – Stadtentwicklung. Netzwerke für Lebensqualität. Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 9.

## Links

- [agenda-transfer](http://agenda-transfer.de), Agentur für Nachhaltigkeit GmbH : [www.agenda-transfer.de](http://www.agenda-transfer.de)
- [Gesunde-Städte-Netzwerk](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de): [www.gesunde-staedte-netzwerk.de](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de)
- [Bund-Länder-Programm Soziale Stadt](http://www.sozialestadt.de): [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)
- [Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten \(E&C\)“](http://www.eundc.de): [www.eundc.de](http://www.eundc.de)


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Magdeburg: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt

### Magdeburg, Sachsen-Anhalt

In Magdeburg ist das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sowohl in die seit 1997 betriebene Lokale Agenda 21 als auch in das seit 2003 in Magdeburg verfolgte Gesunde-Städte-Projekt eingebunden. Dabei ist das Gesunde-Städte-Projekt unmittelbar in die Lokale Agenda 21 integriert und bildet mit der eigenständigen Arbeitsgruppe „Umwelt“ eine Plattform zur Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Darüber hinaus sind „Umwelt und Gesundheit“ implizit Gegenstand des Schwerpunktthemas „Mobilität“ der Lokalen Agenda. Aufgrund der strukturellen und thematischen Nähe von Lokale Agenda 21 und Gesunde-Städte-Projekt findet in Magdeburg eine intensive Zusammenarbeit der beiden Programme in Hinblick auf das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ statt.

### Projektbeschreibung

In Magdeburg ist das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sowohl in die Lokale Agenda 21 als auch in das Gesunde-Städte-Projekt eingebunden. Der Beschluss zur Lokalen Agenda 21 wurde 1997 gefasst und 1998 institutionell mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 im Umweltamt verankert. Der Beitritt der Stadt Magdeburg zum Gesunde-Städte-Netzwerk erfolgte 2003. Das zum gleichen Zeitpunkt eingerichtete Gesunde-Städte-Büro ist beim Dezernat für Jugend, Soziales und Gesundheit angesiedelt.

Die Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ erfolgt vor allem über das Schwerpunktthema „Gesunde Stadt“ der Lokalen Agenda in Magdeburg. Innerhalb des Gesunde-Städte-Projektes existiert neben vier weiteren die Arbeitsgruppe „Umwelt“. Im Mittelpunkt dieser Arbeitsgruppe stehen die Schwerpunkte Mobilität/Verkehr, Natur, Altlasten/Bodenschutz, Gewässerschutz/Trinkwasser, Luft/Klima sowie Lärm. Eine Mitarbeiterin des Umweltamtes leitet diese Arbeitsgruppe.

Darüber hinaus spielt das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ implizit auch eine Rolle im Schwerpunktthema „Mobilität“ der Lokalen Agenda 21. Das Thema „Mobilität“ bildet eine Schnittstelle im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“, da es auf eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur zielt und damit einen wesentlichen gesundheitsfördernden Beitrag leistet. Im Vordergrund steht dabei eine Erhöhung der Attraktivität der Verkehrsstruktur für bestimmte Zielgruppen (Fußgänger, Radfahrer, Kinder und Jugendliche, Personen mit eingeschränkter Mobilität) sowie Verkehrsformen (öffentlicher Personennahverkehr, nichtmotorisierter Individualverkehr).

In den vergangenen Jahren wurde auf diese Weise im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und des Gesunde-Städte-Projekts eine Vielzahl von Aktionen und Projekten initiiert und umge-

setzt, die einen Bezug zum Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ haben. Hierzu zählen u.a.:

- *Agenda-Konferenz „Nachhaltige Mobilität“:* Im Jahr 2003 fand die erste Agenda-Konferenz zum Thema „Mobilität im urbanen Raum“ statt. Ziel ist es, die Attraktivität des öffentlichen Raumes als Aufenthalts- und Kommunikationsort durch verkehrsmindernde Siedlungsentwicklung und effektive sowie umwelt- und gesundheitsfördernde Mobilitätssysteme zu steigern.
- *Lärminderungsplanung im Stadtteil Stadtfeld Ost:* Der Stadtteil Stadtfeld Ost ist durch die Nähe zur Stadtautobahn erheblich von Lärmbelästigung betroffen und wurde daher Gegenstand für eine Lärminderungsplanung. Neben einer Befragung der Anwohner und der Gewerbetreibenden wurde die Geräuschbelästigung für unterschiedliche Beurteilungszeiträume erfasst und dargestellt. Die Bewohner wurden aktiv in die Planungen einbezogen.
- *1. Magdeburger Gesundheitskonferenz:* Die Konferenz fand am 4./5. Juni 2004 unter dem Motto „Bewegte Stadt – Stadt in Bewegung“ statt.

Die gemeinsame Initiierung und Durchführung von Projekten basiert auf engen Kooperationsstrukturen zwischen der Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 und dem Gesunde-Städte-Büro (z.B. gemeinsame Konferenzen und Aktionswochen). Darüber hinaus besteht ein enger Austausch mit weiteren Ämtern wie z.B. dem Gesundheitsamt, dem Amt für Gleichstellungsfragen, dem Stadtplanungsamt, dem Amt für Baurecht oder der Kinderbeauftragten. In jährlich stattfindenden „Planungswerkstätten“ beraten alle Kooperationspartner Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit bei der Ausgestaltung des Gesunde-Städte-Projektes. Hervor zu heben ist ferner die Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Gemeinsam mit der Hochschule konnten zunehmend auch Akteure aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen für die Zusammenarbeit gewonnen werden.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Mit der Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ über das Schwerpunktthema „Gesunde Stadt“ in die Lokale Agenda 21 und der Bildung einer eigenständigen Arbeitsgruppe „Umwelt“ im Rahmen des Schwerpunktthemas „Gesunde Stadt“ ist in der Stadt Magdeburg konzeptionell die Grundlage für eine systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit hergestellt. Dabei werden bei der Initiierung und Durchführung von Projekten gleich mehrere für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ relevante Handlungsfelder einbezogen: Gesundheitsfördernde Mobilität, Wohnumfeldentwicklung, Lärmbekämpfung, Spiel und Bewegungsförderung.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in die Lokale Agenda 21 und in das Gesunde-Städte-Projekt basiert auf einer engen Kooperation zwischen der beim Umweltamt angesiedelten Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 und dem beim Dezernat für Jugend, Soziales und Gesundheit eingerichteten Gesunde-Städte-Büro, die von beiden Ämtern als fachlicher Zugewinn angesehen wird. Darüber hinaus ist es gelungen, tragfähige und gewinnbringende Kooperationen mit externen Akteuren wie der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) aufzubauen.



*Evaluation:* Im Rahmen des Gesunde-Städte-Projektes hat sich die Arbeitsgruppe „Evaluation und Gesundheitsdaten“ die Aufgabe gestellt, das Gesunde-Städte-Projekt auf der Grundlage von wissenschaftlich fundierten Gesundheitsdaten und Informationen über die Magdeburger Bevölkerung durch Analysen und Bewertungen zu begleiten und zu qualifizieren.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Beteiligung lokaler Akteure spielt bei der Lokalen Agenda und im Gesunde-Städte-Projekt eine große Rolle und wird durch öffentliche Veranstaltungen wie Agenda- und Gesundheitskonferenzen sowie Aktionswochen ermöglicht und gefördert. Dabei erhalten Selbsthilfegruppen die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen und für ihre Arbeit neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Darüber hinaus findet Beteiligung auch projektbezogen, beispielsweise bei der Aufstellung des Lärmmindeplans für den Stadtteil Stadtfeld Ost, statt.

*Kommunikation:* Das Thema „Umwelt und Gesundheit“ wird durch Projekte wie Aktionswochen, Agenda- bzw. Gesundheitskonferenzen offensiv in die öffentliche Diskussion eingebracht.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Erfolgsfaktoren für die Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in die Lokale Agenda 21 und das Gesunde-Städte-Projekt sowie die Kooperation der beiden Programme untereinander sind in Magdeburg:

- Engagement und Kompetenz von Verwaltungsmitarbeitern,
- strukturelle und thematische Nähe von Lokale Agenda 21 und Gesunde-Städte-Projekt und eine dadurch erleichterte Abstimmung der Tätigkeiten im Rahmen der beiden Programme,
- Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und externen Umwelt- und Gesundheitsakteuren,
- externe Unterstützung bei der Beförderung des Themenfeldes und der Zusammenarbeit der beiden Programme durch die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH),
- Unterstützung durch Politik und Verwaltungsspitze.

## Projektträger und Beteiligte

- Landeshauptstadt Magdeburg (Projektträger)
- Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 beim Umweltamt (federführend für Lokale Agenda 21)
- Gesunde-Städte-Büro beim Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit (federführend für Gesunde-Städte-Projekt)
- Gesundheitsamt
- Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
- Volkshochschule

- Kassenärztliche Vereinigung
- Krankenkassen: AOK, Barmer Ersatzkasse, BKK Taunus
- Verbraucherzentrale Magdeburg
- AG Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten
- Non-Profit-Organisationen (Kneipp-Verein Magdeburg e.V., Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V., Institut für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie der Otto-von-Guericke-Universität – Medizinische Fakultät)
- KOBES e.V. - Kontaktstelle für Selbsthilfe
- weitere Selbsthilfegruppen

### Zielgruppen

- Bürgerinnen und Bürger
- spezielle Bevölkerungsgruppen wie Kinder und Jugendliche
- Stadtteilbewohner

### Projektkosten und Finanzierung

- ohne eigenes Budget
- personelle Absicherung des Büros der Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 über zwei ABM-Stellen
- Einwerben von Spenden

### Laufzeit

- Lokale Agenda 21 seit 1997 fortlaufend
- Gesunde-Städte-Projekt seit 2003 fortlaufend

### Weitere Informationen

- *Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de).
- Landeshauptstadt Magdeburg, Dezernat für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung und Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit [2004]: „Bewegte Stadt“ – Stadt in Bewegung. Die Lokale Agenda 21 und das Gesunde Städte Projekt der Landeshauptstadt Magdeburg, Magdeburg.
- [www.magdeburg.de/gsp](http://www.magdeburg.de/gsp)

## Ansprechpartnerinnen

### **Diana Grünert**

Landeshauptstadt Magdeburg  
Umweltamt  
Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21  
Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg  
E-Mail: [Diana.Gruenert@ua.magdeburg.de](mailto:Diana.Gruenert@ua.magdeburg.de)  
Telefon: 0391/540-2604

---

### **Angelika Bruns**

Landeshauptstadt Magdeburg  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Gesunde-Städte-Büro  
Wilhelm-Höpfner-Ring 4, 39116 Magdeburg  
E-Mail: [angelika.bruns@stadt.magdeburg.de](mailto:angelika.bruns@stadt.magdeburg.de)  
Telefon: 0391/540-3222

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## München: Lokale Agenda 21 und Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit

### München, Bayern

In München ist das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zum einen in die Lokale Agenda 21 und zum anderen in das Münchner Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit eingebunden. Das Themenfeld wird in beiden Programmen explizit behandelt und in Projekten umgesetzt. Dabei ist das Münchner APUG insbesondere auf Kinder, Jugendliche und Familien ausgerichtet und wird modellhaft in den sozial benachteiligten Stadtteilen Berg am Laim und Ramersdorf umgesetzt. Da sowohl die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 als auch die des APUG im Referat für Umwelt und Gesundheit organisiert wird, bestehen günstige Rahmenbedingungen für eine Kooperation der beiden Programme.

### Projektbeschreibung

Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ ist in der Stadt München sowohl in die Lokale Agenda 21 als auch in das Münchner Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) eingebunden.

Der Beschluss zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 wurde in München im Jahr 1995 gefasst. Die Federführung liegt in der Verwaltung beim Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU), in dem das Agenda-21-Büro als Stabsstelle bei der Amtsleitung angesiedelt ist. Jedes Referat der Stadtverwaltung hat einen Agenda-Beauftragten; der Arbeitskreis der Agenda-21-Beauftragten wird durch das Büro des Bürgermeisters geleitet. In der Lokalen Agenda 21 wurde das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ explizit aufgegriffen und in diversen Projekten insbesondere in den Handlungsfeldern Gesunde Ernährung, Mobilität, Lebensstile sowie Wohnen und Wohnumfeld umgesetzt.

Die kommunale Umsetzung des APUG wurde vom Stadtrat der Landeshauptstadt München 2003 beschlossen und die Koordination hierfür ebenfalls dem Referat für Gesundheit und Umwelt übertragen. Die Ziele des Münchner APUG sind:

- Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit vermeiden und
- die Stadt als gesundheitsförderliche Lebenswelt nachhaltig gestalten.

Das Münchner APUG umfasst umweltbezogene Gesundheitsprojekte, Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Kommunikation über Gesundheitsrisiken sowie den Aufbau einer umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung, die kleinräumige Informationen bereitstellt. An der Umsetzung des Münchner APUG sind mehrere städtische Referate sowie Initiativen, Verbände und wissenschaftliche Einrichtungen beteiligt. Im Zentrum des Münchner APUG-Projektes steht das "Handlungsfeld Wohnen", weil die Wohnbedingungen und die Qualität der Wohnumgebung die Gesundheit der Menschen belasten oder fördern. Das Münchner APUG wendet sich vor allem an Kinder, Jugendliche und Familien, da für Kinder die Gefahr umweltbezogener Gesundheitsrisiken besonders groß ist. Das Münchner APUG wird – ge-

fördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung – modellhaft in den Stadtteilen Berg am Laim und Ramersdorf umgesetzt.

Da sowohl die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 als auch die des APUG im Referat für Umwelt und Gesundheit organisiert wird, bestehen günstige Rahmenbedingungen für eine Kooperation der beiden Programme. So fließen beispielsweise die im Agenda-21-Prozess entwickelten Kriterien zur Nachhaltigkeit in das Münchner APUG-Modellprojekt ein und das Agenda-21-Büro hat im Zusammenhang mit dem Münchner APUG einen eigenen Förderschwerpunkt „Umwelt und Gesundheit“ entwickelt. Das Agenda-Büro arbeitet darüber hinaus inhaltlich und strukturell intensiv mit dem Arbeitskreis „Kommunale Gesundheitsförderung“ des Gesundheitsbeirates und der im Rahmen des Gesunde-Städte-Projekts vom Gesundheitsbeirat initiierten „Münchner Aktionswerkstatt G’sundheit“ zusammen. Beim Münchner APUG gibt es zudem eine intensive Kooperation mit dem Programm „Soziale Stadt“. Für die beiden Modellstadtteile des APUG – Berg am Laim und Ramersdorf – wurden bereits 2003 vorbereitende Untersuchungen im Rahmen der Stadtsanierung und Stadteilerneuerung im Hinblick auf die im Juli 2005 erfolgte Festlegung als Programmgebiete der Sozialen Stadt und der damit verbundenen Maßnahmenplanung durchgeführt. Die vorwiegend investiven städtebaulichen Maßnahmen des Programms Soziale Stadt sollen durch das APUG mit nichtinvestiven Maßnahmen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes und der umweltbezogenen Gesundheitsförderung verknüpft werden.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Die in der Stadtverwaltung München vorgenommene organisatorische Zusammenfassung der Themen Umwelt und Gesundheit bietet die konzeptionelle und strukturelle Grundlage für eine systematische Verknüpfung der beiden Themen mit praktischer Umsetzung sowohl in der Lokalen Agenda 21 als auch im APUG. Dabei werden in einer Vielzahl von Projekten Umwelt und Gesundheit in verschiedenen gemeinsamen Handlungsfeldern (Mobilität, Bewegungsförderung, Gesundes Wohnen, Wohnumfeldentwicklung, Gesunde Ernährung) thematisch miteinander verknüpft und Finanzen sowie Kompetenzen synergetisch genutzt.

*Kooperation zwischen den Akteuren:* Die Kooperation innerhalb der Verwaltung ist durch tragfähige Strukturen (z.B. Arbeitskreis der Agenda-21-Beauftragten der einzelnen Referate) sichergestellt. Für Kooperationen mit verwaltungsexternen Akteuren dienen vor allem das Agenda-21-Büro, die Projektgruppe APUG (beteiligt sind Behörden und verwaltungsexterne Institutionen), der Arbeitskreis Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsbeirates sowie die „Münchener Aktionswerkstatt G’sundheit“ als Anlaufstelle und Informationsdrehscheibe für das Gesunde-Städte-Projekt der Stadt München. Kooperationen mit den verschiedenen Akteuren finden vor allem durch Abstimmung über Programme und Zusammenarbeit in den Projekten statt.

*Langfristigkeit von Projekten und Maßnahmen:* Die vom Stadtrat beschlossenen Nachhaltigkeitsziele sowie das auf Dauer angelegte kommunale APUG stellen die Langfristigkeit von Projekten und Maßnahmen im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sicher.

*Setting-Ansatz und Umweltgerechtigkeit:* Das Münchner APUG-Programm bezieht sich schwerpunktmäßig auf sozial benachteiligte Stadtteile und verfolgt damit einen settingorien-

tierten Ansatz im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ und zielt gleichzeitig darauf ab, die sozialräumlich ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen und die damit verbundenen gesundheitlichen Folgen abzubauen.

*Evaluation:* Derzeit werden in München Indikatoren für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ erarbeitet. Diese sollen gemeinsam mit weiteren Indikatoren die Grundlage für die im Dreijahresrhythmus vorgesehene Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele des Stadtrats und die daran anknüpfende Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes sein.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Als Erfolgsfaktoren für die Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in die verschiedenen integrierten Programme der Stadt München sowie die Zusammenarbeit der Programme untereinander sind hervorzuheben:

- Ressortierung der Bereiche Umwelt und Gesundheit in einem gemeinsamen Referat der Stadtverwaltung,
- Zuständigkeit dieses Referates sowohl für Lokale Agenda 21 als auch für das kommunale Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit,
- politische Unterstützung durch explizite Berücksichtigung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in den Beschlüssen und im Zielkatalog für Stadt und Verwaltung sowie in den Nachhaltigkeitszielen des Stadtrats,
- gute Kooperation zwischen Verwaltung, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen,
- programmübergreifende Nutzung von Strukturen, Kompetenzen und Finanzen.

## Projektträger und Beteiligte

- Landeshauptstadt München (Projektträger)
- Referat für Umwelt und Gesundheit: Agenda-Büro und Projektgruppe APUG
- Arbeitskreis „Kommunale Gesundheitsförderung“ des Gesundheitsbeirates
- Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit
- Nichtregierungsorganisationen
- wissenschaftliche Einrichtungen

## Zielgruppen

- Kinder und Jugendliche
- Familien
- Migrantinnen und Migranten
- sozial und gesundheitlich Benachteiligte

## Projektkosten und Finanzierung

- Agenda 21: Fördertopf (125.000 Euro) sowie 1,5 Stellen und Sachmittel für das Agenda Büro aus Haushaltsmitteln des Referates für Gesundheit und Umwelt der Stadt München.
- APUG: 180.000 Euro Haushaltsmittel des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung für 2004 und 2005 im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit sowie 0,5 Stellen und Sachmittel aus den Haushaltsmitteln des Referates für Gesundheit und Umwelt der Stadt München.

## Laufzeit

- Lokale Agenda 21 seit 1995, kommunales APUG seit 2003

## Weitere Informationen

- *Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de).
- *Fuß, Reinhard, und Joachim Lorenz* [2005]: Gesundheit und Umwelt – Integration und Zusammenarbeit am Beispiele von München, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 38-40.
- *Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München* [2004]: Förderung gesunder Wohnbedingungen und eines gesunden Wohnumfeldes für Kinder und Jugendliche in München-Südost, Förderschwerpunkt Lokale Aktivitäten im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG), Zwischenbericht.
- *Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München (Hrsg.)* [1999]: Projektbericht zum AGENDA 21 – Projekt „Zukunftsfähige Kantine“, München.
- *Sontheim, Andrea* [2004]: Münchner Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Gesundes Wohnumfeld für Kinder, in: Münchner Stadtgespräche, Nr. 35, S. 13.
- [www.gesundheitsbeirat-muenchen.de](http://www.gesundheitsbeirat-muenchen.de)

## Ansprechpartner/innen

**Andrea Sontheim**  
**Ralf Karhausen-Beermann**

Landeshauptstadt München  
Referat Gesundheit und Umwelt, Stabsstelle KIK  
Bayerstraße 28a, 80335 München  
E-Mail: [apug.rgu@muenchen.de](mailto:apug.rgu@muenchen.de)  
Telefon: 089/233-47552 bzw. -47553

**Angelika Lintzmeyer**

Landeshauptstadt München  
Referat Gesundheit und Umwelt, Agenda-21-Büro  
Bayerstraße 28a, 80335 München  
E-Mail: [agenda21.rgu@muenchen.de](mailto:agenda21.rgu@muenchen.de)  
Telefon: 089/233-47560




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Rostock: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt

Hansestadt Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

### Projektbeschreibung

Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ wird in Rostock als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstanden, die – im Dialog mit der Bevölkerung – gemeinsam durch das 1992 gestartete Gesunde-Städte-Projekt und den seit 1995 laufenden Lokale-Agenda-21-Prozess wahrgenommen wird. Grundlage hierfür sind die im Jahr 2000 von der Bürgerschaft der Stadt als Teil der Rostocker Agenda 21 beschlossenen Leitlinien für eine ganzheitliche und nachhaltige Stadtentwicklung.

Seit mehreren Jahren arbeiten das dem Bereich des Oberbürgermeisters zugeordnete Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21 und die Arbeitsgruppe Kommunale Gesundheitsförderung eng zusammen. So besteht eine geregelte wechselseitige Präsenz in Arbeitskreisen und Projektgruppen und es werden gemeinsame Projekte wie „Gesunde Ernährung in der Schule“ oder Schulhofumgestaltungen durchgeführt. Zusammen entwickelt wurden auch ein Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“ sowie Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadtentwicklung. Jährlich finden die gemeinsam vorbereiteten Rostocker Gesundheits- und Umwelttage statt: 1998 mit der Frage „Gesunde Stadt und Lokale Agenda 21 – zwei Leitbilder im Spannungsfeld?“, 2000 unter dem Motto „Gesundheit, Lebensqualität und zukunftsfähige Entwicklung in Rostock“. Eine kooperative Öffentlichkeitsarbeit findet u.a. in Form des ebenfalls jährlich veranstalteten Umwelt- und Gesundheitsmarktes sowie von Veranstaltungen zur Ferienkarawane und zur Europäischen Woche der Mobilität statt. Regelmäßig erscheinen gemeinsam verfasste Kolumnen im Städtischen Anzeiger der Hansestadt Rostock.

Darüber hinaus kooperieren die Arbeitsgruppe Kommunale Gesundheitsförderung, das Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda21 und weitere Partner, wie z. B. Akteure aus den Programmen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“, in der Gesundheitsförderung für eine soziale und gesundheitliche Chancengleichheit der Kinder insbesondere in benachteiligten Stadtteilen.

### Weitere Informationen

- *Hansestadt Rostock, Pressestelle* [1999]: Gesunde Stadt und Lokale Agenda 21 – zwei Leitbilder ergänzen sich, Rostock.
- *Hansestadt Rostock, Pressestelle* [2001]: Leitlinien zur Stadtentwicklung der Hansestadt Rostock
- *Hansestadt Rostock, Pressestelle* [2002]: Pilotprojekt Evershagen – Kinderfreundlicher Ortsteil, Rostock.

## Ansprechpartnerinnen

### **Gisela Jacobs**

Hansestadt Rostock  
Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21  
Neuer Markt 1, 18055 Rostock  
E-Mail: [gisela.jacobs@rostock.de](mailto:gisela.jacobs@rostock.de)  
Telefon: 0381/381-1150

---

### **Dr. Angelika Baumann**

Hansestadt Rostock  
Gesundheitsamt  
St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock  
E-Mail: [angelika.baumann@rostock.de](mailto:angelika.baumann@rostock.de)  
Telefon: 0381/381-5376


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Heidelberg: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt

Heidelberg, Baden-Württemberg

### Projektbeschreibung

Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ wird in der Stadt Heidelberg als zentral für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung angesehen. Daher spielt das Thema auch im Stadtentwicklungsplan 2010 (STEP), der als Lokale Agenda 21 die Leitlinien städtischer Politik auf dem Weg ins 21. Jahrhundert festlegt, eine wesentliche, wenn auch nicht immer explizite Rolle. „Umwelt und Gesundheit“ wird in Heidelberg vielmehr als ein Nachhaltigkeitsthema verstanden, das auch dann berücksichtigt wird, wenn es nicht ausdrücklich „drüber steht“.

Maßgeblich beteiligt an der Umsetzung der im STEP formulierten Ziele ist das im Referat der Oberbürgermeisterin angesiedelte Agenda-Büro. Für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ ist das Agenda-Büro vor allem in Verkehrsprojekten (z.B. „Umwelt-Pluskarte“) sowie in den Arbeitskreisen „Clever unterwegs“ und „Energiesparen in den Gebäuden der Universität“ aktiv. Die nachhaltige Stadtentwicklung in Heidelberg ist jedoch nicht allein Aufgabe des Agenda-Büros, sondern vieler städtischer Ämter. Zentrale Projekte und Aktivitäten im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ werden aber schwerpunktmäßig vom Umweltamt durchgeführt. Die Verknüpfung der Bereiche Umwelt und Gesundheit wird dabei erheblich durch die Einrichtung einer eigenen Abteilung Gesundheitsförderung im Umweltamt unterstützt.

Doch nicht nur in der Lokalen Agenda 21, sondern auch im Gesunde-Städte-Projekt werden Projekte zum Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ durchgeführt (z.B. Leitfaden für nachhaltiges Heimwerken: „Farbenfroh und nachhaltig“, Broschüre „Friseur und Umwelt“). Eine Kooperation zwischen Akteuren der Lokalen Agenda 21 und des Gesunde-Städte-Projekts erfolgt im Rahmen von Projektgruppen und Arbeitsgruppen, wie beispielsweise dem Runden Tisch „Gesunde Schule“. Eine strukturelle Verknüpfung gibt es darüber hinaus nicht; eine „Klammer“ für beide Programme stellt aber der STEP dar.

### Weitere Informationen

- *Füller, Alexander* [2005]: Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung im Projekt „Friseur und Umwelt“, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): *Gesundheit und Umwelt – Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung*, Bern, S. 258-259.
- *Füller, Alexander, Hans-Wolf Zirkwitz, Peter Schroth und Wilhelm Ilge* [2002]: *Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit. Synergieeffekte am Beispiel Heidelberg*, in: Ulrike Wolf, Odile Mekel und Rainer Fehr (Hrsg.): *Dokumentation der Veranstaltungsreihe „Integrierte Programme für Gesundheit, Umwelt und Entwicklungsplanung“ im Jahr 2001*, Bielefeld, S. 52-58.
- *Stadt Heidelberg, Agenda-Büro* (Hrsg.) [0.J.]: *5 Jahre Agenda-Büro Heidelberg. Tätigkeitsbericht 2004*, Heidelberg.

- *Stadt Heidelberg, Die Oberbürgermeisterin (Hrsg.)* [1997] Gesundheitsbericht 1997 und Aktivitäten im Rahmen des Projekts „Gesunde Stadt Heidelberg“, Heidelberg.
- *Stadt Heidelberg, Die Oberbürgermeisterin (Hrsg.)* [2001]: Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010. Leitlinien und Ziele, 2. Aufl. Heidelberg 1997.
- [www.heidelberg.de/umwelt/gesundh.htm](http://www.heidelberg.de/umwelt/gesundh.htm)
- [www.heidelberg.de/umwelt/klmascht.htm](http://www.heidelberg.de/umwelt/klmascht.htm)

## Ansprechpartner

### **Dirk Hofmann**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [dirk.hofmann@heidelberg.de](mailto:dirk.hofmann@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/58-18250

---

## 2.3 TÜV für Umwelt und Gesundheit:

### Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vorhaben



#### Ausgangslage

Die Kommunen sind Träger zahlreicher Planungen und Vorhaben. Zu den wichtigsten kommunalen Planungen gehört die Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung), mit der die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde gesteuert und die planerische Grundlage für die Realisierung von Bauvorhaben in der Kommune geschaffen werden. Damit sind zum Teil erhebliche negative Auswirkungen auf die örtliche Umwelt- und Gesundheitssituation verbunden wie Zunahme der Bodenversiegelung, Zerstörung von Erholungsräumen, Veränderungen des Stadtklimas, Lärm- und Schadstoffprobleme. Umwelt- und gesundheitsrelevant in ihren Auswirkungen können darüber hinaus viele andere kommunale Planungen und Vorhaben sein wie beispielsweise Stadtentwicklungspläne, städtebauliche Rahmenpläne, Lärminderungspläne, Abfallwirtschaftskonzepte, Verkehrsentwicklungspläne, Sportentwicklungspläne, die Umgestaltung von Gewässern oder die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen.

Für manche kommunale Planungen (Bauleitplanungen, Landschaftsplanungen, Lärminderungspläne, Abfallwirtschaftskonzepte) und Vorhaben (z.B. Errichtung von Abfallbeseitigungsanlagen, Bau von großflächigen Einzelhandelsbetrieben, Parkplätzen, Industriezonen, Städtebauprojekten für sonstige bauliche Anlagen) müssen nach dem „Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)“ die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen von Umweltprüfungen frühzeitig und umfassend ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Untersucht werden sollen neben den Auswirkungen von Planungen und Vorhaben auf die Schutzgüter Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter auch die voraussichtlich zu erwartenden Wechselwirkungen. Die Ergebnisse der durchgeführten Umweltprüfungen müssen bei behördlichen Entscheidungen über die Zulässigkeit von Vorhaben sowie bei der Aufstellung oder Änderung von Plänen so früh wie möglich berücksichtigt werden. Unterschieden wird bei den Umweltprüfungen zum einen die Strategische Umweltprüfung (SUP), die bestimmte Pläne und Programme einer systematischen und vertieften Überprüfung ihrer Auswirkungen auf die Umwelt unterzieht, und zum anderen die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die bei konkreten Projekten und Vorhaben angewendet wird. Beide Arten der Umweltprüfung stellen kein eigenständiges Verfahren dar, sondern werden in bereits bestehende Planungs- oder Genehmigungsverfahren integriert. Spezielle Regelungen für die Durchführung der Umweltprüfung bei Bauleitplänen wurden im 2004 novellierten Baugesetzbuch (BauGB) getroffen.

Unumstritten ist, dass die Prüfung der Gesundheitsverträglichkeit im Rahmen der UVP bzw. SUP obligatorisch ist, da die Umweltprüfung die Prüfung der Auswirkungen eines Plans oder Vorhabens auf den Menschen mit einschließt. So werden in § 2 UVPG Auswirkungen auf

den Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, an erster Stelle der zu prüfenden Aspekte genannt und ein im Rahmen der Bauleitplanung im Umweltbericht zu prüfender Umweltbelang sind die in § 1 Abs. 6 Nr. 7c BauGB genannten umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen, seine Gesundheit und die Bevölkerung insgesamt. In der Praxis der Umweltprüfungen sind die gesundheitlichen Aspekte jedoch bislang häufig viel zu kurz gekommen, nicht zuletzt weil nur wenige Gesundheitsressorts regelmäßig in Verfahren zur Umweltprüfung einbezogen werden und daher seitens der Gesundheitsressorts insgesamt eher unzureichend Einfluss auf die Prüfung gesundheitsrelevanter Aspekte genommen werden kann (Enderle 2004, S. 72 f.; Trojan/Legewie 2001, S. 231).

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

In Umweltprüfungen geht es um die Veränderungen der Umweltfaktoren und die Art und Weise, wie diese sich auf den Menschen und seine Gesundheit auswirken. Dies umfasst sämtliche Faktoren der Umwelt, die sich auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der im Wirkungsbereich der Planung oder des Vorhabens wohnenden und arbeitenden Menschen auswirken können. Hierzu zählen insbesondere

- der Schutz vor schädlichen Immissionen,
- der Schutz vor Gefahren, die von Bodenverunreinigungen ausgehen,
- die durch die Planung oder das Vorhaben erwarteten gesundheitsrelevanten klimatischen Veränderungen,
- Beeinträchtigungen bestehender und geplanter Erholungsmöglichkeiten (Bunzel 2005, S. 79).

### Wesentliche kommunale Strategien

Vor dem Hintergrund der häufig ungenügenden Berücksichtigung des Schutzgutes „Mensch/menschliche Gesundheit“ bei Umweltprüfungen und des rechtlich stark eingeschränkten Anwendungsbereichs von Umweltprüfungen werden insbesondere folgende Strategien im Handlungsfeld „Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vorhaben“ von verschiedenen Kommunen entwickelt und verfolgt:

- *Stärkung der Rolle der Gesundheitsressorts im Kreis der an Planungs- und Prüfverfahren beteiligten Ämter*, z.B. durch eine Verankerung einer bedarfsbezogenen Beteiligung der Gesundheitsressorts an planerischen und vorhabenbezogenen Verfahrensabläufen und durch Einbeziehung der Gesundheitsressorts in bestehende Kooperations- und Zusammenarbeitsstrukturen;
- *frühzeitige und regelmäßige Zusammenarbeit von Planungs-, Umwelt- und Gesundheitsressort*: Eine solche Verstärkung der Kooperation kann nicht nur das Verständnis für die jeweils einzubringenden Belange und für die unterschiedlichen Fachsprachen und Fachbegriffe verbessern. Sie ist auch eine mögliche Basis für eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Ressorts bei Umweltprüfungen und liefert darüber hinaus konkrete Anhaltspunkte dafür, in welcher Form Stellungnahmen der Umwelt- und Gesundheitsämter abgefasst sein müssen, damit sie (z.B. in der Bauleitplanung) umsetzbar sind (Enderle 2004, S. 78);

- *Durchführung expliziter Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen als integrierter Bestandteil von Umweltprüfungen* zur Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der von Planungen und Vorhaben ausgehenden Veränderungen der Umweltfaktoren auf den Menschen und seine Gesundheit;
- *freiwillige kommunale Erweiterung des Einsatzbereiches von Umweltprüfungen*, z.B. auf alle umweltrelevanten kommunalpolitischen Vorlagen;
- *freiwillige kommunale Einführung zusätzlicher Prüfverfahren*, die zum Teil mit Erweiterungen in Hinblick auf die zu prüfenden Inhalte einhergehen (z.B. Prüfung sowohl ökologischer als auch wirtschaftlicher und sozialer Aspekte in Nachhaltigkeitsprüfungen) und/oder auf eine bestimmte Zielgruppe (z.B. Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfungen) ausgerichtet sind; in der Regel ist auch bei diesen zusätzlichen Prüfverfahren der Einsatzbereich umfassender als bei den Umweltprüfungen angelegt.

## Literatur

- *Abrahams, Debbie, Andy Pennington, Alex Scott-Samuel u.a.* [2004]: Gesundheitsverträglichkeit Europäischer Politikentscheidungen: Empfehlung zum Vorgehen. EPHIA-Projekt, IMPACT, Universität Liverpool, England; Institute of Public Health in Ireland; RIVM, National Institute for Public Health and the Environment, Bilthoven, Niederlande; Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen, Bielefeld, Deutschland.
- *Bunzel, Arno* [2005]: Umweltprüfung in der Bauleitplanung, Berlin (Arbeitshilfe Städtebaurecht).
- *Enderle, Martin* [2004]: Planungsverfahren mit Relevanz für den kommunalen umweltbezogenen Gesundheitsschutz, Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bielefeld (Materialien „Umwelt und Gesundheit“, lögd NRW, Nr. 43).
- *Gassner, Erich, und Arnd Winkelbrandt* [2005]: UVP, Heidelberg.
- *Gesundheitsverträglichkeit und Mitwirkung an Planungen – weitere Schritte zu einem zukunftsfähigen Konzept für NRW* [2003], in: Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (Hrsg.), Info-Brief Umweltmedizin – Umwelthygiene, H. 2.
- *Löhr, Rolf-Peter, und Martin Enderle* [2005]: Fachplanungen und ihre Bedeutung für den Gesundheits- und Umweltschutz, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt – Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 279-294.
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2005]: Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren, Düsseldorf, download unter <http://www.apug.nrw.de/pdf/planungsverfahren.pdf>.
- *Trojan, Alf, und Heiner Legewie* [2001]: Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung. Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsfördernder Umwelt- und Lebensbedingungen, Frankfurt am Main (Reihe Psychosoziale Aspekte in der Medizin).

- *Welteke, Rudolf, und Rainer Fehr (Hrsg.)* [2002]: Workshop Gesundheitsverträglichkeitsprüfung/Health Impact Assessment. Berlin, 19. und 20. November 2001, Tagungsband, Bielefeld.
- *Welteke, Rudolf, und Monika Machtolf* [2005]: Gesundheitsverträglichkeit von Projekten und Planungen, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt – Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 210-219.




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Integrierte Gesundheitsverträglichkeitsprüfung

### Wiesbaden, Hessen

In der Stadt Wiesbaden wird seit Mai 2000 eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung (GVP) als integraler Bestandteil der kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt. Dabei steht die GVP für den präventiv-umweltmedizinischen Teil des UVP-Verfahrens, der die Prüfung und Bewertung der umweltbezogenen gesundheitlichen Auswirkungen des Vorhabens umfasst. Zuständig für die Durchführung der integrierten GVP ist das Gesundheitsamt, das diese Aufgabe in enger Abstimmung und Kooperation mit dem Umweltamt wahrnimmt. Die integrierte GVP in Wiesbaden ist ein gutes Beispiel für eine kommunale Vereinbarung im lokalen Ämterverbund, die ohne zusätzliche übergeordnete gesetzgeberische Vorgaben funktioniert.

### Projektbeschreibung

Die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden haben im Mai 2000 auf Basis der städtischen Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beschlossen, eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung (GVP) als Teil der kommunalen UVP neu einzuführen. Mit Hilfe der GVP sollen die Belange von Umweltmedizin und Gesundheitsvorsorge bei Vorhaben, die eine kommunale UVP durchlaufen, frühzeitig und systematisch berücksichtigt und so ein Beitrag zu einer strukturierten gesundheitsförderlichen Mitgestaltung von Vorhaben geleistet werden.

Zur Umsetzung des Beschlusses wurde in einem ressortübergreifenden Arbeitsteam (Gesundheitsamt, Umweltamt, Planungsamt) und in Abstimmung und Koordination aller am bisherigen UVP-Verfahren Beteiligten eine Neukonzeption zur UVP mit integrierter GVP entwickelt. Dieses im August 2001 in Form eines Handbuchs fertig gestellte Konzept sieht vor, dass in der GVP, separat und explizit die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Umweltveränderungen und -belastungen sowie deren positive und negative Gesundheitsauswirkungen auf das Schutzgut Mensch ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Folgende Prüfaspekte werden dabei berücksichtigt:

- Verminderung/Verbesserung der Lebensqualität,
- Beeinträchtigung/Verbesserung von Mobilität und Kommunikation,
- Verminderung/Verbesserung der physischen Gesundheit,
- Verminderung/Verbesserung der psychischen Gesundheit.

Als Bewertungskriterien werden herangezogen:

- risikogruppenbezogene Güterrichtlinien mit Primärpräventionswirkung für Boden, Wasser, Luft, Innenräume und Baumaterialien,
- Wohnqualität,
- Aufenthaltsqualität,

- Erholungs- und Freizeitwert,
- Grün- und Freiflächen, soziale und kulturelle Kommunikation.

Für den Geltungsbereich der GVP wurden die Vorhabenslisten der städtischen UVP-Richtlinie, soweit es sich um gesundheitsrelevante Vorhaben handelt, übernommen. Danach ist die GVP bei diversen Bauvorhaben in stadtteigener oder privater Trägerschaft (u.a. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Fabriken) sowie bei Infrastrukturprojekten in den Bereichen Verkehr, Abfall, Abwasserentsorgung und Trinkwassergewinnung anzuwenden. In Einzelfällen sind aber auch private Vorhabenträger bereits auf die Stadt zugekommen, um auf freiwilliger Basis eine GVP durchführen zu lassen und damit die „Mediatorenfunktion“ einer solchen Prüfung in Hinblick auf Kommunikation, Transparenz und Akzeptanz umweltbezogener Gesundheitsrisiken zu nutzen.

Zuständig für die Bearbeitung der integrierten GVP ist das Gesundheitsamt. Unnötige Doppelarbeiten in Hinblick auf die anderen Teile der UVP werden durch enge Abstimmung und Kooperation mit dem Umweltamt vermieden. Im UVP-Ergebnisbericht werden die sektoralen Fachbeiträge in einer Gesamtbewertung aller Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen, einschließlich der Wechselwirkungen, zusammengefasst.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Der integrierten GVP liegt mit der Ermittlung, Beschreibung und Bewertung von Umweltveränderungen und ihren gesundheitlichen Auswirkungen eine Konzeption zugrunde, aus der ein klarer Zusammenhang zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz hervorgeht. Damit wird eine systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit hergestellt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Einbindung der GVP in die UVP wurde konzeptionell durch ein ressortübergreifendes Arbeitsteam der kommunalen Verwaltung vorbereitet; die Umsetzung der integrierten GVP erfolgt in enger Abstimmung und Kooperation mit dem Umwelt- und dem Planungsamt sowie mit städtischen bzw. privaten Vorhabenträgern.

*Konzeptionelle Einbindung:* Im Prüfverfahren werden als Bewertungsmaßstäbe u.a. im Rahmen der Wiesbadener Umweltqualitätsziele und der Lokalen Agenda 21 beschlossene handlungsbezogene Umwelt- und Gesundheitsziele herangezogen. Das Prüfverfahren wird damit nicht isoliert, sondern als Teil größerer Anstrengungen für die Verbesserung und Verstärkung von Umwelt- und Gesundheitsschutz umgesetzt.

*Kommunikation:* Die Einführung der GVP wurde durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um eine möglichst umfassende Darstellung der positiven Aspekte einer in die UVP integrierten GVP und ihrer kommunalen Anwendungsmöglichkeiten zu vermitteln.

*Breitenwirkung:* Die GVP wird nicht nur punktuell, sondern stadtweit bei diversen kommunalen und privaten gesundheitsrelevanten Vorhaben durchgeführt.

*Langfristigkeit von Projekten und Maßnahmen:* Die GVP ist dauerhaft und ohne zeitliche Befristung eingeführt.

*Evaluation:* Es ist vorgesehen, nach einem repräsentativen Erfahrungszeitraum auf Basis ausreichender Fallzahlen den städtischen Körperschaften einen Bericht über die GVP vorzulegen.

gen. Die Ergebnisse des Berichtes sollen bei der Weiterentwicklung des Konzeptes und Handbuches zur kommunalen UVP mit integrierter GVP berücksichtigt werden.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Als Erfolgsfaktoren in Hinblick auf Entwicklung und Umsetzung der integrierten GVP sind insbesondere folgende zu nennen:

- Unterstützung durch politische Entscheidungsgremien und damit Erhalt eines administrativen Handlungsmandats,
- aktive Unterstützung von Fachinstitutionen (Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen, Länderministerien),
- Einrichtung eines ressortübergreifenden Arbeitsteams auf Verwaltungsebene,
- Einsatz eines systematisch strukturierten Prüfverfahrens („Bielefelder Modell“),
- offensive Öffentlichkeitsarbeit.

### Projektträger und Beteiligte

- Landeshauptstadt Wiesbaden (Projektträger)
- Gesundheitsamt
- Umweltamt
- Planungsamt
- Bauämter

### Zielgruppen

- öffentliche Investoren
- private Investoren
- Bürgerinnen und Bürger

### Projektkosten und Finanzierung

- Die Einführung der integrierten GVP erfolgte mit der politischen Maßgabe, dass keine personellen und damit finanziellen Mehraufwendungen entstehen.

### Laufzeit

- seit Mai 2000 fortlaufend

## Weitere Informationen

- *Enderle, Martin* [2004]: Planungsverfahren mit Relevanz für den kommunalen umweltbezogenen Gesundheitsschutz, Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Bielefeld, S. 74-76 (Materialien „Umwelt und Gesundheit“, lögd NRW, Nr. 43).
- *Gesundheitsdezernat der Landeshauptstadt Wiesbaden* [2000]: Konzeption zur Einführung einer Gesundheitsverträglichkeitsprüfung, Stand: Februar 2000.
- *Landeshauptstadt Wiesbaden, UVP-Team* [2001]: Die kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit integrierter Gesundheitsverträglichkeitsprüfung in Wiesbaden. Das Handbuch, Wiesbaden.
- *Wendel, Lothar* [2001]: GVP in der Stadt Wiesbaden, in: Rudolf Welteke und Rainer Fehr (Hrsg.) [2002]: Workshop Gesundheitsverträglichkeitsprüfung Health Impact Assessment. Berlin, 19. und 20. November 2001, Tagungsband, Bielefeld, S. 95-102.

## Ansprechpartner

**Dr. Lothar Wendel**

Landeshauptstadt Wiesbaden  
Gesundheitsamt  
Dotzheimer Straße 38/40, 65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611/313313  
E-Mail: lothar.wendel@wiesbaden.de

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“

Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

In der Stadt Rostock existiert seit 1999 ein Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“ in Form einer Dienstanweisung für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Alle Vorhaben und Planungen der Stadtverwaltung haben vor ihrer Realisierung dieses Prüfverfahren zu durchlaufen. Prüfbereiche sind: Spielraum für Kinder und Jugendliche, kindgerechte Verkehrsplanung, Verkehrsregelung und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien, kindgerechte Gestaltung der Wohnungen, Wohnumfeld, kindgerechte Gestaltung öffentlicher Einrichtungen sowie Interessenvertretung. Die dem Prüfverfahren zugrunde liegenden Kriterien können auch als Maßstab für eine gesunde und umweltgerechte Stadt für Kinder angesetzt werden.

### Projektbeschreibung

In der Stadt Rostock existiert seit Juni 1999 ein Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“. Dieses Verfahren wurde im Arbeitskreis „Koordinierung von Initiativen für eine gesundheitsfördernde Infrastruktur“ im Rahmen des Gesunde-Stadt-Projekts der Stadt entwickelt und ist auf der Basis einer Dienstvereinbarung des Oberbürgermeisters für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung bindend.

Mit dem Prüfverfahren will die Stadt die Durchsetzung von Interessen der Kinder und Jugendlichen als Einwohner in der Kommune nachhaltig sichern. Jedes Amt der Stadt ist verpflichtet, entsprechend seiner Zuständigkeiten das Prüfverfahren bei seinen Planungen und Vorhaben anzuwenden. Für die Koordinierung, Beratung und Kontrolle zur Durchführung des Prüfverfahrens ist das Jugendamt zuständig.

Die Prüfung zur Kinderfreundlichkeit wird in folgenden Teilschritten vollzogen:

- Bei allen anstehenden Planungen und Vorhaben der Stadtverwaltung wird anhand von sieben Leitkriterien (Kinder als eigene Rechtsträger, Gesundheit und Sicherheit, Gebrauchsfähigkeit, Veränderbarkeit, Erlebnisbezug, Partizipation, Benennung von Widerständen) zunächst die Notwendigkeit zur Prüfung der Kinderfreundlichkeit festgestellt.
- Soweit die Notwendigkeit einer Prüfung besteht, ist für sieben Prüfbereiche (Spielraum für Kinder und Jugendliche; kindgerechte Verkehrsplanung, Verkehrsregelung und Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs; Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien; kindgerechte Gestaltung der Wohnungen; Wohnumfeld; kindgerechte Gestaltung öffentlicher Einrichtungen sowie Interessenvertretung) die Kinderfreundlichkeit des Vorhabens anhand festgelegter Kriterien zu prüfen. Ein Teil der angewendeten Bewertungskriterien bezieht sich dabei auf die Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsaspekten, wie z.B. Platz zum Spielen, Gesundes Spielen (z.B. Qualität des Sandes, Farb-

anstriche, Abgas- und Lärmschutz); Verwendung unbedenklicher Materialien, Schallschutz, Raumklima bei der Gestaltung von Wohnungen; verkehrsberuhigte Straßen/Spielstraßen; barrierefreies und sicheres Wegesystem im Wohnumfeld.

- Das abschließende Prüfergebnis und der sich daraus ableitende Handlungsbedarf werden formuliert, von der Amtsleitung unterschrieben und an die Leitung des Jugendamtes weitergeleitet.

In der bisherigen Praxis haben sich die eingesetzten Bewertungskriterien nicht nur als auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche projizierbar herausgestellt. Vielmehr sind die Kriterien auch geeignet, in Hinblick auf andere Zielgruppen (Familien, Senioren) angewandt zu werden und generell die Zukunftsfähigkeit und Gesundheitsverträglichkeit von Planungen und Vorhaben zu überprüfen. Aktuell wird diskutiert, im Rahmen des „Lokalen Bündnisses für Familie“ das Prüfverfahren in der Hansestadt Rostock zu überarbeiten und weiterzuentwickeln. Ein Ansatzpunkt hierbei ist, das informelle Verfahren zu vereinfachen.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“ enthält eine Reihe von Bewertungskriterien, die explizit die Themen Umwelt und Gesundheit miteinander verbinden und die darauf ausgerichtet sind, für Kinder und Jugendliche eine gesundheitsförderliche Umwelt zu gestalten. Dabei werden im Prüfverfahren Aspekte gleich mehrerer für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ relevanter Handlungsfelder berücksichtigt: Reinhaltung der Außenluft, Luftqualität in Innenräumen, Lärmbekämpfung, Gesundheitsfördernde Mobilität, Wohnumfeldentwicklung, Spiel und Bewegungsförderung sowie Zugänglichkeit.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Mit dem Prüfverfahren ist eine stabile Kooperationsstruktur zwischen den einzelnen Stadtverwaltungen und dem Jugendamt geschaffen worden, die eine optimierte Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen – unter anderem im Bereich „Umwelt und Gesundheit“ – bei Vorhaben und Planungen der Stadtverwaltung gewährleistet.

*Konzeptionelle Einbindung:* Das Prüfverfahren und seine Bewertungskriterien sind konzeptionell in die von der Bürgerschaft der Stadt beschlossenen Leitlinien für eine ökologisch orientierte und nachhaltige Stadtentwicklung sowie in eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik der Stadt Rostock eingebunden.

*Evaluation:* Der Jugendhilfeausschuss wird alle zwei Jahre durch das Jugendamt über die Umsetzung des Prüfverfahrens „Kinderfreundliche Stadt“ informiert. Darüber hinaus befindet sich das im Rahmen des Prüfverfahrens von der Bürgerschaft im April 2002 beschlossene und von der Arbeitsgruppe „Kommunale Gesundheitsförderung“ des Gesunde-Städte-Projekts durchgeführte Pilotprojekt „Evershagen- kinderfreundlicher Ortsteil“ gegenwärtig in der Evaluationsphase. Die Ergebnisse der Evaluation werden Ende 2005 der Bürgerschaft durch die Arbeitsgruppe „Kommunale Gesundheitsförderung“ vorgelegt.

*Langfristigkeit von Projekten und Maßnahmen:* Das Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“ ist dauerhaft und ohne zeitliche Befristung eingeführt.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Erfolgsfaktoren für die Entwicklung und Umsetzung des Prüfverfahrens „Kinderfreundliche Stadt“ sind insbesondere folgende:

- Unterstützung durch politische Spitze und damit Erhalt eines administrativen Handlungsmandats,
- Einsatz eines systematisch strukturierten und in der Praxis gut handhabbaren, nicht zu formellen Prüfverfahrens,
- Federführung und Koordination durch ein Amt (z.B. Stadtplanungsamt, Jugendamt, Lokale Agenda 21).

## Projektträger und Beteiligte

- Hansestadt Rostock (Projektträger)
- alle Ämter der Stadtverwaltung

## Zielgruppe

- Kinder und Jugendliche

## Projektkosten und Finanzierung

- keine zusätzlichen Kosten

## Laufzeit

- seit Juni 1999 fortlaufend

## Weitere Informationen

- *Hansestadt Rostock (Hrsg.)* [o.J.]: Gesunde Stadt und Lokale Agenda 21 – zwei Leitbilder ergänzen sich, Rostock.
- *Hansestadt Rostock (Hrsg.)* [o.J.]: Pilotprojekt Evershagen – Kinderfreundlicher Ortsteil, Rostock.
- *Obi-Osius, Nadia, und Angelika Baumann* [2001]: GVP in Rostock: Prüfverfahren kinderfreundliche Stadt, in: Rudolf Welteke und Rainer Fehr (Hrsg.) [2002]: Workshop Gesundheitsverträglichkeitsprüfung Health Impact Assessment. Berlin, 19. und 20. November 2001, Tagungsband, Bielefeld, S. 109-115.

**Ansprechpartnerin**

**Angelika Stierner**

Hansestadt Rostock  
Jugendamt  
Kinderkoordinatorin  
Neuer Markt 3, 18055 Rostock  
E-Mail: [angelika.stierner@rostock.de](mailto:angelika.stierner@rostock.de)  
Telefon: 0381/381-1066




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Planungs- und Entscheidungshilfe Zukunftsfähigkeit

Ostbevern, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Seit September 2003 führt die Gemeinde Ostbevern verwaltungsweit bei grundsätzlichen Entscheidungen einen Nachhaltigkeitscheck durch. Ausgenommen sind Vorlagen der Bauleitplanung, da ihr Verfahren gesetzlich vorgeschrieben ist. Als Instrument zur Überprüfung der Nachhaltigkeit wird die von Agenda-Transfer entwickelte und gemeinsam mit den Städten Bochum und Dinslaken in einem Modellprojekt erprobte „Planungs- und Entscheidungshilfe Zukunftsfähigkeit“ (PEZ) eingesetzt. Die PEZ als Zusatz zur Beschlussvorlage soll die zu erwartenden ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen verdeutlichen und eine Grundlage liefern, nachhaltige Entwicklung in den täglichen Entscheidungen von Politik und Verwaltung zu berücksichtigen.

Die PEZ besteht aus zwei Vorlagen, die das zuständige Fachamt als Ergänzung zur Beschlussvorlage ausfüllt. Im Vordruck „Leitfragen“ ist durch Ankreuzen festzustellen, ob es positive, negative oder keine Auswirkungen auf die Bereiche „Umwelt“, „Soziales und Gesellschaft“, „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Bürgerbeteiligung“ gibt, z.B. Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen, das Abfallaufkommen, den Energie- und Trinkwasserverbrauch, die Flächenversiegelung, die Lebens- und Konsumgewohnheiten sowie die Selbst- und Mitverantwortung der Bevölkerung. Soweit Auswirkungen erwartet werden, wird diese Bewertung anschließend in den Vordruck „Folgenabschätzung“ übertragen, die jeweils wichtigsten Auswirkungen dargestellt und ein kurzes Gesamtfazit gezogen. Um die Entscheidungsgrundlage durch zusätzliche Fachkompetenz zu verbessern, findet anschließend eine ressortübergreifende Abstimmung in der regelmäßigen Amtsleiterrunde statt. Im letzten Schritt wird die von der Verwaltung ausgefüllte PEZ als Zusatz der Beschlussvorlage an die Kommunalpolitik weitergeleitet.

### Weitere Informationen

- *agenda-transfer Agentur für Nachhaltigkeit GmbH (Hrsg.) [2004]: Neue Wege denken – „Planungs- und Entscheidungshilfe Zukunftsfähigkeit“*. Ergebnisse des Modellprojektes & Empfehlungen für die Anwendung vor Ort. Bonn.
- *agenda-transfer Agentur für Nachhaltigkeit GmbH (Hrsg.) [2004]: Planungen und Entscheidungen zukunftsfähig gestalten mit PEZ*, in: Stadtgespräche, Nr. 42/Juli, S. 6.
- <http://www.gute-beispiele.net>

### Ansprechpartner

**Jürgen Hoffstädt**

Gemeinde Ostbevern  
Bürgermeister  
Hauptstraße 24, 48346 Ostbevern  
Telefon: 02532/82-24  
E-Mail: [buergermeister@ostbevern.de](mailto:buergermeister@ostbevern.de)

Gute-Praxis-  
BeispielJour Fixe  
„Aktuelle Planungen“

Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Seit Mitte der 90er Jahre führt die Stadt Düsseldorf monatlich einen Jour Fix zur informellen Ämterbeteiligung an aktuellen Bauleitplanungen durch. Teilnehmer dieser Kooperationsstruktur sind die projektverantwortlichen Bereichsleiter des Planungsamtes, des Umweltamtes, der Unteren Landschaftsbehörde sowie seit 2004 des Gesundheitsamtes. Zweimal im Jahr gibt es einen Top Jour Fixe, an dem die Amtsleiter und Abteilungsleiter teilnehmen. Das Planungsamt lädt zu den Sitzungen ein und erstellt die Tagesordnung.

Ziel der regelmäßigen Zusammenkünfte ist es, die Inhalte aktueller Bauleitpläne frühzeitig und kontinuierlich zu erörtern. Auf diese Weise soll die Berücksichtigung von Umwelt- und insbesondere auch von Gesundheitsbelangen im Planungsprozess optimiert und das Planungsergebnis im Sinne des Umweltschutzes und der Gesundheitsvorsorge qualifiziert werden. Die Planungen werden durch die Teilnehmer des Jour Fixe über den gesamten Planungsprozess – vom Beginn der Planungsarbeiten bis zur Übergabe der Pläne in die Ausschüsse – begleitet.

Durch die frühzeitige Einbindung können die fachspezifischen Ziele und Belange von Umwelt und Gesundheit bereits bei der Erstellung des Vorentwurfs aufgegriffen und aufwändige Änderungen des Planungskonzepts zu einem fortgeschrittenen Verfahrensstand vermieden werden. Ein weiterer großer Vorteil des Jour Fixe liegt im gegenseitigen Kennen lernen und im Erfahrungs- und Meinungs austausch, durch den die intersektorale Arbeit gefördert, ein gemeinsames Verständnis über wesentliche Fachbegriffe sowie Transparenz über Verfahrensabläufe hergestellt wird und auf diese Weise eine vertrauensvolle und ergebnisorientierte Zusammenarbeit der Ämter ermöglicht wird.

Informelle Jour Fixe zu aktuellen Planungssituationen – wie in der Stadt Düsseldorf praktiziert – werden auch im Ergebnisbericht des im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Vorhabens „Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren“ als bedeutender Ansatz zur Optimierung von Kooperationsstrukturen herausgestellt.

### Weitere Informationen

- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2005]: Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren, Düsseldorf, download unter <http://www.apug.nrw.de/pdf/planungsverfahren.pdf>.

**Ansprechpartner**

**Lars Kolk**

Landeshauptstadt Düsseldorf  
Stadtplanungsamt  
Brinckmannstraße 5, 40200 Düsseldorf  
E-Mail: [lars.kolk@stadt.duesseldorf.de](mailto:lars.kolk@stadt.duesseldorf.de)  
Telefon: 0211/89-96728

---

## 2.4 Daten für Taten: Berichterstattung



### Ausgangslage

Im Rahmen des „Public Health Action Cycle“ (gesundheitspolitischer Aktionszyklus) spielt Berichterstattung eine zentrale Rolle (Rosenbrock 1995). Dieser Steuerungs- und Planungszyklus umfasst als idealtypisch gedachtes Modell vier aufeinander folgende Phasen der Gestaltung politischen Handelns, die auf die unterschiedlichen sozialräumlichen und fachpolitischen Ebenen übertragbar und anwendbar sind:

- Situationsanalyse: Beschreibung und Bewertung der Situation,
- Politikformulierung: Strategie- und Programmentwicklung,
- Implementation: strategische Programm-Umsetzung,
- Evaluation: Überprüfung der Ergebnisse der Implementation durch erneute Situationsanalyse und Re-Formulierung der Politik.

In diesem Modell ist die Berichterstattung zunächst wesentlich der ersten Phase zu zuordnen, kann aber theoretisch in allen Phasen wieder zum Zuge kommen, besonders wenn es im Rahmen der Evaluation zu einer handlungsorientierten Neubewertung der Situation kommen soll.

Berichterstattung ist damit eine wissenschaftlich fundierte Situationsanalyse der vorgefundenen (Sekundärdaten) und/oder durch die Berichtersteller selbst erhobenen Fakten und Hintergründe (Primärdaten). Sie bildet die zentrale Planungsgrundlage für die aufeinander folgenden Phasen im Politikzyklus, liefert die entscheidenden Daten für die Prioritätensetzung in der Politikentwicklung und zeigt die Ansatzpunkte für die Implementierung von Programmen und Projekten.

In Deutschland sind unterschiedliche Formen der Berichterstattung auf verschiedenen ressortbezogenen und räumlichen Ebenen etabliert und teilweise gesetzlich vorgeschrieben. Sozialberichterstattung (SBE), Umweltberichterstattung (UBE), Gesundheitsberichterstattung (GBE), Armutsberichterstattung (ABE) und andere Formen der Berichterstattung werden auf Bundes- und Landesebene von den jeweiligen Fachressorts erstellt und herausgegeben. Diese sektorale Berichterstattung findet sich ebenfalls auf kommunaler Ebene in unterschiedlicher Ausprägung, wobei die Kommunen nicht gesetzlich zur Berichterstattung verpflichtet sind. Damit sind alle kommunalen Anstrengungen im Handlungsfeld „Berichterstattung“ jeweils fakultativ.

Die Entwicklung einer integrierten Berichterstattung, die das Nebeneinander der ressortbezogenen Berichterstattung im Rahmen einer ressortübergreifenden bzw. intersektoralen Kooperation aufhebt, steckt derzeit noch in den Kinderschuhen. Gerade eine solche integrierte Berichterstattung, die beispielsweise Sozialdaten mit Gesundheits- und Umweltdaten zusammenbringt und/oder verknüpft, kann auch auf der kommunalen Ebene im Rahmen der Umsetzung integrierter Programme wie „Soziale Stadt“, „Gesunde Stadt“ und/oder „Lokale Agenda 21“ im Sinne des beschriebenen Politik- und Planungszyklusses hilfreich sein. Denn

die zu bewältigenden Probleme (z.B. kumulative Benachteiligung), aber auch die unterstützenden Ressourcen für Programme und Projekte liegen meist quer zu den traditionell zugeschnittenen Fachressorts und können eher durch eine integrierte Berichterstattung identifiziert werden als durch zu enge ressortbezogene Sichtweisen.

Ein wichtiger Ansatz der integrierten Berichterstattung wird durch die „umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung (uGBE)“ in die Diskussion gebracht. „Eine wichtige Teilaufgabe des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes liegt in der umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung (uGBE), welche sich einerseits innerhalb von Gesundheitsberichterstattung (GBE) und von Umweltberichterstattung (UBE), zum anderen aber auch eigenständig als uGBE im engeren Sinne betreiben lässt.“ (Trojan/Fehr 2004, S. 166). Allerdings spielt derzeit bundesweit die uGBE „auch unter Berücksichtigung der Berichte anderer Dienststellen und anlassbezogener Untersuchungen“ (Arbeitsgruppe Epidemiologie Hamburg 2003, S. 8) zumindest in den Gesundheitsämtern keine zentrale Rolle. Gleiches gilt für die Umweltämter bezüglich des Gesundheitsbereiches. In München wird derzeit im Rahmen der Umsetzung des kommunalen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit am Aufbau einer uGBE gearbeitet, die auch kleinräumige Informationen zur Verfügung stellen soll.

Aus dem Bereich der „Lokalen Agenda 21“ hat sich die Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt, die als eine neue Form der integrierten Berichterstattung angesehen werden kann. Hier werden verschiedene Berichtsbereiche wie Umwelt, Gesundheit, Ökonomie, Stadtplanung, Partizipation und vieles mehr integriert und anhand der bewertenden Ergebnisse konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet. Einige Kommunen in Deutschland entfalten in diesem Bereich zukunftsweisende Aktivitäten wie etwa die Stadt Solingen oder der Zukunftsrat in Hamburg, die für diesen Band als Beispiele guter Praxis ausgewählt wurden und dargestellt werden. Im Rahmen einer Recherche für den Nachhaltigkeitsrat hat „agenda transfer“ eine Übersicht über Nachhaltigkeitsberichte erstellt<sup>1</sup>.

Berichterstattung - und insbesondere eine integrierte, handlungsorientierte Berichterstattung – ist wünschenswert und notwendig. Sie liefert die „Daten für Taten“. Für die Gesundheitsberichterstattung wurden fünf wesentliche Funktionen formuliert, die sich aber auf alle Formen der Berichterstattung übertragen lassen (Hamburger Projektgruppe 1996, S. 18); Berichterstattung soll

- informieren
- orientieren
- motivieren
- evaluieren
- koordinieren.

Mit der Erfüllung dieser Anforderungen kann Berichterstattung die ihr zugewiesene zentrale Rolle in einem zunächst idealtypisch gedachten Politik- und Planungszyklus übernehmen und diesen erfolgreich mitgestalten.

---

1 Informationen zu dieser Recherche sind bei der Geschäftsführung von „agenda transfer“ (Albrecht Hoffmann; service@agenda-transfer.de) erhältlich. Außerdem sind einige Berichtsbeispiele in der Datenbank „www.gute-beispiele.net“ von „agenda transfer“ enthalten.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Für das Politikfeld „Umwelt und Gesundheit“ ist eine integrierte handlungsorientierte Berichterstattung erforderlich – eine Berichterstattung, die zumindest die Handlungsfelder „umweltbezogene Gesundheitsförderung“ und „gesundheitsbezogener Umweltschutz“ auf der Indikatorebene miteinander verknüpft und die Daten in ihren zeitlichen und sozialräumlichen Dimensionen aufbereitet.

Gesundheitliche Belastungen und Risiken für die Bevölkerung sind auch auf der sozialräumlichen Ebene häufig mit Emissionen von unterschiedlichsten Schadstoffen und auch Lärm aus der unmittelbaren Umwelt (Verkehr, Industrieansiedlungen, Müllverbrennungsanlagen etc.) verbunden. Anlassbezogene Untersuchungen im Rahmen von Berichterstattung, sozial-epidemiologische und umweltmedizinische Studien belegen die Zusammenhänge, beispielsweise die gesundheitlichen Folgen und Belastungen: beständiger Lärm über einer gewissen Dezibel-Grenze kann zu Herz-Kreislaufkrankungen führen, Abgase in der Atemluft erhöhen das Risiko für den Menschen, an Atemwegserkrankungen leiden zu müssen.

Die integrierte Berichterstattung ist für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ besonders relevant, weil sie die Daten liefert, die im Sinne des Politikzyklus handlungsleitend sind. Kontinuierliche und systematische Berichterstattung kann im Bereich von Umwelt und Gesundheit als Monitoring-Instrument (Beobachtung) und/oder als Surveillance-Instrument (Überwachung) genutzt werden, um gesundheitsrelevante Faktoren zu identifizieren und damit politischen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen und in entsprechende Maßnahmen umzusetzen, deren Erfolg (Evaluation) ebenfalls mit Berichterstattung und den genannten Instrumenten überprüft werden kann.

## Wesentliche kommunale Strategien

Im Handlungsfeld „Berichterstattung“ gibt es auf kommunaler Ebene vielfältige Ansätze, die von einfachen ressortbezogenen Basisberichten bis hin zu handlungsorientierten integrierten Berichten reichen: Gesundheitsberichte, Umweltberichte, Nachhaltigkeitsberichte und vieles mehr.

Ein für die Kommunen verbindliches Konzept einer integrierten Berichterstattung im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ ist bisher weder verankert noch festgeschrieben. Es mangelt an gesetzlich bindenden Vorschriften (wie beispielsweise bei der GBE der Bundesländer durch die ÖGD-Gesetze) und Regelwerken (wie beispielsweise der verbindliche Indikatorensetz für die Länder-GBE), die für eine vergleichbare Implementation der Berichterstattung auf kommunaler Ebene förderlich wären.

Ressortbezogene Denk- und Verhaltensweisen behindern auch im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ teilweise die intersektorale Kooperation im Rahmen von Ansätzen der Umsetzung einer Konzeption integrierter Berichterstattung auf kommunaler Ebene. Ressortübergreifende Kooperation für die Berichterstattung im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ ist besonders in jenen Kommunen erfolgreich, wo die kommunale Verwaltung so organisiert ist, dass die Ressorts Umwelt und Gesundheit quasi ein Ressort bilden, also verwaltungstechnisch in einem gemeinsamen Dezernat oder einer gemeinsamen Abteilung zusammen gelegt sind.

Entscheidend für die Erstellung integrierter Berichte im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ für Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung und deren Publikation für Fachöffentlichkeit und interessierte Bürgerinnen und Bürger ist der politische Wille, wenn solche Berichte nicht gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind. Dafür gibt es einige Beispiele:

- *Der politische Beschluss, sich als Kommune am Gesunde Städte-Netzwerk zu beteiligen:* Ein Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk ist nur möglich, wenn die Stadt bzw. Kommune sich dem 9-Punkte-Programm verpflichtet. Dieses Programm sieht die Erstellung einer Gesundheits- und Sozialberichterstattung vor, in die auch der Umweltbereich integriert werden soll.
- *Der politische Lokale-Agenda-21-Beschluss einer Kommune:* Die Lokale-Agenda-21-Bewegung hat in Deutschland im Rahmen der Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren die Diskussion von Indikatoren und ihre Nutzbarkeit für eine integrierte Berichterstattung erneut angestoßen, wie es die Diskussionen um Sozialindikatoren oder um die Gesundheitsberichterstattung vormals taten. Erste Nachhaltigkeitsberichte auf lokaler Ebene sind publiziert, in denen das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ definitiv nicht ausgespart wird; Beispiele guter Praxis hierfür sind die Nachhaltigkeitsberichte aus Solingen und Hamburg.
- *Der politische Beschluss einer Kommune im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“, Quartiersmanagement in einem benachteiligten Stadtteil zu betreiben:* Dieses Vorhaben setzt voraus, dass ein Integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil erstellt wird, dass wesentliche Elemente einer integrierten Berichterstattung enthalten kann. Auch hier ist das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ in unterschiedlicher qualitativer Ausprägung integriert.

## Literatur

- *Agenda-Transfer - Agentur für Nachhaltigkeit GmbH (Hrsg.) [2003]:* Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit, Bonn.
- *Arbeitsgruppe Epidemiologie Hamburg [2003]:* Bundesweite Umfrage bei den Gesundheitsämtern zum Thema Umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung im Auftrag der Länderarbeitsgruppe Umweltbezogener Gesundheitsschutz (LAUG), Hamburg, download unter [www.apug.de/lokales/laug.htm](http://www.apug.de/lokales/laug.htm).
- *Arbeitsgruppe Epidemiologie Hamburg [2004]:* Umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung am Beispiel, Hamburg, download unter [www.apug.de/lokales/laug.htm](http://www.apug.de/lokales/laug.htm).
- *Burkhardt, Jacqueline, und Vera Grunow-Lutter [2005]:* Umwelt- und Gesundheitsberichterstattung auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 201-210.
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) [1999]:* Kommunale Umweltberichte. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltberichte, Berlin (Umweltberatung für Kommunen).

- *Hamburger Projektgruppe* [1996]: Praxishandbuch Gesundheitsberichterstattung. Ein Leitfaden für GesundheitsberichterstellerInnen und solche, die es werden wollen, Düsseldorf (Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Schriftenreihe, Bd.18).
- *Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2001]: Umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung. Ein praxisnahes Konzept für die Städte und Landkreise in Nordrhein-Westfalen, Bielefeld (lögd: Wissenschaftliche Reihe, Bd. 12).
- *Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2001]: Umweltbezogene Gesundheitsberichterstattung. Verbesserung der Informationsgrundlagen im Bereich Umwelt und Gesundheit, Bielefeld (lögd: Wissenschaftliche Reihe, Bd. 11).
- *Rosenbrock, Rolf* [1995]: Public Health als soziale Innovation, in: Das Gesundheitswesen, Nr. 3, S. 140-144.
- *Süß, Waldemar, Holger Möller, Alf Trojan und Rainer Fehr, Rainer (Hrsg.)* [2004]: Integrierte Basis-Berichterstattung für gesündere Städte und Kommunen. Quellen, Auswahlprozess und Profile für einen Indikatorensatz, Bielefeld (lögd: Wissenschaftliche Reihe, Bd 17).
- *Süß, Waldemar, Alf Trojan und Axel Füller* [2005]: Zur Rolle von Berichterstattung in Entscheidungsprozessen, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt. Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 245-260.
- *Trojan, Alf, und Heiner Legewie* [2001]: Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung - Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen, Frankfurt am Main.

## Links

- Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst in Nordrhein-Westfalen (lögd) mit umfangreichen Informationen und Literatur zum Thema Berichterstattung: [www.loegd.nrw.de](http://www.loegd.nrw.de)
- Gesundheitsberichterstattung/Umwelt und Gesundheit: [www.rki.de](http://www.rki.de)
- Nachhaltigkeitsindikatoren: [www.indikatoren-nrw.de](http://www.indikatoren-nrw.de)
- Indikatorenportal für nachhaltige Kommunalentwicklung: [www.indikatoren-portal.de](http://www.indikatoren-portal.de)




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## HEINZ 2005 – Hamburger Entwicklungs- Indikatoren Zukunftsfähigkeit

### Hamburg

Der Zukunftsrat Hamburg hat mit seinem Nachhaltigkeitsbericht HEINZ 2005 ein Monitoring-System zur Diskussion gestellt, das anhand eines ausgewählten Indikatorenensembles und explizit formulierter Nachhaltigkeitsziele die Zukunftsfähigkeit der Hansestadt überprüft. Das Berichtswerk bewertet die Situation in den Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales (Drei-Säulen-Modell), zieht Schlussfolgerungen aus den aufbereiteten Daten und entwickelt daraus Forderungen an die städtische Politik. Mit einer Nachhaltigkeitsampel wird die Entwicklung in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen unter Heranziehung von 32 Indikatoren beurteilt: rot für dringenden Handlungsbedarf; gelb für relativen Handlungsbedarf und grün für zufriedenstellend.

### Projektbeschreibung

Der Zukunftsrat Hamburg wurde 1996 gegründet. Anlass war die Unterzeichnung der Aalborg-Charta (Manifest für die Lokale Agenda 21) durch die Stadt Hamburg. In dieser wurde festgelegt, dass die kommunalen Verwaltungen mit ihren Bürgern, lokalen Organisationen und Initiativen sowie mit der Wirtschaft in einen kommunalen Agenda 21-Prozess eintreten sollen, um an der Erreichung der Ziele der Agenda 21 zu arbeiten. Der Zukunftsrat will die nicht-staatliche Seite in diesem Prozess bündeln. Das Motto des Zukunftsrates lautet: „Heute so leben, dass auch übermorgen alle leben können. Überall auf der Welt.“

Der Hamburger Zukunftsrat ist ein „Netzwerk für nachhaltige Entwicklung“ aus nahezu 100 lokalen Vereinen, Initiativen, Einrichtungen, Instituten, Kammern und Unternehmen. Er bildet damit eine Art Dachverband für vielfältige Akteure, die sich gemeinsam und kooperativ für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, wie sie in der Agenda 21 formuliert sind, einsetzen. Die Bandbreite der beteiligten Akteure reicht von „Autofreies Wohnen e.V.“ über die Hamburger Volkshochschule bis hin zu kleineren und mittleren Firmen und Unternehmen wie „Hagenbecks Tierpark“, die mit umweltschonenden Zielen arbeiten.

Im Sommer 2005 hat der Zukunftsrat seinen Nachhaltigkeitsbericht HEINZ 2005 vorgelegt. HEINZ steht für **H**amburger **E**ntwicklungs-**I**ndikatoren **Z**ukunftsfähigkeit. Dieser Bericht untersucht die Entwicklung in der Freien und Hansestadt Hamburg in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen (Agenda-Trias) Wirtschaft, Umwelt und Soziales anhand von 32 Nachhaltigkeitsindikatoren, je nach Indikator und der Verfügbarkeit von Sekundärdaten von den frühen 1990er Jahren bis zum Jahr 2004. Die verwendeten 32 Indikatoren decken nach Meinung des Zukunftsrates die wichtigsten kommunalpolitischen Handlungsfelder ab. Der Gesundheitsbereich ist mit einem direkten Gesundheitsindikator (vorzeitige Sterblichkeit) vertreten. Fast alle Indikatoren sind aber explizit oder implizit umweltbezogen und gesundheitsrelevant. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit als ökonomisches Problem wird ebenso

beschrieben wie Entwicklung der Luftverschmutzung, die auf ein „gesundes Maß“ verringert werden soll.

Die Indikatoren und die mit ihnen aufbereiteten Daten werden im Bericht mit Rahmen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen mit 30 Nachhaltigkeitszielen (z.B. Menschen vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen, Mobilität umweltgerecht gestalten, Wasser als Grundlage des Lebens erhalten und schonen) verbunden und dienen so der Messung von Zielerreichungsgraden, die zum Abschluss in einer Nachhaltigkeitsampel bewertet werden. Damit kann das Hamburger HEINZ-System als ein Monitoring-System für die Überprüfung und Beobachtung einer intendierten nachhaltigen Stadtentwicklung herangezogen werden.

In einem Schlusskapitel werden aus den Ergebnissen der Analyse Forderungen an die städtische Politik abgeleitet, von denen hier nur eine zitiert werden soll, weil sie sowohl gesundheitsrelevant als auch umweltbezogen ist: „Die drohenden Klimagefahren durch CO<sub>2</sub>-Emissionen, aber auch die absehbare Erschöpfung der fossilen Ressourcen gebieten einen Politikwechsel hin zu Energieeinsparung, regenerativen Energien, Ressourceneffizienz und nichtmotorisierten Mobilitätsformen“ ([www.zukunftsrat.de](http://www.zukunftsrat.de)).

HEINZ 2005 ist ein Kooperationsprojekt, an dessen Entstehung und Weiterentwicklung vielfältige Akteure aus dem breiten Netzwerk „Zukunftsrat“ gearbeitet haben, die aber zur Präzisierung und Fundierung des Indikatorenensembles und seiner Verknüpfung mit Zielbereichen auch externe Akteure aus Wissenschaft (z.B. von der TU Hamburg-Harburg), Politik und Verwaltung (z.B. Umweltbehörde, Gesundheitsbehörde, Statistisches Landesamt) beratend hinzugezogen haben.

HEINZ 2005 leistet mit seiner gesamten Arbeit auch einen wichtigen Beitrag im kommunalen Handlungsfeld „Berichterstattung“ für das Themenfeld Umwelt und Gesundheit.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Mit HEINZ liegt ein klares und fundiertes Konzept zur räumlich bezogenen Nachhaltigkeitsberichterstattung vor, das mit Zielformulierungen in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales verknüpft wird. Gesundheits- und Umweltschutz werden sowohl im Indikatorenbereich als auch in den Zielbereichen zusammengedacht und explizit in ihrer Nachhaltigkeitsdimension dargestellt.

*Integrativer Gehalt:* Sowohl auf der Indikatorebene als auch auf der Ebene der formulierten Nachhaltigkeitsziele werden die vielfältigen kommunalen Politikfelder miteinander verknüpft und jenseits der Ressortgrenzen entlang der Agenda-Trias analysiert und bewertet. Das gilt auch für das Politikfeld Umwelt und Gesundheit. Umweltbezogene Gesundheitsförderung und gesundheitsbezogener Umweltschutz sind zwar meist nur implizit formuliert, lassen sich aber problemlos in die Diskussion integrieren. Gemäß der Agenda-Trias wird der Gesundheitsbereich noch als Teil der Nachhaltigkeitsdimension „Soziales“ beschrieben, was dem integrativen Gehalt des Berichtes nicht abträglich ist.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Zur Entwicklung und Umsetzung des HEINZ-Systems für eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Berichterstattung haben eine Vielzahl von Akteuren, vor allem aus Nichtregierungsorganisationen, aber auch aus Politik und Verwaltung unter der Federführung des Netzwerkes „Zukunftsrat“ zusammengearbeitet. Ohne die ko-

operative Unterstützung des Statistischen Landesamtes bzw. Statistikamtes Nord (seit 2004) hätte dieser Nachhaltigkeitsbericht so nicht produziert werden können.

*Konzeptionelle Einbindung:* Diese geschieht auf zweierlei Art: einmal als langjähriges Projekt im Rahmen der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 durch die besondere Aktivität einer Nichtregierungsorganisation als Netzwerk für eine nachhaltige Entwicklung und einmal als politisch-„informelle“ Einbindung in die stadtentwicklungspolitische Diskussion in Hamburg, die seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt in der Öffentlichkeit geführt wird. HEINZ 2005 wurde zum Anlass einer politischen Debatte in der Hamburger Bürgerschaft (Landesparlament), in der die Inhalte unter kritischer Auseinandersetzung mit dem Stadtentwicklungskonzept „Wachsende Stadt“ kontrovers diskutiert wurden.

*Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten:* Geschlechtsspezifische Aspekte mit dem Nachhaltigkeitsziel „Gleichstellung von Mann und Frau“ und den zugehörigen Indikatoren wurden in den Bericht aufgenommen. Sie sind im Bericht Teil der Nachhaltigkeitsdimension „Soziales“.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Die Unterstützung des Zukunftsrates durch ein breites ehrenamtliches Engagement aus den zahlreichen Akteuren des Netzwerkes dieser Nichtregierungsorganisation sowie die finanzielle Unterstützung durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt für die Geschäftsführungsstelle gewährleistet, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung durch HEINZ nachhaltig in die stadtentwicklungspolitische Diskussion getragen werden kann. An dieser Stelle kann bürgerschaftliches Engagement eingreifen und mitgestalten.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Gemäß des „Drei-Säulen-Modells“ (Agenda-Trias: Ökonomie, Ökologie, Soziales) sollte bei der Entwicklung und Konzeptionierung von Nachhaltigkeitsberichterstattung grundsätzlich immer über den „eigenen Tellerrand“ hinausgeblickt werden, um Überschneidungsbereiche mit anderen kompatiblen Ansätzen auszuloten und zu erkennen. So können möglicherweise Kooperationspartner gewonnen werden, die anderenfalls unberücksichtigt blieben, für eine erfolgreiche Berichterstellung im Sinne nachhaltiger Entwicklung aber von Bedeutung sind.
- Bei der Entwicklung von Indikatorensätzen für eine Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler Ebene sollte immer nach bereits vorhandenen Indikatorensätzen oder Indikatorenkatalogen recherchiert werden, um diese – lernend aus den Erfahrungen anderer Akteure – in die Diskussion miteinzubeziehen. Häufig sind unter anderen Überschriften als „Nachhaltigkeit“ Indikatorensätze erstellt worden, die wichtige Hinweise und Anregungen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung geben können.
- Bei der Auswahl von Indikatoren sollte immer genau darauf geachtet werden, dass diese auch mit verfügbaren und zugänglichen Daten gefüllt werden können. Es macht wenig Sinn, idealtypisch und/oder normativ so vorzugehen, dass man dann zwar sinnvolle Indikatoren hat, für die aber keine Sekundärdaten abgefragt werden können. Vielmehr sollte immer diskutiert werden, welche Bedeutung Indikatoren aus vorhandenen Berichtssystemen oder statistischen Routineerhebungen nachhaltigkeitsrelevant sind.

## Projektträger und Beteiligte

- Zukunftsrat Hamburg (Projektträger)
- Arbeitsgruppe Indikatoren des Zukunftsrates Hamburg mit externer Beteiligung im Rahmen von Indikatorenworkshops
- verschiedene Hamburger Behörden und das Statistische Landesamt (seit 2004: Statistikamt Nord)

## Zielgruppen

- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung
- Bürgerinnen und Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg

## Projektkosten und Finanzierung

Die Arbeit des Zukunftsrates wird teilfinanziert aus Haushaltsmitteln der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zum Betreiben einer kleinen Geschäftsstelle.

Die Erstellung des HEINZ 2005-Berichtes erfolgte größtenteils in ehrenamtlicher Arbeit. Für die Drucklegung als Broschüre konnte ein Zuschuss der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung eingeworben werden.

## Laufzeit

- 2003 bis 2005, die Berichterstattung mit HEINZ soll weitergeführt werden; die Arbeit an den Nachhaltigkeitsindikatoren begann bereits 1999.

## Weitere Informationen

- <http://www.zukunftsrat.de>

Ansprechpartner/in

**Dr. Jochen Menzel**

Zukunftsrat Hamburg  
Sprecher des Koordinierungskreises  
E-Mail: hans-joachimmenzel@alice-dsl.de  
Telefon: 040 /42854-40 49

---

**Dr. Dirka Griebhaber**

Zukunftsrat Hamburg  
Geschäftsführerin  
Am Felde 2, 22765 Hamburg  
E-Mail: zukunftsrat-hamburg@t-online.de  
Telefon: 040/391 9731

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Gesundheits- und Sozialberichterstattung mit Kernindikatoren

### Bezirk Lichtenberg, Berlin

Der Bezirk Lichtenberg von Berlin hat zusammen mit weiteren Kommunen und in Kooperation mit einem bundesministeriell geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Hamburger Universität einen umfangreichen handlungsorientierten Gesundheits- und Sozialbericht erstellt. Dieser Bericht bearbeitet als Basisbericht 35 Kernindikatoren in sieben Berichtsbereichen, in die auch der Umweltbereich sowie umweltrelevante Faktoren integriert sind. Der Bezirk Lichtenberg von Berlin hat zusammen mit neun weiteren ostdeutschen Kommunen an diesem Modellprojekt für eine integrierte nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung für gesündere Städte und Kommunen teilgenommen. Alle beteiligten Kommunen sind Mitglieder des deutschen Gesunde-Städte-Netzwerkes.

### Projektbeschreibung

Der Bezirk Lichtenberg von Berlin ist Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk Deutschlands, das sich auf Initiativen und Aktivitäten der WHO (Healthy Cities) basierend gegründet hat. In Lichtenberg ist das Gesunde Städte-Konzept mit der Lokalen Agenda 21 unter dem gemeinsamen Leitbild *„besser leben; Berlin-Lichtenberg; gesunder, kinder- und familienfreundlicher Bezirk“* zusammengeschlossen.

Um dem Gesunde Städte-Netzwerk beizutreten, muss eine Kommune per Ratsbeschluss das 9-Punkte-Programm des Netzwerks akzeptieren. Dieses Programm sieht unter anderem vor, dass eine Kommune die Aktivitäten im Prozess hin zu einer gesunden Stadt bzw. hin zu einem gesunden Bezirk mit Gesundheits- und Sozialberichterstattung begleiten muss. Berichterstattung wird damit quasi zu einer kommunalen Pflichtaufgabe. „Gesundheits- und Sozialberichterstattung muss von der Analyse über die Möglichkeiten der Beratung bis zur konkreten Handlung als kommunale Gemeinschaftsaufgabe begriffen und umgesetzt werden“ ([www.gesunde-staedte-netzwerk.de](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de)). Damit ist der Anspruch auf die Erstellung einer integrierten Berichterstattung formuliert, die über den traditionellen Gesundheitsbereich hinausgeht und auch den Umweltbereich umfasst.

Vor diesem Hintergrund hat der Bezirk Lichtenberg von Berlin in den letzten drei Jahren (2002 bis 2005) zusammen mit anderen ostdeutsche Kommunen an einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur kommunalen integrierten Berichterstattung des Institutes für Medizin-Soziologie des Hamburger Universitätsklinikums (UKE) teilgenommen. Dieses Projekt hatte den Titel: *„Gesundheit“ als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung*. Es war Teilprojekt eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsschwerpunktes zu „Problemorientierten regionalen Berichterstattungssystemen“.

Bei den an diesem Wissenschaft-Praxis-Projekt beteiligten zehn Kommunen handelt es sich um die folgenden „Gesunde Städte“-Kommunen in den neuen Bundesländern: Bezirk Lich-

tenberg von Berlin, Bezirk Marzahn-Hellersdorf (Berlin), Chemnitz, Dresden, Erfurt, Greifswald, Halle (Saale), Magdeburg, Rostock und Stralsund.

Im Projektprozess wurde unter Beteiligung aller genannten Kommunen im Rahmen von Workshops, die als interkommunale Arbeitsgruppe unter wissenschaftlicher Begleitung stattfanden, ein Indikatorensatz von 35 Kernindikatoren in sieben Berichtsbereichen wie Umwelt, Gesundheit, Soziales etc. entwickelt. Dieser wurde von den beteiligten Städten in differenzierten Diskussions- und Reflektionsprozessen als problembezogen und handlungsrelevant im Sinne einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik für Städte und Kommunen festgeschrieben. Es wurde beschlossen, einen Gesundheits-Basisbericht anhand dieser Indikatoren zu erstellen, der wesentliche kommunale Berichtsbereiche integriert.

In den sieben Berichtsbereichen werden folgende Daten erhoben:

- demographische Daten (z.B. Wanderungsbewegungen),
- Daten zur kommunalen Ökonomie (z.B. Unternehmensbestand),
- explizit gesundheitsbezogene Daten (z.B. Zahngesundheit von Kindern),
- Daten für den Bereich Soziales (z.B. Arbeitslosenquote),
- Daten für den Bereich Bildung (z.B. Schulabgänger nach Schulabschluss),
- Umweltdaten (z.B. Flächennutzungsstruktur),
- Daten für die Bereiche Wahlen und Partizipation (z.B. Zahl der Selbsthilfegruppen).

Berlin-Lichtenberg hat mit dem vorliegenden Bericht diesen Indikatorensatz in allen Berichtsbereichen umgesetzt und das zusammengetragen, was an Daten auf der kommunalen Ebene verfügbar war und ist. Dabei war es noch nicht möglich, die Daten in allen Berichtsbereichen miteinander zu verknüpfen, da die vorliegenden Daten aus den kommunalen Routinestatistiken dies nicht ermöglichen. Die integrierte Berichterstattung zeigt sich hier zunächst im Nebeneinanderstellen von zentralen Bereichen, die alle als besonders gesundheitsrelevant betrachtet werden, vergleichbar der gegenwärtigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Für die Erstellung des Berichtes war eine intersektorale Zusammenarbeit erforderlich, da verschiedene Einheiten in der Verwaltung zur Datenaufbereitung beitragen mussten.

Das Besondere an der Gesundheits- und Sozialberichterstattung aus Berlin-Lichtenberg ist auch, dass man sich intensiv mit der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Umweltdaten auseinandergesetzt hat, da dies für den umweltbezogenen Gesundheitsschutz von der zuständigen Abteilung Umwelt und Gesundheit des Bezirkes Lichtenberg als besonders wichtig eingeschätzt wird. Hier zeigte sich aber, dass auf der kommunalen Ebene Umweltdaten zu den Bereichen Lärm- und Luftbelastung, Modal Split (Anteil der verschiedenen Fortbewegungsmöglichkeiten wie Öffentlicher Personennahverkehr, Auto, Fahrrad, zu Fuß am gesamten Wegeaufkommen) vielfach nicht vorhanden sind. Eine Erhebung solcher Daten könnte ein wichtiger Schritt in der Verbesserung kommunalen Monitorings sein, worauf in dem Berliner Berichts deutlich hingewiesen wird.

Auch die Einschulungsuntersuchungen wurden im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bezirkes Lichtenberg von Berlin ausgewertet und aus der Datenanalyse ein Paket von

Maßnahmen abgeleitet. Dazu gehören auch Aktivitäten im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ wie die Sensibilisierung der Kinder, Jugendlichen und ihrer Eltern für eine gesundheitsfördernde Mobilität und ein Projekt zur Verkehrsunfallprävention.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* In der Konzeption und der modellhaften Erstellung der integrierten Berichterstattung wurden das Handlungsfeld Umwelt und das Handlungsfeld Gesundheit zusammengebracht. Nahezu alle verwendeten Indikatoren werden in ihrer Nachhaltigkeitsorientierung sowohl als gesundheitsrelevant als auch als umweltbezogen beschrieben.

*Integrativer Gehalt:* In der Integration von verschiedenen gesundheitsrelevanten Berichtsbereichen zeigt sich, dass Gesundheitsförderung und Prävention, Umweltschutz, Sozialpolitik etc. Querschnittsaufgaben sind, die von Politik und Verwaltung auch als solche wahrgenommen werden müssen. Dazu braucht man eine kommunale Berichterstattung, die einen integrativen Ansatz verfolgt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Im Rahmen der Workshops hat eine interkommunale Arbeitsgruppe aus den beteiligten Städte die Probleme und Ressourcen der Kommunen diskutiert und daraus den Indikatorensatz kooperativ entwickelt.

*Konzeptionelle Einbindung:* Positiv bewertet werden muss, dass für die zu erstellende Berichterstattung eine konzeptionelle Einbindung in die lokalen Programm – und Leitbildaktivitäten (Gesunde Stadt, Lokale Agenda 21) von Anfang gegeben war, so dass weder ein isoliertes Handeln von Einzelpersonen bestand, noch sich in engen Ressortgrenzen befindliche Verwaltungseinheiten den Nutzen solcher Berichterstattung nicht anerkannt hätten.

*Innovativer Gehalt:* Das Projekt ist insofern innovativ, als dass hier versucht wurde, ein Indikatorensatz für integrierte nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung auf kommunaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen, der sich nicht an idealtypischen und normativen Modellen orientiert, sondern Praxisrelevanz durch die Diskussion in der interkommunalen Arbeitsgruppe sowie Umsetzbarkeit (Zugang zu und Verfügbarkeit von Daten) in den Vordergrund stellt.

*Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten:* Geschlechtsspezifische Aspekte werden zumindest soweit berücksichtigt, dass all diejenigen Daten, bei denen es bisher möglich ist, auch nach Geschlecht aufbereitet werden, was generell in der Berichterstattung nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

An dieser Stelle sei verwiesen auf eine Publikation aus dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt, die den verwandten Indikatorensatz beschreibt, Indikatorenprofile liefert und die wichtigsten kommunalen Datenquellen für kommunale Berichtersteller und solche, die es werden wollen, nennt:

- Süß, Waldemar, Holger Möller, Alf Trojan und Rainer Fehr, Rainer (Hrsg.) [2004]: Integrierte Basis-Berichterstattung für gesündere Städte und Kommunen. Quellen, Auswahl-



prozess und Profile für einen Indikatorenansatz, Bielefeld (Iögd: Wissenschaftliche Reihe, Bd 17).

### Projektträger und Beteiligte

- Bezirk Lichtenberg von Berlin, Abteilung für Umwelt und Gesundheit (Projektträger)
- Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE)
- Interkommunale Arbeitsgruppe aus den zehn am Projekt beteiligten ostdeutschen Kommunen

### Zielgruppen

- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung
- Fachöffentlichkeit in allen Politikfeldern
- interessierte Bürgerinnen und Bürger
- Wissenschaft

### Projektkosten und Finanzierung

Die Erstellung des Berichts wurde aus Forschungsmitteln des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF) im Forschungsschwerpunkt „Problemorientierte regionale Berichtssysteme (RBS)“ im Rahmen eines Drittmittelprojektes am Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) und durch den Bezirk Lichtenberg von Berlin finanziert.

### Laufzeit

- 1. Mai 2002 bis 30. September 2005

### Weitere Informationen

- <http://www.berlin.de/ba-lichtenberg>
- <http://www.rbs-news.de>
- <http://www.gsf.de/ptukf>

## Ansprechpartner

**Gerhard Ihrig**

(Berichterstattung Berlin-Lichtenberg)

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin  
Abteilung für Umwelt und Gesundheit  
Plan- und Leitstelle Gesundheit  
Frankfurter Allee 187, 10365 Berlin  
E-Mail: gerhard.ihrig@snafu.de  
Telefon: 033478/38859

**Andreas Geisel**

(Berichterstattung Berlin-Lichtenberg)

Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit  
Bezirk Lichtenberg von Berlin  
Frankfurter Allee 187, 10365 Berlin  
E-Mail: Andreas.Geisel@ba-libg.verwalt-berlin.de  
Telefon: 030/90296 4200

**Waldemar Süß**

(Wissenschaft-Praxis-Projekt)

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE)  
Zentrum für Psychosoziale Medizin  
Institut für Medizin-Soziologie  
Martinistraße 52, 20246 Hamburg  
E-Mail: suess@uke.uni-hamburg.de  
Telefon: 040/4280-2096



**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Nachhaltigkeitsbericht

Solingen, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Im Jahr 2004 hat die Stadt Solingen ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht herausgegeben. Der Nachhaltigkeitsbericht ist Teil der Lokalen Agenda 21 in Solingen und dient der indikatoren-gestützten Bestandsaufnahme der Entwicklung in zentralen kommunalen Handlungsfeldern. Mit Hilfe von 22 Solinger Indikatoren ist das Thema 'zukunftsfähige Entwicklung' aufbereitet: Die Themenfelder des Berichtes reichen von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt über Stadtplanung, Wohnen, Umwelt, Verkehr bis hin zu Soziales, Jugend und Gesundheit. Auch zahlreiche Projekte aus dem Handlungsfeld Umwelt und Gesundheit werden vorgestellt: Aktionswoche „In die Stadt ohne mein Auto“, „Kinder sammeln grüne Meilen“ für ein umwelt und gesundheitsfreundliches Mobilitätsverhalten und vieles mehr. Damit wurde im Arbeitsprozess für zahlreiche Beteiligte - teilweise erstmalig - anschaulich, dass nachhaltige Entwicklung weit mehr ist als Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit. An der Konzeption des Berichts haben über 140 Akteure aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Unternehmen, Vereinen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt. Aufbauend auf dem Nachhaltigkeitsbericht wird derzeit ein "Aktionsprogramm Nachhaltige Entwicklung in Solingen" erarbeitet.

Zentral für den Solinger Nachhaltigkeitsbericht ist seine Handlungsorientierung: Zu jedem Handlungsbereich werden Entwicklungstrends aufgezeigt (u.a. anhand von Daten der letzten 12 Jahre), bereits vorhandene oder beschlossene Aktivitäten dargestellt, die lokale Sicht der Erfolge und Bedarfe herausgearbeitet und damit konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet. Ergänzend wird der Handlungsbedarf anhand einer Skala von eins bis fünf eingeordnet. Die Ausführungen zu jedem Indikator werden durch eine Liste von Ansprechpartnern aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen ergänzt.

Der Nachhaltigkeitsbericht ist ein wichtiger Meilenstein, um über Modellprojekte und Kampagnen hinaus die Ziele der Lokalen Agenda 21 in die "alltäglichen" Planungs- und Entscheidungsprozesse stärker einzubinden. Politischen Gremien und Verwaltungsstellen ist damit ein Orientierungsrahmen an die Hand gegeben, um künftig soziale, ökonomische und ökologische Faktoren noch stärker zu verknüpfen.

Der dialogorientierte Arbeitsprozess zur Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts wurde vom Land Nordrhein-Westfalen als "Agenda 21- Best Practice Beispiel" ausgezeichnet.

### Weitere Informationen

- [http://www.solingen.de/agenda\\_21](http://www.solingen.de/agenda_21) (Rubrik: Projekte)
- <http://www.indikatoren-nrw.de>

## Ansprechpartner/innen

**Ariane Bischoff**  
**Ilona Ginsberg**  
**Peter Vorkötter**

Stadt Solingen  
Stadtdienst Natur und Umwelt  
Agenda Geschäftsstelle  
Bonner Straße 100, 42697 Solingen  
E-Mail: a.bischoff@solingen.de  
i.ginsberg@solingen.de  
p.vorkötter@solingen.de  
Telefon: 0212/290-6557 und -6556


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Stadt-Gesundheitsprofile

Dresden, Sachsen

### Projektbeschreibung

Die Stadt-Gesundheitsprofile der Stadt Dresden wurden im Rahmen des Gesunde-Städte-Projekts, an dem sich die Stadt Dresden beteiligt, angefertigt. Seit 1997 wurden bislang vier Berichte herausgegeben. Dresden verfolgt damit eine kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung.

Besonders hervorzuheben sind der erste und der dritte Bericht. In diesen wurden neben Gesundheitsdaten auch die verfügbaren Daten im Bereich Umwelt wie „Luft“, „Lärm“, „Boden“, und im Bereich Lebensqualität wie „Ausgewählte Aspekte der Straßenverkehrssituation“ ausgewertet. Damit werden die Lebensbedingungen der Dresdner Bürgerinnen und Bürger im Politikfeld „Umwelt und Gesundheit“ ausführlich beschrieben. Alle Berichte zeichnen sich dadurch aus, dass bei den verwendeten Indikatoren immer auch auf die Zusammenhänge mit anderen Berichtsfeldern hingewiesen wird. Dies gilt insbesondere für den Umweltbereich.

Im ersten Bericht wurden Gesundheitsziele für Dresden formuliert und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele vorgeschlagen. Zu den Dresdener Gesundheitszielen wurden themenrelevante Ziele aus der „Gesundheit für alle“-Strategie der WHO in ihrer Funktion als Wegweiser ausgewählt und ergänzt. In den Stadt-Gesundheitsprofilen von 1999 und 2000 wurde jeweils in einem gesonderten Kapitel der Stand der Realisierung ausgewählter Gesundheitsziele aus dem ersten Bericht überprüft.

Zielgruppe der Stadt-Gesundheitsprofile sind Politiker, Bürger und Interessengruppen. Die Berichte sollen als Diskussionsgrundlage und als Hilfe für gesundheitspolitische Vorhaben und Entscheidungen dienen. Das aktuelle Stadt-Gesundheitsprofil aus dem Jahr 2005 ist in Zusammenarbeit mit einem Wissenschaftspraxisprojekt entstanden. Das dort verwendete Berichtssystem ist im Gute-Praxis-Beispiel „Gesundheits- und Sozialberichterstattung mit Kernindikatoren“ (Bezirk Lichtenberg, Berlin) im Handlungsfeld „Daten für Taten: Berichterstattung“ umfangreich dargestellt.

### Weitere Informationen

- <http://www.dresden.de/who>

### Ansprechpartnerin

**Julia Muschner**

Landeshauptstadt Dresden  
Geschäftsbereich Soziales  
WHO-Projekt „Gesunde Städte“  
Postfach 12 00 20, 01001 Dresden  
E-Mail: [gesundestadt@dresden.de](mailto:gesundestadt@dresden.de)  
Telefon: 0351/4882-154

---

## 2.5 Fit für Umwelt und Gesundheit: Beratungs- und Bildungsarbeit



### Ausgangslage

Beratungs- und Bildungsarbeit, die darauf ausgerichtet ist, für die Themen Umwelt und Gesundheit zu sensibilisieren, kann dazu beitragen, das individuelle Umwelt- und Gesundheitsverhalten zu verbessern sowie Kompetenzen im Umgang mit der eigenen Gesundheit zu erlangen und eigene Ressourcen zu aktivieren.

Die umwelt- und gesundheitsbezogene Beratungs- und Bildungsarbeit nutzt das Konzept der Lebensweltorientierung; das heißt, die Alltagsbezüge und Lebenszusammenhänge der Menschen, die für die Arbeit gewonnen werden sollen, stehen im Vordergrund. Ansatzpunkte für eine Beratungs- und Bildungsarbeit erschließen sich demnach z.B. in Schulen, in Arbeitsstätten und zu Hause bzw. an Freizeitorien. Auch Stadtteile und somit das Wohnumfeld sind von hoher Relevanz für die umwelt- und gesundheitsorientierte Bildungs- und Beratungsarbeit. Stadtteilfeste bieten beispielsweise vielseitige Möglichkeiten, über ein gesundheitsförderndes Umweltverhalten zu informieren.

Eine lebenswelt- und alltagsorientierte Beratungs- und Bildungsarbeit, die das individuelle Umwelt- und Gesundheitsverhalten befördern will, erfordert Angebote, die für Interessierte leicht erreichbar und zugänglich sind. Die Erschließung von Ansatzpunkten für Partizipation und Selbsthilfe bilden wichtige Bestandteile einer solchen Arbeit. Hierdurch sollen Menschen zur Mitwirkung an Entscheidungen, die ihre Umwelt und Gesundheit betreffen, gewonnen werden. Hierfür notwendige Ressourcen sind durch die Arbeit sicherzustellen.

Erfolgreiches Engagement erhöht das Wohlbefinden derjenigen Menschen, die sich beteiligt haben. Ihre Teilhabemöglichkeiten erweitern sich, ebenso wie ihre (informellen) Netzwerke.

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Umweltberatung und Gesundheitserziehung stehen vielfach im Mittelpunkt von Beratungs- und Bildungsangeboten der Städte und Gemeinden sowie von Institutionen und Verbänden. Umweltberaterinnen und -berater klären beispielsweise über die Auswirkungen des Konsumverhaltens privater Haushalte oder die Umwelt beeinträchtigende bzw. -schädigende Gewohnheiten auf. Gesundheitserziehung ist ein wichtiger Bestandteil der Beratungs- und Bildungsarbeit; sie klärt auf, gibt Hinweise zu einer gesundheitsbewussteren Lebensweise und räumt mit Vorbehalten gegenüber Erkrankungen auf. Die Themenfelder Umwelt und Gesundheit werden hierbei häufig integriert behandelt.

## Wesentliche kommunale Strategien

*Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements:* Vielfältige kommunale Beratungs- und Bildungsangebote zielen darauf, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, eigenverantwortlich ihren Lebensraum zu gestalten. Die Kommunen versuchen hierbei, die Beratungs- und Bildungsarbeit langfristig anzulegen um die Voraussetzungen für eine nachhaltige umwelt- und gesundheitsorientierte Verhaltensänderung zu schaffen. Um Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich sowohl in privaten als auch in öffentlichen Lebenszusammenhängen für gesundheitsbezogenen Umweltschutz einsetzen können, sprechen viele Kommunen die Bevölkerung direkt vor Ort, in der Schule oder in Firmen an. Illustriert werden beispielsweise Optionen, wie man auch ohne Auto zur Schule bzw. zum Arbeitsort gelangen kann und dadurch einen Beitrag für die Umwelt und für die persönliche Gesundheit leistet.

*Weiterbildungsangebote:* Im Sinne eines lebenslangen Lernen werden Weiterbildungsangebote (Göpel/Schubert-Lehnhardt 2004, S. 145), ob über örtliche Volkshochschulen oder überregionale Universitäten oder Fachhochschulen, von den Kommunen unterstützt und gefördert. Hierfür stellen die Kommunen finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung. Von zentraler Bedeutung für den Erfolg einer Weiterbildung ist die Anpassung an den Bedarf der Zielgruppen. Weiterbildung dient als Anleitung zum Handeln und soll neben Beruf und Familie im Sinne eines lebenslangen Lernens realisiert werden.

*Beratungsangebote:* Beratungsarbeit vor Ort für die verschiedenen Zielgruppen, ob Schul- oder Kindergartenkinder oder Senioren, wird von Ämtern, Institutionen, Verbänden und Vereinen geleistet. Sie ist wichtiger Bestandteil zur Partizipation und gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am gesellschaftlichen Leben. Sowohl im privaten als auch im öffentlichen Rahmen sollen Menschen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie gesundheitsbezogener Umweltschutz aussehen kann.

## Literatur

- *Wissenschaftsladen Gießen e.V.* [1996]: Perspektiven kommunaler Umweltberatung. Ein praxisorientiertes Forschungsprojekt, Frankfurt am Main.
- *Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Hrsg.)* [2002]: Baustein 2: Partizipation, Selbsthilfe und Öffentlichkeitsarbeit, Wiesbaden.
- *Mutzeck, Wolfgang* [2002]: Kooperative Beratung. Grundlagen und Methoden der Beratung und Supervision im Berufsalltag, Weinheim und Basel.
- *Nestmann, Frank, Frank Engel und Ursel Sickendiek (Hrsg.)* [2004]: Das Handbuch der Beratung. Band 2: Ansätze, Methoden und Felder, Tübingen.
- *Göpel, Eberhard, und Viola Schubert-Lehnhardt (Hrsg.)* [2004]: Gesundheit gemeinsam gestalten. Kommunale Gesundheitsförderung, Frankfurt am Main.

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Ökologisches Lehr- und Erfahrungsgelände – Natur mit allen Sinnen erleben

### Bremen-Huchting, Bremen

Bremen-Huchting war Ende der 1980er Jahre ein Stadtteil mit vielen Arbeitslosen und wenig Freizeit- und Erholungsflächen. 1987 entstand der Gedanke, auf dem Gebiet eines ehemaligen Schulgeländes ein Bürger- und Sozialzentrum zu entwickeln. Dabei wurde die Bevölkerung von Anfang an in die Umsetzung und Gestaltung mit einbezogen. Heute bietet das Gelände mit 15 Einrichtungen und über 70 Gärten und Biotopen Erholungs-, Freizeit- und vor allem Lernangebote für unterschiedliche Zielgruppen. Auf dem ökologischen Lehrgelände erhalten Menschen aller Altersstufen die Möglichkeit, Natur mit allen Sinnen zu erleben, praxisorientiert zu lernen und sich zu informieren.

### Projektbeschreibung

1987 entstand der Gedanke, in einem sozial benachteiligten Stadtteil, der zudem über wenig ökologisch gestaltete Flächen verfügte, einen Ökogarten und ein Umweltbüro einzurichten. Die Gestaltung eines ökologisch orientierten Gartens mit vielfältigen Angeboten für Erlebnisse und Erfahrungen in der Natur sollte den Bewohnern des Stadtteils Huchting eine Verbesserung ihrer Lebensqualität bieten und unter Einbezug von Langzeitarbeitslosen realisiert werden.

Die Idee wuchs; ein ehemaliges Schulgelände wurde zu einem Bürger- und Sozialzentrum des Stadtteils entwickelt. Bestehend aus 15 Einrichtungen und über 70 Gärten und Biotopen bietet es den Bewohnern des Quartiers Angebote für Beratung, Bildung, Kinder- und Behindertenbetreuung sowie für unterschiedliche Freizeitaktivitäten. Auf dem ökologischen Lehrgelände erhalten Menschen aller Altersstufen die Möglichkeit, Natur mit allen Sinnen zu erleben, praxisorientiert zu lernen und sich zu informieren. Eine „Grüne Oase“ lädt Erwachsene zum Spaziergang ein, ein naturnah gestalteter Spielplatz bietet Familien mit Kindern Erholung. Die Behinderteneinrichtung nutzt darüber hinaus den Barfußpfad und das Holzxylophon für therapeutische Zwecke. Das Angebot wird abgerundet durch regelmäßig stattfindende Seminare, Vorträge und Aktionstage bis hin zu Führungen und Bildungsurlauben.

Während der anderthalbstündigen fachlichen Führungen über das Gelände werden Kindergruppen, Schulklassen und Erwachsene über Biotope und ökologische Zusammenhänge aufgeklärt, es werden gesundheitsbezogene Erfahrungselemente (Barfußerlebnispfad, Fühlkästen, Holzxylophon, Summstein, Balancierpfad, Labyrinth) ausprobiert und es wird zum Anfassen, Riechen und Schmecken angeregt. Die Gebühr für Kinder beträgt 1,50 Euro und für Erwachsene 2,50 Euro. Einnahmen durch diese Veranstaltungen werden zur Pflege des Lehrgeländes verwendet.

Arbeit & Ökologie, ein Betrieb der ÖkoNet gGmbH, ist Träger des Projekts. Arbeit & Ökologie ist auch eine Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).



## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Dem Projekt „Ökologisches Lehr- und Erfahrungsgelände - Natur mit allen Sinnen erleben“ liegt eine Konzeption zugrunde, die Elemente des Umweltschutzes (ökologisch orientierte Gestaltungsmaßnahmen und Aktionen) und der Gesundheitsvorsorge (z.B. Erholung und Bewegungsförderung) verknüpft. Diese Effekte wirken unmittelbar auf die Beteiligten zurück: Aktiv an den Gestaltungsmaßnahmen beteiligte Personen leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Verbesserung der eigenen Gesundheit und der Umwelt- und Gesundheitsbedingungen des Wohnumfelds. Das Konzept stellt die Verknüpfung der Themenfelder Umwelt und Gesundheit in einen räumlichen Kontext (Stadtteilbezug). Das Konzept sieht darüber hinaus vor, dass durch die Bildungs- und Beratungsarbeit verschiedene Zielgruppen angesprochen werden.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Der Umweltsenat und Arbeit & Ökologie arbeiten eng zusammen. Des Weiteren wird mit dem Huchtinger Stadtteilbeirat, ortsansässigen Vereinen und Initiativen sowie mit dem Mütterzentrum und Schulen im Stadtteil kooperiert. Das Projekt ist ein gutes Beispiel für die dauerhafte Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen.

*Breitenwirkung:* Das Gelände wurde für die Bewohner des sozial benachteiligten Stadtteils Bremen-Huchting konzipiert. Heute kommen die Besucher nicht nur aus dem Quartier, sondern auch aus anderen Stadtgebieten.

*Setting-Ansatz:* Das Setting Stadtteil steht im Mittelpunkt des Projektes. Der Stadtteil Bremen-Huchting hat sich – nicht zuletzt durch das Projekt - zu einem Stadtteil mit hoher Erholungs- und Freizeitfunktion entwickelt. Örtliche Einrichtungen, wie Kindergärten und Schulen werden aktiv in das Projekt mit einbezogen. Durch das angrenzende Behindertenwohnheim und die vielen Kindergruppen findet sich ein reges Leben im Umfeld des Projektgeländes, was auf die Lebendigkeit des Projektes positiv zurückwirkt.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Das Bürger- und Sozialzentrum mit seinen vielfältigen Einrichtungen und Initiativen und einer zwei Hektar großen Fläche ist in Bremen einzigartig und nicht einfach zu kopieren:

- Die Gestaltung und Instandhaltung des Geländes ist aufwendig. Die hierfür notwendigen Maßnahmen können insbesondere dann sichergestellt werden, wenn sie mit beschäftigungswirksamen Maßnahmen verknüpft werden. Im konkreten Fall ist es hilfreich, dass der Träger des Projektes gleichzeitig ein Beschäftigungsträger ist und dadurch regelmäßig mehrere Personen das Gelände instand halten können.
- Da Arbeit & Ökologie auch für den Bereich Spielplatzbau zuständig ist und über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, kann die Infrastruktur als sehr gut bezeichnet werden. Voraussetzung für die Umsetzung eines solch großen und anspruchsvollen Projektes ist u.a. ein ständig besetztes Büro, in welchem Anmeldungen für Veranstaltungen entgegengenommen werden können, als auch ein bestehender Bautrup, der bei größeren baulichen Maßnahmen Unterstützung anbietet.

- Die enge Anbindung an den Stadtteil und zu den umliegenden Einrichtungen trägt ganz wesentlich dazu bei, dass sich das Projekt lebendig gestaltet.

## Projektträger und Beteiligte

- Arbeit & Ökologie, Betrieb der ÖkoNet gGmbH (Projektträger)
- Umweltsenat
- Huchtinger Stadtteilbeirat
- ortsansässige Vereine und Initiativen
- Schulen
- Mütterzentrum

## Zielgruppen

- Zielgruppen sind Menschen mit unterschiedlichem sozialem Status und aller Altersstufen sowie verschiedenen Interessen und Lebenszusammenhängen, wie z.B. Schüler, Pädagogen, Hobbygärtner und Naturliebhaber.
- Hauptsächlich angesprochen werden Kindergarten- und Schulkinder sowie natur- und garteninteressierte Erwachsene, aber auch gezielt Frauen und Mädchen sowie Behinderte Initiativen und Vereine.

## Projektkosten und Finanzierung

- Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III), Sozialhilfemittel nach Bundessozialhilfegesetz, kommunale Mittel, sonstige private Mittel.
- Der Umweltsenat Bremen finanziert nach Antragsstellung bis 2005 ein Teil des Projektes (Lottomittel).
- Das FÖJ wird neben einem Eigenanteil von Arbeit & Ökologie ebenfalls vom Umweltsenat finanziert.
- Der Beirat Huchting stellt auf Antrag für kleine Projekte Gelder zur Verfügung.
- Das Projekt erwirtschaftet einen Eigenanteil durch Einnahmen für kostenpflichtige Angebote.

## Laufzeit

- seit Oktober 1987

## Weitere Informationen

- [www.arbeit-oekologie.de](http://www.arbeit-oekologie.de)
- [www.sozialestadt.de/praxisdatenbank](http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank)

Ansprechpartnerin

**Monika Zöpfigen**

Arbeit & Ökologie – Betrieb der ÖkoNetgGmbH  
Amersfoorter Straße 8, 28259 Bremen  
E-Mail: lehgelaende@arbeit-oekologie.de  
Telefon: 0421/9594314

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Nürnberg – intelligent mobil

### Nürnberg, Bayern

Vor dem Hintergrund eines ansteigenden Verkehrsaufkommens und damit verbunden zunehmender Luft- und Lärmbelastung initiierte das Umweltreferat der Stadt Nürnberg im Jahr 2000 das Projekt „Nürnberg – intelligent mobil“. Ziel des Projektes ist es, mittels Aufklärungsarbeit und bewusstseinsbildender Maßnahmen Alternativen zum Auto aufzuzeigen und Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zur Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens anzuregen. Angestrebt wird ein intelligenter, an den Mobilitätszweck angepasster Verkehrsmittelmix. Dabei setzt das Projekt auf öffentlichkeitswirksame Aktionen. Seit 2000 fand eine Vielzahl solcher Aktionen statt. Das Projekt „Nürnberg – intelligent mobil“ zeigt beispielhaft, wie man von der Projektidee über die richtige Wahl der öffentlichkeitswirksamen Mittel bis zur Gewinnung von Sponsoren, Aktionen erfolgreich realisieren kann.

### Projektbeschreibung

Im Jahr 2000 initiierte das Umweltreferat der Stadt Nürnberg (heute: Bürgermeister, Geschäftsbereich Umwelt) das fachübergreifende Projekt „Nürnberg - intelligent mobil“. Den Kern der Projektgruppe bilden der Umweltbürgermeister, das Baureferat und die Nürnberger Verkehrsbetriebe. Die Projektleitung hat die persönliche Referentin des Bürgermeisters, die das Projekt initiierte und die Aktionsideen entwickelt.

Anlass für das Projekt war der Anstieg des motorisierten Verkehrsaufkommens und die damit verbundene zunehmende Luft- und Lärmbelastung. Umfragen in Nürnberg hatten gezeigt, dass sich die Bevölkerung Verbesserungen im Bereich verkehrsbedingter Luftschadstoffe und beim Straßenverkehrslärm wünscht, wenn gleich sie zu einem Großteil selbst Verursacher der Umwelt- und Gesundheitsprobleme ist. Untersuchungen zeigten weiterhin, dass rein rechnerisch 60 Prozent der Autofahrten im Nürnberger Binnenverkehr durch öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad und Aktivitäten zu Fuß ersetzbar sind, vielfach aber subjektive Gründe wie Informationsdefizite und Bequemlichkeit zu einer Nutzung des Autos führen.

Das Projekt „Nürnberg - intelligent mobil“ will daher über Aufklärung und Bewusstseinsbildung Alternativen zum Auto aufzeigen, Vorurteile gegenüber diesen Alternativen abbauen und Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen zum Nachdenken und schließlich zur Veränderung ihres Mobilitätsverhaltens anregen. Angestrebt wird ein an den Mobilitätszweck angepasster Verkehrsmittelmix (Auto nur soweit unbedingt nötig, ansonsten Bus, Fahrrad, U-Bahn, Straßenbahn, zu Fuß, Inliner).

Dabei setzt das Projekt auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, die zum Nachdenken über das eigene Mobilitätsverhalten anregen, die Alternativen zum Auto mit attraktiven emotionalen Attributen verknüpfen sowie deren Tauglichkeit für die unterschiedlichsten Einsatzbereiche demonstrieren. Mit so genannten „weichen Maßnahmen“ werden öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad sowie Aktivitäten zu Fuß aktiv gefördert. Gleichzeitig wird damit ein Beitrag zur

Reduzierung des Autoverkehrs und seiner belastenden Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit geleistet. Die Projektgruppe knüpft damit an das Leitbild Verkehr an, das auf der Erkenntnis basiert, dass eine nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der Verkehrsproblematik in Nürnberg nur durch eine Verhaltensänderung des Einzelnen erreicht werden kann. Zudem leistet das Projekt einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und ist Baustein des Luftreinhalteplans für den Ballungsraum Nürnberg, Fürth und Erlangen.

Seit 2000 wurde eine Vielzahl von Aktionen realisiert wie beispielsweise die Aktion „Banker on Bike“, bei der 230 Banker in einem 66-Tage-Radrennen zwischen sechs Nürnberger Banken zeigten, dass das Fahrrad bürotauglich ist, oder die Aktion „Umsteiger für ein Jahr“, bei der 20 Nürnbergerinnen und Nürnberger vormachten, dass ein Leben ohne Auto auch in einer Großstadt wie Nürnberg selbstverständlich werden kann. Weitere Veranstaltungen, wie beispielsweise ein „Mobilitätsflohmarkt“, jährlich neue Aktionen zum „Europa freien Autofreien Tag“ und der „Europäischen Woche der Mobilität“, „Nikolaus Mobil“, „Stadtra(t)deln“, „Grüne Kilometerfresser“ ergänzen das Projekt „Nürnberg – intelligent mobil“.

Das Projekt „Nürnberg – intelligent mobil“ zeigt beispielhaft, wie man von der Projektidee über die richtige Wahl der öffentlichkeitswirksamen Mittel bis zur Gewinnung von Sponsoren Aktionen und Projekte erfolgreich realisieren kann. Ein Blick auf die Homepage des Projektes oder ein Anruf bei „Nürnberg – intelligent mobil“ lohnt sich daher in mehrfacher Hinsicht.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Ausgangspunkt des Projektes „Nürnberg – intelligent mobil“ war die zunehmende Luftverschmutzung aufgrund verkehrsbedingter Luftschadstoffe sowie der zunehmende Straßenverkehrslärm. Im Mittelpunkt der Projektkonzeption steht die Reduzierung der gesundheitlichen Belastung der Bevölkerung infolge umweltschädlicher Emissionen. Damit wird eine bewusste und systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit hergestellt.

*Integrativer Gehalt:* Das Projekt „Nürnberg – intelligent mobil“ verknüpft die Themenfelder Umwelt und Gesundheit in besonderer Weise. Eine Vielzahl aufklärender und bewusstseinsbildender Aktionen verdeutlicht, dass eine intelligente und dem Mobilitätszweck angepasste Verkehrsmittelwahl sowohl zum Abbau von Umweltbelastungen (Straßenverkehrslärm, Schadstoffemissionen) als auch zur Förderung der eigenen Gesundheit beitragen kann. Darüber hinaus ist das Projekt in integrativer Weise auf gleich mehrere inhaltliche Handlungsfelder von „Umwelt und Gesundheit“ ausgerichtet: umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität sowie Reinhaltung der Außenluft und Lärmbekämpfung.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Das Projekt wird durch stabile und vernetzte Kooperationsstrukturen innerhalb der Verwaltung (Umweltbürgermeister und Baureferat) sowie durch tragfähige und qualifizierte Kooperationen zu Einrichtungen außerhalb der Verwaltung (Verkehrsbetriebe Nürnberg) und zu Nichtregierungsorganisationen wie beispielsweise dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub e.V. (ADFC) getragen. Für einzelne Aktionen werden immer wieder neue Kooperationen, zum Beispiel über Sponsoring, geschlossen.

*Langfristigkeit:* Das Projekt ist auf Dauer und durch die angestrebte Verhaltensänderung bei den Zielgruppen auf langfristige umwelt- und gesundheitsfördernde Wirkungen angelegt.

*Breitenwirkung:* Das Projekt entfaltet aufgrund seiner gesamtstädtischen Ausrichtung und der Ansprache verschiedener Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Familien, Erwachsene) Wirkung in der Breite.

*Kommunikation:* Das Projekt trägt durch seine vielfältigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen in besonderer Weise dazu bei, über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit zu informieren und aufzuklären.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Das Erfolgsrezept von „Nürnberg – intelligent mobil“ liegt in kleinen kompakten Aktionen, die dieselben Themen für unterschiedliche Zielgruppen immer wieder aus einem anderen Blickwinkel und verknüpft mit Spiel und Spaß aufbereiten. Die einzelnen Aktionen bedürfen in der Regel nur einer kurzen Vorbereitungszeit, können mit geringem Personaleinsatz verwirklicht werden (für das gesamte Projekt stehen 30 Prozent einer vollen Stelle sowie eine Praktikantenstelle zur Verfügung) und sind preiswert bzw. für Sponsoren attraktiv. Außerdem werden ganz gezielt Personengruppen mit Vorbildfunktion als Träger der Botschaften ausgewählt: radelnde Stadträte beim „Stadtra(t)deln“, Bankangestellte bei „Banker on Bike“. Schließlich wird jede Aktion mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet (Plakate in der Fußgängerzone, Handzettel, Internetpräsentation, Pressekonferenzen).

## Projektträger und Beteiligte

- Bürgermeister, Geschäftsbereich Umwelt
- Baureferat (Verkehrsplanung und Straßenbau)
- Nürnberger Verkehrsbetriebe
- AFDC
- verschiedene Sponsoren

## Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen

## Projektkosten und Finanzierung

Es werden jährlich Sachmittel in Höhe von 25.600 Euro aus dem allgemeinen Haushalt der Stadt eingesetzt. Weitere erhebliche Mittel stammen aus Sponsorengeldern, die für einzelne Aktionen eingeworben werden.

## Laufzeit

Das Projekt läuft seit April 2000 und ist auf Dauer angelegt.

## Weitere Informationen

- [www.agenda21.nuernberg.de](http://www.agenda21.nuernberg.de)

## Ansprechpartnerin

**Carda Seidel**

Stadt Nürnberg  
Bürgermeister  
Geschäftsbereich Umwelt  
Persönliche Referentin  
E-Mail: [bmu@stadt.nuernberg.de](mailto:bmu@stadt.nuernberg.de)  
Telefon: 0911/231-3977

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Kampagne für den pestizidfreien Klein- und Hausgarten

Oldenburg, Niedersachsen

### Projektbeschreibung

Von den jährlich eingesetzten Pestiziden in der Bundesrepublik (200 Tonnen) nimmt die Gruppe der so genannten Unkrautvernichtungsmittel den größten Anteil (131 Tonnen) ein. Dieser Befund war Anlass der 2003 gestarteten Kampagne für den pestizidfreien Klein- und Hausgarten, die sich eine Reduzierung des Pestizideinsatzes im privaten Haus- und Garteneinsatz zum Ziel setzt. Über die Gefahren, die von diesen Stoffen für Umwelt und Gesundheit ausgehen, informiert und warnt die ehrenamtlich tätige Projektgruppe, bestehend aus einer Biologin, einer Biologielehrerin, Gartenbesitzern und Gartenvereinsvorsitzenden.

Über Schaukästen in ausgewählten Räumen – z.B. der Kleingärtnervereine – wird über die Thematik informiert und für die Problematik sensibilisiert. Die Projektgruppe wendet sich darüber hinaus an Schulen, die sie in entsprechende Aktivitäten einbezieht und in denen sie Aufklärungs- und Bildungsarbeit leistet. So wurden verschiedene Lernmodule entwickelt, die z.B. das Kennenlernen heimischer Schädlinge, die Vielfalt an Gartentypen und Anbauformen, Informationen zur Schädlichkeit der Pestizide sowie zu Alternativen zum Pestizideinsatz bzw. zu Formen natürlicher Schädlingsbekämpfung umfassen. Schüler entwickelten selbstständig einen Fragebogen mit dem sie Gartenbesitzer über den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln interviewten. Zielgruppe des Projektes sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

### Weitere Informationen

- <http://www.oldenburg.de/agenda21/projekt11.html>

### Ansprechpartnerin

**Dr. Gudrun Pirke-Oetken**

Theodor-Storm-Straße 5, 26131 Oldenburg  
E-Mail: [Gt.pirke@t-online.de](mailto:Gt.pirke@t-online.de)  
Telefon: 0441/9572372



---

## 2.6 Umwelt und Gesundheit transparent gemacht:

### Themenorientierte Öffentlichkeitsarbeit



#### Ausgangslage

Ein zentrales Ziel von Öffentlichkeitsarbeit – auch für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ – ist die Beförderung von Meinungs-, Willens- und Bewusstseinsbildungsprozessen in der Bevölkerung. Darüber hinaus leisten Organisationen und Institutionen mit Hilfe einer auf bestimmte Themen ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag, für bestimmte Anliegen, z.B. Belange von Umwelt und Gesundheit, zu sensibilisieren, auf die Themen aufmerksam zu machen, Problemfelder aufzuzeigen und eigene Interessen und Leistungen in diesem Themenfeld bekannt zu machen. Über öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, wie z.B. Stadtteilstefen, können verschiedene Bevölkerungsgruppen angesprochen werden und Zusammenhänge zwischen Themenfeldern wie z.B. Mobilität, Umwelt und Gesundheit aufgezeigt werden. Mit Hilfe von beispielhaften Aktionen kann verdeutlicht werden, wie kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestaltet werden kann.

Öffentlichkeitsarbeit kann gerade für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ aber auch als Instrument zur Mobilisierung von Partizipation und bürgerschaftlicher Selbsthilfe eingesetzt werden (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit 2002, S. 14). Insbesondere für die Mobilisierung von Partizipation sollte die Öffentlichkeitsarbeit eine klare Botschaft enthalten und berücksichtigen, wen sie erreichen will und über welchen Weg und wie bzw. mit welchen Mitteln dies geschehen soll und welche Wirkungen sie erzielen will. Darüber hinaus dient Öffentlichkeitsarbeit dazu, Zielgruppen und Kooperationspartner über Positionen und Aktivitäten zu informieren und zugleich neue oder potentielle Mitglieder und Sympathisanten für die Aktivitäten und Zielstellungen zu gewinnen.

Die Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit reichen von der Information der Öffentlichkeit über Projekte und Maßnahmen über den Informationsaustausch zwischen Kooperationspartnern bis hin zur gezielten Ansprache bestimmter Zielgruppen (Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit 2002, S. 24 ff).

Je nach Anlass und Ziel werden für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich „Umwelt und Gesundheit“ verschiedene Mittel wie Faltblätter, Flyer, Plakate und Mailings mit prägnanten Botschaften, Pressemitteilungen und Pressemappen oder Auftritte in der Öffentlichkeit verwendet. Vor allem öffentlichkeitswirksame Aktionen wie z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“ haben eine wichtige Funktion, um das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Öffentlichkeitsarbeit zu „Umwelt und Gesundheit“ erfordert Aktionen, die im Alltag und der Lebenswelt der Bürger verortet sind und die nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Nachmachen animieren. Kurz: Sie sollen Wege aufzeigen, was konkret getan werden kann, um Problemen im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ entgegenzuwirken.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Öffentlichkeitsarbeit für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ kann ganz wesentlich dazu beitragen, den Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit einem breiten Publikum zu vermitteln und das Problembewusstsein zu schulen. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sind ein wichtiges Mittel, um zum einen die Bevölkerung auf bestimmte gesundheits- und umweltrelevante Probleme aufmerksam zu machen (Schadstoffbelastung durch Kfz-Verkehr, Erhöhung von Allergien und Asthmaerkrankungen in jungen Jahren u.a.) und zugleich eine erforderliche Bewusstseins- und Verhaltensänderung anzuregen.

## Wesentliche kommunale Strategien

*Dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit:* Viele Städte und Gemeinden bedienen sich einer dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit (Ahrens/Hütt 1994, S. 101). Diese Strategie zielt darauf, im Bereich der Umwelt- und Gesundheitserziehung über eine reine Information hinauszugehen und die Bevölkerung in einem Dialog mit kompetenten Akteuren zu einem verantwortungsbewussten Verhalten zu animieren. Der Alltagsbezug ist hierbei unerlässlich. Durch Informationsstände und Aktionen von Vereinen und Initiativen in Fußgängerzonen können beispielsweise viele Bürger auf besondere Belange aufmerksam gemacht werden und in ein Gespräch integriert werden.

*Öffentlichkeitswirksame Aktionen:* Kommunen wählen häufig öffentlichkeitswirksame Aktionen, um mit einprägsamen Botschaften Aufmerksamkeit zu erregen und zum Mitmachen aufzufordern. Im Bereich „Umwelt und Gesundheit“ werden oft mobilitätsfördernde Aktionen durchgeführt, die auf eine Reduzierung des privaten Autoverkehrs abzielen. Auch einprägsame Slogans dienen der Öffentlichkeitsarbeit.

## Literatur

- Ahrens, Rupert, und H. Hütt [1994]: Dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit, in: Gero Kalt (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Instrumente, Strategien, Perspektiven, IMK in der Verlagsgruppe Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 101 ff.
- Haedrich, Günther, Günter Barthenheier und Horst Kleinert (Hrsg.) [1982]: Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft. Ein Handbuch, Berlin/New York.
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Hrsg.) [2002]: Baustein 2: Partizipation, Selbsthilfe und Öffentlichkeitsarbeit, Wiesbaden.
- Dorer, Johanna, und Klaus Lojka (Hrsg.) [1996]: Öffentlichkeitsarbeit. Theoretische Ansätze, empirische Befunde und Berufspraxis der Public Relations, Wien.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) [1998]: Erfolgsfaktor Öffentlichkeitsarbeit. Ein Leitfaden für die PR-Arbeit von Vereinen und Verbänden. Ein Trainingsbuch, Bochum.
- Klaus, Manfred, Uwe-Jens Rössel und Joachim Bischoff (Hrsg.) [1995]: Bürgernahe Kommunalpolitik. Handreichungen für aktive BürgerInnen, Hamburg (Schriftenreihe des kommunalpolitischen forums e.V., Band 1).
- [www.karlsruhe.de/Stadt/Handbuch/handbu3.htm](http://www.karlsruhe.de/Stadt/Handbuch/handbu3.htm)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Gesundheits- und Umwelttage

### Rostock, Mecklenburg-Vorpommern

Die Rostocker Umwelt- und Gesundheitstage verfolgen das ambitionierte Ziel, Gesundheits- und Umweltthemen sowie die Leitbilder „Gesunde Stadt“ und „Lokale Agenda 21“ öffentlichkeitswirksam zu verknüpfen und das Thema umweltbezogene Gesundheitsförderung der Bevölkerung nahe zu bringen. Auf einem Umwelt- und Gesundheitsmarkt, der gleichsam den Auftakt für die Umwelt- und Gesundheitstage bildet, präsentieren sich Selbsthilfegruppen, Vereine, Krankenkassen und viele andere Akteure und bieten Beratung an. Die Veranstaltung mit ihren mannigfaltigen und öffentlichkeitswirksamen Programmbausteinen integriert Belange von Umwelt und Gesundheit in eine nachhaltige Stadtentwicklung.

### Projektbeschreibung

Die Rostocker Gesundheits- und Umwelttage finden seit 1995 jährlich im Rahmen des „Gesunde-Städte-Projekts“ der Hansestadt Rostock statt; ab 2006 ist ein zweijähriger Turnus vorgesehen. Die Gesundheits- und Umwelttage sind als kommunale Gemeinschaftsaktion eine öffentlichkeitswirksame Kombination aus einem Umwelt- und Gesundheitsmarkt, kommunalen Konferenzen sowie Selbsthilfetagungen, Workshops und Veranstaltungen. Die Rostocker Gesundheits- und Umwelttage sind ein Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der kommunalen Gesundheits- und Umweltpolitik.

Die Initiatoren der Rostocker Gesundheits- und Umwelttage – Gesundheitsamt, Gesunde-Städte-Projekt und Lokale Agenda 21 – haben sich zum Ziel gesetzt, Gesundheits- und Umweltthemen sowie die Initiativen und Leitbilder „Gesunde Stadt“ und „Lokale Agenda 21“ zu verknüpfen und das Thema umweltbezogene Gesundheitsförderung der Bevölkerung nahe zu bringen.

Für die Umwelt- und Gesundheitstage wird jeweils ein Themenschwerpunkt ausgewählt, der möglichst breite Bevölkerungsgruppen anspricht, wie die Liste der bisherigen thematischen Ausrichtung zeigt:

- „Gesundheit ist mehr – für eine gesündere Zukunft in Rostock“,
- „Gesünder leben in Rostock“,
- „Kindergesundheit in Rostock“,
- „Gesunde Stadt und Agenda 21 – zwei Leitbilder im Spannungsfeld?“,
- „Gesund älter werden in Rostock“,
- „Gesundheit, Lebensqualität und zukunftsfähige Entwicklung in Rostock“,
- „Chancengleichheit und Gesundheit für Kinder“,
- „Nachhaltige Entwicklung – unsere Chance für die Zukunft“,
- „Armut und Gesundheit in Rostock“,
- „Kindergesundheitsziele in Rostock“.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Die Themen Gesundheit und Umwelt finden sich nicht nur in dem Namen der Veranstaltung wieder. Seit 1998 wird ganz bewusst eine enge Verknüpfung der Leitbilder Gesunde Stadt und Lokale Agenda 21 praktiziert, die sich bei der Gestaltung der Gesundheits- und Umwelttage widerspiegelt und damit einen wesentlichen konzeptionellen Beitrag leistet.

*Integrativer Gehalt:* Die Gesundheits- und Umwelttage sollen nicht nur der Fachöffentlichkeit, sondern einer breiten Öffentlichkeit deutlich machen, dass Gesundheit nicht ausschließlich Sache des Gesundheitssektors ist, sondern mit ressortübergreifenden Ansatz auch die Verbindung zur Umweltpolitik sucht und alle Akteure einbezieht, die an der Verbesserung der Gesundheits- und Umweltbedingungen für das physische, psychische und soziale Wohlbefinden arbeiten.

*Kooperation zwischen den Akteuren:* Träger des Projekts ist das Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Gesunde-Städte-Projekt der Hansestadt Rostock. Kooperationen innerhalb der Kommunalverwaltung und außerhalb der Verwaltung sind für die Vielfalt der Gesundheits- und Umwelttage ein Muss. Weit über 80 Aussteller sind auf dem Umwelt- und Gesundheitsmarkt vertreten.

*Langfristigkeit/Breitenwirkung:* Im Sommer 2006 wird es zum elften Mal die Gesundheits- und Umwelttage in Rostock geben. Sie sind mittlerweile fest etabliert. Durch die Dokumentation und Pressearbeit haben die Tage in Rostock und Umgebung eine große Breitenwirkung und sind nachhaltig erfolgreich.

*Kommunikation:* Die Gesundheits- und Umwelttage tragen in hohem Maße dazu bei, für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ in der Öffentlichkeit zu sensibilisieren und wirken aktivierend auf das Engagement vieler Akteure. Darüber hinaus informieren sie öffentlichkeitswirksam über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Das Projekt erfordert Kontinuität der Akteure.

## Projektträger und Beteiligte

- Gesundheitsamt (Projektträger)
- Büro Lokale Agenda 21
- Amt für Umweltschutz
- Umweltberatungszentrum
- Staatliches Amt für Umwelt und Natur Rostock
- Selbsthilfekontaktstelle
- Firmen
- Vereine
- u.a.

## Zielgruppen

- Rostocker Bürgerinnen und Bürger
- Expertinnen und Experten

## Projektkosten und Finanzierung

Die Projektkosten werden gemeinsam durch das „Gesunde-Städte-Projekt“ und Lokale Agenda 21 getragen.

## Laufzeit

Die Umwelt- und Gesundheitstage finden regelmäßig seit 1995 statt.

## Weitere Informationen

Dokumentationen zu einzelnen Gesundheits- und Umwelttagen können beim Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock angefordert werden.

## Ansprechpartnerin

**Dr. Angelika Baumann**

Hansestadt Rostock  
Gesundheitsamt  
St.-Georg-Straße 109, 18055 Rostock  
Telefon: 0381/381-5376  
E-Mail: [angelika.baumann@rostock.de](mailto:angelika.baumann@rostock.de)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## „Ich laufe gern!“

### Heidelberg, Baden-Württemberg

Kinder erobern sich ihre Umwelt schrittweise. Dieses Entdecken der Umwelt ist für ihre gesundheitliche Entwicklung wichtig. Zu Fuß eigene Wege zu gehen bedeutet für Kinder einen Schritt in die Selbständigkeit, eröffnet Möglichkeiten, auf andere Menschen zu treffen und bietet Optionen, Bewegung als etwas zu erleben, das Spaß macht. Vor diesem Hintergrund wurde in Heidelberg im Mai 2004 die Kampagne „Ich laufe gern!“ gestartet. Initiator ist der Arbeitskreis „Clever unterwegs“, in dem Vertreterinnen und Vertreter aus städtischen Ämtern, Institutionen und Vereinen zusammenarbeiten.

### Projektbeschreibung

Das Projekt „Ich laufe gern“ informiert die Öffentlichkeit über das Thema Kinder und Jugendliche im Verkehr. Das Projekt zielt auf die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Heidelberg sowie auf einen kindergerechten Verkehr. Initiator des Projektes ist der Arbeitskreis „Clever unterwegs“, der sich mit der spezifischen Situation von Kindern und Jugendlichen im Verkehr auseinandersetzt. Der Arbeitskreis will durch seine Öffentlichkeitsarbeit zu einer bewussten und qualifizierten sowohl umweltschonenden als auch gesundheitsfördernden Verkehrsmittelwahl beitragen und Kinder und Jugendliche mit dem Öffentlichen Personennahverkehr vertraut machen.

Aktionen im Rahmen der Kampagne „Ich laufe gern“ waren bislang die Teilnahme am „Lebendigen Neckar“, einer gemeinsamen Initiative des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Naturschutzbundes Deutschland e.V. sowie die Teilnahme an den „Agenda-Tagen“ und am „Weltkindertag“ im September 2005:

- Die Veranstaltung „Lebendiger Neckar“ ist eine gemeinsame Aktion von verschiedenen Gemeinden und Städten, wie Mannheim, Heidelberg und Ladenburg, die am Neckar liegen sowie der AOK. Jedes Jahr wird am dritten Sonntag im Juni der „Autofreie Sonntag“ rund um den Neckar zelebriert. Es finden verschiedene Veranstaltungen zum Thema Mobilität statt, um zu zeigen, dass und mit welchen Mitteln man sich aktiv umweltschonend und gesundheitsfördernd bewegen kann. So werden beispielsweise Radtouren entlang des Flusses veranstaltet, um den Teilnehmern zum einen die Natur nahe zu bringen und sie zum anderen anzuregen, aktiv etwas für ihre Gesundheit zu tun.
- Die „Agenda-Tage“ werden vom Agenda-Büro der Stadt Heidelberg initiiert und finden alle zwei bis drei Jahre über zwei Tage statt. Im Rahmen der „Agenda-Tage“ stellen sich verschiedene Gruppen, Organisationen und Initiativen vor, die sich mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ beschäftigen.
- Der „Weltkindertag“ wurde 2005 unter anderem vom Jugendamt, dem Verein Kulturfenster e.V. sowie Mitgliedern des Arbeitskreises „Clever unterwegs“ organisiert. Es wur-

den verschiedene Veranstaltungen, wie ein Bewegungsparcour für Kinder und Jugendliche u.v.m. auf den Neckarwiesen angeboten. Des Weiteren stellten sich Vereine und Initiativen vor, um auf den Zusammenhang Umwelt-Mobilität-Gesundheit aufmerksam zu machen.

Neben der Teilnahme an diesen Aktionen/Aktionstagen fanden ein Informationsabend für Eltern einer Kindertagesstätte zum Kinderwegenetz sowie Aktionstage und Informationsabende („Mobilitätstage“) an Heidelberger Grundschulen statt. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit an Kindertagesstätten und Schulen ist es, Kindern sowie Eltern Alternativen zum Schulweg mit dem Auto zu erläutern. So haben die Eltern im Rahmen der Informationsabende Gelegenheit, mit Vertretern der Stadt und des Arbeitskreises Clever unterwegs die Vor- und Nachteile verschiedener Mobilitätsmöglichkeiten zu diskutieren. Im Oktober 2005 nahmen zahlreiche Heidelberger Grundschulen zum ersten Mal am internationalen Aktionstag „I walk to school day“ teil. Im Vorfeld wurde über Plakate auf die Thematik „Sicherer Schulweg“ aufmerksam gemacht.

Erste Erfolge der Öffentlichkeitskampagne sind bereits zu beobachten: Auf kurzen Strecken wird das Auto in Heidelberg bereits weniger benutzt!

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* „Ich laufe gern“ ist zugleich konkretes Projekt und öffentlichkeitswirksame Kampagne. Die Projektkonzeption verfolgt eine breite Streuung von gesundheits- und umweltbezogenen Informationen über das Thema Kinder und Jugendliche im Verkehr. Das Konzept zielt parallel auf die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Heidelberg und die Entwicklung eines umwelt- und damit kindergerechten Verkehrs.

*Integrativer Gehalt:* Das Projekt eröffnet gleichermaßen win-win-Situationen für die Gesundheit als auch für die Umwelt der beteiligten Kinder. Kinder, die zu Fuß ihren Lebensraum erkunden, werden selbstständig, treffen andere Kinder, entwickeln sich kognitiv weiter und gewinnen Spaß an der Bewegung. Die Zielrichtung des Projektes trägt aber auch dazu bei, dass das Verkehrsaufkommen reduziert und damit die Umwelt geschont wird; auf kurzen Strecken, so die Ergebnisse des Projektes, wird das Auto weniger genutzt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Vertreterinnen und Vertreter aus Ämtern, Vereinen und Institutionen in Heidelberg bilden einen Arbeitskreis, um gemeinsam Strategien für einen kindergerechten und damit umweltschonenden sowie gesundheitsfördernden Verkehr zu entwerfen und umzusetzen. Es finden daher sowohl verwaltungsinterne als auch verwaltungsübergreifende Kooperationen statt.

*Langfristigkeit:* Anliegen des Arbeitskreises „Clever unterwegs“ und des Projektes „Ich laufe gern“ ist die langfristige und nachhaltige Sensibilisierung für ein verantwortungsvolles Miteinander im Verkehr zugunsten von Umwelt und Gesundheit.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Für den Erfolg einer derartigen Öffentlichkeitskampagne ist es unerlässliche Voraussetzung, dass viele unterschiedliche Akteure, die sich innerhalb eines Gebietes für das Thema „Kinder und Verkehr“ einsetzen, eine Kooperation aufbauen und ihre Kräfte bündeln. Dass dies ein langwieriger, schwieriger und mühsamer Prozess ist, sollte nicht davon abhalten, an diesem Erfolgsfaktor festzuhalten.

## Projektträger und Beteiligte

- Agenda-Büro der Stadt Heidelberg (Projektträger)
- ADFC e.V.
- FUSS e.V.
- Kulturfenster e.V.
- Kinderbeauftragte einzelner Stadtteile
- Pädagogische Hochschule Heidelberg
- Polizeidirektion Heidelberg, Verkehrserziehung
- Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis
- Kinder- und Jugendamt der Stadt Heidelberg
- Rechtsamt mit Vergleichsbehörde der Stadt Heidelberg
- Staatliches Schulamt Heidelberg
- Verkehrsreferat der Stadt Heidelberg
- Rhein-Neckar Verkehr GmbH
- VRN Verkehrsverbund Rhein-Neckar
- Verkehrsclub Deutschland (VCD)

## Zielgruppe

- Kinder im Grundschulalter, teilweise auch darüber.

## Laufzeit

Seit Mai 2004 werden verschiedene Aktionen unter dem Motto „Ich laufe gern!“ durchgeführt. Der Arbeitskreis „Clever unterwegs“ besteht seit fünf Jahren.



## Weitere Informationen

- [www.iwalktoschool.org](http://www.iwalktoschool.org)
- [www.cleverunterwegs.de](http://www.cleverunterwegs.de)

## Ansprechpartnerin

**Angelika Magin**

Stadt Heidelberg  
Agenda Büro  
Palais Graimberg, Kornmarkt 5  
69117 Heidelberg  
E-Mail: [agenda-buero@heidelberg.de](mailto:agenda-buero@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/5821210

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

**Broschüre:  
„Bewegte Stadt – Stadt in Bewegung“**

Magdeburg, Sachsen-Anhalt

**Projektbeschreibung**

In Magdeburg ist das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sowohl in die Lokale Agenda 21 als auch in das Gesunde-Städte-Projekt eingebunden. In den vergangenen Jahren wurde daher im Rahmen der Lokalen Agenda 21 und des Gesunde-Städte-Projekts eine Vielzahl von Aktionen und Projekten initiiert und umgesetzt, die einen Bezug zum Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ haben (u.a. Agenda-Konferenz ‚Nachhaltige Mobilität‘, Lärm-minderungsplanung für den Stadtteil „Stadtfeld Ost“). In der Broschüre „Bewegte Stadt – Stadt in Bewegung“, die gemeinsam von der Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 beim Umweltamt und vom Gesunde-Städte-Büro beim Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit herausgegeben wurde, werden diese Aktionen und Projekte vorgestellt. In der Broschüre sind darüber hinaus viele interessante Informationen über Aufgaben, Handlungsfelder, Strukturen, zukunftsfähige Zielstellungen und Kontaktadressen der Lokale-Agenda-21-Arbeit sowie des Gesunde-Städte-Projekts zu finden. Die Broschüre dient allen Akteuren, ob Ämtern, Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und natürlich den Bürgerinnen und Bürger zur Information und als Anreiz zur Beteiligung an der gemeinsamen Arbeit von Lokale Agenda 21 und Gesunde-Städte-Projekt in Magdeburg. Gleichzeitig sensibilisiert die Broschüre für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ und klärt über Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit auf.

**Weitere Informationen**

- *Landeshauptstadt Magdeburg, Dezernat für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung und Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit [2004]: „Bewegte Stadt“ – Stadt in Bewegung. Die Lokale Agenda 21 und das Gesunde Städte Projekt der Landeshauptstadt Magdeburg, Magdeburg.*

**Ansprechpartnerinnen**

<b>Diana Grünert</b>	Landeshauptstadt Magdeburg Umweltamt Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21 Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg E-Mail: Diana.Gruenert@ua.magdeburg.de Telefon: 0391/540-2604
<b>Angelika Bruns</b>	Landeshauptstadt Magdeburg Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit Gesunde-Städte-Büro Wilhelm-Höpfner-Ring 4, 39116 Magdeburg E-Mail: angelika.bruns@stadt.magdeburg.de Telefon: 0391/540-3222


**Gute-Praxis-  
Beispiel**
**Kinder und Kartoffeln:  
Aktionen zum Welternährungstag**

Kassel, Hessen

### Projektbeschreibung

Am 16. Oktober findet jährlich weltweit der Welternährungstag statt. Um Fehlernährungen entgegenzuwirken und um über Belange von Gesundheit und Umwelt zu informieren und für diese zu sensibilisieren, werden öffentlichkeitswirksame Aktionen, die eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure zusammenbringen, durchgeführt. Im Jahr 2004 stand der Welternährungstag im Zeichen der „tollen Knolle“. Die Kasseler Aktion „Kinder und Kartoffeln“ bot Kindern die Möglichkeit, sich an zwei Tagen auf einem landwirtschaftlichen Betrieb im Rahmen einer Führung über den umwelt- und gesundheitsgerechten Kartoffelanbau zu informieren und selbst bei der Kartoffelernte mitzuhelfen. Am Welternährungstag selbst kochten die Kinder zusammen mit einer Diätassistentin Gerichte rund um die Kartoffel. Abgerundet wurde das Programm durch Informationsveranstaltungen für Eltern. Die Verbraucherzentrale informierte über die Zubereitung eines gesunden Schulfrühstücks und lud zu einer Supermarktführung mit einer Diätassistentin ein.

In Kassel beteiligten sich an der Aktion „Kinder und Kartoffeln“ das örtliche Umwelt- und Gartenamt (Gesamtkoordination), das Gesundheitsamt, Bio-Bauern aus Nordhessen, Mitglieder der Berufsverbände der Diätassistenten und der Oecotrophologen, die Verbraucherzentrale Hessen, BENGI e.V., die Grundschule Carl-Anton-Henschel-Schule sowie der Bereich Hauswirtschaft der Elisabeth-Knipping-Schule.

### Ansprechpartnerin

**Dr. Hanna Bielefeld-Hart**

 Stadt Kassel  
 Umwelt- und Gartenamt  
 Sachgebiet  
 Umweltkommunikation/Lokale Agenda 21  
 Bosestraße 15, 34121 Kassel  
 E-Mail: hanna.bielefeld-hart@stadt-kassel.de  
 Telefon: 0561/7877135



---

### 3. Umwelt und Gesundheit – Inhaltliche Handlungsfelder: Gute Praxis

#### 3.1 „Blauer Himmel, Wohlbefinden“ – Reinhaltung der Außenluft



##### Ausgangslage

Luftverschmutzung ist seit langem ein wichtiges umweltpolitisches Thema. Die Belastung der Luft mit Schadstoffen stammt aus einer Vielzahl von Quellen, vorrangig aus dem Verkehr, der Industrie und den privaten Haushalten (Hausbrand). Ziel der Luftreinhaltungspolitik ist es, die Luftbelastung durch Verminderung der Emissionen zu reduzieren.

Seit den 1960er Jahren existieren in Deutschland mehrere aufeinander abgestimmte Luftmesssysteme mit kontinuierlich arbeitenden Messeinrichtungen; daneben gibt es diskontinuierliche Messungen an ortsfesten und mobilen Stationen. Insbesondere die Daten der Luftmessnetze der Bundesländer und des Bundes sind in der Regel kurzfristig abrufbar (z.B. beim Umweltbundesamt). Teilweise werden diese Messungen durch quellnahe (Emissions-) Messungen und durch Untersuchungen zu Immissionsbelastungen und zu Expositionen von Menschen, Tieren und Pflanzen (z.B. Wirkungskataster) ergänzt.

In den letzten Jahren wird die Luftreinhaltungspolitik zunehmend durch EU-Luftqualitätsrichtlinien geprägt, namentlich durch die EU-Rahmenrichtlinie zur Luftqualitätsüberwachung (1996) mit bisher vier Tochterrichtlinien. Die Richtlinien regeln verbindlich Luftqualitätsziele sowie die Aufstellung von Luftreinhaltungsplänen und Aktionsplänen.

Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie verfolgt vier Hauptziele:

- Erhalt und soweit erforderlich Verbesserung der Luftqualität,
- Festlegung von Beurteilungsmaßstäben und Qualitätszielen,
- Einsatz einheitlicher Methoden und Kriterien,
- Unterrichtung der Öffentlichkeit (u.a. anhand von Alarmstufen).

Die Richtlinie wurde in deutsches Recht umgesetzt durch die Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und der 22. Verordnung dazu.

In den Tochterrichtlinien werden die Ziele und Prinzipien der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie konkretisiert. Geregelt sind bisher Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei (EU-Richtlinie 1999/30/EG), Benzol und Kohlenmonoxid (EU-Richtlinie 2000/69/EG) sowie Ozon (EU-Richtlinie 2002/3/EG). Die vierte Tochterrichtlinie (EU-Richtlinie 2004/107/EG) betrifft Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK). Die neuen Grenzwerte liegen in der Regel unter den bisherigen deutschen Werten. Für Übergangszeiten sind für die verschiedenen Luftschadstoffe unterschiedliche Toleranzmargen festgelegt, die mit fortschreitender Zeit abnehmen. Wenn die Summe aus Grenzwert und Toleranzmarge überschritten wird, sind Pläne zu entwickeln, um die später geltenden Immissionsgrenzwerte einzuhalten.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Saubere Luft ist für Menschen lebenswichtig. Luftverunreinigungen in Form von Gasen oder Aerosolen (einschließlich Staubteilchen) können zu einer Vielzahl unterschiedlicher negativer Wirkungen führen, darunter Schädigung der Reinigungsmechanismen der Atemwege, entzündliche (akute und chronische Bronchitis) und morphologische Veränderungen (z.B. Fibrose) der Atemwege, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Beeinträchtigung der Abwehrkraft gegenüber infektiösen Keimen sowie Krebserzeugung.

Die Luftreinhaltepolitik der 1980er und 1990er Jahre hat zu einem deutlichen Rückgang der Emissionen zahlreicher Schadstoffe und als Folge davon zu einer Verringerung der Belastung der Außenluft geführt. Von der wirkungsseitigen Bedeutung her gesehen sind an die Stelle der „klassischen“ Schadstoffe wie Schwefeldioxid, Benzol und Dioxine heute Ozon, Stickstoffdioxid und Feinstaub (PM10, 2.5) getreten.

Im Mittelpunkt des Interesses steht zurzeit die Feinstaubbelastung der Außenluft, wobei zwischen inhalierbaren (Durchmesser bis 10 µm), lungengängigen (bis 2,5 µm) und ultrafeinen (bis 0,1 µm) Partikeln unterschieden wird. Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind durch arbeitsmedizinische Untersuchungen belegt, wenngleich diese sich nur mit Einschränkungen auf Umweltbelastungen übertragen lassen. Umweltepidemiologische Untersuchungen zeigen mit wachsender Feinstaub-Belastung Anstiege der Mortalität, der Krankenhauseinweisungen wegen Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie des Medikamentenverbrauchs bei Asthmatikern. Dabei scheint es keinen Schwellenwert zu geben.

## Wesentliche kommunale Strategien

Luftreinhaltung ist überwiegend eine gesamtstaatliche und nicht in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Gleichwohl haben die Kommunen bei der Luftreinhaltung eine wichtige Rolle und verschiedene Handlungsmöglichkeiten.

Nach den in den Umweltgesetzen verankerten Prinzipien sind Schädigungen durch Umweltschadstoffe grundsätzlich zu vermeiden; der Entstehung schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen. Um auch beim Thema Außenluft diesem Anspruch nachzukommen, bedarf es zunächst einer kontinuierlichen Situationsbeobachtung und -analyse. Sollten nennenswerte Luftbelastungen vorliegen, so erfolgt in den Kommunen eine Strategie- und Maßnahmenentwicklung samt anschließender Umsetzung. Genauer betrachtet stellt sich diese Trias der *Luftreinhalteplanung* folgendermaßen dar:

1. Diagnostik/Situationsanalyse:
  - ▲ Durchführung von Messungen der Konzentrationen von Luftschadstoffen (zumeist im Rahmen bestehender Luftmessprogramme von Bund und Ländern),
  - ▲ Bewertung dieser Messungen nach bestimmten Methoden und Kriterien,
  - ▲ Aufspüren von Belastungsquellen im Falle erhöhter Luftbelastungen und prognostische Abschätzung künftiger Situationen.
2. Strategie- und Maßnahmenentwicklung:

Falls die Prognose kein Abklingen der Problematik innerhalb kurzer Zeiträume erwarten lässt, erfolgt eine Luftreinhalteplanung im engeren Sinn, also die Entwicklung von Stra-

tegien und Maßnahmen zur Minderung von Luftbelastungen, gegebenenfalls unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure. Ein Luftreinhalteplan umfasst:

- ▲ Die Darstellung der Überschreitung von Grenzwerten,
- ▲ eine Analyse der Ursachen für die Grenzwertüberschreitung, gegebenenfalls unter Nutzung von Emissionskatastern,
- ▲ eine Prognose der voraussichtlichen Entwicklung der Belastung am Überschreitungsort und
- ▲ die Erarbeitung von Maßnahmen zur künftigen Einhaltung des Grenzwertes.

### 3. Umsetzung entsprechender Maßnahmen zur Luftreinhaltung.

Für die Reinhaltung der Außenluft ist der gesamte Ablauf von der Planung und Durchführung der Messungen bis zur Umsetzung von Maßnahmen seit geraumer Zeit in hohem Maße durch rechtliche Vorgaben zur Luftreinhalteplanung geregelt. Die Maßnahmen haben sich auf die verschiedenen Emittenten entsprechend ihrem Verursacheranteil zu beziehen, müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen, technisch und rechtlich umsetzbar und wirtschaftlich vertretbar sein. Ein solcher Luftreinhalteplan entsteht im typischen Fall in Zusammenarbeit von Kommunen und Landeseinrichtungen, unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Die EU-Kommission beabsichtigt, die Umsetzung von Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Luftreinhaltung zu überprüfen.

Unter bestimmten Bedingungen haben Kommunen zusätzlich zum Luftreinhalteplan einen darüber hinaus gehenden *Aktionsplan zur Luftreinhaltung* zu erstellen, bei dem es um die Beseitigung unmittelbarer Gefahrensituationen geht. Ein solcher Plan bezieht sich zumeist auf den Ort der Grenzwertüberschreitung und seine unmittelbare Umgebung, nicht unbedingt auf ein vordefiniertes Plangebiet. Auch hier wird die Öffentlichkeit beteiligt.

Des Weiteren besteht für die Kommunen die Möglichkeit, *auf freiwilliger Basis Maßnahmen der Luftreinhaltung zu initiieren oder zu unterstützen*. Exemplarisch sei der Versuch einiger Kommunen genannt, das Aufkommen an privaten Autofahrten durch Einrichtung und Unterstützung so genannter Pendlernetze zu mindern. Bundesweit erfolgen täglich enorme Pendlerbewegungen, zumeist mit dem privaten Pkw. Die Auslastung der Pkw liegt bundesweit bei nur 1,04 Personen pro Fahrzeug. In dieser Situation liegt es nahe, Fahrgemeinschaften zu bilden und auf diese Weise Fahrtkosten, Verkehrsstress und Umweltbelastungen zu mindern. In einer Studie zum Bündelungspotenzial von Pendlerfahrten (Spiekermann/Wegener 1995) wurde ein Mikrosimulationsmodell von Fahrtenentscheidungen in Verbindung mit einem geographischen Informationssystem entwickelt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Bündelungspotential von Pendlerfahrten erheblich ist. Es beträgt je nach Variante zwischen 33 und 90 Prozent. Bei realistischen Verhaltensannahmen ist eine Einsparung von 40 bis 60 Prozent der Fahrzeugkilometer im Berufsverkehr und damit eine erhebliche Energieeinsparung und Reduzierung der Umwelt-, insbesondere der Luftbelastungen möglich.

## Literatur

- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [1999]: Kommunale Umweltberichte. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltberichte, Berlin (Umweltberatung für Kommunen).
- EU-Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996, ABl. EG L 296, S. 55.

- EU-Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft, ABl. EG L 163, S. 41.
- EU-Richtlinie 2000/69/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2000 über Grenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft, ABl. EG L 313, S. 12.
- EU-Richtlinie 2002/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2002 über den Ozongehalt in der Luft, ABl. EG L 67, S. 14.
- EU-Richtlinie 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Nickel, Cadmium, Arsen und polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), ABl. EG L 23, S. 3.
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2003]: Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen, Teilprojekt: Berechnung der Auswirkungen von technischen emissionsmindernden Maßnahmen bei Kraftfahrzeugen sowie von lokal wirksamen Verkehrslenkungsmaßnahmen auf Straßenverkehrslärm und Schadstoffimmissionen, Planungsgruppe Nord, Kassel, in Zusammenarbeit mit Universität Kassel, Endbericht, download unter [www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender\\_gesundheitsschutz\\_minderungspotentiale.pdf](http://www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender_gesundheitsschutz_minderungspotentiale.pdf).
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2003]: Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen, Teilprojekt: Risikoberechnung zum Einfluss verkehrsbedingter Luftschadstoffe und von Straßenverkehrslärm auf die Gesundheit exponierter Personen, Voss Toxikologische Beratung, Müllheim, in Zusammenarbeit mit FoBiG, Freiburg, Endbericht, download unter [www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender\\_gesundheitsschutz\\_gesundheit.pdf](http://www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender_gesundheitsschutz_gesundheit.pdf).
- *Spiekermann, Klaus., Michael Wegener* [1992]: Bündelungspotential von Pendlerfahrten - Verkehrsverminderung durch Fahrgemeinschaften? Kurzfassung, download unter <http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/irpud/pro/pend/pend.htm>.
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: Umwelt und Gesundheit in Deutschland. Beispiele aus dem täglichen Leben, Berlin.
- *Welge, Axel* [2005]: Luftqualität in den Städten erhalten und weiter verbessern, in: Der Städtetag, H. 2, S. 24-26
- *Wichmann, Erich H.* [2005]: Feinstaub: Lufthygienisches Problem Nr. 1 – eine aktuelle Übersicht, in: Umweltmedizin in Forschung und Praxis, H. 3, S. 157-162.
- Zweiundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft – 22. BImSchV) vom 11. September 2002, BGBl I 2002, 3626, download unter <http://www.bmu.de/luftreinhaltung/doc/2587.php>.

## Links

- Umweltbundesamt: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)



**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Luftreinhalteplan Leipzig: Luftreinhalteplan und Aktionsplan zur Luftreinhalteplan

### Leipzig, Sachsen

Ausgehend von einer ausführlichen Situationsanalyse und einer Prognose der zukünftigen Entwicklung formuliert der Luftreinhalteplan für die Stadt Leipzig mittel- und langfristige wirksame Maßnahmen, durch welche die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid sichergestellt werden soll. Der Plan benennt Maßnahmen in den Bereichen Straßenbau und -nutzung, Öffentlicher Personennahverkehr und Stadtplanung sowie bestimmte Einzelmaßnahmen. Anknüpfend an den Luftreinhalteplan wird aufgrund bereits eingetretener Grenzwertüberschreitungen und der absehbaren weiteren Entwicklung zusätzlich ein Aktionsplan zur Luftreinhalteplan für Leipzig aufgestellt; der der kurzfristigen Reduzierung der Feinstaubbelastung durch sofort ergreifbare Maßnahmen dient.

## Projektbeschreibung

### *Luftreinhalteplan*

Der Luftreinhalteplan für die Stadt Leipzig ist der erste Luftreinhalteplan nach § 47 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Sachsen. Er soll die Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub (PM<sub>10</sub>) und Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) durch mittel- und langfristige Maßnahmen sichern. Anlass für die Aufstellung dieses Planes waren Überschreitungen der zulässigen Zahl von 35 Tagen mit einem zum damaligen Zeitpunkt geltenden Tagesmittelwert (größer als 60 µg/m<sup>3</sup> PM<sub>10</sub>) an zwei der drei Messstationen in Leipzig im Jahr 2003.

Ausgehend von einer ausführlichen Situationsanalyse und einer Prognose der zukünftigen Entwicklung formuliert der Plan mittel- und langfristige wirksame Maßnahmen, durch welche die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwertes sichergestellt werden soll.

Das Sächsische Landesamt für Umwelt und Geologie (LfUG) erarbeitete federführend zusammen mit der Stadt Leipzig diesen Plan. Die Öffentlichkeit erhielt Gelegenheit, die Daten und die daraus abgeleiteten Maßnahmen einzusehen und Anregungen zur Ergänzung zu geben. Der unter Berücksichtigung der Hinweise aus der Öffentlichkeitsbeteiligung überarbeitete Luftreinhalteplan (bekannt gegeben am 15.09.2005) wird an die EU gemeldet; er bindet alle Ebenen der Verwaltung.

Ausgangspunkt für die Auswahl von Maßnahmen ist die Identifizierung von Verursachern mit ihren Anteilen an der Luftschadstoffbelastung. Der Luftreinhalteplan gibt einen Überblick über bereits durchgeführte oder beschlossene Maßnahmen und bestehende Verbesserungsvorschläge, unterteilt in direkt wirksame Maßnahmen an genehmigungsbedürftigen Anlagen, im Verkehrsbereich und an sonstigen Quellen einerseits sowie unterstützende Maßnahmen andererseits.

Unter dem Vorbehalt, dass die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, benennt der Plan zusätzliche, mittel- und langfristig angestrebte Maßnahmen in den Bereichen Straßenbau und -nutzung, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Stadtplanung sowie darüber hinaus bestimmte Einzelmaßnahmen.

Für Straßenbau und -nutzung sind u.a. folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Im Rahmen der städtischen Einflussmöglichkeiten wird ein attraktives und kostengünstiges „Park und Ride“-System ausgebaut.
- Die ÖPNV-Bevorrechtigung wird situationsbezogen weiter ausgebaut.
- Es wird darauf hingewirkt, den Radverkehrsanteil am Modal Split weiter zu erhöhen.
- Sobald eine Rechtsverordnung nach § 40 Abs. 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz vorliegt, prüft die Stadt Leipzig gebietsbezogene Verkehrsbeschränkungen (in hoch belasteten Straßenabschnitten) für nicht emissionsarme Fahrzeuge.

Als Maßnahmen zum Umweltverbund/ÖPNV ist u.a. folgendes geplant: Auf die Umrüstung kommunaler und gewerblicher Fuhrparks und aller ÖPNV-Busse auf schadstoffarme Antriebe wird hingewirkt; entsprechende Auflagen bei der Bestellung von Nahverkehrsleistungen werden geprüft. Auf die weitere Einführung von barrierefreien ÖPNV-Fahrzeugen, den weiteren barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestellen und die Umsetzung des Straßenbahnausbauprogramms wird ebenso hingewirkt. Für die Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs werden mindestens zehn Prozent der Haushaltsmittel für Straßenbau eingesetzt. Für die Stadtplanung wird u.a. festgelegt, die Möglichkeiten der Einflussnahme über den Landschaftsplan und den Flächennutzungsplan sowie die Revitalisierung von Innenstadtfächen und Verkehrsvermeidung als stadtplanerisches Leitziel zu nutzen. Auf die besondere Situation in Leipzig durch die starke Bautätigkeit soll mit zusätzlichen Maßnahmen (Nassreinigung im Baustellenbereich, Prüfung des Einsatzes von Reifenwaschanlagen und vorübergehender Befestigung der Zuwegungen, bevorzugter Einsatz von emissionsarmen Baumaschinen und -fahrzeugen) Einfluss genommen werden.

#### *Aktionsplan zur Luftreinhaltung*

Der Aktionsplan zur Luftreinhaltung für Leipzig knüpft an den vorliegenden Entwurf des Luftreinhalteplanes an, dient jedoch der kurzfristigen Reduzierung der Feinstaubbelastung (PM10) durch sofort ergreifbare Maßnahmen. Aufgrund der bereits eingetretenen Überschreitungen und der absehbaren weiteren Entwicklung wurde dieser Aktionsplan erarbeitet.

Die im Aktionsplan festgelegten Maßnahmen sollen den PM10-Tages- und den Jahresmittelwert senken, die Gefahr der Überschreitung der Grenzwerte für Partikel PM10 verringern und den Zeitraum, während dessen die Werte überschritten werden, verkürzen. Laut Vorwort zum Plan soll der Schwerpunkt nicht auf einer Minderung der Partikelbelastung allein im Bereich der Messstellen zu Lasten anderer Bereiche liegen. Ziel ist eine Entschärfung der Belastungssituation in den besonders belasteten Gebieten unter besonderer Berücksichtigung der im Stadtgebiet bereits stark eingeschränkten Verkehrsführung und der großen Anzahl von Baustellen.

Exemplarisch seien folgende Maßnahmen genannt:

- Im Rahmen der *Genehmigungserteilung von Vorhaben* wird die Partikelbelastung berücksichtigt und eine Minderung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sichergestellt.
- Als *Maßnahmen zur PM10-Reduzierung in Baustellenbereichen* kommt z.B. das Ausschalten der Motoren der zum Be- und Entladen wartenden Fahrzeuge in Betracht. Bei Baugenehmigungsverfahren sind Hinweise zu staubmindernden Maßnahmen jeder Baugenehmigung beizufügen. Für Baustellenbereiche werden u.a. Nassstraßenreinigung sowie Kontrolle auf Einhaltung von Bestimmungen über Staubemissionen genannt. Auch ist zur Verminderung der Aufwirbelung von Partikeln im Bereich von Großbaustellen eine Temporeduzierung auf 30 km/h einzurichten.
- Zu den im Bereich des ÖPNV zu ergreifenden Maßnahmen zählen die Nachrüstung der Fahrzeugflotte mit speziellen Filtern sowie der Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge in belasteten Gebieten.

Da gemäß § 47 Abs. 5 Bundes-Immissionsschutzgesetz die Öffentlichkeit bei der Aufstellung des Aktionsplanes zu beteiligen ist und die Pläne für die Öffentlichkeit zugänglich sein müssen, wurde der Aktionsplan im Zeitraum im Juli 2005 für zwei Wochen im Amt für Umweltschutz der Stadt Leipzig und im Regierungspräsidium Leipzig ausgelegt.

Die Maßnahmen des Aktionsplanes sind für Verwaltungsbehörden verbindlich und durch Anordnungen oder sonstige Entscheidungen von den zuständigen Fachbehörden durchzusetzen. Bei einer wesentlichen Änderung maßgeblicher Grundlagen für die Auswahl der festgelegten Maßnahmen findet eine neue Bewertung statt.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Mit der Luftreinhalteplanung und dem Aktionsplan zur Luftreinhaltung für die Stadt Leipzig wird ein bewusster und systematischer Ansatz zur Verknüpfung von Umwelt und Gesundheit verfolgt, der seinen Niederschlag auch bei der Umsetzung der Maßnahmen findet.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Vorbereitung der Pläne erfolgte in breiter ämterübergreifender Zusammenarbeit. Das Gesundheitsamt war zwar nicht in der kontinuierlich arbeitenden Arbeitsgruppe vertreten, hat aber über eine Stellungnahme mitgewirkt.

*Konzeptionelle Einbindung:* Gemäß Beschluss des Leipziger Stadtrates vom 18.06.2003 verfügt die Stadt Leipzig über aktualisierte Umweltqualitätsziele und -standards (Stadt Leipzig 2003). Diese ordnen sich folgenden fünf Bereichen zu: Gesundheitsvorsorge und Wohlbefinden; Naturschutz; Ressourcenschutz; Schadstoffemissionen und indirekte Umweltbelastungen durch die Stadt; Öffentlichkeitsarbeit. Durch diese Vorarbeiten bestand bereits eine konzeptionelle Basis für die pflichtgemäße Erledigung der Aufstellung der neuen Pläne gemäß EU-Richtlinie.

*Innovativer Gehalt:* Der Luftreinhalteplan für die Stadt Leipzig hat Pilotcharakter für das Bundesland Sachsen und darüber hinaus.

*Langfristigkeit:* Die Pläne werden fortgeschrieben, solange die zugrunde liegende Problematik fortbesteht (gesetzliche Verpflichtung).

*Evaluation:* Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird nach drei Jahren evaluiert werden. Wie berichtet wird, entwickeln die Pläne u.a. durch Sensibilisierung für dieses Thema schon jetzt positive Wirkungen, z.B. bei Ersatzbeschaffungen für die Feuerwehr, bei der Fortschreibung von Nahverkehrsplan (Kombiticket) und Bebauungsplänen (z.B. Verwendungsbeschränkungen für feste Brennstoffe). Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird auf der Grundlage der Entwicklung der Luftqualität bewertet.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerchaftliches Engagement:* Zum Luftreinhalte- und zum Aktionsplan haben Umweltverbände wie BUND und Ökolöwe Leipzig, Bürgerinitiativen und Forschungseinrichtungen detailliert Stellung genommen. Hingewiesen wurde u.a. auf das Fehlen einer aktuellen Datenbasis und auf fehlende Berücksichtigung künftiger Zusatzbelastungen z.B. durch Mautflucht. Ein Teil der Hinweise wurde aufgenommen.

*Kommunikation:* Die Entwürfe sowohl des Luftreinhalteplans als auch des Aktionsplanes zur Luftreinhaltung wurden ausgelegt und waren insbesondere auch im Internet zugänglich. Es erfolgte ein breiter Diskussionsprozess, wodurch Problembewusstsein, wechselseitiges Verständnis und Kooperationsbereitschaft wuchsen.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Für die Luftreinhalteplanung spielt die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden (Stadt, Landesamt, Regierungspräsidium) eine zentrale und wichtige Rolle.

## Projektträger und Beteiligte

Luftreinhalteplan und Aktionsplan zur Luftreinhaltung wurden von einer Arbeitsgruppe mit folgenden Mitgliedern erarbeitet:

- Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Federführung für Luftreinhalteplan),
- Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft Sachsen, Referate Gebietsbezogener Immissionsschutz und Klimaschutz,
- Stadt Leipzig, Amt für Umweltschutz (Koordination der beteiligten Ämter der Stadt: Amt für Verkehrsplanung, Stadtplanungsamt, Tiefbauamt, Stadtreinigung Leipzig),
- Regierungspräsidium Leipzig (verantwortlich für Aktionsplan),
- Leipziger Verkehrsbetriebe,
- teilweise auch Stadtwerke Leipzig.

## Zielgruppen

- in erster Linie die Verwaltung
- indirekt über die Umsetzung auch Bürger und Bürgerinnen, Wirtschaft, Verkehrsteilnehmer
- alle für außenluftbelastende Emittenten verantwortlichen Personen und Einrichtungen

## Projektkosten und Finanzierung

- Aufstellung der Pläne: reguläre Haushaltsmittel des Landes
- Umsetzung der Pläne: Finanzierung durch die jeweils Zuständigen

## Laufzeit

- Aufstellung der Pläne: 2003-2005
- Laufzeit: unbefristet, solange entsprechende Probleme fortbestehen; nach drei Jahren gesetzlich geregelte Zwischenevaluation

## Weitere Informationen

- *Regierungspräsidium Leipzig* [2005]: Aktionsplan zur Luftreinhaltung für die Stadt Leipzig, download unter <http://www.rpl.sachsen.de/de/internet/internet.htm>.
- *Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie* [2005]: Luftreinhalteplan für die Stadt Leipzig, Fassung der Bekanntgabe vom 15.09.2005, download unter [www.umwelt.sachsen.de/de/wu/umwelt/lfug/lfug-internet/luft-laerm-klima\\_12157.html](http://www.umwelt.sachsen.de/de/wu/umwelt/lfug/lfug-internet/luft-laerm-klima_12157.html)
- *Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Amt für Umweltschutz (Hrsg.)* [2003]: Umweltqualitätsziele und -standards für die Stadt Leipzig, Leipzig, download unter [www.leipzig.de/imperia/md/content/36\\_amt\\_fuer\\_umweltschutz/umweltziele.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/36_amt_fuer_umweltschutz/umweltziele.pdf).

## Ansprechpartner/-innen

**Angelika Freifrau von Fritsch**

Stadt Leipzig  
Amt für Umweltschutz  
Nonnenstraße 5c, 04229 Leipzig  
E-Mail: [umweltschutz@leipzig.de](mailto:umweltschutz@leipzig.de)  
Telefon 0341/123-3401

**Dr. Andrea Hausmann**  
(Luftreinhalteplan)

Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie  
Postfach 800132, 01101 Dresden  
E-Mail: [andrea.hausmann@lfug.smul.sachsen.de](mailto:andrea.hausmann@lfug.smul.sachsen.de)  
Telefon: 0351/8312-632

**Andreas Geisler**  
(Aktionsplan zur Luftreinhaltung)

Regierungspräsidium Leipzig  
Braustraße 2, 04107 Leipzig  
E-Mail: [andreas.geisler@rpl.sachsen.de](mailto:andreas.geisler@rpl.sachsen.de)  
Telefon: 0341/977-6000


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Bürgerservice Pendlernetz NRW – eine Initiative von Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen

Der „Bürgerservice Pendlernetz NRW“ ist eine zentral vernetzte und im Internet angebotene Dienstleistung von Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen zur Entlastung des Verkehrsaufkommens und damit zur Reduzierung der Luftbelastungen. Ziel des Bürgerservice ist es, durch eine verbesserte Auslastung der einzelnen Pkw den Kfz-Verkehr auf den Straßen – vor allem während der täglichen Spitzenzeiten – zu reduzieren. Der kostenlose Service richtet sich an Berufs- und Freizeitpendler und vermittelt online sowohl regelmäßige Fahrgemeinschaften als auch spontane Mitfahrgelegenheiten. Zu Rechts- und Versicherungsfragen im Zusammenhang mit Fahrgemeinschaften gibt es Anregungen und Tipps der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Besonders vorteilhaft erscheint, dass die umweltschonende und gesundheitsschützende Wirkung hier keine „Sonderanstrengung“ erfordert, sondern sich quasi „nebenbei“ beim Bemühen, Fahraufwand und Kosten zu sparen, ergibt.

### Projektbeschreibung

Das Projekt „Bürgerservice Pendlernetz NRW“ hat zum Ziel, über die verbesserte Auslastung der einzelnen Pkw den Kfz-Verkehr auf den Straßen vor allem während der täglichen Spitzenzeiten und damit die Umwelt-, insbesondere die Luftbelastungen zu reduzieren.

Die ersten Anregungen, einen Mitfahrerservice für regionale Berufs- und Alltagspendler zu entwickeln, kamen im Rahmen des Lokale-Agenda 21-Prozesses im Kreis Kleve von Berufspendlern aus mehreren Kommunen. Hieraus entwickelte sich eine Arbeitsgemeinschaft, an der sich über zwanzig Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen beteiligten. Etwa zeitgleich wurde ein erstes Softwaresystem für regionale Berufspendler entwickelt. Dieses neue System „Pendlernetz“ wurde zunächst in der Region Bonn getestet und optimiert. Aus der Verknüpfung dieser beiden Aktivitäten entwickelte sich der „Bürgerservice Pendlernetz NRW“.

Inzwischen beteiligen sich hieran die Kreise Aachen, Borken, Coesfeld, Heinsberg, Kleve, Mettmann, Recklinghausen, Steinfurt, Warendorf, Wesel, Unna und Viersen sowie die kreisfreien Städte Aachen, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Krefeld, Münster und Remscheid. Einige weitere Gebietskörperschaften planen derzeit den Beitritt zum Pendlernetz.

Der „Bürgerservice Pendlernetz NRW“ ist eine zentral vernetzte und im Internet ([www.nrw.pendlernetz.de](http://www.nrw.pendlernetz.de)) angebotene Dienstleistung zur Entlastung des Verkehrsaufkommens. Der kostenlose Service richtet sich an Berufs- und Freizeitpendler; er vermittelt online sowohl regelmäßige Fahrgemeinschaften als auch spontane Mitfahrgelegenheiten. Das Pendlernetz ist auf der Internetplattform in einen anonymen und einen anmeldepflichtigen

Bereich unterteilt. Auch ohne Registrierung hat man Zugriff auf sämtliche Fahrangebote und Mitfahrtesuche und kann gezielt nach bestimmten Verbindungen suchen. Die persönlichen Daten zur direkten Kontaktaufnahme werden jedoch erst nach der Anmeldung angezeigt.

Ein „Ratgeber für Fahrgemeinschaften“ gibt Informationen u.a. zu folgenden Themen: Einstieg - erste Schritte, Pünktlichkeit, Fahrsicherheit, Fahrtkostenaufteilung und Spielregeln. Hier finden sich z.B. Hinweise zum Inserieren, zum Treffen konkreter Vereinbarungen, auch über eine „Probezeit“ und über eine faire Verteilung der Fahrtkosten. Zu den „Spielregeln“ gehören u.a. folgende: „Der Schlüssel, damit Sie gut zusammen klarkommen, liegt in der gegenseitigen Abstimmung ...“, „Am Anfang müssen sich die Abläufe erst einmal einspielen. Machen Sie sich lieber einige Minuten eher auf den Weg ...“, „Sollten Sie einmal das Gefühl haben, dass der Fahrer zu schnell fährt, sprechen Sie ihn am besten freundlich darauf an ...“. Darüber hinaus gibt es zu Rechts- und Versicherungsfragen im Zusammenhang mit Fahrgemeinschaften Anregungen und Tipps der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Der „Bürgerservice Pendlernetz NRW“ wurde als Projekt der Agenda 21 NRW ausgezeichnet.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Pendlernetz ist konzeptionell auf die Verknüpfung einer Reihe verschiedener positiver Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit angelegt, die sich in vorteilhafter Weise ergänzen: Eine Reduzierung des Pkw-Aufkommens minimiert die Umwelt- und Gesundheitsbelastungen insbesondere durch Abgase und Lärm. Entspannt sich die Verkehrssituation auf den Straßen, so verringert sich ebenso die Verkehrsunfallgefahr.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Das Projekt zeichnet sich durch stabile und vernetzte Kooperationsstrukturen aus. Dabei kooperieren sowohl zahlreiche kommunale Gebietskörperschaften (Kreisen, Städten und Gemeinden) als auch viele verwaltungsexterne Akteure (Verbraucherzentrale, Industrie- und Handelskammer, ADAC, Lokale-Agenda-Gruppen und weiteren Organisationen) miteinander.

*Innovativer Gehalt:* Innovativ an diesem Projekt ist, dass Umwelt- und Gesundheitsentlastung hier keine „Sonderanstrengung“ erfordert, sondern sich quasi „nebenbei“ beim Bemühen, Fahraufwand und Kosten zu sparen, ergibt.

*Breitenwirkung:* Durch die Etablierung des „Bürgerservice Pendlernetz NRW“ im Internet wird eine räumlich breite Wirkung erzielt.

*Sinnvolle und ideenreiche Mittelverwendung:* Eine Stärke liegt auch in dem günstigen Verhältnis von Kostenaufwand und Nutzen. Sowohl der Aufwand zur Bereitstellung des Systems als auch der von den Teilnehmern zu erbringende Kostenaufwand halten sich in engen Grenzen.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Als Erfolgsfaktoren wurden projektseitig folgende Faktoren identifiziert (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 2005, S. 95):



- aktive Mitarbeit einer Vielzahl von Kommunen und Kreisen mit überregionaler Vernetzung,
- Installation eines überregionalen Systems (Internet) als Vernetzungsbasis,
- Bekanntmachung und Begleitung durch intensive Öffentlichkeitsarbeit,
- Vernetzung des Pendlernetzes mit dem Öffentlichen Personennahverkehr,
- ermutigende Nachfrage seitens der Nutzer.

### Projektträger und Beteiligte

- Arbeitsgemeinschaft Bürgerservice Pendlernetz NRW (seit 2002) als Interessenverband der beteiligten Kreise, Städte und Gemeinden (Projektträger)
- Firma Europe Alive Medien GmbH, Bonn (Entwicklung der Pendlernetz-Software und der Internetplattform)
- Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (Betreuung „Hilfebereich“ im Internet)
- Transferzentrum Rheine (Koordination der Öffentlichkeitsarbeit)
- Industrie- und Handelskammer
- ADAC
- Lokale-Agenda-Gruppen

### Zielgruppe

- vor allem Berufspendler, daneben auch Gelegenheitsfahrer

### Projektkosten und Finanzierung

Die Einrichtungs- und Betriebskosten in der Pilotphase wurden von den beteiligten Gebietskörperschaften übernommen. Die Fortführung wird aktuell nach einem einwohnerabhängigen Schlüssel ebenfalls von den Gebietskörperschaften übernommen, soll perspektivisch jedoch von einer übergeordneten Ebene (Land, Verkehrsverbünde) oder selbsttragend durch Werbung o.ä. finanziert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Projektkoordinierung in der Pilotphase wurden durch Landesmittel aus dem Umweltministerium/Agenda 21 sichergestellt.

### Laufzeit

- Pilotphase: 09/2002 bis 09/2005, Fortführungsphase ab: 10/2005.

## Weitere Informationen

- *Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen* [2005]: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden. Nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung. Beispiele und Handlungsempfehlungen, Bonn, S. 91-95 („direkt“, Nr. 60).
- <http://nrw.pendlernetz.de/artikel/NRW-Portal/Informationen/Ratgeber-12-03.pdf>.

## Ansprechpartner

### **Klaus Lorenz**

Stadt Düsseldorf,  
Amt für Verkehrsmanagement,  
Auf'm Hennekamp 45, 40225 Düsseldorf,  
E-Mail: klaus.lorenz@stadt.duesseldorf.de  
Telefon: 0211/89946-21

---

### **Hans-Jürgen Serwe**

Kreis Mettmann  
Umweltdezernat  
Goethestraße 23, 40822 Mettmann,  
E-Mail: hj.serwe@kreis-mettmann.de  
Telefon: 02104/991005


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in kommunale Verwaltung und Organisation<sup>1</sup>

Augsburg, Bayern

### Projektbeschreibung

Ziel dieses Pilotprojektes ist es, insbesondere die Lärmbelastung sowie die verkehrsbedingte Luftschadstoffbelastung und ihre Ursachen frühzeitig in alle Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Im Auftrag der Stadt Augsburg, mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und mit fachlicher Betreuung durch das Bayerische Landesamt für Umweltschutz, wurde ein Lärm- und Luftschadstoff-Informationssystem „LLIS“ erstellt. Das System lässt sich zur Unterstützung bei Planungsaufgaben einsetzen, unter dem Aspekt der Reduzierung von Luftbelastungen insbesondere in der Straßen- und Verkehrsplanung, Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung, bei der Erteilung von Baugenehmigungen sowie bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21. Es enthält unter anderen Karten zu verkehrsbedingten Luftbelastungen und „Luftbelastungskonflikten“ (anhand von „Schadstoff-Einwohner-Gleichwerten“). Das System lässt sich kurzfristig und mit überschaubarem Aufwand aktualisieren.

Solch ein anspruchsvolles und doch relativ einfach zu handhabendes Informationssystem mit aktuellen, entscheidungsrelevanten Informationen zu Lärm und Luftbelastung kann für viele Kommunen eine geeignete Arbeitshilfe bei Planungs- und Genehmigungsentscheidungen sein.

### Weitere Informationen

- *Accon GmbH* [o.J.]: Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in die Verwaltung und Organisation der Stadt Augsburg, im Auftrag der Stadt Augsburg, gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, download unter [www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/akt\\_umwe/llis\\_endbericht.pdf](http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/akt_umwe/llis_endbericht.pdf).
- [www.laermkarten.de/augsburg/index.php4](http://www.laermkarten.de/augsburg/index.php4)

### Ansprechpartner

**Dr. Alois Betz**

Stadt Augsburg  
Umweltamt  
An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg  
E-Mail: [umweltamt.stadt@augsburg.de](mailto:umweltamt.stadt@augsburg.de)  
Telefon: 0821/324-7324

<sup>1</sup> In Kapitel 3.4 ist dieses Gute-Praxis-Projekt mit dem Schwerpunkt Lärmvermeidung dargestellt.

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Luftreinhaltung mit jährlicher Berichterstattung

Ilm-Kreis, Thüringen

### Projektbeschreibung

Der thüringische Ilm-Kreis berichtet regelmäßig über den Zustand der Umwelt sowie über die Arbeit des Umweltamtes und weitere umweltbezogene Themen aus dem Kreis. Zum Thema Luftreinhaltung umfasst dies erstens die Beschreibung der lufthygienischen Situation und ihrer Veränderungen (Ozon, NO<sub>2</sub> und Feinstaub, früher auch SO<sub>2</sub> und CO), gestützt auf Messstationen des Landes-Immissionsmessnetzes. Diese gesundheitsrelevanten Messwerte werden zu gesetzlich festgelegten Grenzwerten in Beziehung gesetzt und die zeitlichen Verläufe grafisch dargestellt. Zweitens wird über die Bearbeitung von Beschwerden samt Anzahl und Beschwerdethemen, z.B. Belästigung durch Gerüche oder durch Rauchgase (oft verursacht durch Einsatz ungeeigneter Brennstoffe) berichtet. Hier weist z.B. der Bericht 2004 ausdrücklich darauf hin, dass Abbruchholz nicht als Brennmaterial in Kleinf Feuerungsanlagen einzusetzen ist. Als drittes werden nach Bedarf neue gesetzliche Regelungen und Hinweise zur Umsetzung der Vorschriften sowie aktuelle Sonderthemen dargestellt, z.B. elektromagnetische Felder oder die Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen.

Sämtliche seit 1999 erschienenen Berichte sind im Internet veröffentlicht. Die Erstellung der Berichte, die neben Lufthygiene auch Naturschutz, Wasser- und Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwesen behandeln, erfolgt hauptsächlich durch das Umweltamt, mit Beteiligung des Gesundheitsamtes insbesondere zum Thema Trinkwasser.

Zusätzlich zu den jährlichen Berichten bietet das Umweltamt in der Internetpräsentation des Ilm-Kreises unter „Immissionsschutz“ lufthygienische Basisinformationen u.a. zu folgenden Themen an: kleine und mittlere Feuerungsanlagen, chemische Reinigungen, Tankstellen, Tischlereien und Schreinereien, Umgang mit flüchtigen organischen Verbindungen. Die Aufgaben der Ämter werden dargestellt, beim Gesundheitsamt unter „Gesundheitsaufsicht“ auch „gesundheitlicher Umweltschutz (Trink- und Badewasserhygiene, Luftverschmutzung und Lärm)“.

### Weitere Informationen

- <http://www.ilm-kreis.de/Buergerportal/Ämter/UA/welcome.htm>

### Ansprechpartner

**Dr. Strobel**

Ilm-Kreis  
Umweltamt  
Ritterstraße 14, 99310 Arnstadt  
E-Mail: [u.strobel@ilm-kreis.de](mailto:u.strobel@ilm-kreis.de)  
Telefon: 03628/738-350

---

## 3.2 Gute Luft in allen Räumen: Luftqualität in Innenräumen



### Ausgangslage

Eine gute Luft in Innenräumen hat für die Gesundheit und das Wohlbefinden jedes Menschen eine hohe Bedeutung. Etwa 80 bis 90 % der aufgenommenen Atemluft werden in Innenräumen aufgenommen, denn so hoch ist der Anteil am Tag, den wir dort verbringen. Häufig ist die Qualität der Innenraumluft in Mitteleuropa inzwischen schlechter als die der Außenluft.

Die Betrachtung der Innenraumluft hat sich heute vielfach erweitert, so dass man immer öfter von Innenraumqualität statt nur von Innenraumluftqualität spricht. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass nicht nur die Luftqualität Auswirkungen auf den Menschen hat, sondern das Zusammenspiel mit weiteren Parametern von Bedeutung ist. Solche Parameter sind z.B. das Innenklima (Temperatur, relative Feuchte), die Lüftungssituation sowie der Hausstaub und seine Inhaltsstoffe. Gesundheitsbeeinträchtigungen sind häufig eine Folge der Verwendung umwelt- und gesundheitsschädlicher Substanzen in Baustoffen, Einrichtungsgegenständen, Haushaltsprodukten sowie ungenügender Lüftung. Die bedeutendste Schadstoffquelle in Innenräumen ist nach wie vor der Tabakrauch. Probleme kann es auch durch das Auftreten von zu viel Feuchtigkeit und dadurch hervorgerufenem Schimmelpilzwachstum geben. Häufig behindern dichte Gebäudehüllen, aber auch individuelles, im Sinne der Energieeinsparung „gutgemeintes“ Verhalten einen ausreichenden Luftaustausch. Dies führt dann zu erhöhten Schadstoffkonzentrationen.

Beeinträchtigungen des Wohlbefindens sowie Gesundheitsstörungen, die durch eine schlechte Luftqualität in Innenräumen ausgelöst oder verstärkt werden können, reichen von Geruchsbelästigungen und Konzentrationsschwierigkeiten, Schwindel und Übelkeit über Entzündungen der Schleimhäute bis hin zu allergischen Reaktionen (Asthmasymptome u.a.). Die Strahlenbelastung durch erhöhte Radonwerte in Häusern in bestimmten Gegenden Deutschlands ist gesondert zu betrachten

Die Innenraumproblematik ist komplex. Sie richtet sich an alle Handlungsebenen unter Einchluss der Produktions- wie Verbraucherseite. Forderungen von Behörden und Verbraucherschützern an ein gesundes Raumklima richten sich daher u.a. darauf, Baustoffe und Produkte auf gesundheitliche Auswirkungen zu prüfen und zu bewerten. Belastungen der Raumluftqualität in Schulgebäuden haben immer wieder Anlass zu Diskussionen gegeben. Inzwischen wird auch über erhöhte Feinstaubkonzentrationen in Schulklassen diskutiert. Angesichts der Relevanz der Luftqualität in Innenräumen für die Gesundheit ist es sinnvoll und notwendig, der Ärzteschaft, den Fachstellen, der Politik und der Öffentlichkeit fundierte Informationen über gesundheitliche Auswirkungen von Umwelteinflüssen zur Verfügung zu stellen.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Der Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit zeigt sich bei der Luftqualität in Innenräumen sehr deutlich. Erhöhte Schadstoffkonzentrationen aus verwendeten Baumaterialien sowie Chemikalien aus Löse-, Holzschutz- und Reinigungsmitteln sowie der Tabakkonsum können die Luftqualität in Innenräumen und damit das Wohlbefinden sowie die Gesundheit der Menschen erheblich beeinträchtigen. Auch Schadstoffe, die beim Heizen und Kochen entstehen, belasten die Luft in Innenräumen. So entsteht beispielsweise beim Kochen mit Gas das Reizgas Stickstoffdioxid, das bei Personen mit Atemwegserkrankungen die Atembeschwerden verstärken kann. Bei schlecht ziehenden, mit Kohle oder Holz betriebenen Öfen und beim Tabakrauchen entsteht das giftige Kohlenmonoxid, das den Transport des Sauerstoffs im Blut blockiert. Typische Symptome eines gestörten Wohlbefindens in Innenräumen umfassen auch Augenbrennen, Bindehautreizung, Nasen- und Nebenhöhlenreizung, Halskratzen und Heiserkeit, Bronchitis, Asthma, Hauttrockenheit, Hautbrennen und Hautausschlag sowie Kopfschmerzen, Müdigkeit und Konzentrationsstörungen.

## Wesentliche kommunale Strategien

*Analysen:* Um kommunale Maßnahmen am Problem und am Bedarf ausrichten zu können, fehlen häufig notwendige Fakten. Analysen gehen daher häufig Maßnahmen voraus und werden beispielsweise von Kommunen in Auftrag gegeben, um das eigene Handeln zielgerichtet und effektiv auszurichten. Solche Analysen können auch dazu dienen, nicht nur die Fachwelt, sondern auch die Öffentlichkeit über bestimmte Problemlagen zu informieren und damit mittelfristig Verhaltensänderungen einzuleiten.

*Kommunale Tabakprävention:* Viele Kommunen wirken durch verschiedene Maßnahmen dem Tabakkonsum als einem der größten Schadstoffverursacher in Innenräumen entgegen. Die Aktionen und Initiativen z.B. für rauchfreie Verwaltungen, Schulen, Krankenhäuser und Restaurants werden häufig von Gesundheitsämtern initiiert und durch ehrenamtlich Tätige und Organisationen unterstützt.

*Ratgeber/Informationen/Hilfestellungen:* Viele Kommunen haben – teilweise in Zusammenarbeit mit Baumärkten – Ratgeber entwickelt, die Hilfestellungen bei der Auswahl der richtigen und vor allem gesundheitlich unbedenklichen Baustoffe geben. Die Verbraucher werden auf diese Weise über eine umweltschonende und zugleich gesundheitsfördernde Bauweise aufgeklärt.

## Literatur

- *Coutalides, Reto, Roland Ganz und Walter Sträuli* (Hrsg.) [2002]: Innenraumklima. Keine Schadstoffe in Wohn- und Arbeitsräumen, Zürich.
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.) [2004]: Leitfaden Gesundheitsbewusst modernisieren. Wohngebäude von 1950 bis 1975, download unter <http://www.apug.nrw.de/pdf/Leitfaden1.pdf>.
- *Umweltbundesamt* (Hrsg.) [2005]: Gesünder Wohnen – aber wie?, Berlin.

- *Umweltbundesamt* [2005]: Leitfaden zur Ursachensuche und Sanierung bei Schimmelpilzwachstum in Innenräumen („Schimmelpilzsanierungs-Leitfaden“), Berlin.
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: Umwelt und Gesundheit in Deutschland. Beispiele aus dem täglichen Leben, Berlin.
- *Umweltbundesamt* [2002]: Leitfaden zur Vorbeugung, Untersuchung, Bewertung und Sanierung von Schimmelpilzwachstum in Innenräumen („Schimmelpilz-Leitfaden“), Berlin.
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2000]: Leitfaden für die Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden, Berlin.

### Links

- Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit: <http://www.apug.de/leben/index.htm>
- Umweltbundesamt: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/gesundheit/index.htm>

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Untersuchungsprogramm Schadstoffbelastung in Innenräumen

### Heidelberg, Baden-Württemberg

Umweltschutz und Gesundheitsförderung stehen im Mittelpunkt des Heidelberger Untersuchungsprogramms „Schadstoffbelastung in Innenräumen“. In allen Kindertagesstätten und in 33 von 36 Schulen der Stadt wurden im Rahmen des Programms Schadstoffuntersuchungen durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse konnten darüber hinaus für die Erstellung von Handlungsempfehlungen genutzt werden. Auf Basis der Untersuchungsergebnisse wurden konkrete Maßnahmen ergriffen, z.B. bauliche Sanierungen oder der Austausch von Materialien, die dazu beitragen, dass die Umweltbelastungen zurückgehen und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gefördert wird.

### Projektbeschreibung

Kinder stellen unter gesundheitlichen Aspekten eine besonders sensible und schutzwürdige Gruppe dar. Um das Niveau der Belastung durch Innenraumschadstoffe zu ermitteln und im Bedarfsfall zu beseitigen bzw. zu vermindern, führt die Stadt Heidelberg seit 1993 präventiv orientierte Schadstoffmessungen in städtischen Kindertagesstätten und öffentlichen Schulen durch. Die Untersuchungen befassen sich schwerpunktmäßig mit der Quantifizierung der Schadstoffe in den Innenräumen anhand von Material-, Staub- und Raumluftproben. Die Gebäude werden auf Schadstoffe, wie Pentachlorphenol (PCP), Lindan, Formaldehyd, polychlorierte Biphenyle (PCB), Asbest, Insektizide und Schimmel untersucht. Das Programm trägt dem Umstand Rechnung, dass vor allem in modernen Gebäuden eine Vielzahl von problematischen Bau- und Bauhilfsstoffen zur Verwendung kommen. Es wird in enger Zusammenarbeit mit mehreren städtischen Ämtern einschließlich des Gesundheitsamtes und externen Gutachtern durchgeführt.

Auf Basis der Untersuchungsergebnisse werden konkrete Maßnahmen ergriffen, z.B. bauliche Sanierungen oder der Austausch von Materialien. Als Handlungsgrundlage dient ein Katalog von Handlungsempfehlungen, der im Rahmen des Programms erstellt wurde. Dieser soll sicherstellen, dass bestimmte Baustoffe und Produkte beim Bau und bei der Sanierung städtischer Gebäude nicht mehr verwendet werden. Chemische Schädlingsbekämpfung ist in Kindertagesstätten und Schulen nunmehr grundsätzlich verboten.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Das Untersuchungsprogramm „Schadstoffbelastung in Innenräumen“ selbst ist konzeptionell und inhaltlich so ausgereift, dass es eine wesentliche Grundlage dafür bildet, daran anschließende Maßnahmen effektiv und problemorientiert auszurichten, und damit einen zusätzlichen konzeptionellen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und der Gesundheitsbedingungen in Schulen und Kindertagesstätten leistet.



*Integrativer Gehalt:* Die Themenbereiche Umwelt und Gesundheit werden im Programm gleichrangig berücksichtigt und miteinander verknüpft. Umwelt- und Gesundheitsbelastungen werden gleichermaßen abgebaut.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Untersuchungen und Maßnahmen werden von einem Arbeitskreis durchgeführt, der vom Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, dem auch der Bereich Gesundheitsförderung angehört, geleitet wird. Es finden vor allem ämterübergreifende Kooperationen statt.

*Setting-Ansatz:* Die Schule bzw. der Kindergarten, als Alltagswelt von Kinder- und Jugendlichen, stehen im Mittelpunkt des Projektes. Die Lebensbedingungen werden durch das Programm konkret verbessert, da Umweltbelastungen abgebaut werden.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Die Schulen und Kindergärten, und damit die Kinder und Jugendlichen, werden in das Untersuchungsprogramm und in die Umbaumaßnahmen mit einbezogen.

*Langfristigkeit:* Das Untersuchungsprogramm existiert seit 1993 und ist ein fortlaufendes Projekt.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

*Mitgliedschaft im Gesunde Städte – Netzwerk:* Mit dem Beitritt ins „Gesunde Städte – Netzwerk“ möchte Heidelberg nicht nur die vorgegebenen Kriterien erfüllen, sondern auch bürgernah vor Ort handeln. Besonders wichtig ist der Stadt dabei die Gesundheit ihrer Kinder. Schon mit dem Beitritt zum „Gesunden Städtenetzwerk“ 1991 wurden durch gemeinderätlichen Beschluss Gelder zur Verfügung gestellt, alle Heidelberger Schulen auf Schadstoffe hin zu untersuchen.

*Feststellung gesundheitsschädigender Emissionen im schulischen Raum und Übernahme bzw. Sicherung von Kosten:* Mit der Feststellung gesundheitsschädigender Emissionen im schulischen Raum ist nur der erste Schritt getan. In seiner logischen Konsequenz erfordert es unter Umständen erhebliche weitere finanzielle Mittel, die festgestellten Schäden zu beseitigen. Das heißt, entstehende Kosten sind bei weitem nicht bei dem Projekt „Gesunde Stadt“ allein berücksichtigt, sondern wurden größtenteils bei den zuständigen Fachämtern (z.B. Schulverwaltungsamt) eingestellt.

*Motivation und breiter Konsens für die Zielstellung des Projektes:* Es ist nach Einschätzung vieler Vor-Ort-Akteure einfach ein „gutes Gefühl“, sicher sein zu können, dass die Heidelberger Kinder in schadstofffreien Räumen aufwachsen. Das motiviert für das Projektengagement.

## Projektträger und Beteiligte

- Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie (Projektträger)
- weitere städtische Ämter
- Gesundheitsamt Rhein-Neckar-Kreis
- externe Gutachter

## Zielgruppe

- Nutzer von Schulen und Kindertagesstätten

## Projektkosten und Finanzierung

Die Stadt Heidelberg finanziert dieses Projekt allein. Seit Projektbeginn werden jährlich etwa 15.000 Euro für diese Untersuchungen in den städtischen Haushalt eingestellt. Dieser Betrag beinhaltet nur die Untersuchungskosten; notwendige Sanierungsmaßnahmen oder bauliche Veränderungen sind in diesen Kosten nicht enthalten und werden durch die laufende Bauhaltung abgedeckt.

## Laufzeit

Das Projekt läuft seit 1993. Die Untersuchung aller Kindertagesstätten und Schulen wird Ende 2006 abgeschlossen sein. Über die Fortführung des Projektes bzw. über weitergehende Untersuchungen wird 2006 entschieden.

## Weitere Informationen

- [www.heidelberg.de](http://www.heidelberg.de)

## Ansprechpartner

### **Dr. Hans-Wolf Zirkwitz**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [Umweltamt.Heidelberg@heidelberg.de](mailto:Umweltamt.Heidelberg@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/581-8000

### **Dirk Hofmann**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [dirk.hofmann@heidelberg.de](mailto:dirk.hofmann@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/58-18250


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Bündnis für rauchfreie Schulen

### Delmenhorst, Niedersachsen

Die Schule steht im Mittelpunkt des Projektes „Bündnis für rauchfreie Schulen in Delmenhorst“. Ziel des Bündnisses ist es, alle Schulen der Stadt rauchfrei zu gestalten. Am Bündnis beteiligt sind Vertreter aus Ämtern, Institutionen, Vereinen sowie engagierte Einzelpersonen, Eltern, Schüler, Pädagogen und Schulleitungen. Das Bündnis initiiert und unterstützt Aktionen gegen das Rauchen bzw. für das Nichtrauchen und leistet damit einen Beitrag zur Vermeidung einer der am stärksten die Gesundheit gefährdenden Luftverunreinigung in Innenräumen: des Tabakrauches!

### Projektbeschreibung

Das Bündnis für rauchfreie Schulen in Delmenhorst hat sich zum Ziel gesetzt, dass alle Schulen der Stadt rauchfrei werden. Das Bündnis initiiert, stärkt und unterstützt Aktivitäten gegen das Rauchen bzw. für das Nichtrauchen. Zielgruppe sind in erster Linie Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer sind angesprochen. Sie sollen freiwillig auf das Rauchen verzichten, um ihre eigene Gesundheit zu schützen, um ein Vorbild für jüngere Altersgruppen zu sein und – nicht zuletzt – um auf diesem Wege die Luftqualität an Schulen, aber auch zu Hause in den eigenen vier Wänden zu verbessern. Das hochgesteckte Ziel, Schule rauchfrei zu gestalten, wird vom Bündnis gemeinsam mit vielen Kooperationspartnern und unter Einbezug der Jugendlichen in Delmenhorst seit 2002 erfolgreich praktiziert. Es wurde im Jahr 2004 im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgezeichnet.

Mitglieder des Bündnisses sind Ämter und Institutionen wie die Drogenberatung und Fachkräfte der Suchtprävention in Delmenhorst, die AOK, Schulen, Polizei, Sportvereine und Apotheken sowie engagierte Einzelpersonen. Die breite Kooperation will ein positives Klima und breite Unterstützung in der Stadt für die Idee der rauchfreien Schulen schaffen.

Das Bündnis führt zur Umsetzung dieser Zielstellung regelmäßig Veranstaltungen durch und pflegt Kontakte zu den Schulen. Es bietet Unterstützung auf dem Weg, rauchfrei zu werden, an. Insbesondere durch Schwerpunktsetzungen wie öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen, Slogan-Wettbewerbe, dem Smokefree-Training und der Unterstützung einzelner Schulen soll das Ziel, alle Schulen rauchfrei zu gestalten, umgesetzt werden. Um die öffentliche Wirksamkeit der Tabakprävention zu verstärken und eine Mitwirkung der Zielgruppe zu erreichen, wurde beispielsweise ein Sloganwettbewerb initiiert und der Slogan „Be cool – don't smoke at school“ prämiert. In einem „Smokefree-Training“ an Schulen setzten sich die Jugendlichen mit ihren Rauchverhalten auseinander.

Innerhalb des Bündnisses sind in Delmenhorst drei Schulen miteinander vernetzt, die ein Regelwerk, einen Maßnahmenkatalog sowie Anti-Rauch-Kurse erproben und umsetzen. In die Entwicklung des Programms sind die Eltern, die Schülerschaft, Pädagogen und die Schulleitung eingebunden.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Die Themenfelder Umweltschutz (Luftreinhaltung in Innenräumen) und Gesundheitsförderung, (bewusster und freiwilliger Verzicht auf das Rauchen) werden in dem Bündnis für rauchfreie Schulen beispielhaft verknüpft. Das Konzept zur Rauchfreiheit an Schulen und damit zur Verbesserung der Luftqualität in den Schulräumen ruht auf Schwerpunkten, die sowohl für das Thema werben und hierüber informieren als auch die Jugendlichen zum Reflektieren über das eigene Verhalten anregen sollen.

*Integrativer Gehalt:* Die Maßnahmen und Projekte, mit denen das Bündnis sein Ziel erreichen will, verknüpfen Felder der Gesundheits-, Umwelt- und Sozialpolitik. Die Projekte sind inhaltlich so gestaltet, dass sie das Handlungsfeld Schule in seinen Kernaufgaben und Zielgruppen überschreiten und die Öffentlichkeit der Stadt integrieren.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Das Bündnis für rauchfreie Schulen in Delmenhorst ist getragen von einem ausgeprägten Kooperations- und Vernetzungsgedankens. Dabei ist es in vorbildlicher Weise gelungen, tragfähige Kooperationsstrukturen zwischen vielen relevanten Partnern herzustellen: Von Schulen, Drogenberatung, Gesundheits-, Sozial-, Jugend- und Ordnungsamt über verwaltungsexterne Akteure wie Krankenkassen, Apotheken und Sportvereine bis hin zu überregionalen Verwaltungen und Einrichtungen (Deutsche Krebsgesellschaft, Niedersächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) reichen die Kooperationen.

*Setting-Ansatz:* Das Setting Schule steht im Mittelpunkt des Projektes; Zielgruppe ist die Schülerschaft.

*Evaluation:* Die Effekte der Maßnahmen in den Schulen werden systematisch dokumentiert und die Großveranstaltungen differenziert und kritisch auf die erzeugte Resonanz hin überprüft.

*Langfristigkeit:* Das Projekt Bündnis für rauchfreie Schulen in Delmenhorst ist langfristig angelegt. Die Maßnahmen zielen darauf, mittel- und langfristig Verhaltensänderungen einzuleiten.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Bürgerschaftliches Engagement ist für das Projekt unerlässlich. Der Erfolg des Projektes setzt voraus, dass sich Einzelpersonen wie engagierte Eltern oder Lehrer, an den Aktionen beteiligen und eigene Ideen einbringen und umsetzen. Dies wurde erreicht. Zudem wurden die Schülerinnen und Schüler als eigentliche Zielgruppe systematisch in die Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen in den Schulen ebenso wie in die Entwicklung des Kampagnen-Slogans und -Logos einbezogen.

*Kommunikation:* Das Projekt sensibilisiert für den Zusammenhang zwischen Rauchen und Belastung der Innenluftqualität. Durch die kontinuierliche und offensive Öffentlichkeitsarbeit wird das Thema Nichtraucherschutz ins Bewusstsein der Zielgruppen des Projektes gebracht.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Da die Arbeit auf wenigen Schultern verteilt ist, müssen Inhalte, Zielstellung und Vorgehen in einer effektiven und engagierten „Lenkungsgruppe“ abgestimmt werden. Unterschiedlichen Bereiche/Ressorts (Kommunalverwaltung, Schule, Suchtprävention) sollten dort vertreten sein.

## Projektträger und Beteiligte

- Gesundheitsamt (Projektträger)
- Schulen
- Drogenberatungsstelle
- Krankenkassen
- Apotheken
- Sportvereine
- Volkshochschule
- engagierte Einzelpersonen

## Zielgruppe

- Schülerinnen und Schüler

## Projektkosten und Finanzierung

Besondere Finanzmittel stehen nicht zur Verfügung. Das Bündnis wird getragen durch das Engagement der Beteiligten aus den verschiedenen Institutionen, denen ihr jeweiliger Arbeitgeber die Möglichkeit der Unterstützung einräumt. Darüber hinaus konnte das Preisgeld vom Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ 2004 genutzt werden.

## Laufzeit

- seit 2002 fortlaufend

## Weitere Informationen

- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2004]: Wettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“. Tabakprävention vor Ort. September 2003 bis Mai 2004. Dokumentation, Berlin.
- [www.kommunale-suchtpraevention.de](http://www.kommunale-suchtpraevention.de)

## Ansprechpartner

**Dr. Helge Schumann**

Stadt Delmenhorst  
Gesundheitsamt  
Lange Straße 1 A, 27749 Delmenhorst  
E-Mail: [Gesundheitsamt@Delmenhorst.de](mailto:Gesundheitsamt@Delmenhorst.de)  
Telefon: 04221/99-1153


**Gute-Praxis-  
Beispiel**
**Baufibel**

Bad Neustadt/Schweinfurt/Landkreis

Bad Kissingen, Bayern

**Projektbeschreibung**

Die Baufibel ist ein Projekt der Lokalen Agenda 21 des Landkreises Bad Kissingen und der Städte Bad Neustadt und Schweinfurt. Sie informiert Bürger, die sich mit der Errichtung eines Eigenheimes befassen und ihre Bauabsichten verwirklichen wollen, über Möglichkeiten ökologisch ausgerichteten Bauens. Von der (Finanzierungs-)Planung über Baustoffe, Baukonstruktionen und Haustechnik bis zur Entsorgung des Baumülls sowie zu Fördermöglichkeiten und -programmen werden alle relevanten Themenfelder ökologischen Bauens angesprochen.

Die Baufibel gibt in einem gesonderten Abschnitt Hinweise zur Verwendung schadstofffreier bzw. schadstoffarmer Baustoffe und klärt über Wohnraumbelastungen durch gesundheitsgefährdende Stoffe auf. Für verschiedene Baustoffe wie Ziegel, Klinker, Betonsteine, Mörtel, Holz, Holzschutzmittel, Holzwerkstoffe, Putze, Estriche, Bodenbeläge, Farben, Lacke, Tapeten, Fugmaterialien und Spachtelmassen werden mögliche Luftverunreinigungen benannt und Empfehlungen zur Auswahl weitgehend schadstofffreier Baustoffe gegeben. Darüber hinaus enthält die Baufibel Tipps zur Vermeidung von durch Elektroinstallationen wie Radio- und Fernsehgeräte, Computer, Mobiltelefone und schnurlose Telefone ausgelösten Elektromog in Wohn- und Schlafräumen. Ergänzt werden die Informationen durch eine Adress- und Linksammlung.

Mit der Baufibel liegt eine Broschüre vor, die in knapper und übersichtlicher Form interessierte Bürgerinnen und Bürger über ökologisch und gleichzeitig gesundes Bauen in einem finanziell umsetzbaren Rahmen informiert.

**Weitere Informationen**

- *Gauer, Ulrich u.a.* [2003]: Lokale Agenda 21 in Unterfranken – Entwicklungsprozess mit großer Zukunft, in: *Der Landkreis – Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung*. 73. Jahrgang, H. 6, S. 439-440.
- *Landkreis Bad Kissingen, Städte Bad Neustadt und Schweinfurt (Hrsg.)* [2003]: *Baufibel des Landkreises Bad Kissingen und der Städte Bad Neustadt & Schweinfurt*. 1. Aufl.
- Stadt Schweinfurt, Stabstelle Lokale Agenda 21: [www.schweinfurt.de](http://www.schweinfurt.de)

## Ansprechpartner

### **Günter Kopic**

Stadt Schweinfurt  
Stabsstelle Lokale Agenda 21  
Markt 1, 97421 Schweinfurt  
E-Mail: [agenda21@schweinfurt.de](mailto:agenda21@schweinfurt.de)  
Telefon: 09721/51245



**Gute-Praxis-  
Beispiel****farbenfroh und nachhaltig –  
Bunter Faden für nachhaltiges  
Heimwerken**

Heidelberg, Baden-Württemberg

**Projektbeschreibung**

Gesundheits- und umweltbewusstes Heimwerken steht im Mittelpunkt des Heidelberger Projektes „farbenfroh und nachhaltig“. Der Heidelberger Arbeitskreis „Maler und Umwelt“ unterstützt Heimwerker bei der richtigen Auswahl, Verarbeitung und Entsorgung von Produkten, die in den verschiedenen Baumärkten und Fachgeschäften Heidelbergs angeboten werden. Ziel ist es, die gesundheitlichen Belastungen durch Wohngifte und Umweltschäden wirksam zu verringern und somit die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Heimwerkern soll bewusst gemacht werden: je umweltgerechter ein Produkt ist, desto gesünder ist es bei der Verarbeitung und desto unproblematischer ist die Entsorgung – sowohl für die Umwelt als auch für die Gesundheit.

Zu diesem Zweck hat der Arbeitskreis „Maler und Umwelt“ eine Broschüre erstellt und herausgegeben (Heidelberger Arbeitskreis „Maler und Umwelt“ 2002), die unter den Aspekten des Gesundheits- und Umweltschutzes Hinweise zu Einkauf, Verwendung und Entsorgung von Tapeten, Farben, Lacken, Lasuren, Beizen, Klebern und Lösungsmitteln gibt. Darüber hinaus werden die verschiedenen Gefahrensymbole zur Deklaration gesundheits- und umweltgefährdender Heimwerker-Produkte erklärt und die gesundheitsgefährdenden Inhaltsstoffe von Heimwerker-Produkten dargestellt. Hinweise gibt es auch für den Umgang mit alten Bodenbelägen und Schimmel in der Wohnung.

Da die Broschüre nicht alle Fragen des umwelt- und gesundheitsschonenden Heimwerkens beantworten kann, stehen interessierten Bürgerinnen und Bürgern begleitend kostenfreie Beratungstelefone der Umwelt- und Abfallberatung der Stadt Heidelberg zur Verfügung. Auch werden Themenabende an der Volkshochschule Heidelberg angeboten. Zudem wurde in mehreren Baumärkten eine Kundenbefragung durchgeführt, um das Beratungsangebot besser auf die Bedürfnisse der Heimwerker abstimmen zu können.

Das Projekt wurde 2001 mit einem Förderpreis im Wettbewerb „Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21“ vom Ministerium für Umwelt und Verkehr des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.

**Weitere Informationen**

- *Heidelberger Arbeitskreis „Maler und Umwelt“ (Hrsg.) [2002]: farbenfroh und nachhaltig. heimwerken gesund und umweltbewusst, Heidelberg.*

## Ansprechpartner

### **Dirk Hofmann**

Stadt Heidelberg  
Amt für Umweltschutz, Energie und  
Gesundheitsförderung  
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg  
E-Mail: [dirk.hofmann@heidelberg.de](mailto:dirk.hofmann@heidelberg.de)  
Telefon: 06221/58-18250

---

### 3.3 Vorbeugen durch Dialog: Strahlenschutz am Beispiel Mobilfunk



#### Ausgangslage

Der Mensch ist permanent unterschiedlichen Arten von Strahlung ausgesetzt. Die Sonne und das Edelgas Radon sind Beispiele für natürliche Strahlungsquellen. Heute sind die Menschen zunehmend aber auch von Strahlung umgeben, die nicht von natürlichen Quellen stammt – Rundfunk- und Mikrowellen sind Beispiele dafür. Zudem ist zwischen ionisierender und nichtionisierender Strahlung zu unterscheiden. Ionisierende Strahlung ist energiereich und daher in der Lage, anderen Atomen Elektronen zu entreißen (z. B. Radioaktivität und Röntgenstrahlung). Nichtionisierende Strahlung dagegen hat zu wenig Energie, um ein Atom zu ionisieren (z. B. UV-Strahlung und elektromagnetische Felder des Mobilfunks). Unter Strahlenschutz versteht man den Schutz von Mensch und Umwelt vor schädigenden Wirkungen ionisierender und nichtionisierender Strahlung sowohl aus natürlichen wie aus künstlichen Quellen.

In vielen Kommunen spielt derzeit die Diskussion über die Strahlenbelastung durch Mobilfunksendemasten eine größere Rolle. Der anstehende Ausbau des so genannten UMTS-Netzes für eine neue Generation von Handys wird diese Diskussion in den Städten und Gemeinden weiter anregen. In etlichen Kommunen werden daher Standorte für neue Sendeanlagen im Dialog zwischen den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung (Bürgerinnen und Bürger eingeschlossen) und Betreibern zum Thema – zum Beispiel an „Runden Tischen“.

Dabei wird vor allem über die möglichen Auswirkungen des Betriebs solcher Anlagen auf die Gesundheit diskutiert. Auf Basis nationaler und internationaler Forschungen wurden dazu von der Bundesregierung Grenzwerte festgelegt, bei deren Einhaltung nach derzeitigem Stand der Wissenschaft keine Gesundheitsgefährdungen zu erwarten sind. Allerdings wird z. B. von der Strahlenschutzkommission (SSK) betont, dass gesundheitliche Auswirkungen – vor allem neuer Technologien – derzeit nur schwer einzuschätzen sind. Daher raten das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und die SSK dazu, die Strahlenexposition möglichst zu begrenzen. Die Reduktion der Strahlenbelastung ist Gegenstand der Diskussion in den Städten und Gemeinden.

#### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Vor allem seit den 1980er Jahren wird in der Öffentlichkeit u. a. mit der Verbreitung von elektronischer Datenverarbeitung an den Arbeitsplätzen und von Mikrowellengeräten im häuslichen Bereich über mögliche Gesundheitsgefährdungen durch elektromagnetische Felder (EMF) diskutiert. Auch in der Medienberichterstattung hat damit die Frage möglicher Auswirkungen auf die Gesundheit durch nieder- und hochfrequente elektromagnetische Felder zugenommen. In jüngster Zeit ist darüber hinaus die Diskussion um die Auswirkungen des Betriebs von Mobilfunksendemasten hinzugekommen (vgl. Wiedemann/Mertens u.a. 2001, S. 6.). Die Auseinandersetzungen um gesundheitliche Auswirkungen von Strah-

lung – insbesondere technisch bedingter wie beim Mobilfunk - haben in den Kommunen also zugenommen.

## Wesentliche kommunale Strategien

*Vorsorgeprinzip:* Nicht immer sind mögliche gesundheitliche Auswirkungen von natürlicher und künstlicher Strahlung klar zu definieren und wissenschaftlich zu belegen. Viele Kommunen verfolgen gemäß dem Vorsorgeprinzip daher Strategien, bereits im Vorfeld von potenziellen Gefahren das Entstehen von Umweltbelastungen zu verhindern oder einzuschränken.

*Konsensorientierte Dialogverfahren:* Vor allem das Thema Mobilfunk und damit die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen durch den Betrieb der Sendeanlagen haben in zahlreichen Kommunen zu Diskussionen und Auseinandersetzungen über den Standort der Anlagen geführt. Ausgangspunkt dieser Diskussionen ist in der Regel eine Antennenanlage auf einem Dach oder der Aufbau eines neuen Sendemastes. Die Netzbetreiber haben sich daher in einer Erklärung dazu verpflichtet, neue Standorte im Dialog mit der Kommune auszuwählen. Im Wesentlichen, so das Deutsche Institut für Urbanistik in seinem Jahresgutachten 2004, funktioniert diese Kommunikation gut. Aber dennoch ist die Zahl der Konfliktfälle gegenüber 2002 nicht wesentlich zurückgegangen (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik, 2005, S. 8). Um diese Konflikte bei der Standortwahl frühzeitig und möglichst im Vorfeld zu vermeiden, haben einige Kommunen konsensorientierte Dialogverfahren entwickelt, um so die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Netzbetreibern gleichermaßen bei der Standortwahl zu berücksichtigen.

*Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit:* Das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Strahlenschutz ist hoch. Daher werden auch Diskussionen um mögliche gesundheitliche Gefahren, beispielsweise durch den Mobilfunk, aufmerksam verfolgt. Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Beteiligungsverfahren zählen daher zu den entscheidenden kommunalen Strategien in diesem Handlungsfeld.

## Literatur

- *Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hrsg.)* [2004]: Daten + Fakten + Ziele: Radon in Gebäuden – Auswirkungen auf die Gesundheit.
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2005]: Jahresgutachten 2004 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, Berlin.
- *Informationszentrum Mobilfunk e. V. (Hrsg.)* [2004]: Thema Mobilfunk: Umwelt und Gesundheit, Berlin.
- *Strahlenschutzkommission* [2004]: Neue Technologien – Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischen Feldern. Zusammenfassung und Bewertung der Klausurtagung der Strahlenschutzkommission (= Stellungnahme der Strahlenschutzkommission), Bonn.
- *Wiedemann, Peter M., Johannes Mertens u.a.* [2001]: Risikopotenzial elektromagnetischer Felder: Bewertungsansätze und Vorsorgeoptionen, Jülich.

## Links

- Bundesamt für Strahlenschutz: [www.bfs.de](http://www.bfs.de)
- Informationszentrum Mobilfunk e.V.: [www.izmf.de](http://www.izmf.de)
- Strahlenschutzkommission: [www.ssk.de](http://www.ssk.de)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Runder Tisch Mobilfunk

Erlangen, Bayern

Ein runder Tisch stellt in Erlangen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau des Mobilfunk-Netzes sicher. Ziel ist es, einen Konsens zwischen den Netzbetreibern und den kommunalen Akteuren bei der Auswahl von Mobilfunkstandorten zu erreichen. Eine möglichst geringe Strahlenbelastung der Bevölkerung, eine Konzentration der Standorte und ein möglichst großer Abstand von sensiblen Bereichen wie Kindergärten oder Krankenhäusern ist dabei das Anliegen des Gremiums. Fachwissen und Erfahrungen bringen Akteure der Lokalen Agenda 21, städtische Fachämter und Gesundheitsexperten mit ein. Vorschläge des Runden Tisches für alternative Standorte von Mobilfunkanlagen werden von den Netzbetreibern mittlerweile geprüft.

### Projektbeschreibung

In Erlangen reden Bürgerinnen und Bürger im Prozess des Mobilfunk-Netzausbaus mit: 2001 richtete die Kommune den „Runden Tisch Mobilfunk“ ein, der sicherstellen soll, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit berücksichtigt werden. Beteiligt sind unter anderem die Stabsstelle Lokale Agenda 21, der Oberbürgermeister, die vier Netzbetreiber, städtische Fachämter sowie die medizinische Fakultät der Universität. Ziel des Gremiums aus Mobilfunk- und Gesundheitsexperten ist es, bisherige Verfahren zu bewerten und mögliche Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Prämissen für den Netzausbau sind eine Minimierung der Belastung für die Bevölkerung, eine Konzentration von Mobilfunkstandorten sowie ein möglichst großer Abstand zu sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Für deren Umgebung ist eine Unterschreitung der gesetzlichen deutschen Grenzwerte um den Faktor zehn und somit eine Angleichung an das Schweizer Niveau angestrebt.

Bereits 2001 erstellte ein Sachverständiger ein Gutachten zur Beurteilung der geplanten Standorte auf Übereinstimmung mit diesen Zielen. Die Ergebnisse wurden in eine Standortkarte eingetragen. Die Mobilfunknetzbetreiber sind mittlerweile damit einverstanden, dass die am „Runden Tisch“ vorgestellten Mobilfunknetzpläne und die Mobilfunknetzausbaupläne auf der Homepage der Stadt Erlangen veröffentlicht werden. Alternativvorschläge zu geplanten Standorten werden von den Netzbetreibern geprüft. Die Öffentlichkeit wird durch Bürgerversammlungen laufend informiert und erhält Gelegenheit, Fragen an die Experten des Runden Tisches zu stellen.

Der Lokale-Agenda-Prozess ist in Erlangen sehr lebendig. Die Koordination und Organisation liegt bei der Stabsstelle Kommunale Agenda 21 beim Oberbürgermeister. Die Stabsstelle ist zudem die Geschäftsführung des Beirats zur Lokalen Agenda 21. Dieser Beirat tagt vierteljährlich und berät über die inhaltliche Ausgestaltung des Prozesses und die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Schirmherr des Beirats, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern von 24 Institutionen und dem vierköpfigen Vorstand zusammensetzt, ist der Oberbürgermeister.

Es gibt fünf Arbeitskreise: Verkehr, Energie, Soziales, regionale Wirtschaftskreisläufe und Eine Welt. Jeder dieser Arbeitskreise hat seine Ziele formuliert und zu Papier gebracht. Diese sind zu einem Zielkatalog für die Erlanger Agenda 21 zusammengefasst worden.

Weiterhin existiert eine Bürgerinitiative „Initiative Zukunftsfähiges Erlangen“ (IZE), die sich 1997 mit dem Ziel gründete, den Prozess der Agenda 21 in Erlangen voran zu bringen. Sie besteht aus über 20 Gruppen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern und versteht sich als Forum, das Diskussionen organisiert. Die IZE untergliedert sich in vier Arbeitskreise: Organisationskreis Öffentlichkeitsarbeit, Neue Energie, Soziales, Verkehr sowie Bauen und Wohnen.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Die Verknüpfung der Handlungsfelder Umwelt und Gesundheit ist integrativer Bestandteil der Konzeption und Umsetzung dieses Projektes.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Im Projekt kooperieren unterschiedliche Akteure in stabilen Strukturen miteinander. Vor allem durch die Beteiligung der Mobilfunknetzbetreiber ist die Einbeziehung der unterschiedlichen Sichtweisen sicher gestellt. Kompromisse führen auf diese Weise zu „win-win-Situationen“ für alle Akteure.

*Umweltgerechtigkeit:* Der Abbau sozialräumlich ungleicher Verteilung von Strahlenbelastung und damit verbundener gesundheitlicher Folgen ist das Ziel des Projektes.

*Kommunikation:* Durch Bürgerversammlungen und Internetdarstellung wird offensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Nicht zuletzt sollen auf diese Weise weitere Akteure für eine Mitwirkung mobilisiert werden.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Konsens mit Mobilfunknetzbetreibern suchen
- Bürgerinnen und Bürger an allen Schritten beteiligen

### Projektträger und Beteiligte

- Stabsstelle Kommunale Agenda 21 (Projektträger)
- Oberbürgermeister
- Umweltreferentin
- Stadtratsfraktionen
- Ortsbeiratsvorsitzende
- Mobilfunknetzbetreiber
- Gesundheitsamt
- Fachämter
- Landesamt für Umweltschutz

- Universität (Medizinische Fakultät)
- Bürgerinitiative „Initiative Zukunftsfähiges Erlangen“

### Zielgruppe

- Bürgerinnen und Bürger

### Projektkosten/Finanzierung

Personalkosten (eine volle Stelle; eine Zehn-Stunden-Stelle) werden vom Referat für Recht, Ordnung und Umweltschutz der Stadt Erlangen finanziert. Zusätzliche Kosten (z.B. Gutachten) tragen die Mobilfunknetzbetreiber.

### Laufzeit

- seit 2001

### Weitere Informationen

- [http://www.erlangen.de/news.asp?folder\\_id=1662&mainfolder\\_id=1586&news\\_id=36300](http://www.erlangen.de/news.asp?folder_id=1662&mainfolder_id=1586&news_id=36300)

### Ansprechpartner

**Dr. Andreas Schulmeister**

Stadt Erlangen  
Stabsstelle Kommunale Agenda 21  
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
E-Mail: [Andreas.schulmeister@stadt.erlangen.de](mailto:Andreas.schulmeister@stadt.erlangen.de)  
Telefon: 09131/86-27 42




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Interessengemeinschaft Mobilfunk Oldenburg (IMoO)

### Oldenburg, Niedersachsen

Für Transparenz, Vorsorge und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Gesundheitsschutz und Mobilfunk macht sich die Interessengemeinschaft Mobilfunk Oldenburg (IMoO) stark. Um negativen Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung vorzubeugen, sucht die Interessengemeinschaft den Dialog mit den Betreibern und allen Akteuren vor Ort. Die Stadt unterstützt dieses Bestreben und hat u.a. einen „Arbeitskreis Mobilfunk“ eingerichtet. Der weitere Ausbau der Mobilfunknetze soll vorrangig unter den Gesichtspunkten der vorbeugenden Gesundheitsvorsorge und der beständigen Gefahrenminimierung vorangetrieben werden. IMoO setzt außerdem auf Aufklärung und Sensibilisierung der Handy-Nutzer, Öffentlichkeitsarbeit und die Suche nach innovativen Wegen für die künftige Netzplanung.

### Projektbeschreibung

Mobil zu telefonieren ist in der heutigen Zeit selbstverständlich geworden. Um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, werden immer mehr Antennen und Sendeanlagen installiert. Neben den städtebaulichen Problemen (Beeinträchtigung des Stadtbildes) gibt es zunehmend Besorgnisse über mögliche gesundheitliche Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung, die von Mobilfunksendeanlagen emittiert wird.

Die Interessengemeinschaft Mobilfunk Oldenburg „IMoO“ versteht sich als kritischer Begleiter dieser Entwicklung und hat sich das Ziel gesetzt, den Schutz der Bevölkerung durch gezielte Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge zu erhöhen.

Anfang 2002 wurde auf Anregung der IMoO vom Rat der Stadt Oldenburg ein städtischer „Arbeitskreis Mobilfunk“ eingerichtet, in dem die Politik mit allen Ratsfraktionen, die Stadtverwaltung sowie die IMoO als Vertreter umwelt- und gesundheitsbewusster Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen. Im Dialog miteinander und mit den Betreibern sucht der Arbeitskreis nach Wegen, den weiteren Ausbau der Mobilfunknetze vorrangig unter den Gesichtspunkten der vorbeugenden Gesundheitsvorsorge und der beständigen Gefahrenminimierung voran zu treiben.

Um dieses Ziel zu erreichen ist es für die Akteure wichtig, auch auf Landes- und Bundesebene Einfluss zu nehmen. Dazu ist die überregionale Vernetzung einzelner Initiativen, zum Beispiel mit der „IMoNo“, der Interessengemeinschaft Mobilfunk Norddeutschland, sinnvoll und unerlässlich.

Weitere Ziele vor Ort sind die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern, über einen intelligenten und Risiko mindernden Umgang mit Handys. Außerdem empfiehlt der Arbeitskreis den Aufbau und die Pflege eines umfassenden Mobilfunkkatasters, die Stärkung der Rechte von Kommune, Standortvermietern und

den betroffenen Anwohnern, sowie eine möglichst hohe Transparenz im Verfahren und im Vorgehen der Mobilfunkbetreiber durch Einbeziehung der Öffentlichkeit noch vor Errichtung der Anlagen. Zudem soll eine alternative, Risiko mindernde Netzplanung mit Hilfe von Indoor- bzw. Outdoor-Versorgung und Groß- versus Kleinzelligkeit geprüft und gegebenenfalls realisiert werden. Mit entsprechenden Computerprogrammen können die Aufstellung neuer Mobilfunkantennen und mögliche Auswirkungen auf die Umgebung bereits im Voraus geplant werden.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Grundlage für die Arbeit der Initiative ist eine Konzeption mit klaren Zielformulierungen zur umweltbezogenen Gesundheitsförderung. Ebenso findet in der Projektumsetzung eine systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit statt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Bei der Arbeit im Projekt wird auf eine breite Kooperation zwischen der Initiative, der Stadtverwaltung, Ärzten und engagierten Bürgern gesetzt.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlenbelastung wird getragen durch großes bürgerschaftliches Engagement, beispielsweise bei der Mitwirkung bei Planungen.

*Befähigung und Qualifizierung:* Die umfassende gesellschaftliche Aufklärung zum Thema Mobilfunk bei Kindern, Jugendlichen und deren Eltern ist speziell auf diese Zielgruppen zugeschnitten und leistet einen Beitrag zur Befähigung und Qualifikation dieser Zielgruppen zu einem selbstverantwortlichen gesundheitsschonenden Umgang mit elektromagnetischer Strahlung.

*Kommunikation:* Bei der Kommunikation mit den Oldenburger Bürgern wird der Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit gezielt hergestellt. Damit wird die Bevölkerung für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sensibilisiert und das Problembewusstsein und Engagement der Bürger für Themenfeld befördert.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- neutrale und fachkompetente Dialogplattform schaffen, die möglichst extern moderiert wird
- entscheidend für die Arbeit der Dialogplattform ist eine verbindliche und klar strukturierte Arbeitsweise mit klarer Zeitplanung
- die Öffentlichkeit sollte beständig über den Fortgang informiert werden
- Spielräume und Handlungsmöglichkeiten der Akteure müssen transparent sein

## Projektträger und Beteiligte

- umwelt- und gesundheitsbewusste Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oldenburg
- Mediziner

## Zielgruppen

- Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oldenburg
- Politik und Verwaltung

## Projektkosten/Finanzierung

Die Initiative ist ein freiwilliger Zusammenschluss bestehender Stadtteil-Initiativen und interessierter Bürger, so dass keine unmittelbaren Projektkosten anfallen. Mehrere tausend Stunden ehrenamtlicher Arbeit machten das Projekt möglich.

## Laufzeit

- seit Juni 2001

## Weitere Informationen

- <http://www.oldenburg.de/agenda21/projekt05.html>

## Ansprechpartner

### **Martin Scheibert**

Butjadinger Straße 97, 26125 Oldenburg  
E-Mail: imoo\_@web.de  
Telefon: 0441/5090311

---

### **Reinhold Boehme**

Zietenstraße 32a, 26131 Oldenburg  
E-Mail: reinhold.boehme@ewetel.net  
Telefon: 0441/8859995

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## EMF-Wachhund

Mainz, Rheinland-Pfalz

### Projektbeschreibung

Das Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz und die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz starteten im Oktober 2003 den „Mainzer EMF-Wachhund“. Dabei stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie viele Menschen sich durch elektromagnetische Felder (EMF) beeinträchtigt fühlen. Zudem sollte mit dem Projekt der Frage nachgegangen werden, welche Beeinträchtigungen die Menschen nennen und ob sich tatsächlich EMF als Ursache dafür nachweisen lassen.

Damit soll zum einen eine Grundlage für eine ärztlich-wissenschaftliche Anlaufstelle geschaffen werden, die Strategien zur Therapie der Beschwerden entwickelt. Derzeit gibt es kaum Anlaufstellen für Patienten, die unter „Elektrosmog“ assoziierten Beschwerden leiden. Diese Lücke soll mit dem „Wachhund“ geschlossen werden. Zum anderen sollen die Daten anonymisiert ausgewertet werden, um so den Entscheidungsträgern in Ministerien, Kommunen und Verbänden eine solide Entscheidungsgrundlage zu liefern.

Zunächst wurden dazu Daten über das Internet und durch Befragungen auf dem Postweg bei fast 5.000 Haushalten in Mainz gesammelt. Damit sollten entsprechende Beschwerden statistisch erfasst werden. Im Schwerpunkt wurden dabei unspezifische Beschwerden wie Schlaf- und Konzentrationsstörungen oder Müdigkeit genannt. Gleichzeitig hat die Vielfalt der gemeldeten Beschwerden gezeigt, dass bei der Forschung zur Wirkung von EMF im Vorfeld kaum eine Konzentration auf einzelne Wirkungen stattfinden kann. In einer zweiten Projektphase wollen Forscher nun Betroffene klinisch untersuchen, und es sollen die Beschwerden im Vergleich zu einer Kontrollgruppe in den Blick genommen werden.

### Weitere Informationen

- Zwischen- und Abschlussbericht unter [www.mainzer-emf-wachhund.de](http://www.mainzer-emf-wachhund.de)
- *Schüz, Joachim, und Lutz Vollrath* [2003]: Der Mainzer EMF Wachhund, in: „Elektrosmog“-Phänomenen auf der Spur, Ärzteblatt Rheinland-Pfalz, H. 11. S. 20-21.

### Ansprechpartner

**Dr. Renate Kimbel**

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz  
Hochhaus am Augustusplatz, 55131 Mainz  
E-Mail: [kimbeluz@uni-mainz.de](mailto:kimbeluz@uni-mainz.de)  
Telefon: 06131/39-32526

**Jürgen Hoffmann**

Stadt Mainz  
Stadtplanungsamt  
Postfach 3820, 55028 Mainz  
E-Mail: [juergen.hoffmann@stadt-mainz.de](mailto:juergen.hoffmann@stadt-mainz.de)  
Telefon: 06131/12-3037

---

## 3.4 In der Ruhe liegt die Kraft: Lärmbekämpfung



### Ausgangslage

Lärm gilt als eines der wichtigsten unbewältigten Umweltprobleme der Gegenwart; trotz politischer Anstrengungen und technischer Fortschritte ist bisher kein „Durchbruch“ gelungen. In vielen Fällen steigt die Lärmbelastung gegenwärtig sogar noch an. Aufgrund der mit Lärm verbundenen gesundheitlichen Risiken, erheblichen Belästigungen sowie sozialen und ökonomischen Folgen steht der Lärmbekämpfung eine hohe Priorität zu. Primäres Ziel der Lärmvorsorge ist es, Lärmentstehung an der Quelle zu mindern; ersatzweise kommen auch andere Maßnahmen des technischen Schallschutzes in Frage.

Geräusche sind in einer modernen, technisierten und mobilen Gesellschaft allgegenwärtig, darunter auch solche, die zu Störungen, Belästigungen oder Schäden führen können und als Lärm bezeichnet werden. Sie entstammen unterschiedlichen Quellen wie Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Industrie- und Gewerbe, Bautätigkeiten sowie Nachbarschafts-, Sport- und Freizeitaktivitäten. Für viele Lärmarten existieren eigene Bewertungsverfahren, um ihren jeweiligen Besonderheiten gerecht zu werden; so können z.B. Straßenverkehrslärm und Luftverkehrslärm unterschiedliche Stör- und Belästigungswirkungen bei gleichem Geräuschpegel entfalten. Entsprechend sind die zulässigen Immissionsrichtwerte für Geräusche von der Art der verursachenden Quelle abhängig und werden zusätzlich nach Gebietsnutzung gestaffelt.

Ein allgemeines Gesetz zum Schutz vor Lärm gibt es in Deutschland nicht. Rechtliche Festlegungen zur Emissions- und Immissionsbegrenzung erfolgen getrennt für verschiedene Lärmquellen und Lärmarten, so dass die Lärmbekämpfung auf einer Vielzahl unterschiedlicher Vorschriften beruht. Auch sind nicht alle Problemfälle geregelt, für manche Lärmquellen existieren gar keine Regelungen.

Künftig wird ein großer Teil der Lärmvorsorge, analog zur Luftreinhaltung, in hohem Maße durch EU-Vorgaben geprägt sein. In Juni 2005 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, wodurch diese Richtlinie 2002/49/EG mit fast einjähriger Verspätung umgesetzt wurde. Die Umgebungslärmrichtlinie verfolgt das Ziel, ein gemeinsames Konzept zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (definiert als „belästigende oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien, die durch Aktivitäten von Menschen verursacht werden“) festzulegen, und hat folgende Schwerpunkte:

- Verwendung gemeinsamer Lärmindizes für Lärm aus unterschiedlichen Quellen,
- Aufstellung strategischer Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen, Hauptbahnstrecken und Großflughäfen sowie für Ballungsräume,
- Aufstellung von Aktionsplänen zur Bekämpfung des Umgebungslärms für die Umgebung von Hauptverkehrsstraßen, Hauptbahnstrecken und Großflughäfen sowie für Ballungsräume,
- Information und Beteiligung der Öffentlichkeit,

- Erfassung von Daten über den Umgebungslärm und Ausarbeitung von Berichten aufgrund entsprechender Berichtspflichten als Grundlage für die Ausgestaltung der weiteren Gemeinschaftspolitik.

Die Umsetzung und Durchführung der EU-Vorgaben ist zur Zeit allerdings noch nicht abschließend geregelt.

Neben dem Umgebungslärm bleibt der Lärm aus anderen Quellen bedeutsam, insbesondere durch elektro-akustische Verstärkung von Musik (Diskothek oder als „persönliche“ Musik via Kopfhörer).

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Eine hohe andauernde Lärmbelastung führt im Extremfall zu Gehörschäden. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter Gehörbeeinträchtigungen und -schäden, die zu einem wesentlichen Teil auf „Freizeitlärm“ wie laute Musik, lautes Spielzeug oder Feuerwerkskörper zurückzuführen sind. Ein hoher Anteil junger Erwachsener ist bereits irreversibel hörgeschädigt.

Aber auch Alltagslärm ohne extreme Lautstärke kann zu gesundheitlichen und psychischen Beeinträchtigungen wie z.B. Schlafstörungen, Behinderung der Kommunikation, Minderung der Konzentration sowie der Lern- und Leistungsfähigkeit sowie zur Beeinträchtigung von Erholung und Entspannung führen. Lärm ruft unspezifische Stressreaktionen hervor, wobei im Tagesrhythmus (Tag/Nacht) unterschiedliche Reaktionen entstehen.

Längerfristige Lärmbelastungen führen zu kardio-vaskulären Veränderungen. Die vorliegenden Befunde weisen darauf hin, dass sich Risiken für Krankheiten des Herz-Kreislauf-, Magen-Darm- und Immunsystems erhöhen. Epidemiologische Studien zum Zusammenhang zwischen Verkehrslärm und Herzinfarkt zeigen eine konsistente Tendenz zu Risikoerhöhungen bei Lärmbelastung.

### Wesentliche kommunale Strategien

Hinsichtlich der Minderung von Umgebungslärm sind die Gemeinden verpflichtet, Lärm-minderungspläne für Gebiete aufzustellen, in denen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche hervorgerufen werden oder zu erwarten sind. Die Aufstellung dieser Lärmminde-rungspläne beinhaltet folgende Schritte:

1. Diagnostik / Situationsanalyse:
  - ▲ Aufstellung von Schallemissionskatastern (bestehende Schallquellen und ihre Quellstärke);
  - ▲ Aufstellung von Schallimmissionskatastern (räumliche Verteilung von Schallpegeln / Lärmbelastungen);
  - ▲ Aufstellung von Immissionsempfindlichkeitskatastern: zur Beurteilung von Lärmbelastungen bedarf es – abhängig von der Schallquellenart und der baulichen Nutzung – der Festlegung von Akzeptanzgrenzen, die so genannten Empfindlichkeiten zeigen, welche Lärmbelastungen an welchen Stellen zulässig sind;

- ▲ Aufstellung von Schallkonfliktkatastern: positive Differenzen zwischen Belastungskataster und Empfindlichkeitskataster (d.h. Grenzwertüberschreitungen) werden als „Konflikt“ bezeichnet.
2. Maßnahmenentwicklung:
    - ▲ Aufstellung von Lärminderungsplänen (im Falle festgestellter Lärmkonflikte bei Wohngebieten und anderen schutzwürdigen Gebieten).
  3. Umsetzung entsprechender Maßnahmen zur Lärminderung.

Die Aufstellung der verschiedenen Kataster zum Umgebungslärm, die Feststellung entsprechender Schutzmaßnahmen und vor allem ihre Umsetzung sind in aller Regel mit erheblichem Aufwand verbunden. Daher wurde diese Pflichtaufgabe von vielen Gemeinden noch nicht bearbeitet.

Ergänzend zu dieser Lärminderungsplanung für Umgebungslärm stellt sich die Aufgabe, auch im persönlichen Bereich Lärmbelastungen zu mindern. Wie für Lärm im „Außenraum“ existiert hier wiederum ein Spektrum unterschiedlicher Ansätze zur Lärmprävention. Wichtige Strategien sind dabei:

- Aufklärung betroffener Personen samt Umfeld (Eltern, Lehrerschaft),
- Motivationsförderung zum Abstellen gesundheitsgefährdender Lärmbelastungen,
- Angebote zur Früherkennung bereits eingetretener gesundheitlicher Schäden.

Bisher wurden insbesondere zum Einsatz an Schulen verschiedene Materialien, z.B. von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA 2005), entwickelt. Einen innovativen Weg bietet z.B. eine für Jugendliche entwickelte multimediale Experimentiersoftware (Bayernaktiv 2005). Im Rahmen des deutschen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) wurde die Akzeptanz von Musikschallpegelbegrenzungen bei Schülern untersucht; außerdem werden zurzeit Messinstrumente entwickelt und erprobt, die sich zur Evaluation verschiedener Ansätze der Lärmprävention einsetzen lassen.

Kommunale Gesundheits- und Umweltämter regen entsprechende Aktivitäten der Lärmprävention vor Ort an und bieten dazu fachliche Unterstützung, z.B. in Form von Gesundheits- und Umwelttagen, auf denen sie neben dem speziellen „Tag des Lärms“ über die Lärmproblematik informieren und für Lärmvorsorge werben.

## Literatur

- *Bayernaktiv* [2005]: earaction – is it loud? Lärm-CD, multimediale Experimentiersoftware für Jugendliche, [www.bayernaktiv.de/de/left/projekte/qualitaet/earaction.htm](http://www.bayernaktiv.de/de/left/projekte/qualitaet/earaction.htm).
- *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.)* [2005]: Lärm und Gesundheit. Materialien für 5.-10. Klassen. Internet-Ausgabe, [www.bzga.de/bzga\\_stat/lug/index.htm](http://www.bzga.de/bzga_stat/lug/index.htm).
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [1999]: Kommunale Umweltberichte. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltberichte, Berlin (Umweltberatung für Kommunen).

- *Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit und Fachinformationsdienst Lebenswissenschaften, Umwelt und Gesundheit* [2005]: Linksammlung „Lärm und Gesundheit“, [www.gsf.de/flugs/links\\_laerm.phtml](http://www.gsf.de/flugs/links_laerm.phtml).
- *Lärmkontor GmbH* [2004]: Grenzwerte, Orientierungswerte, Richtwerte im Lärmschutz. Broschüre, Hamburg, download unter:  
[www.laermkontor.de/deutsch/Veroeffentlichungen/download.html](http://www.laermkontor.de/deutsch/Veroeffentlichungen/download.html).
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2003]: Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen, Teilprojekt: Berechnung der Auswirkungen von technischen emissionsmindernden Maßnahmen bei Kraftfahrzeugen sowie von lokal wirksamen Verkehrslenkungsmaßnahmen auf Straßenverkehrslärm und Schadstoffimmissionen, Planungsgruppe Nord, Kassel, in Zusammenarbeit mit Universität Kassel, Endbericht, download unter [www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender\\_gesundheitsschutz\\_minderungspotentiale.pdf](http://www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender_gesundheitsschutz_minderungspotentiale.pdf).
- *Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)* [2003]: Vorbeugender Gesundheitsschutz durch Mobilisierung der Minderungspotentiale bei Straßenverkehrslärm und Luftschadstoffen, Teilprojekt: Risikoberechnung zum Einfluss verkehrsbedingter Luftschadstoffe und von Straßenverkehrslärm auf die Gesundheit exponierter Personen, Voss Toxikologische Beratung, Müllheim, in Zusammenarbeit mit FoBiG, Freiburg, Endbericht, download unter [www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender\\_gesundheitsschutz\\_gesundheit.pdf](http://www.apug.nrw.de/pdf/vorbeugender_gesundheitsschutz_gesundheit.pdf).
- Umgebungslärmgesetz: Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, Bundesgesetzblatt 2005 Teil I, Nr. 36, download unter <http://217.160.60.235/BGBL/bgbl1f/bgbl105s1794.pdf>.
- *Umweltbundesamt* [2005]: Bereich Lärmprobleme. Informationen bei Lärmproblemen, [www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/einleitung.html](http://www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/einleitung.html).
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: Umwelt und Gesundheit in Deutschland. Beispiele aus dem täglichen Leben, Berlin.

## Links

- APUG: [www.apug.de/uug/laerm/index.htm](http://www.apug.de/uug/laerm/index.htm)
- Bundesumweltministerium: [www.bmu.de/laermschutz/aktuell/aktuell/1690.php](http://www.bmu.de/laermschutz/aktuell/aktuell/1690.php)
- Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung: [www.dalaerm.de](http://www.dalaerm.de)
- WHO: [www.who.int/topics/noise/en](http://www.who.int/topics/noise/en)




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Lebenswert leise

### Norderstedt, Schleswig-Holstein

Die Stadt Norderstedt befasst sich seit geraumer Zeit intensiv mit verschiedenen Arten von Lärmbelastung. Für die Lärminderungsplanung wurde im Jahre 2002 ein Leitbild mit Leitzielen beschlossen, die sich auf den Schutz der Gesundheit, störungsfreien Schlaf und störungsfreie Kommunikation beziehen. Als erste Kommune Deutschlands begann Norderstedt mit der Umsetzung der EG-Richtlinie über Umgebungslärm: Seit 2003 ist die Bearbeitung des Themas Lärmschutz auf die Anforderungen des Europarechts umgestellt. Die Aktivitäten wurden als Modellprojekt der Metropolregion Hamburg anerkannt und finanziell gefördert.

### Projektbeschreibung

In Norderstedt (Schleswig-Holstein) sorgt die durch den benachbarten Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel verursachte Fluglärmbelastung seit langem für öffentliche und politische Aufmerksamkeit für das Thema Lärm. Daher beschäftigt sich die Stadt – auch wenn sie auf den Fluglärm keine direkten Einflussmöglichkeiten hat – seit geraumer Zeit intensiv mit verschiedenen Arten von Lärmbelastung. Im Jahre 2001 wurden Lärmanalysen für die Bereiche Gewerbe, Sport- und Freizeitanlagen sowie Schienen- und Straßenverkehr auf Basis der Verpflichtungen des deutschen Rechts (§ 47a BImSchG) erstellt. Im Folgejahr wurden die für Norderstedt grundsätzlich verfügbaren Minderungspotenziale identifiziert und konkrete Vorschläge formuliert.

Als erste Kommune Deutschlands begann Norderstedt mit der Umsetzung der EG-Richtlinie über Umgebungslärm: Seit 2003 ist die Bearbeitung des Themas Lärmschutz auf die Anforderungen des Europarechts umgestellt. Die Aktivitäten wurden als Modellprojekt der Metropolregion Hamburg anerkannt und finanziell gefördert. Inzwischen liegen die von der EG-Richtlinie geforderten Strategischen Lärmkarten vor, welche die Lärmindizes  $L_{den}$  und  $L_{night}$ , Belastetenzahlen (nach verschiedenen Berechnungsvarianten), Belastungsschwerpunkte sowie „Ruhige Gebiete“ ausweisen (Popp 2005).

Für die Norderstedter Lärminderungsplanung wurde im Juni 2002 ein Leitbild mit folgenden drei Leitzielen beschlossen:

- Schutz der Gesundheit: in Norderstedt ist kein Mensch einer gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung von 65 dB(A) oder mehr ausgesetzt;
- störungsfreier Schlaf: Schutz vor nächtlichen Lärmbelastungen über 45 dB(A);
- störungsfreie Kommunikation: in allen Wohn- und Erholungsgebieten liegt die maximale Lärmbelastung bei 55 dB(A).

Das Leitbild benennt auch Handlungsprioritäten, darunter die Beseitigung bestehender Lärmkonflikte mit vier Prioritäten (Priorität 1 = Gebiete mit Lärmbelastungen > 75 dB(A))

tags/65 dB(A) nachts, an der Straßenfassade) und die Vermeidung neuer Lärmkonflikte durch Berücksichtigung von Grenz- und Richtwerten.

Parallel zum Lärminderungsplan werden in Norderstedt Flächennutzungsplan, Landschaftsplan und Verkehrsentwicklungsplan neu aufgestellt, die alle in inhaltlicher Beziehung zum Lärminderungsplan stehen. Für die vier Planwerke wird eine gemeinsame strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt.

Für den Gesamtprozess der Lärminderungsplanung erhält die Stadt Norderstedt Unterstützung durch drei externe Einrichtungen:

- ein Ingenieurbüro erstellte die Strategische Lärmkarten und das Modell zur Kosten-Nutzen-Evaluierung der vorgesehenen Maßnahmen;
- ein auf Stadt- und Verkehrsplanung spezialisiertes Planungsbüro erarbeitet Lärminderungspotenziale sowie den Aktionsplan und
- eine in Verkehrsfragen versierte Profimoderation hat den Mitwirkungsprozess der Öffentlichkeit konzipiert und inhaltlich verantwortet (Bonacker 2005).

Eine wesentliche Neuerung der Lärminderungsplanung nach europäischem Recht stellt die frühzeitige Information und effektive Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Ausarbeitung des Aktionsplanes dar. Mit einem an alle Haushalte verteilten Faltblatt wurde kurz über die Durchführung einer Lärminderungsplanung und die geleisteten Vorarbeiten informiert sowie zur bevorstehenden Mitwirkungsphase eingeladen. Mit einer Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Norderstedt. Lebenswert leise“ am 18.06.2004 wurde die Öffentlichkeit ausführlicher über den Lärmschutz informiert und zur Mitwirkung eingeladen. Es bildeten sich vier Arbeitsgruppen mit folgender Zielsetzung (Bonacker 2005): Aufzeigen von Problemen vor Ort; Einbeziehung subjektiven Empfindens; Akzeptanzerhöhung; Input für die Aktionsplanung an die Fachgutachter. Die Arbeitsgruppen bearbeiteten mit Unterstützung durch eine professionelle Moderation und externe Experten folgende Themenschwerpunkte:

- Radverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr,
- stadtverträglicher Straßenverkehr,
- Lärmschutz in Wohngebieten,
- Ruhige Gebiete.

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe „Stadtverträglicher Straßenverkehr“ war die Frage, wie der motorisierte Individualverkehr auf Norderstedts Straßen so abgewickelt werden kann, dass er sich mit allen übrigen städtischen Nutzungen verträgt. Die Arbeitsgruppe versteht unter Stadtverträglichkeit insbesondere folgendes: die Möglichkeit, gut einschlafen und bei geöffnetem Fenster schlafen zu können, sich ohne Störungen durch den Verkehr mit anderen Menschen unterhalten zu können, sich ohne Störungen durch den Straßenverkehr im Garten oder auf dem Balkon aufhalten zu können.

Die Arbeitsgruppe „Radverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr“ setzte sich dafür ein, durch verstärkte Nutzung von Rad, Bus und Bahn die große Zahl der Autofahrten im Stadtgebiet von Norderstedt zu verringern.

Neuland musste die Arbeitsgruppe „Ruhige Gebiete“ betreten, denn der Schutz von Ruhe zählt ebenfalls zu den wichtigen Neuerungen der europäischen Vorgaben. Da es für die Charakterisierung und Auswahl „Ruhiger Gebiete“ noch keine Vorbilder gibt, musste die Arbeitsgruppe zunächst Grundlagenarbeit leisten.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Mit ihrer Lärminderungsplanung verfolgt die Stadt Norderstedt einen bewussten und systematischen Ansatz zur Verknüpfung von Umwelt und Gesundheit; aus der Lärminderungsplanung geht ein klarer Zusammenhang zum gesundheitsbezogenen Umweltschutz hervor.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Lärmbekämpfung in Norderstedt ist ein strukturiertes und kooperatives Vorgehen mit Unterstützung externer Partner. Es erfolgt eine aktive Einbindung der Politik (Brüning 2005): Einladung zur Mitwirkung – „Politik als Teil der interessierten Öffentlichkeit“; Information im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (persönlich durch Gutachter, kontinuierlich schriftlich durch Ergebnisprotokolle); Arbeitsgespräch mit Mitgliedern der Stadtvertretung; Diskussion und Beschlussfassung durch die demokratisch legitimierten Gremien. Zwecks Suche nach gleichgerichteten Interessen und Unterstützung durch wichtige Akteure werden Workshops mit der Wohnungswirtschaft durchgeführt.

*Innovativer Gehalt:* Norderstedt hat als erste Kommune in Deutschland die EG-Richtlinie über Umgebungslärm umgesetzt. Darüber hinaus hat die Stadt eine innovative Methode zur Ermittlung von Prioritäten in der Lärminderungsplanung sinnvoll eingesetzt:

- die Ausweisung von Flächen, die einer Mehrfachbelastung aus unterschiedlichen Lärmquellen unterliegen, erlaubt eine mathematisch zulässige Aggregation verschiedener Lärmparameter und bietet die Möglichkeit, die Gesamtbelastung zu reduzieren, selbst wenn einzelne Handlungsfelder – wie der Fluglärm – nicht von der Stadt angegangen werden können;
- für die Identifizierung von Problemschwerpunkten werden „Betroffenheiten pro 100 m Straßenlänge“ und die LärmKennZiffer-Methode (LKZ) eingesetzt, wobei die LKZ die Höhe der Richtwertüberschreitung in dB(A) multipliziert mit der Anzahl betroffener Menschen darstellt, jeweils bezogen auf Straßenabschnitte von 100 m Länge: Je größer die LKZ, desto größer der Handlungsbedarf.

*Sinnvolle und ideenreiche Mittelverwendung:* Die in der EG-Umgebungslärmrichtlinie geforderte Darstellung der Kosten-Wirksamkeit vorgeschlagener Maßnahmen kann mit der von der Stadt Norderstedt eingesetzten Methode zur Ermittlung von Prioritäten gut erreicht werden. Darüber hinaus identifiziert ein neu entwickeltes Modell zur Kosten-Nutzen-Analyse die Auswirkungen auf städtische Steuereinnahmen und bietet damit eine gute Argumentationsbasis zur Refinanzierung von Lärmschutz.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Die Lärminderungsplanung in Norderstedt bietet in Form von vier thematischen Arbeitsgruppen vielfältige und effektive Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.

*Kommunikation:* Positiv hervorzuheben ist die Öffentlichkeitsarbeit zur Lärminderungsplanung in Norderstedt (Brüning 2005):

- Faltblatt an alle Norderstedter Haushalte,
- Broschüre mit allgemeinverständlicher Darstellung der Vorarbeiten,
- öffentliche Auftaktveranstaltung,
- kontinuierliche Berichterstattung über die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen,
- eigene Informationsveranstaltung zum Fluglärm,
- kontinuierliche Medienarbeit inklusive Presse, Rundfunk und insbesondere Internet (online sind Faltblatt, Broschüre, Angaben zu den Arbeitsgruppen bis hin zu Sitzungsterminen und detaillierten Sitzungsprotokollen abrufbar).

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Von Seiten der Moderation wurden unter der Überschrift „Worauf müssen die Kommunen bei Lärminderungs- und Aktionsplänen achten“ folgende Faktoren identifiziert (Bonacker 2005):

- Einrichtung Projektmanagement / Steuerung
- gegebenenfalls Auftrag an Moderation und Gutachter
- Datenbeschaffung
- Installation einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe
- Aufstellen eines Zeitplanes: wer macht was bis wann?
- Information: Wie? Welche Medien?
- Beteiligung an der Aktionsplanung: Wer? Wie? Wann?
- Überprüfung des Aktionsplanes: Wer? Wie? Wann?

Obwohl Lärminderungsplanung von den Lärmbetroffenen schnell als Hilfestellung verstanden wird, stellt sie für viele Akteure dennoch zunächst eine Zusatzaufgabe dar. Deshalb ist es erforderlich, für jede Zielgruppe möglichst viele spezifische Vorteile herauszuarbeiten und damit für eine Beteiligung an der Lärminderungsplanung zu werben. Hilfestellung ergab sich hierbei durch folgende Faktoren:

- Durch den Norderstedter Agenda 21-Prozess konnte auf die argumentative Begründung einer nachhaltigen Entwicklung zurückgegriffen und dem Vorurteil entgegen getreten werden, Lärminderung sei „bloß“ ein neues Umweltthema.
- Das für Norderstedt entwickelte Modell zur Kosten-Nutzen-Evaluierung gibt Anlass zur Hoffnung, durch eine geschickte Wahl von Lärminderungsmaßnahmen nennenswerte Gewinne für Wohnungswirtschaft und den städtischen Haushalt zu realisieren.

Weitere wichtige Erfolgsfaktoren sind:

- kontinuierliche Information auch derjenigen Akteure, die sich (zunächst) nicht zur Kooperation entschließen können; dann fällt ein späterer Einstieg leichter;
- Mitwirkung der Öffentlichkeit: die Hoffnungen auf eine Lärmreduzierung gilt es zu nutzen, um rasch und dauerhaft zu Fortschritten zu kommen; die Erwartungen dürfen aber nicht unrealistisch groß werden; für diese Gratwanderung kommt es entscheidend auf eine differenzierte, sensibel agierende und weitsichtige Prozesssteuerung an.

## Projektträger und Beteiligte

Die Norderstedter Lärminderungsplanung wird vom Fachbereich Umwelt der Stadt Norderstedt koordiniert. Unterstützung erfolgt durch die konsalt GmbH (Hamburg) für Gestaltung und Durchführung des Mitwirkungsprozesses, das Ingenieurbüro Lärmkontor (Hamburg) und das Planungsbüro Richter-Richard (Aachen – Berlin).

Bei der Aufstellung des Lärminderungsplans arbeiten mehrere Verwaltungen zusammen und zwar (Brüning 2005):

- Verkehrsplanung (Straßen-, Radverkehr),
- Verkehrsaufsicht/Polizei (Fahrzeuglärm- und Geschwindigkeitskontrollen),
- Verkehrsgesellschaft (Planung und Bestellung des Öffentlichen Personennahverkehrs),
- Stadtplanung (Flächennutzungs- und Bebauungspläne),
- Bauaufsicht, Team Natur und Landschaft (Schutz ruhiger Gebiete),
- Städtisches Betriebsamt (z.B. Sammelcontainer),
- Abteilung Schule und Sport (Sportstätten, Freizeitanlagen).

## Zielgruppen

- Öffentlichkeit
- Verwaltung
- Politik
- Nachbarkommunen und Kommunen des gesamten Ballungsraumes Hamburg

## Projektkosten und Finanzierung

- Haushaltsmittel Stadt Norderstedt
- Förderung als Modellprojekt für die Metropolregion Hamburg durch den „Förderfonds Nord“

## Laufzeit

- fortlaufend

## Weitere Informationen

- *Bonacker, Margit* [2005]: Das Beispiel Norderstedt: Lärmkartierung und Aktionsplanung nach der Umgebungslärmrichtlinie. Teilbeitrag 3: Der laufende Prozess – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit als Teil der Aktionsplanung, Vortrag im Rahmen der Tagung „Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung – Die Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie und der EG-Luftqualitätsrahmenrichtlinie in deutsches Recht“, 24.-25.2.2005, download unter <http://www.laermkontor.de>.
- *Brüning, Herbert* [2005]: Aktionen nach Plan, in: Der Gemeinderat, H. 3, S. 42-43.
- *Brüning, Herbert* [2005]: Das Beispiel Norderstedt: Lärmkartierung und Aktionsplanung nach der Umgebungslärmrichtlinie. Teilbeitrag 1: Die Vorgeschichte – Entscheidung für den Prozess, Vortrag im Rahmen der Tagung „Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung – Die Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie und der EG-Luftqualitätsrahmenrichtlinie in deutsches Recht“, 24.-25.2.2005, download unter <http://www.laermkontor.de>.
- *Popp, Christian* [2005]: Das Beispiel Norderstedt: Lärmkartierung und Aktionsplanung nach der Umgebungslärmrichtlinie. Teilbeitrag 2: Die Lärmanalyse – Lärmkartierung nach den Vorgaben der Umgebungslärmrichtlinie, Vortrag im Rahmen der Tagung „Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung – Die Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie und der EG-Luftqualitätsrahmenrichtlinie in deutsches Recht“, 24.-25.2.2005 download unter <http://www.laermkontor.de>.
- *Stadt Norderstedt, Der Bürgermeister (Hrsg.)* [2004]: „Norderstedt Lebenswert leise.“ Informationen der Stadt Norderstedt zum Thema Lärminderungsplanung, Norderstedt, downloadunter [www.norderstedt.de/index.php?hid=8&id=4629](http://www.norderstedt.de/index.php?hid=8&id=4629).
- [www.norderstedt.de](http://www.norderstedt.de)

## Ansprechpartner

### **Herbert Brüning**

Stadt Norderstedt  
Fachbereich Umwelt  
Rathausallee 50, 22846 Norderstedt  
E-Mail: [umwelt@norderstedt.de](mailto:umwelt@norderstedt.de)  
Telefon: 040/53595-365

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Lärm – das „überhörte“ Gesundheitsproblem: Informationen der Kompass-Umweltberatung Viernheim

### Viernheim, Hessen

In der Stadt Viernheim existiert seit 1991 ein Verein „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“, der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Umweltthemen betreibt. Der Verein informiert in seinem Webauftritt über gesundheitliche und ökologische Themen, darunter auch über Lärm als das „überhörte“ Gesundheitsproblem. Unter der Überschrift „Wie kommt man zu einem Leben mit mehr Stille?“ sind Empfehlungen zum Umgang mit Straßen-, Flug- und Schienenverkehrslärm, Lärm am Arbeitsplatz, Industrie- und Gewerbelärm, Baulärm und „lautstarker Technik“ in Haushalt, Garten und Freizeit skizziert. Das Informationsangebot im Internet findet gute Resonanz; monatlich erfolgen etwa 1.300 Zugriffe.

### Projektbeschreibung

In der Stadt Viernheim der hessischen Rhein-Neckar-Region existiert seit 1991 unter Vorsitz des Bürgermeisters der Stadt Viernheim der Verein „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“, der folgende Leistungen anbietet und erbringt:

- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Umweltthemen wie Auto und Verkehr, Müllvermeidung, Müllverwertung, Wasser sparen, Gesundheit und Ernährung,
- Erstellung von Umweltmarketing-Konzepten für Kommunen, Gewerbe, Organisationen,
- Dienstleistungen für interne Kommunikation in Verwaltungen und Gewerbe (Betriebszeitschriften, Mitarbeiterinformationen),
- Veranstaltungs- und Projektmanagement sowie
- Recherchedienste (aktuelle Literatur, Kontaktadressen, Labore und Analyse-Institute).

In seinem Webauftritt informiert der Verein über gesundheitliche und ökologische Themen. Neben Themen wie Wohnen, Abfall, Heimwerken, ökologische Produktinformationen sowie Strahlenbelastung durch Handy und schnurloses Telefon wird auch das Thema Lärm als das „überhörte“ Gesundheitsproblem behandelt. Es wird erläutert, auf welche Weise Lärm belästigt, „stresst“ und die Gesundheit gefährdet, und ein Überblick über die Abstufung lärmphysiologischer Wirkungen, von Hörschwelle bis Schmerzschwelle, gegeben. Unter der Überschrift „Wie kommt man zu einem Leben mit mehr Stille?“ findet man Empfehlungen zum Umgang mit Straßen-, Flug- und Schienenverkehrslärm, Lärm am Arbeitsplatz, Industrie- und Gewerbelärm, Baulärm und „lautstarker Technik“ in Haushalt, Garten und Freizeit. Diese Empfehlungen werden durch Texte unter den Überschriften „Gönnen Sie sich selbst mehr Ruhe“, „Wie kann ich mich schützen?“, „An wen kann ich mich wenden?“ und „Höllenslärm oder Himmlische Ruhe“ ergänzt. Der Webauftritt von „Kompass“ präsentiert auch Antworten

zur „Frage des Monats“ und es finden sich Links zu Beratungseinrichtungen, Behörden auf Landes- und Bundesebene, Umweltverbänden und zu einschlägigen Zeitschriften.

Das Informationsangebot des Vereins zum Thema Lärm ist keine isolierte Einzelmaßnahme, sondern steht im Kontext mit weiteren Bemühungen der Stadt Viernheim um einen verbesserten Lärmschutz:

- In einer eigenen Verordnung der Stadt Viernheim vom 16. Juni 1993 wird ergänzend zu anderen Rechtsvorschriften der örtliche Lärmschutz geregelt. Als Grundregel (§ 2) soll sich jede Person so zu verhalten, dass andere nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar durch Lärm beeinträchtigt werden. Die Nacht-, Mittags- und Feiertagsruhe werden besonders geschützt. Zuständig für die Durchführung dieser Verordnung ist die örtliche Ordnungsbehörde.
- Seit 1998 haben der Verein und das von ihm unterhaltene Umweltbüro – ausgestattet mit einer Umweltberaterin und einer Sekretärin – zusätzlich die Aufgabe der Koordinierung und Organisation des Lokale-Agenda-21-Prozesses in der Stadt Viernheim übernommen. Auch im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wird das Thema Lärmvorsorge als ein wesentliches Handlungsfeld angesehen. So sind die Verringerung verkehrsbedingten Lärms, die Erstellung eines kommunalen Lärmreduzierungsprogramms sowie die Fortführung der Informations- und Aufklärungsarbeit über gesundheitliche Gefahren von Lärm als Ziele im „Kommunalen Handlungsprogramm Lokale Agenda 21“ der Stadt Viernheim enthalten.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* In den 1980er Jahren propagierte die Politik in Viernheim das Thema „Umweltorientierung“. Umwelt war zu diesem Zeitpunkt zwar ein herausragendes gesellschaftliches Thema, aber es fehlte gewissermaßen die Verbindung zur Lebenswelt der Menschen. Deshalb wurde in der Folgezeit stärker auf Selbstverantwortung und Selbsthilfe gesetzt und ein Ansatz zur umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft und einer notwendigen Verantwortungsgemeinschaft von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft für die Zukunft („Bürgerkommune“) gewählt. Damit einher ging die stärkere Beachtung der Gesundheitsrelevanz von Umweltthemen. Die lärmbezogene Informations- und Aufklärungsarbeit des Vereins „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“ ist ein Teilergebnis des hier skizzierten Prozesses in der Stadt Viernheim.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Viernheim zeichnet sich durch eine sehr erfolgreiche Beteiligung der Bürger aus. Dabei wird Bürgerbeteiligung unter dem Stichwort „Entwicklung zur Bürgerkommune“ als übergreifende Aufgabenstellung mehrerer Verwaltungseinheiten verstanden; sie bietet eine gute Möglichkeit, vorhandenes Ressortdenken („blockierende Verhältnisse“) zu überwinden. Die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 aufgebauten Strukturen (Zukunftswerkstätten, Agenda - Forum, Themenbereichs-Arbeitskreise, Runde Tische) befördern die Kooperation, auch zum Thema Lärmreduzierung.

*Langfristigkeit der Maßnahmen:* Ein ausführliches Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot wird kontinuierlich „vor Ort“ vorgehalten.



*Evaluation:* Das Informationsangebot zum Thema Lärm findet gute Resonanz; auf dieses ortsgebundene Angebot erfolgen monatlich ca. 1.300 Internet-Zugriffe.

*Bürgerschaftliches Engagement/Bürgerbeteiligung:* Im Verein „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“ haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zur Mitwirkung und Mitgliedschaft.

*Befähigung und Qualifizierung:* Durch die Informations- und Aufklärungsarbeit zum Thema Lärm erhalten die Nutzer und Nutzerinnen die Möglichkeit, ihre persönlichen Kompetenzen im Umgang mit Lärm und seinen gesundheitlichen Folgen zu verbessern.

*Kommunikation:* Ausgewählte Informationen zu aktuellen Themen des Gesundheits- und Umweltschutzes wie „Lärm“ sind leicht auffindbar und niederschwellig aufbereitet im Internet dargestellt.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- *Langfristige Schwerpunktbildung:* In Viernheim begann die Beschäftigung mit Themen ökologischer Stadtentwicklung bereits zu Beginn der 1980er Jahre. In einem Landeswettbewerb („Modellprojekt Hessische Energiesparstadt/Brundthelmsstadt“) im Jahr 1994 belegte Viernheim den ersten Platz und erhielt als Anerkennung für die geleistete Arbeit den Titel „Brundthelmsstadt“. Zeitgleich erfolgte eine erste Diskussion zum Gesunde-Städte-Projekt, im Jahre 1997 der Beitritt zu diesem Netzwerk und in den Folgejahren auch der Einstieg in die Lokale-Agenda 21-Arbeit. Diese Schwerpunktsetzungen sowie ein im Auftrag der Stadt Viernheim von der Universität Karlsruhe erarbeitetes ökologische Entwicklungsszenario bilden den strategischen Hintergrund für die Kompass-Umweltberatung.
- *Engagement und Unterstützung von politischer und Verwaltungsspitze:* Nach der Wahl eines hauptamtlichen Dezernenten im Jahre 1981 wurde Mitte der 1980er Jahre im Rathaus das „Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung“ neu gebildet. Etwas später (1991) erfolgte die Gründung des Vereins „Kompass Umwelt und Energieberatung e.V.“, der in der Bürgerschaft verankert ist und unter Vorsitz des Bürgermeisters, aber gleichwohl unabhängig von der Stadt Umweltberatungsarbeit leistet. Mit der Auszeichnung als Brundthelmsstadt wurde eine Stabsstelle „Brundthelmsbüro“ in der Organisation der Rathausverwaltung neu verankert. Mit dem Einstieg in die Agenda 21-Arbeit wurde das Umweltberatungsbüro des Vereins Kompass dann als „Agenda-Büro“ institutionalisiert. Auf diese Weise wurden durch Engagement und Unterstützung von politischer und Verwaltungsspitze die strukturellen Grundlagen für die ökologische und damit gesundheitsfördernde Ausrichtung der Stadt Viernheim gelegt.

## Projektträger und Beteiligte

- Verein „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“ (Projektträger)
- verschiedene Ämter der Stadt Viernheim
- Lokale-Agenda-21-Büro

## Zielgruppe

- Bürgerinnen und Bürger

## Projektkosten und Finanzierung

- Personalkosten: Haushaltsmittel der Stadt Viernheim; Arbeitsetat: Spenden und Mitgliederbeiträge.

## Laufzeit

- fortlaufend

## Weitere Informationen

- [www.umwelt-kompass.de](http://www.umwelt-kompass.de)
- *Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje* [2005]: Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin, download unter [www.apug.de](http://www.apug.de).

## Ansprechpartnerin

**Anita Heckmann-Schradi**

Kompass Umweltberatung  
Wasserstraße 20, 68519 Viernheim  
E-Mail: [umwelt-kompass@t-online.de](mailto:umwelt-kompass@t-online.de)  
Telefon: 06204/8551

**Gute-Praxis-  
Beispiel****Bürgerbeteiligung bei  
Lärminderungsplanung**

Magdeburg, Sachsen-Anhalt

**Projektbeschreibung**

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben erarbeitet die Landeshauptstadt Magdeburg als Untere Immissionschutzbehörde Lärminderungspläne für bestimmte Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete, um gezielt gegen Lärmquellen vorzugehen. Im Stadtteil „Stadtfeld Ost“ wurde bereits eine Schallschutzmauer errichtet, um die Lärmbelastung durch die stark frequentierte Stadtautobahn zu mindern. Allerdings wird das Gebiet zunehmend als Standort von Betrieben aus dem Dienstleistungsbereich genutzt und die Straßen werden zunehmend von Fahrzeugen befahren, die andere Strecken umgehen wollen. In der Folge sind die Wohnungen im Stadtteil „Stadtfeld Ost“ und die dort lebenden Menschen weiterhin erhöhter Lärmbelastung ausgesetzt. Eine Lärminderungsplanung mit intensiver Bürgerbeteiligung soll hier Abhilfe schaffen. Mehrere Bürgerbefragungen wurden durchgeführt; eine Bürgerversammlung im Jahre 2004 erbrachte zahlreiche Anregungen, darunter Geschwindigkeitsbeschränkungen, Veränderung des Straßenbelages und Verlängerung der Schallschutzwand. Einige Vorschläge wie die Ausweitung einer Tempo-30-Zone wurden bereits umgesetzt; über andere Maßnahmen wird mit Blick auf Umsetzbarkeit noch weiter diskutiert. Das Magdeburger Beispiel „Stadtfeld Ost“ illustriert den Ansatz einer intensiven Bürgerbeteiligung bei der Lärminderungsplanung.

**Weitere Informationen**

- *Landeshauptstadt Magdeburg, Dezernat für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung und Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit [2004]: „Bewegte Stadt“ – Stadt in Bewegung. Die Lokale Agenda 21 und das Gesunde Städte Projekt der Landeshauptstadt Magdeburg, Magdeburg.*

**Ansprechpartner****Rolf Warschun**

Landeshauptstadt Magdeburg  
Umweltamt  
Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg  
E-Mail: [umweltamt@magdeburg.de](mailto:umweltamt@magdeburg.de)  
Telefon: 0391/540-2415

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in kommunale Verwaltung und Organisation<sup>1</sup>

Augsburg, Bayern

### Projektbeschreibung

Ziel dieses Pilotprojektes ist es, insbesondere die Lärmbelastung sowie die verkehrsbedingte Luftschadstoffbelastung und ihre Ursachen frühzeitig in alle Planungsüberlegungen einzubeziehen. Darüber hinaus sollen Bürger und Entscheidungsträger jederzeit über die vorherrschende Lärmbelastung informiert werden können.

Im Auftrag der Stadt Augsburg, mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und mit fachlicher Betreuung durch das Bayerische Landesamt für Umweltschutz, wurde ein Lärm- und Luftschadstoff-Informationssystem „LLIS“ erstellt. Das System lässt sich zur Unterstützung bei Planungsaufgaben einsetzen, unter dem Aspekt der Lärmvermeidung insbesondere in der Straßen- und Verkehrsplanung, Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung, bei der Erteilung von Baugenehmigungen, bei der Umsetzung der Verkehrslärmschutzverordnung, bei der Lärminderungsplanung und Lärmrehabilitation sowie bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21. Es enthält unter anderen Karten zu Lärmbelastungen, „Lärmkonflikten“ und „Lärmbetroffenheiten“ (anhand so genannter „Lärm-Einwohner-Gleichwerte“). Das System lässt sich kurzfristig und mit überschaubarem Aufwand aktualisieren. Es wurde bereits mehrfach auch zur Bürgerinformation am „Tag der Ruhe“ eingesetzt.

Solch ein anspruchsvolles und doch relativ einfach zu handhabendes Informationssystem mit aktuellen, entscheidungsrelevanten Informationen zu Lärm und Luftbelastung kann für viele Kommunen eine geeignete Arbeitshilfe bei Planungs- und Genehmigungsentscheidungen sein.

### Weitere Informationen

- *Accon GmbH* [o.J.]: Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in die Verwaltung und Organisation der Stadt Augsburg, im Auftrag der Stadt Augsburg, gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, download unter [www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/akt\\_umwe/llis\\_endbericht.pdf](http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/akt_umwe/llis_endbericht.pdf).
- [www.laermkarten.de/augsburg/index.php4](http://www.laermkarten.de/augsburg/index.php4)

---

<sup>1</sup> In Kapitel 3.1 ist dieses Gute-Praxis-Projekt mit dem Schwerpunkt Luftreinhaltung dargestellt.

Ansprechpartner

**Dr. Alois Betz**

Stadt Augsburg  
Umweltamt  
An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg  
E-Mail: [umweltamt.stadt@augzburg.de](mailto:umweltamt.stadt@augzburg.de)  
Telefon: 0821/324-7324

---

### 3.5 Ohne geht's nicht:

#### Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz



##### Ausgangslage

Wasser ist eine lebenswichtige Ressource. Im Rahmen seiner Nutzung wird es nicht verbraucht (im Sinne eines Nichtvorhandenseins nach der Nutzung), sondern nach erfolgter Reinigung wieder dem Wasserkreislauf zugeführt. Weltweit ist der Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser für Mensch und Natur dennoch ein ernstes Problem. „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Erde mit ihren vielfältigen und reichen Lebensformen einschließlich mehr als sechs Milliarden Menschen vor einer ernsthaften Wasserkrise“, schrieben die Vereinten Nationen bereits 2003 in ihrem Weltwasserentwicklungsbericht (vgl. World Water Assessment Programme 2003, S. 4). Die Verknappung des Wassers verschärft sich seither weltweit durch Verschmutzung, Vergeudung, wachsende Nachfrage und unzureichende Abwasserbehandlung.

Jeder Bürger in Deutschland verbraucht bzw. verschmutzt am Tag durchschnittlich etwa 130 Liter Trinkwasser. Der schonende Umgang mit der begrenzten Ressource Wasser ist daher auch hierzulande ein entscheidendes Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, denn ein intaktes Ökosystem bedarf einer guten Wasserqualität. Neben der sinnvollen Verminderung des Wasserverbrauches und der intelligenten Nutzung geht es vor allem um die Verminderung des Schadstoffgehalts des Wassers. Zwar steht Wasser in Deutschland in den meisten Regionen noch in ausreichender Menge und hoher Qualität zur Verfügung, aber dies ist nur deshalb so, weil viele Ballungsgebiete über zum Teil große Entfernungen mit sauberem Trinkwasser versorgt werden.

Der Schutz der Ressource Wasser verlangt nach Maßnahmen in drei Handlungsfeldern.

- **Gewässerschutz**  
Die Wasserqualität von stehenden Gewässern und Fließgewässern muss nicht nur erhalten, sondern beispielsweise vor Emissionen aus Landwirtschaft, Industrie und Verkehr noch besser geschützt werden. Zum Gewässerschutz gehört es aber auch, Fließgewässer zu renaturieren und Auen zu erhalten.
- **Grundwasserschutz**  
Das Grundwasser ist vielfältigen Gefährdungen durch menschliche Aktivitäten ausgesetzt. Im Vergleich zum Oberflächengewässer wirken diese Gefährdungen nicht sofort, da Grundwasser nur langsam fließt und Schadstoffe durch die Bodenschichten langsamer transportiert werden. Organismen im Grundwasser sind nur an die dort herrschenden extremen Bedingungen angepasst und entsprechend empfindlich gegen Fremdeinflüsse.
- **Abwasserbehandlung**  
Schädliche Inhaltsstoffe in häuslichen und industriellen Abwässern stören das natürliche Gleichgewicht in den Gewässern und gefährden deren Qualität. Daher gilt es, neben

der Vermeidung von Emissionen, das Abwasser entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu behandeln – dabei sind vor allem die Kommunen gefragt.

Im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung gilt es, in all diesen Bereichen auf eine Schonung der Ressource Wasser hinzuwirken und seine Qualität zu erhalten (vgl. Grohmann 2005). So heißt es auch in der Agenda 21, dem Abschlussdokument des Weltgipfels für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro: „Die weitverbreitete Knappheit, die allmähliche Zerstörung und die zunehmende Verschmutzung der Wasserressourcen in vielen Regionen der Erde im Verbund mit der kontinuierlichen Zunahme unverträglicher Tätigkeiten machen eine integrierte Planung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen erforderlich“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 160). Und auch beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg wurde das ehrgeizige Ziel vereinbart, bis 2015 den Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung und zu unbedenklichem Trinkwasser zu halbieren.

In Deutschland hat die Umweltpolitik mit Blick auf den Gewässerschutz in den vergangenen Jahren Erfolge gezeitigt. Der Zustand vieler Flüsse und Gewässer hat sich verbessert, das Wirtschaftswachstum ist vom Wasserverbrauch abgekoppelt. „Die Verschmutzung der Gewässer wurde deutlich reduziert. Diese Erfolge sind das Ergebnis der Kooperation vieler Akteure der Gesellschaft: Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Fachverbände und nicht zuletzt engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort“ heißt es in einer Publikation des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit / Umweltbundesamt 2001, S. 1).

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Trotz dieser positiven Entwicklung ist ein sinnvoller und intelligenter Umgang mit Wasser nach wie vor von großer Bedeutung für das Handlungsfeld „Umwelt und Gesundheit“. Das ökologische Gleichgewicht der Gewässer ist eine Voraussetzung für ein gesundes Leben. „Die Süßwasserressourcen sind ein essentieller Bestandteil der Hydrosphäre und ein unverzichtbarer Teil aller Ökosysteme der Erde“, heißt es dazu in der Agenda 21 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1997, S. 160).

Mängel in Versorgung oder in der Qualität des Wassers wirken sich vielfach negativ auf die Gesundheit aus. Global zählen wasserbedingte Krankheiten zu den am stärksten verbreiteten Krankheits- und Todesursachen (vgl. World Water Assessment Programme 2003, S. 11). Gerade im Handlungsfeld Wasser wird die Verknüpfung der Bereiche Umwelt und Gesundheit deutlich: Umweltbelastungen im Wasser wirken sich unmittelbar auf die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher aus. Neben dem intelligenten Umgang mit Wasser bedeutet das vor allem, Belastungen mit Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie und privaten Haushalten möglichst zu vermeiden und zu vermindern. Jeder Mensch erzeugt in Deutschland durchschnittlich etwa 130 Liter Abwasser pro Tag. Daher sind eine effektive Abwasserbehandlung und die Rückführung des gereinigten Abwassers in den Wasserkreislauf von entscheidender Bedeutung.

## Wesentliche kommunale Strategien

Die Wasserwirtschaft ist elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Gemäß Wasserhaushaltsgesetz ist es Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Wasserversorgung bei gleichbleibend hoher Qualität sicher zu stellen. Daher leisten Städte und Gemeinden auch wesentliche Beiträge zum Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz. Dabei bedeutet Wasserwirtschaft „die Umverteilung des natürlichen Wasserangebots gemäß den Bedürfnissen der Gesellschaft nach Wassermenge und Wasserqualität sowie die Behandlung anfallender Abwässer“ (Umweltbundesamt / Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2001, S. 10). Gerade auf kommunaler Ebene können wertvolle Beiträge zum Schutz der Ressource Wasser geleistet werden. Beispielsweise bestehen hier Handlungsspielräume die Abwassermenge zu reduzieren, durch

- den sinnvollen und intelligenten Umgang mit Frischwasser,
- Reduzierung der in Kanäle abgeleitete Niederschlagswassermengen durch Entsiegelung von Flächen und Versickerung des Niederschlagswassers,
- Fernhalten von Grund- und Quellwasser aus der Kanalisation (vgl. dazu Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg 2001, S. 15)

Vor allem im Rahmen kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse, wie der Lokalen Agenda 21 haben zahlreiche Städte und Gemeinden Projekte und Kampagnen zum Gewässerschutz gestartet. In der Praxis zeigt sich dabei, dass unterschiedliche Akteure beim Thema Wasser eingebunden werden müssen. Von der kommunalen Verwaltung über die Landwirtschaft und Konsumentinnen und Konsumenten bis zu Unternehmen reichen diese Kooperationen.

## Literatur

- *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.)* [1997]: Agenda 21: Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente, Bonn.
- *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2001]: Der Wassersektor in Deutschland. Methoden und Erfahrungen, Berlin und Bonn.
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [1999]: Kommunale Umweltberichte. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltberichte, Berlin (Umweltberatung für Kommunen).
- *Grohmann, Andreas: Sechs Prinzipien einer nachhaltigen Trinkwasserversorgung, Vom Wasser 103 (2005) 1, 7-15*
- *Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (Hrsg.)* [2001]: Wasser, Stuttgart.
- *Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.)* ([2001]: Aktionshandbuch. Nachhaltige Wasserwirtschaft und Lokale Agenda 21, Berlin.



- *World Water Assessment Programme (Hrsg.)* [2003]: Wasser für Menschen, Wasser für Leben – Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen: Zusammenfassung, Bonn.

#### Link

- Projekt „Nachhaltige Wasserwirtschaft & Lokale Agenda 21“: [www.wasser-agenda.de](http://www.wasser-agenda.de)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Saubere Neiße

### Görlitz, Sachsen

Für den Gewässerschutz der Neiße baute die Stadt Görlitz internationale Kontakte auf. Nachdem eine hohe Verschmutzung festgestellt worden war, tat sich Görlitz mit Partnern in Polen und Tschechien zusammen, um die Qualität des Trinkwasserlieferanten Neiße zu verbessern. Die Zusammenarbeit trägt mittlerweile Früchte: Die Wasserqualität stieg von Stufe III (stark verschmutzt) auf Stufe II (mäßig belastet). Dazu beigetragen hatte unter anderem die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zudem wurden u.a. Kläranlagen modernisiert und die interkommunale Zusammenarbeit verstärkt. Die Kommunen arbeiten z.B. beim Hochwasserschutz zusammen und beschäftigen sich mit einer möglichen Nutzung der Gewässer für Sport und Tourismus.

### Projektbeschreibung

„Aus der Not heraus geboren“ wurde dieses Projekt. Nachdem im Volksbad der Stadt Görlitz Krankheitserreger gefunden worden waren, stand bald fest: Die Verschmutzung des Flusses Neiße, aus dem Wasser in das Becken gepumpt wurde, war die Ursache. Der Grenzfluss Neiße hat eine besondere Bedeutung, denn er dient auch als internationaler Trinkwasserlieferant für Tschechien, Polen und Deutschland (Sachsen). Deshalb entwickelten das Gesundheits- und das Umweltamt Görlitz zusammen mit der Hygieneinspektion der polnischen Stadt Zgorzelec 1993 ein gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung des Neißewassers und ihrer Zuflüsse. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Fluss die Gewässergütequalität III („stark verschmutzt“). Ein Jahr später bildete sich die trilaterale Arbeitsgruppe „Saubere Neiße“. Neben regelmäßigen Treffen findet seit 1994 jährlich ein Symposium mit Fachvorträgen und Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch der Mitglieder statt. Dieses wird im Wechsel in Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik veranstaltet.

Ziel des Projektes ist die ökologische Sanierung des gesamten Einzugsgebietes durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kommunen. Zahlreiche Erfolge konnten mit Hilfe der intensiven Kooperation bereits erreicht werden. So wurden etwa im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Görlitz Bachpatenschaften initiiert. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Schulen und Vereinen, die Möglichkeit, sich aktiv an der Beobachtung, Pflege und naturnahen Gestaltung der Gewässer zu beteiligen. Zudem wurden Kläranlagen auf den Stand der Technik gebracht, ein kommunales Meldesystem zur schnellstmöglichen Information bei Havarien aufgebaut sowie eine Karte über Abwassereinleitungen in die Neiße mit Daten der geplanten Beendigung des Zustandes erstellt. Die Kommunen arbeiten außerdem in Fragen des Hochwasserschutzes eng zusammen, entwickeln Konzepte für die Uferpflege und zur Erfassung von wassergefährdenden Altlasten und beschäftigen sich aktuell mit einer möglichen Nutzung der Gewässer für Sport und Tourismus. Die Problematik der Durchlässigkeit des Flusses für Fische in Hinblick etwa auf Wehre und die Beseitigung aggressiver Neophyten (eingeschleppte oder eingewanderte Pflanzen) stehen ebenfalls auf der Agenda der Arbeitsgruppe. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der

Sensibilisierung der Bevölkerung, v.a. in Form von Workshops, Veröffentlichungen und einer Ausstellung, begleitet die Aktionen. Finanziert wird die Arbeit zum größten Teil aus Fördermitteln der EU im Rahmen der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa (ERN). Die Kommunen steuern einen prozentualen Eigenanteil bei.

Die Wasserqualität der Lausitzer Neiße hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Mittlerweile weist sie oberhalb von Görlitz eine Güte von II („mäßig belastet“) auf.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Projekt startete mit dem klaren Ziel, die Qualität des Neißewassers zu verbessern. Die Verbindung von Umweltschutz und Gesundheitsförderung wird bei diesem Projekt sowohl in der Konzeption als auch in der Umsetzung herausgestellt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die Akteure arbeiten länderübergreifend in stabilen und vernetzten Kooperationsstrukturen unter Einbeziehung der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa (ERN) zusammen. Dabei sind in der Stadt Görlitz sowohl das Umwelt-, als auch das Gesundheitsamt an der Kooperation beteiligt.

*Evaluation:* Für die Evaluation des langfristigen Vorhabens und seiner Wirkungen ist gesorgt.

*Sinnvolle und ideenreiche Mittelverwendung:* Die Akteure suchen nach den kostengünstigsten Möglichkeiten der Durchführung.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Kommunikation:* Für Bürgerinnen und Bürger gibt es Möglichkeiten der Beteiligung (Bachpatenschaften), angesprochen werden sie durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- kommunale Partner finden und sich mit ihnen vertraut machen – durch Ausdauer und Beziehungspflege
- Strukturen der Partner recherchieren – Ansprechpartner herausfinden
- „Fachübersetzer“ bei Verständigungsschwierigkeiten etwa auf Grund unterschiedlicher Klassifizierungen
- gemeinsames Ziel formulieren
- Weiterentwicklung durch Privatinvestoren
- Vermarktung / Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Aufgaben

## Projektträger und Beteiligte

*Deutschland:*

- Umweltamt Görlitz (Untere Wasserbehörde)
- Amtsarzt der Stadt Görlitz

Ohne geht's nicht: \_\_\_\_\_

- Landratsamt Niederschlesischer Oberlausitzkreis
- Landratsamt Löbau-Zittau (Sachgebiet Wasser / Naturschutz)
- Stadtverwaltung Görlitz
- Staatliches Umweltfachamt

*Polen:*

- Landratsamt Zgorzelec
- Gemeindeverband Zgorzelec
- Landratsamt Luban

*Tschechien:*

- Umweltreferat der Kreisverwaltung Liberec
- Umweltschutzreferat (Wasserwirtschaftsabteilung) der Kreisverwaltung Liberec
- Stadtverwaltung Liberec
- Bürgermeister der Stadt Varnsdorf
- Stadtverwaltung Jablonec
- Tschechische Umweltüberwachung-Bezirksinspektorat
- Gemeindeverwaltung Visnová

## Zielgruppe

- Bürgerinnen und Bürger (Deutschland, Tschechien, Polen)

## Projektkosten und Finanzierung

Förderungen:

- EU (Euroregion Neiße – Nisa – Nysa)

Je nach Einzelprojekt:

- Deutsche Bundesstiftung Umwelt
- Karlsuniversität Prag
- Firma Ecochem Liberec (Tschechien)
- Kreisverwaltung Liberec
- u.a.

Teilweise Eigenanteil der Kommunen.

## Laufzeit

- seit 1994

## Weitere Informationen

- [www.neisse-nisa-nysa.org](http://www.neisse-nisa-nysa.org)

## Ansprechpartnerinnen

### **Verena Starke**

Stadt Görlitz  
Umweltamt  
Hugo-Keller-Straße 14, 02826 Görlitz  
Telefon: 03581/671501  
E-Mail: v.starke@goerlitz.de

---

### **Barbara Andresz**

Stadt Görlitz  
Untere Wasserbehörde  
Hugo-Keller-Straße 14, 02826 Görlitz  
Telefon: 03581/671257  
Telefax: 03581/671517  
E-Mail: b.andresz@goerlitz.de

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Aqua 21

Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen

Das Projekt „Aqua 21“ im Kreis Steinfurt macht auf innovative Weise das Thema Wasserschutz für Kinder begreifbar. Bei der ökologischen Umgestaltung der Josefschule in Neuenkirchen widmeten sich die Akteure diesem Thema in besonderer Weise, da die Schule in einem Wasserschutzgebiet liegt. Die Kinder machten aktiv mit, als es darum ging, eine ökologisch hochwertige Anlage zur Regenversickerung anzulegen. Die Anlage ist dauerhaft einsatzfähig und mit Elementen zum Lernen und Spielen verknüpft. Der natürliche „Weg des Wassers“ kann so auch von künftigen Schüler-Generationen spielend nachvollzogen werden. Realisiert werden konnte dieses Projekt durch die Zusammenarbeit von Schule, Eltern, Förderverein, Kreis- und Gemeindeverwaltung.

### Projektbeschreibung

Die zunehmende Versiegelung von Flächen verhindert immer stärker die Neubildung von Grundwasser, so dass der natürliche Wasserkreislauf erheblich gestört wird. Das Projekt „Aqua 21“ will die Bedeutung der Ressource Wasser verdeutlichen und eine nachhaltige Sicherung des nutzbaren Wasservorkommens im Kreis Steinfurt anregen. Im Frühjahr 2003 hat die Aktion „Regenwasser auf neuen Wegen“ gezeigt, dass eine natürliche Schulhofgestaltung den sorgsam Umgang mit dem Regenwasser beinhalten kann und sich sinnvoll in den Schulalltag mit einbeziehen lässt.

Schauplatz der ökologischen Umgestaltung war die Josefschule in Neuenkirchen. Die in den 50er Jahren erbaute katholische Grundschule liegt in einem Wasserschutzgebiet - Grund genug für die besondere Aufmerksamkeit, die dem Regenwasser bei der Aktion zukam. Dazu veranstalteten Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und der Förderverein gemeinsam mit Mitarbeitern des Kreisumweltamts und der Gemeinde zunächst einen Workshop, auf dem sie die verschiedenen Aufgaben verteilten und einen Gestaltungsplan entwarfen. Im Bereich des Haupteingangs sollte Regenwasser über eine offene Regenrinne vom vorderen Gebäudeteil in eine erste Versickerungsmulde geleitet werden. Eine flache, gepflasterte Rinne entlang der rückwärtigen Seite der Schule sollte das Wasser von diesem Gebäudeteil aufnehmen und es in eine zweite Versickerungsmulde leiten. Die Vorteile einer solchen Versickerungsmulde sind die sichtbare Wasserführung, die hohe Speicherkapazität, eine gute Reinigungsleistung, geringer Herstellungsaufwand und niedrige Kosten sowie eine hohe Lebensdauer und ein geringer Wartungsaufwand. In der Mulde gelangt das Regenwasser dann durch verschiedene Bodenschichten bis ins Grundwasser. Außerdem wurde angeregt, an der vorderen Seite des Schulgebäudes zwei Plexiglas-Fallrohre anzubringen, damit die Kinder den Weg des Regenwassers verfolgen können.

Nachdem alle Aufgaben verteilt und zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer gefunden waren, startete die Aktion im April 2003. Unter Beteiligung von Schüler-, Eltern- und Lehrer-

schaft waren die ersten Ergebnisse bereits am Ende des ersten Tages sichtbar: Die Entwässerungsrinne (über 50 Meter laufende Regenwasserleitung), die erste Versickerungsmulde und ein Kletterhügel waren fertiggestellt. An den folgenden Aktionstagen wurden ein neuer „Fußerfahrungsweg“ und ein Fahrradparcours angelegt.

Wichtig war den Projektverantwortlichen, dass die Schülerinnen und Schüler in die Umgestaltung ihres Schulhofes mit einbezogen wurden, damit sie sich mit ihrer Schulumgebung identifizieren können. So ist durch die Unterstützung von allen Seiten ein Gemeinschaftsprojekt entstanden, das die heranwachsende Generation frühzeitig und auf anschauliche Art und Weise mit den Abläufen und Funktionsweisen unserer Umwelt vertraut macht.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Dem Projekt liegt ein Gestaltungsplan zugrunde, der insbesondere auf die Bedeutung der Ressource Wasser für Umwelt und Gesundheit ausgerichtet ist und aus dem damit ein klarer Zusammenhang zum gesundheitsbezogenen Umweltschutz hervorgeht. Dabei leistet das Projekt nicht nur einen Beitrag zum Handlungsfeld „Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz“, sondern auch zu den Handlungsfeldern „Bildungs- und Beratungsarbeit“ (Integration von Lernelementen zum Thema Wasser in die Schulhofgestaltung) sowie „Wohnumfeldverbesserung“ (Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten des Schulhofes).

*Kooperation zwischen Akteuren:* Mit Kreisverwaltung, Gemeinde, lokalen Firmen und Bürgerinnen und Bürgern sind entscheidende Akteure der Kommune in das Projekt einbezogen.

*Innovativer Gehalt:* Innovativ ist das Projekt durch kreative Ideen, Techniken und Methoden und die Kombination von Spielanlage und Lerneffekt.

*Setting-Ansatz:* Das Projekt knüpft an die Alltagswelt und konkreten Lebensbedingungen der Schülerinnen und Schüler an und zielt auf eine positive Beeinflussung von Umwelt und Gesundheit im Setting Schule.

*Langfristigkeit/Sinnvolle und ideenreiche Mittelverwendung:* Das Projekt zeigt dauerhafte Wirkung auch für kommende Generationen von Schulkindern, und das bei relativ geringen Kosten, die durch Kreis-, Eigen- und Sponsorenbeteiligung getragen wurden.

*Beteiligungsmöglichkeiten:* Das Projekt zeichnet sich durch eine breite Einbeziehung von Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft sowohl in der Planungs- als auch in der Umsetzungsphase aus.

*Befähigung und Qualifizierung:* Durch das Projekt werden die Schülerinnen und Schüler für einen selbstverantwortlichen gesundheits- und umweltfördernden Umgang mit der Ressource Wasser qualifiziert.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Besonders positiv ist das große Engagement und die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten zu werten. Lehrerinnen und Lehrer, Kinder, Eltern, die Gemeinde und der Kreis arbeiteten Hand in Hand. Dabei wurden sie von ortsansässigen Firmen in Form von Spenden oder

Preisnachlässen unterstützt. Um das Projekt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, erwies es sich als hilfreich, die Presse einzuladen. Durch zahlreiche Artikel in lokalen Zeitungen wurde die Bevölkerung über die Fortschritte an der Josefschule informiert, für die Kinder und ihre Eltern bedeutete diese Aufmerksamkeit eine zusätzliche Bestätigung ihre Arbeit. Bei der Planung eines ähnlichen Projekts sollte darauf geachtet werden, dass die Durchführung nach Möglichkeit nicht zu lange dauert, damit den Beteiligten nicht die Motivation ausgeht.

### Projektträger und Beteiligte

- Umweltamt Kreis Steinfurt (Projektträger)
- Gemeinde Neuenkirchen
- Förderverein der Josefschule
- Eltern
- Lehrerinnen und Lehrer

### Zielgruppe

- Grundschülerinnen und -schüler der Josefschule St. Arnold in Neuenkirchen

### Projektkosten und Finanzierung

Ca. 16 000 Euro, davon 10 000 Euro vom Kreis Steinfurt, Rest durch die Gemeinde Neuenkirchen, den Kreis Steinfurt, Eigenleistungen von Eltern und Lehrern sowie Sponsoren finanziert.

### Laufzeit

- Juni 2002 bis Oktober 2003

### Weitere Informationen

- [http://www.de-media.de/agenda\\_bestpractice/thema6/6\\_01von18\\_004\\_beschreibung.htm](http://www.de-media.de/agenda_bestpractice/thema6/6_01von18_004_beschreibung.htm)
- [www.kreis-steinfurt.de](http://www.kreis-steinfurt.de)



## Ansprechpartner

### **Heinrich Schulze**

Kreis Steinfurt  
Umweltamt  
Tecklenburger Straße 10, 48565 Steinfurt  
E-Mail: [heinrich.schulze@kreis-steinfurt.de](mailto:heinrich.schulze@kreis-steinfurt.de)  
Telefon: 02551/69 25 54

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Das nexus-Projekt – Initiative für Wasser und Ernährung

Göttingen, Niedersachsen

### Projektbeschreibung

Anlass für das nexus-Projekt war die stetig steigende Nitratbelastung des Göttinger Grundwassers infolge intensiver landwirtschaftlicher Bodennutzung. Die Stadtwerke Göttingen förderten im Rahmen des nexus-Projekts den ökologischen Landbau und leisteten so einen Beitrag zum Schutz des Grundwassers in Göttingen und Umgebung. Weiterer Zweck des nexus-Projekts war die Schaffung und Förderung von Vermarktungsstrukturen für Produkte aus ökologischem Landbau. Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Einzelhandel und Großverbraucher sollten miteinander vernetzt werden.

Im Vordergrund stand zum einen die Unterstützung der über 30 nach den Kriterien des anerkannt ökologischen Landbaus wirtschaftenden Landwirte in Göttingen und Umgebung, die insgesamt etwa 1500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten. Darüber hinaus wurden den bislang konventionell wirtschaftenden Landwirten in den betroffenen Wasserschutzgebieten Perspektiven für eine Umstellung auf ökologischen Anbau eröffnet.

Die Verbraucher wurden über den Einzelhandel bzw. in Form mehrerer Großküchen direkt angesprochen. Es wurden Studien zur Angebots- und Nachfragestruktur in Bezug auf ökologisch erzeugte Lebensmittel durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgte die gezielte Vermarktungsförderung, z.B. in Einzelhandelsgeschäften, in der Universität und in Krankenhäusern. Auch mit Hoftouren zu den Erzeugern oder durch von den Wasserwerken veranstaltete Wasserfeste konnten die Verbraucher sich mit dem Thema des Grundwasserschutzes vertraut machen. An dem Vorhaben beteiligten sich Krankenhäuser, eine Mensa sowie eine Supermarktkette. Problematisch waren jedoch die kontinuierliche Bereitstellung von Warenmenüen sowie das Reagieren auf spontane Nachfrageerscheinungen.

Formale Grundlage des Projekts war § 47 des Niedersächsischen Wassergesetzes. Das Land Niedersachsen finanzierte es aus Mitteln der Grundwasserentnahmegebühr.

### Weitere Informationen

- Stadt Göttingen: <http://www.goettingen.de/service/nexus/index.htm>
- <http://www.difu.de/stadtoekologie/praxis/wasser/goettingen.shtml>

### Ansprechpartner

**Klaus Brüggemann**

Stadtwerke Göttingen AG  
Hildebrandstraße 1, 37081 Göttingen  
E-Mail: [Technik@swgoe.de](mailto:Technik@swgoe.de)  
Telefon: 0551/301310

**Gute-Praxis-  
Beispiel****Trinkwasserschutz**

München, Bayern

**Projektbeschreibung**

Die Stadtwerke München versorgen über 1,3 Millionen Einwohner in München, 20 angrenzende Gemeinden sowie Industrie und Gewerbe mit Trinkwasser. Das Trinkwasser wird in den Gebieten Mangfalltal, Schotterebene und Loisachtal gewonnen, die überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Trotz in der Vergangenheit getroffener Vorsorgemaßnahmen wie Grundstückserwerb, Aufforstung oder Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten war ein stetiger Anstieg u.a. der Nitrat- oder Pestizidkonzentrationen im Trinkwasser zu verzeichnen.

Aus dieser Situation heraus starteten die Stadtwerke München 1992 im wichtigsten Trinkwassergewinnungsgebiet der Landeshauptstadt, dem Mangfalltal, ein Pilotprogramm zur Förderung des anerkannt ökologischen Landbaus. Zunächst wurde aus hydrogeologischen Erwägungen heraus ein Umstellungsgebiet von etwa 6.000 Hektar Größe festgelegt, von denen 2.500 Hektar landwirtschaftlich genutzt werden. Mittlerweile sind Verträge mit über 90 Landwirtschaftsbetrieben geschlossen, die insgesamt 2.200 Hektar Fläche nach den Kriterien des anerkannt ökologischen Landbaus bewirtschaften. Dabei steht die Reduktion gesundheitsschädlicher Belastungen im Trinkwasser im Mittelpunkt. Neben der Steigerung der Wasserqualität leistet das Projekt durch die Unterstützung des ökologischen Anbaus in der Region auch einen Beitrag zum nachhaltigen Konsum.

**Weitere Informationen**

- Informationsportal Ökolandbau: [www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de)
- Stadtwerke München: [www.swm.de](http://www.swm.de)

**Ansprechpartnerin****Frau Cornelia Schönhofer**

Stadtwerke München  
Geschäftsbereich Wasserversorgung  
Infanteriestraße 8, 80797 München  
Telefon 08020/907511  
E-Mail: [schoenhofer.cornelia@swm.de](mailto:schoenhofer.cornelia@swm.de)

---

## 3.6 Der Boden unter unseren Füßen:

### Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Altlastenmanagement



#### Ausgangslage

Gesteine, Niederschläge, Klima, Witterung und Lebewesen bestimmen die Zusammensetzung unserer Böden. Durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren erfüllt der Boden vielfältige Funktionen ([www.bmu.de/bodenschutz/kurzinfo/doc/4014.php](http://www.bmu.de/bodenschutz/kurzinfo/doc/4014.php)):

- Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch, Flora und Fauna,
- Abbau und Umbau von Stoffen und Abbau von Schadstoffen,
- Speicherung und Filterung von Wasser,
- Standort für Wirtschaft, Siedlung, Verkehr und Freizeit,
- Produktionsgrundlage für die Land- und Forstwirtschaft, für Gartenbau und Rohstoffgewinnung,
- Grundlage der menschlichen Kulturentwicklung.

Einige dieser Formen der Bodennutzung können gleichzeitig seine natürlichen Funktionen gefährden. So können Böden durch die Verwertung von mineralischen oder organischen Abfällen, durch Dünge- oder Pflanzenschutzmittel belastet und so in ihren natürlichen Funktionen gestört werden. Durch die Nutzung des Bodens für Siedlungs- und Verkehrszwecke geht die Wasserdurchlässigkeit, die Fruchtbarkeit und die Funktion als Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen weitgehend verloren. Durch Versiegelung kann der Boden seine natürlichen Funktionen sogar vollständig einbüßen. Auch Beiträge des Bodens zur Lebensqualität der Anwohner gehen durch Versiegelung und Bebauung zunehmend verloren, denn die Begrünung von Flächen in Siedlungsbereichen trägt oft wesentlich zur Verbesserung der Stadtgestalt und des Kleinklimas bei. Freie Fläche wird inzwischen zu einem knappen Gut: Derzeit werden in Deutschland täglich fast 100 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke neu in Anspruch genommen. Zwar war diese Rate vor einigen Jahren noch höher, der Rückgang ist aber vor allem der schwachen Baukonjunktur geschuldet. Damit wird neben der Belastung durch Schadstoffe vor allem der voranschreitende Landschaftsverbrauch und die Landschaftszerschneidung mit den damit verbundenen Beeinträchtigungen der biologischen Vielfalt und der Erholungsfunktionen für den Menschen sowie der Verlust fruchtbarer Böden mit ihren vielfältigen Nutzungspotentialen im Handlungsfeld Bodenschutz zu einem Problemfeld.

Hinsichtlich der stofflichen Bodenbelastung ist die umweltoffene Verwertung von mineralischen und organischen Abfällen von großer Relevanz. So werden in Deutschland immer noch jährlich etwa 1 Mio. Tonnen Klärschlämme bodenbezogen verwertet. Darüber hinaus werden Komposte zur Düngung und Humusbildung eingesetzt. Die mineralischen Abfälle fallen jährlich in einer Größenordnung von etwa 250 Mio. Tonnen an, von denen ein Großteil im Strassen-, Wege- oder Landschaftsbau eingesetzt wird.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Als Voraussetzung für eine intakte Natur und sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrungsmittel sind Böden in guter Qualität elementarer Bestandteil einer gesunden Lebensumwelt. Gleichzeitig wirken unbebaute und natürliche Flächen und Böden als Raum für die Naherholung und Freizeit gesundheitsfördernd auf die Menschen.

Um die gesundheitlichen Auswirkungen von Bodenbelastungen beurteilen zu können, müssen die toxikologisch begründeten Werte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung herangezogen werden. Um die Wirkungen von Altlasten auf ein verträgliches Maß zu minimieren, geht es im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung vor allem darum, belastete Flächen so zu gestalten, dass sie als Beitrag zu einer flächensparenden Siedlungsentwicklung einer neuen Nutzung zugeführt werden können. So werden nicht nur umwelt- und gesundheitsgefährdende Altlasten beseitigt, sondern auch ein Beitrag zum Flächensparen geleistet.

Die gesundheitlichen Auswirkungen von Siedlungsabfällen können vor allem Menschen betreffen, die in der Nähe von Abfallbehandlungs- und Entsorgungsanlagen leben. Daher müssen diese Anlagen so errichtet werden, dass Belästigungen oder sonstige Beeinträchtigungen ausbleiben und schädliche Umwelteinflüsse vermieden werden. Grundsätzlich können von Siedlungsabfällen auch anderenorts Gesundheitsrisiken ausgehen. Wenn hygienische Grundregeln nicht eingehalten werden, können beispielsweise Infektionskrankheiten verursacht und allergische Reaktionen ausgelöst werden. Erheblich sinnvoller als Abfall mit Gesundheits- und Umweltrisiken und hohen Kosten zu entsorgen ist es natürlich, Abfälle möglichst zu vermeiden.

## Wesentliche kommunale Strategien

Die Kommunen sind bei Bodenschutz und Abfallwirtschaft im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung entscheidende Akteure. Vor allem beim schonenden Umgang mit Flächen bestehen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit Handlungsspielräume. Beispielhaft seien hier einige kommunale Strategien zum Schutz der Böden und Flächen genannt:

- Verdichtetes Bauen im Innenbereich,
- Verwendung wasserdurchlässiger Beläge beim Bau von Straßen, Wegen und Plätzen,
- Schaffung eines direkten Ausgleichs durch Bodenentsiegelungen bei Neuversiegelungen,
- Wiedernutzung ungenutzter bebauter Flächen (z. B. Industriebrachen, ehem. Militärflächen) statt Inanspruchnahme neuer unversiegelter Flächen,
- Entsiegelung und Renaturierung ungenutzter bebauter Flächen,
- Erstellung von Brachflächenkatastern.

Beim Thema Flächeninanspruchnahme wenden die Städte, Gemeinden und Kreise bereits heute viele dieser unterschiedlichen Instrumente an. So setzen bereits etliche Kommunen auf Altlasten- und oft auch auf Brachflächenkataster oder auf ein ressortübergreifendes Bau-

landmonitoring, um Entwicklungspotenziale gezielt zu erfassen. Entscheidend ist es aus kommunaler Sicht aber, diese Instrumente zu einem Flächenmanagement zusammenzuführen, bei dem die selbst gesetzten Ziele überprüft und möglicherweise angepasst werden. Zunehmend setzen Kommunen neben formellen Planungsinstrumenten auch auf informelle Maßnahmen für eine flächensparende und bodenschonende Siedlungsentwicklung. So beteiligen etliche Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes oder richten Arbeitsgruppen zur „Bodenbevorratung“ in der Gemeinde ein (vgl. agenda-transfer 2005).

Bevor bestehende Flächenpotenziale wie zum Beispiel Industriebrachen, jedoch genutzt werden können, müssen zuvor vielfach Altlasten beseitigt werden, um so damit verbundene Gefahren oder Belastungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit abzuwenden. Zur Altlastensanierung kommen Sicherungsmaßnahmen zur Unterbrechung der Kontaminationspfade (z.B. Abdichtungen) und Dekontaminationsmaßnahmen (biologische und chemisch/physikalische Maßnahmen) zum Entfernen der Schadstoffe aus dem Boden zur Anwendung.

Um die natürlichen Funktionen und die Qualität des Bodens zu erhalten, unterstützen viele Kommunen den Verzicht auf Streusalz, Pestizide und intensive Düngung oder fördern im Rahmen von Projekten den ökologischen Land- und Gartenbau (vgl. dazu z. B. Bundesamt für Naturschutz/Deutsches Institut für Urbanistik 2002)

Die Entsorgung von Hausmüll obliegt in der Regel kommunalen Trägern. Neben dieser Aufgabe unterstützen viele Städte, Gemeinden und Kreise vor allem die Abfallvermeidung. Mit kommunalen Abfallberatern oder entsprechenden Projekten und Kampagnen, z. B. an Schulen, versuchen die Kommunen, Bewusstsein für ein Konsumverhalten zu schaffen, das Abfall vermeidet.

## Literatur

- *agenda-transfer (Hrsg.)* [2005]: Wege aus der Klemme. Kommunale Einschätzungen zum Thema Fläche, Bonn.
- *Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (Hrsg.)* [2004]: 3. Fortschreibungsbericht vom 31.08.2004, Mainz.
- *Bundesamt für Naturschutz und Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2002]: Lokale Agenda 21 und Naturschutz. Praxisleitfaden, Berlin/ Köln und Bonn.
- *Caspers-Merk, Marion, Martin Kaimer u.a.* [o. J.]: Abfallwirtschaft in Deutschland. Neue Ideen für effektive Strukturen, Mühlheim (Forum im Dialog, Heft 3),.
- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [1999]: Kommunale Umweltberichte. Leitfaden mit Praxisbeispielen für die Erarbeitung kommunaler Umweltberichte, Berlin (Umweltberatung für Kommunen).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (BBodSchG – Bundes-Bodenschutzgesetz) vom 17. März 1998 (BGBl. I 1998 S. 502), zuletzt geändert durch Art. 3 G v. 9.12.2004 (BGBl. I 2004 S. 3214).

- *Knoch, Wilfried* [2004]: Wasser, Abwasser, Abfall, Boden, Luft, Energie. Das praktische Umweltschutzbuch für jeden, Sankt Augustin.
- *Kopytziok, Norbert* [2000]: Abfall und nachhaltige Entwicklung. Globale Aspekte für die regionale Umweltplanung auf der Grundlage stoffstrombezogener Prozessbeobachtungen, Berlin.
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: Die abenteuerliche Reise von Fridolin dem Regenwurm. Berlin.
- *Umweltbundesamt* [2003]: Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr, Berlin (Umweltbundesamt-Texte 90/03).
- *Umweltbundesamt* [2001]: Grundsätze und Maßnahmen für eine vorsorgeorientierte Begrenzung von Schadstoffeinträgen in landbaulich genutzten Böden, Berlin (Umweltbundesamt-Texte 59/01).

## Links

- Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA): [www.laga-online.de](http://www.laga-online.de)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)
- Bundesumweltministerium: [www.bmu.de/bodenschutz/kurzinfo/doc/4014.php](http://www.bmu.de/bodenschutz/kurzinfo/doc/4014.php)
- EU-Kommission: Thematische Strategie zum Bodenschutz im Rahmen des 6. Umweltaktionsplans: <http://europa.eu.int/comm/environment/soil/index.htm>
- Umweltbundesamt: Linkliste für den Bereich Boden/Bodenschutz: <http://www.umweltbundesamt.de/fwbs/links/index.htm>

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Altablagerung Osnabrück-Wüste: Sanierung bewohnter Altlasten

Osnabrück, Niedersachsen

In Osnabrück geht man innovative Wege bei der Sanierung bewohnter Altlasten. Der dicht besiedelte Stadtteil Wüste liegt auf einem trockengelegten Flachmoorgebiet, das sich in den 90er Jahren als stark belastet herausstellte. 1994 wurde deshalb ein Ingenieurwettbewerb durchgeführt, bei dem ein Gremium das überzeugendste Konzept zur Untersuchung des kritischen Gebiets auswählte. Um eine möglichst hohe Akzeptanz zu erlangen, entschloss sich die Stadt Osnabrück als erste Kommune der Bundesrepublik zur Einrichtung eines Projektbeirates. Die 26 Mitglieder setzten sich aus nicht weisungsgebundenen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, der Parteien, Multiplikatoren und gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Eigentümer und Mieter des Stadtviertels zusammen.

### Projektbeschreibung

Vor den Toren der Altstadt von Osnabrück liegt der Stadtteil „Wüste“, der sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem bevorzugten Wohnviertel der Stadt entwickelt hat. Auf mehr als zwei Quadratkilometern Fläche leben dort etwa 18.000 Menschen und damit über zehn Prozent der gesamten Osnabrücker Bevölkerung.

Ursprünglich war dieser Bereich ein eiszeitlich gebildetes Flachmoorgebiet, das bis zum Ende des letzten Jahrhunderts den Besiedlungsversuchen widerstand. Erst mit dem Abbruch der Stadtmauern und -wälle begann die sukzessive Verfüllung und Trockenlegung des Gebietes bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts.

Seit 1993 verdichteten sich die Anzeichen, dass bei der Trockenlegung des Sumpfbereiches neben Boden und Bauschutt auch großflächig Aschen, Schlacken und Filterstäube aus der Verbrennung früheren Hausmülls und Gewerbeabfälle mitverfüllt wurden. Untersuchungen bestätigten die hohe Schwermetall- und PAK-Belastung (krebserregende „Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe“) eines mehrere Hektar großen Gebiets. Damit zählt der Stadtteil zu den größten bekannten bewohnten Altlastverdachtsflächen der Bundesrepublik.

Im Frühjahr 1994 wurde ein Ingenieurwettbewerb durchgeführt, bei dem ein Gremium aus Stadtverwaltung, Politik, Bürgervertretern und Landesverwaltung das überzeugendste Konzept zur Untersuchung des kritischen Gebiets auswählte. Dieses sah ein Untersuchungsprogramm in sechs Stufen vor: Historische Recherche; Abgrenzung sowie Untersuchung von Grundwasser und Bodenluft; Untersuchung aller Haus- und Kleingärten; Untersuchung aller öffentlich genutzten Flächen; Gesamtgutachten; Entwicklung von Handlungsszenarien.

Um eine möglichst hohe Akzeptanz zu erlangen, entschloss sich die Stadt Osnabrück als erste Kommune der Bundesrepublik zur Einrichtung eines nach dem Niedersächsischen Abfallgesetz legitimierten Projektbeirates. Die 26 Mitglieder setzten sich aus nicht weisungsge-



bundenen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung und der Parteien, Multiplikatoren (Repräsentanten aller wichtigen Verbände und Gruppierungen im Untersuchungsgebiet) und gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Eigentümer und Mieter des Stadtviertels zusammen. Den neutral eingerichteten Vorsitz führte ein dreiköpfiges Team des Institutes für Kommunikation und Umweltplanung (iku). Der Beirat verfügte über eine Geschäftsordnung, war an allen wichtigen Entscheidungen und Vergaben beteiligt und konnte den Gremien der Stadt mit einfacher Mehrheit Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise geben. Die Stadt folgte den Wünschen des Beirates auch dann, wenn Mehrkosten entstanden. Der überwiegende Teil aller Entscheidungen wurde jedoch im Konsens beschlossen. Die Bürgerinnen und Bürger empfanden vor allem die Freiheit der Verwaltungsmitglieder bei der Entscheidungsfindung im Projektbeirat als vertrauensbildend.

Neben der Bürgerbeteiligung spielte auch die kontinuierliche Information der Bürgerinnen und Bürger eine große Rolle. Nach jeder seiner Sitzungen gab der Projektbeirat eine Presseerklärung heraus. In regelmäßigen Abständen wurden kurze Infoblätter über den Stand der Untersuchungen an alle 13.000 Haushalte des Stadtteils verteilt. Zusätzlich waren im Umweltamt Kurzfassungen der Sachstandsberichte erhältlich. Möglich war außerdem die Einsicht in alle erstellten Gutachten.

Zur Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern trugen zudem Versammlungen und Workshops bei. Eine Besonderheit stellte die Entwicklung eines Risikokommunikationskonzeptes dar, dessen Kernstück ein einfach zu bedienendes EDV-Programm war. Dieses Programm versetzte die Betroffenen in die Lage, eine individuelle Einschätzung ihrer Gefährdungssituation unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebensgewohnheiten vorzunehmen und somit auch die Auswirkungen präventiven Verhaltens erkennen zu können.

Die Stadt Osnabrück hat sich mit dem beschriebenen Vorgehen bei der Altlastensanierung für ein kooperatives Verfahren der Konfliktlösung entschieden, das mit großem Erfolg durchgeführt wurde. Ein abgestimmtes Konzept aus Informations-, Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erhöhte die Akzeptanz des Vorhabens erheblich.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Grundlage für das Projekt ist eine klare Zielformulierung, die eine Verknüpfung der Bereiche Gesundheits- und Umweltschutz sichergestellt, und den Abbau von Umweltbelastungen und den damit verbundenen gesundheitlichen Folgen in den Mittelpunkt stellt

*Kooperation zwischen Akteuren:* Der Projektbeirat stellt eine stabile Kooperationsstruktur dar, durch die wesentliche Akteure wie die Verwaltung, Parteien, Verbände, Eigentümer und Mieter in das Projekt eingebunden sind.

*Innovativer Gehalt/Impulswirkung:* Osnabrück ging als erste Kommune in Deutschland diesen Weg der Sanierung bewohnter Altlasten. Aufgrund dieser neuen Vorgehensweise, aber auch wegen der im Projekt erzielten „win-win-Situation“ könnte das Projekt Impulswirkung für weitere ähnlich gelagerte Projekte im Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ haben.

*Evaluation:* Für die laufende Evaluation der Wirksamkeit der Maßnahmen ist gesorgt.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Kommunikation:* Es gibt Entscheidungs- und Handlungsspielräume für alle Beteiligten, weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei Planung und Umsetzung und eine aktive und umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Ergreifung der Maßnahmen, bevor Problem akut wurde (Vorbeugung)
- sehr breite Vertretung der Bürgerinnen und Bürger
- begleitende Weiterbildungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger

### Projektträger und Beteiligte

- Verwaltung (Projektträger)
- Politik
- Gutachter
- Projektbeirat aus Betroffenen (Bewohner, Industrie, Gewerbe) und Interessenvertretungen (Deutscher Gewerkschaftsbund, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Bundeswehr)
- Umweltschutzverbände
- Ausländerbeirat

### Zielgruppe

- Betroffene (Privatbürger, Unternehmen)

### Projektkosten und Finanzierung

- ca. 1.250.000 Euro, Finanzierung aus Mitteln der Stadt Osnabrück

### Laufzeit

- Projektbeirat: Frühjahr 1994 bis 2003
- Sanierungsbeginn vor Ende 2005

## Weitere Informationen

- *Claus, F. u.a.* [1996]: Wüste lebt – Osnabrück: Der Beirat für Deutschlands größte bewohnte Altablagerung gilt in einer Zwischenbilanz als gelungenes Experiment, in: Entsorga-Magazin, H.10, S. 54-57.
- *Gerds, D.; Barkowski, D.* [1996]: Fallbeispiel bewohnte Altlast Osnabrück-Wüste, in: H.-J. Pflugradt und M. Bloser (Hrsg.): Sanierung bewohnter Altlasten. Verhältnis Sanierung, Bauleitplanung – Öffentlichkeitsbeteiligung – Sanierungsmanagement – Sanierungsziele, Berlin, S. 136-153.
- <http://www.osnabrueck-net.de/Umwelt/wueste.html>

## Ansprechpartner

**Bernd Früchel**

Stadt Osnabrück  
Fachbereich Grün und Umwelt  
Natruper-Tor-Wall 2, 49034 Osnabrück  
E-Mail: [Fruechel@osnabrueck.de](mailto:Fruechel@osnabrueck.de)  
Telefon: 0541/3233160

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Zukunft Freiburg: Flächennutzungsplan 2020

### Freiburg, Baden-Württemberg

Die Stadt Freiburg setzt auf Flächennutzungsplanung mit Weitsicht und breiter Bürgerbeteiligung. Ende 2006 soll ein neuer Flächennutzungsplan in Kraft treten. Um ihn zu erarbeiten, schlägt die Stadt neue Wege ein. Im Rahmen des breit angelegten Dialogverfahrens „Zukunft Freiburg“ haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen zur künftigen Stadtentwicklung einzubringen. Außerdem hat die Stadt die „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE) in der Verwaltung eingesetzt, um künftige Bedarfs-Szenarien zu entwickeln. So setzt die Flächenplanung beim tatsächlichen Bedarf an Flächen im Jahr 2020 an, statt wie bisher möglichst viele Gewerbe- und Wohnflächen bereitzustellen. Auf diese Weise wird die künftige Inanspruchnahme bislang unversiegelter Flächen möglichst gering gehalten und ein Beitrag zum Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen sowie der Funktionen unversiegelten Bodens für die Erholung und Lebensqualität geleistet.

### Projektbeschreibung

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan (FNP) für die Stadt Freiburg stammt aus dem Jahr 1980. Für die Ausarbeitung der neuen Fassung, die Ende 2006 in Kraft treten soll, schlägt die Stadt erstmals neue Wege ein: Im Rahmen des breit angelegten Dialogverfahrens „Zukunft Freiburg“ (Mai 2001 bis Juli 2002) hatten Bürgerinnen und Bürger in zahlreichen Veranstaltungen die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen und Vorstellungen zur künftigen Stadtentwicklung einzubringen. Um die weitere Begleitung der Flächennutzungsplanung durch die Bürgerschaft zu gewährleisten, hat die im November 2002 gegründete und im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelte „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE) in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Ortschaften, der Bürgervereine sowie der Lokalen Agenda 21 ein Konzept zur Bürgerbeteiligung entwickelt, das weit über die gesetzlich geforderten Mindeststandards hinausgeht.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde die von der Stadtverwaltung pauschal vorgeschlagene größtmögliche Bereitstellung an neuen Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen ist nach Möglichkeiten gesucht worden, den tatsächlichen Bedarf Freiburgs an Wohnflächen im Jahre 2020 zu errechnen. Dabei spielten unterschiedliche Faktoren eine Rolle: die individuelle Wohnfläche, die zukünftige Siedlungsdichte und die Bevölkerungsentwicklung.

Hier setzt die Arbeit der „PRISE“ an. Die Projektgruppe erstellte für all diese Faktoren Szenarien. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist, dass die zurzeit wachsende Einwohnerzahl Freiburgs im Jahr 2020 zwar stagnieren wird, die benötigte Wohnfläche pro Einwohner jedoch noch zunehmen wird. In 15 Jahren wird demnach eine vierköpfige Familie genau ein

Zimmer mehr beanspruchen als heute. Dieses und ähnliche von „PRISE“ aufgestellte Flächenszenarien wurden seit Dezember 2004 mit den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern in Stadtgebietsveranstaltungen diskutiert. Auf diese Weise hat jede Freiburgerin bzw. jeder Freiburger die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung seiner Stadt mitzuwirken. In dieser stark bürgerorientierten Auseinandersetzung mit dem Thema sieht die Stadt Freiburg den wesentlichen Baustein einer tragfähigen Stadtplanung.

Im Ergebnis setzt die aktuelle Flächenplanung der Stadt Freiburg nun beim tatsächlichen Flächenbedarf im Jahr 2020 an, statt wie bisher möglichst viele Gewerbe- und Wohnflächen bereitzustellen. So wird die künftige neue Flächeninanspruchnahme für bauliche Zwecke möglichst gering gehalten und durch den Erhalt unversiegelter Flächen ein Beitrag zum Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen sowie der Funktionen unversiegelten Bodens für die Erholung und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Freiburg geleistet. Diese und andere Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit der Flächennutzungsplanung werden im Umweltbericht zum FNP, der derzeit im Entwurf vorliegt, besonders in den Blick genommen.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption:* Für die Flächennutzungsplanung der Stadt Freiburg liegt eine schriftliche Konzeption vor: ein vom Gemeinderat verabschiedeter Katalog von Leitzielen für die Flächennutzung sowie anhand von Fachgutachten entwickelte Bedarfsprognosen und „Flächenszenarien“. Im Rahmen der Leitziele wird vor allem der gesundheitsbezogene Umweltschutz berücksichtigt.

*Integrativer Gehalt:* Die Einrichtung der „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE) hat die integrierte Betrachtung möglichst aller Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung zum Ziel. In Bezug auf künftige Flächeninanspruchnahme heißt dies: die Ausweisung neuer Bauflächen orientiert sich am Bedarf, unversiegelte Flächen bleiben möglichst erhalten. Damit wird ein Beitrag zum Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen sowie der Funktionen unversiegelten Bodens für die Erholung und Lebensqualität geleistet und auf diese Weise eine Verknüpfung der Themenfelder Umwelt und Gesundheit hergestellt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Die ämterübergreifende „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE) kooperiert mit einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure: Vertreterinnen und Vertreter der Ortschaften, der Bürgervereine sowie der Lokalen Agenda 21.

*Innovativer Gehalt:* Innovativ ist der Ansatz, die tatsächlichen Flächenbedarfszahlen in 2020 zu errechnen, statt wie bisher möglichst viele Gewerbe- und Wohnflächen bereitzustellen.

*Langfristigkeit:* Der neue Flächennutzungsplan hat als Zeithorizont das Jahr 2020 und ist damit langfristig angelegt.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Die Flächennutzungsplanung der Stadt Freiburg setzt auf die Kooperation von Stadt und Bürgerschaft. Ausdrücklich ist „erweiterte“ Bürgerbeteiligung erwünscht, d. h. eine Beteiligung, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Das Projekt zeichnet sich durch eine große Beteiligung qualifizierter Bürgerinnen und Bürger aus. 36 Ehrenamtliche begleiteten über vier Monate lang den Diskussionsprozess um den neuen FNP. Ausschlaggebend für das hohe Engagement und den Erfolg war, dass das Konzept für den FNP von allen gemeinsam und in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung entwickelt wurde. So konnten die Freiburger ihre eigenen Wünsche und Vorstellungen bei der Entwicklung ihrer Stadt einbringen. Um eine Dominanz der Verwaltung zu vermeiden, wurde die Präsentation der Ergebnisse aus den Diskussionsprozessen ebenfalls nicht von der Verwaltung vorgestellt, sondern extern moderiert. Auf diese Weise schufen die Mitglieder der PRISE eine Vertrauensbasis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Stadt.

## Projektträger und Beteiligte

- Stadt Freiburg, „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE)
- Bürgervereine
- Vertreterinnen und Vertreter der Ortschaften
- Lokale Agenda 21

## Zielgruppen

- Freiburger Bürgerinnen und Bürger,
- Gewerbetreibende,
- Bauherren

## Projektkosten und Finanzierung

- ca. 50.000 Euro, verteilt auf drei Haushaltsjahre, finanziert von der Stadt Freiburg

## Laufzeit

- November 2002: Gründung der „Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung“ (PRISE)

## Weitere Informationen

- [www.freiburg.de/fnp](http://www.freiburg.de/fnp)

Ansprechpartner/in

**Norbert Schröder-Klings**

Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung (PRISE)  
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg  
E-Mail: [zukunft-freiburg@stadt.freiburg.de](mailto:zukunft-freiburg@stadt.freiburg.de)  
Telefon: 0761/2011071

---

**Annette Schubert**  
(erweiterte Bürgerbeteiligung)

Projektgruppe Integrierte Stadtentwicklung (PRISE)  
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg  
E-Mail: [annette.schubert@stadt.freiburg.de](mailto:annette.schubert@stadt.freiburg.de)  
Telefon: 0761/2011076

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Digitale Bodenbelastungskarten und Altlastenkataster

Hagen, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Die Stadt Hagen ist mit Karten und Kataster den Belastungen der Böden auf der Spur. Das Umweltamt der Stadt trägt dieses für Planungsverfahren und Sanierungsvorhaben wichtige Datenmaterial zusammen. Dabei steht vor allem im Mittelpunkt, gesundheitliche Beeinträchtigungen für die Bevölkerung durch belastete Böden zu vermeiden.

Zum einen erarbeitet das Amt Hagen digitale Bodenbelastungskarten für Hagen. Sie zeigen Schwermetallgehalte im gesamten nicht besiedelten Stadtgebiet auf. Grundlage der Karten bilden repräsentative Bodenproben. Gefördert wurde das Projekt durch Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen. Zum anderen führt das Umweltamt der Stadt Hagen ein so genanntes Altlastenkataster. Hierin sind alle Flächen verzeichnet, für die ein Altlastenverdacht besteht oder bei denen sich dieser Verdacht bestätigt hat.

Das städtische Umweltamt hält das Altlastenkataster stets auf dem neuesten Stand und kann so Bauwillige und Planer beraten. Seit Bestehen des Katasters wurde kein Gebäude mehr auf unzumutbar belastetem Untergrund gebaut. Das Umweltamt Hagen steht auch bei Fragen der Bürger zur Verfügung und berät bei generellen Fragen von Bodenbelastungen im Bereich von Gärten, Kinderspielflächen und anderen Fragen. Die Ergebnisse fließen zudem in andere Projekte ein und werden in Planungsverfahren einbezogen.

Das beim Umweltamt vorliegende Datenmaterial zu Bodenbelastungen wird derzeit im Rahmen eines Pilotprojektes des Landes Nordrhein-Westfalen zu einer flächendeckenden Karte für das Stadtgebiet Hagen verarbeitet.

### Weitere Informationen:

- *Fachhochschule Osnabrück (Hrsg.)* [2001]: Beiträge Diskussionsforum Bodenwissenschaften – Veröffentlichungsreihe, Heft 2: „Vom Bohrstock zum Bildschirm“ – Der Einsatz von digitalen Bodeninformationen, Beiträge zur Tagung am 25. Oktober 2001, Osnabrück.
- Umweltamt der Stadt Hagen:  
<http://www.umweltamt.hagen.de/arbeitsbereiche/boden.htm>



## Ansprechpartner

**Ulrich Eimer**

(Digitale Bodenbelastungskarten)

Stadt Hagen

Umweltamt

Rathausstraße 11, 58095 Hagen

E-Mail: [umweltamt@stadt-hagen.de](mailto:umweltamt@stadt-hagen.de)

Telefon: 02331/ 207-2392

---

**Ilka Siegwarth**

(Altlastenkataster)

Stadt Hagen

Umweltamt

Rathausstraße 11, 58095 Hagen

E-Mail: [umweltamt@stadt-hagen.de](mailto:umweltamt@stadt-hagen.de)

Telefon: 02331/207-3920

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## „Ein Platz für die Marie“ – Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung einer Stadtbrache

Bezirk Prenzlauer Berg, Berlin

### Projektbeschreibung

Im Jahre 1994 legte das Land Berlin die gründerzeitlich geprägte, dicht besiedelte Umgebung der Winsstraße im Stadtteil Pankow-Prenzlauer Berg als Sanierungsgebiet fest. Dabei sollten die Bebauungsstruktur, die soziale Mischung und die Nutzungsmischung erhalten, der Wohngebäudebestand erneuert sowie das Grün- und Freiflächenangebot verbessert werden. Sanierungsbeauftragte war die S.T.E.R.N. GmbH, die „Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH“, Berlin.

Durch den Abriss eines bezirklichen Rettungsamtes in der Marienburger Straße im Zuge der Sanierung entstand eine 5.000 m<sup>2</sup> große Brachfläche, auf der eine Polizei- und Feuerwache sowie ein 1.000 m<sup>2</sup> großer Kleinkinderspielplatz neu errichtet werden sollten. Der Neubau der Feuerwache musste allerdings aufgrund von Sparmaßnahmen im Haushalt des Berliner Senats verschoben werden. Gemeinsam mit S.T.E.R.N. und dem Naturschutz- und Grünflächenamt setzte sich die Betroffenenvertretung Winsstraße für eine „grüne Zwischennutzung“ der Brachfläche ein, um das Defizit an Grün- und Freiflächen im Sanierungsgebiet zu mindern. Interessierte Anwohnerinnen und Anwohner wurden an der Ideenfindung für die Nutzung der Brachfläche mittels eines Workshops mit extern moderiertem Verfahren nach dem Modell der Zukunftswerkstätten beteiligt. Dabei blieb es nicht bei der Ideensammlung: Die Ergebnisse dieser Veranstaltung wurden zur verbindlichen Planungsgrundlage und die Betroffenen auch in die Durchführung zur Gestaltung der Grünfläche mit einbezogen.

Entstanden ist schließlich ein Quartiersplatz mit Bereichen für verschiedene Altersgruppen: Piazza mit Kiosk, Sitzbereich und Kinderspielplatz mit Spielschiff. Unter Mitarbeit der Anwohnerinnen und Anwohner wurde ein Abenteuerspielplatz mit einer fantasievollen und kindgerechten Ausstattung geschaffen. Neben der Steigerung der Wohnqualität wurden so in Kooperation mit verschiedenen Akteuren auch Angebote zur Spiel- und Bewegungsförderung und damit eine Umgebung geschaffen, die vor allem für Kinder gesundheitsförderlich ist. Gleichzeitig wurde eine Brachfläche entsiegelt und damit die natürlichen Bodenfunktionen auf dieser Fläche wieder aktiviert.

### Weitere Informationen

- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2000]: Von Kiezpark „Ein Platz für Marie“ bis zur „Kunstplatte“ - Die Preisträger des Wettbewerbs „Soziale Stadt 2000“ stehen fest, in: Soziale Stadt, Info 3, Dezember.
- *Gehrke, Brigitte, und Birgit Wend* [2000]: Ein Platz für die Marie, in: Offene Spielräume – Bunte Jugendfarmen und Aktivspielplätze, Eine Zeitschrift für die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, H. 4.

- *Wend, Birgit* [2000]: Ein Platz für die Marie, in: Garten + Landschaft, H. 4.
- [www.sozialestadt.de.praxisdatenbank](http://www.sozialestadt.de.praxisdatenbank)

## Ansprechpartner

### **Cornelius van Geisten**

S.T.E.R.N. Gesellschaft der  
behutsamen Stadterneuerung mbH Berlin  
Schwedter Straße 263, 10119 Berlin  
E-Mail: [gf@stern-berlin.de](mailto:gf@stern-berlin.de)  
Telefon: 030/443636-10

---

### 3.7 Auch ohne Auto zum Ziel: Umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität



#### Ausgangslage

Mobilität heißt Beweglichkeit. Man spricht dabei von unterschiedlichen Bewegungsebenen für den Menschen: von geistiger Mobilität, von gesellschaftlicher bzw. sozialer Mobilität und von den Mobilitätsmöglichkeiten, die den Menschen zur Verfügung stehen, um sich oder Güter fortzubewegen, also von einem zum anderen Ort zu gelangen. Um letztere Art der Mobilität geht es hier und im Speziellen um gesundheitsfördernde und gleichzeitig die Umwelt schonende Formen der Fortbewegung. Mobilität in diesem Sinne ist:

- Beweglichkeit, die die Umwelt schont und die menschliche Gesundheit nicht belastet, sondern zu ihrer Erhaltung beiträgt!
- ein weit aufgefächertes Handlungsfeld, das von den ganz kleinen Dingen des Alltags wie Wege zu Fuß zurückzulegen bis hin zu den ganz großen Themen wie Verkehrspolitik, Mobilitätsmanagement und Klimaschutz reicht!
- damit auch ein Handlungsfeld, in dem vielfältige Interessen aufeinander stoßen und zwangsläufig Konflikte entstehen wie etwa um Flächennutzung (Parkplatz oder Grünfläche?) oder um Prioritätensetzung in der kommunalen Verkehrspolitik (Tempo-30-Zone oder doch weiterhin Tempo 50km/h?)!

In Deutschland entfallen laut Umweltbundesamt etwa 44,6 Millionen Pkw auf 82 Millionen Einwohner. Damit hat Deutschland eine der höchsten Motorisierungsraten der Welt. Axel Friedrich – Leiter der Abteilung Umwelt und Verkehr vom Umweltbundesamt – erläuterte beim Stadtforum Berlin 2020 zu den mit dem Pkw zurückgelegten Wegen: „50% der mit dem Pkw zurückgelegten Wege sind kürzer als 5 km. Gerade im innerörtlichen Bereich könnten davon 25 bis 30% auf das Fahrrad verlagert werden. Pessimisten kann man das Beispiel Münster entgegenhalten, denn dort werden 32% der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt.“ ([www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de)).

Der motorisierte Individualverkehr erhöht die Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung erheblich: wachsende Lärmbelastung, schlechte Atemluft, hohe Unfallgefahr, zunehmender Flächenverbrauch für Straßen und Parkplätze und einiges mehr bis hin zu den immer wieder diskutierten schleichenden Klimaveränderungen, zu denen auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem hohen Kraftstoffverbrauch beitragen. Verspricht die Benutzung des Autos für das einzelne Individuum einerseits doch Mobilität, Flexibilität und Freiheit, so beeinflusst sein ständiger massenhafter Gebrauch die Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung eher negativ.

Straßen können ganze Wohnviertel durchschneiden und zu einem unpassierbaren Hindernis werden. Abgase und Lärm können krank machen. Von Abgasen durchdrungene Atemluft kann zu Atemwegserkrankungen, Asthma oder Allergien führen. Feinstaub-Partikel erhöhen das Risiko von Krebserkrankungen im Bereich der Atemwege. Lärm erzeugt körperliche Stressreaktionen, die das Risiko von Herz-Kreislaufkrankungen beträchtlich erhöhen kön-

nen (www.uba.de). „Mehr als 12 Millionen Menschen in Deutschland sind tagsüber einem gesundheitsgefährdenden Lärmpegel von über 65 Dezibel ausgesetzt. Die Folge ist u.a. ein um 20% höheres Herzinfarktrisiko als in einer ruhigen Umgebung.“ (www.vcd.org). Straßenverkehrsunfälle führen zu vielen Verkehrstoten und vielen Schwerverletzten.

Ein hohes Verkehrsaufkommen, vor allem durch den motorisierten Individualverkehr, muss in den Kommunen organisiert und koordiniert werden. Im städtischen Raum sind Staus an der Tagesordnung, besonders im Berufsverkehr. Im ländlichen Raum wird das ÖPNV-Angebot durch die hohe Verfügbarkeit des Pkw nicht mehr genügend wahrgenommen. Das ÖPNV-Angebot wird dann aus finanziellen Gründen erheblich zurückgeschraubt und verschlechtert sich. Dies führt zu einer noch geringeren Nutzung und verschärft die Problematik weiter.

Mobilität zu organisieren und zu koordinieren, um die Umwelt zu schonen und die Gesundheit zu fördern, heißt nicht nur Verkehrspolitik zu betreiben, sondern ein umfassendes Mobilitätsmanagement zu installieren, das alle Fortbewegungsmittel (zu Fuß, mit dem Rad, mit dem ÖPNV, der Bahn und mit dem Auto) mit einbezieht und deren Nutzung und Gebrauch umweltfreundlich und gesundheitsfördernd aufeinander abstimmt. Durch eine über die eigentliche Verkehrsplanung hinausgehende Koordinierung mit der Siedlungsentwicklung kann zudem die Verkehrsnachfrage gesenkt werden. So reduzieren die „Stadt der kurzen Wege“ oder die Entwicklung von Baugebieten entlang bestehender Verkehrsachsen des ÖPNV den motorisierten Individualverkehr und die damit verbundenen Umweltbelastungen.

### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Das Handlungsfeld „Umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität“ ist eines der herausragenden Schnittfelder der Bereiche Umweltschutz und Gesundheitsförderung. In diesem Handlungsfeld kommt zum Ausdruck, wie stark solche Bereiche wie Klimaschutz, Luftqualität, Lärmschutz, Flächennutzung, Bewegungsförderung, Gesundheitsförderung und Unfallverhütung zusammenhängen und miteinander in Ursache und Wirkung verschachtelt sind. Aus den genannten Bereichen ergeben sich vielfältige Handlungsoptionen für unterschiedlichste Politikfelder und Zielgruppen, um die Umwelt zu schonen, die Gesundheit zu fördern und die kommunale Lebensqualität zu verbessern. Ein umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Mobilitätsmanagement hat zum Ziel, Mobilität so zu organisieren, zu koordinieren und zu garantieren, dass die Belastungen und Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit gesenkt werden können: So kann zum Beispiel ein attraktives zielgruppenorientiertes ÖPNV-Angebot verbunden mit einem gut ausgebauten Radwegenetz den motorisierten Individualverkehr erheblich reduzieren und damit einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Gesundheitsförderung leisten.

### Wesentliche kommunale Strategien

Die Kommunen entfalten im Handlungsfeld „Umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität“ vielfältige Aktivitäten, deren Spektrum von Vorschriften und Anordnungen in der kommunalen Umwelt- und Gesundheitspolitik bis hin zu Einzelprojekten reicht. Im Wesentlichen lassen sich grob zwei Strategien voneinander unterscheiden:

- Strategien, die auf das Verhalten bzw. die Verhaltensänderung von bestimmten Zielgruppen orientieren (Steuerung des Mobilitätsverhaltens von Menschen im Alltag: z.B. durch Verkehrserziehung in Schulen),
- Strategien, die mit ihren Handlungsbereichen und Instrumenten auf die Veränderung der überindividuellen Verhältnisse durch eine kommunale Umwelt- und Gesundheitspolitik abzielen (Planungsvorgaben und Richtlinien durch Entscheidungen in Politik und Verwaltung: z.B. durch ein kommunales Verkehrsleitkonzept, um Pendlerströme zu lenken).

Diese beiden Strategien treten nicht immer als zwei voneinander getrennte Handlungsstränge auf, sondern häufig finden sich Mischformen, die der gegenwärtigen individuellen Situation einer jeweiligen Kommune Rechnung tragen und die jeweiligen besonderen Bedingungen und spezifischen Verhältnisse berücksichtigen. Diesem Umstand wird besonders in dem Ansatz der Entwicklung von kommunalen Mobilitätsmanagementkonzepten Aufmerksamkeit gewidmet, in denen beispielsweise sehr deutlich wird, dass zwischen den Ressourcen und Problemen im städtischen und ländlichen Raum einerseits unterschieden werden muss, andererseits aber beide eng miteinander verknüpft sein können.

Die folgende Aufzählung zeigt eine Reihe von Beispielen, die die beschriebenen Strategien widerspiegeln:

- zielgruppenorientierte Projekte in Schulen und Kindergärten,
- Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes,
- spezielle kleinräumig-orientierte ÖPNV-Angebote,
- Bonus-Malus-Systeme als Anreiz zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens,
- Aktionstage wie „Autofreier Sonntag“,
- Aktionsmonate oder - quartale wie „Mit dem Rad zur Arbeit“,
- Runde Tische zur Prävention von Kinderunfällen,
- Pendlernetze,
- Projekte und Aktivitäten im Hinblick auf umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität im Rahmen von kommunalen Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Gesunde Stadt“ oder im Rahmen einer kommunalen Lokalen Agenda 21.

Kommunen haben, wie die Bandbreite der bunten Projektkultur zeigt, vielfältige Möglichkeiten, in den Bereich „Mobilität“ einzugreifen und dabei umweltschonend und gesundheitsfördernd zu wirken. Dass dies nicht immer ohne – zum Teil – massive Konflikte ablaufen kann und wird, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. In einer durch das Auto dominierten Gesellschaft wird es immer sehr schwer sein, Mobilitätskonzepte im Sinne von Umweltschutz und Gesundheitsförderung umzusetzen, weil diese häufig zum Nachteil der individual-motorisierten Beweglichkeit sind.

## Literatur

- *Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Bundesinstitut für Risikobewertung, Robert-Koch-Institut und Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: *Umwelt und Gesundheit in Deutschland. Beispiele aus dem täglichen Leben*, Berlin.
- *Koch, Hans-Joachim, Ekkehard Hofmann und Moritz Reese* [2001]: *Lokal handeln: Nachhaltige Mobilitätsentwicklung als kommunale Aufgabe*, Berlin.
- *Kolks, Wilhelm, und Joachim Fiedler (Hrsg.)* [2003]: *Verkehrswesen in der kommunalen Praxis, Band I: Planung-Bau-Betrieb*, Berlin.
- *Fehr, Rainer* [2001]: *Ökologische Gesundheitsförderung. Analysen – Strategien – Umsetzungswege*, Bern.
- *Stadtforum Berlin 2020: Menschen, Autos, Emissionen. Verkehr und Umwelt in der Stadt, Dokumentation der Veranstaltung vom 10. Juni 2005*, download unter: [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de).
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: *Globaler Klimawandel*, Berlin.
- *Umweltbundesamt (Hrsg.)* [2004]: *Umweltbedingte Gesundheitsrisiken – Was ist bei Kindern anders als bei Erwachsenen?*, Berlin.

## Links

- Allgemeine Deutscher Fahrrad-Club (ADFC): [www.adcf.de](http://www.adcf.de)
- Bundesumweltministerium: [www.bmu.de/verkehr/kurzinfo/doc/3995.php](http://www.bmu.de/verkehr/kurzinfo/doc/3995.php)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)
- Mobilität 21 – Kompetenznetzwerk für innovative Verkehrslösungen: [www.m21-portal.de](http://www.m21-portal.de)
- Umweltbundesamt (UBA): <http://www.uba.de/verkehr/index.htm>
- Verkehrsclub Deutschland (VCD): [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

**Good-Practice-Projekt**

## Bus mit Füßen – Pilotprojekt für Mobilitätsmanagement an Schulen

München, Bayern

Aus England kommt die Idee des „Walking Bus“, die in München aufgegriffen wurde, um den umweltfreundlichsten Bus, den „Bus mit Füßen“, zu schaffen und in den Straßenverkehr zu schicken. Bereits an fünf Münchner Grundschulen „fahren“ die Kinder der ersten und zweiten Klassen in Begleitung engagierter Eltern mit diesem Bus zur Schule. Die Projektumsetzung wird vom Verein „Green City“ koordiniert und vom Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München gezielt gefördert. Die Kinder sollen nach einem halben Jahr selbstständig zu Fuß zur Schule gehen können. Die Devise lautet: Raus aus dem Auto und rein in den „Bus mit Füßen“!

### Projektbeschreibung

Deutschlandweit werden immer mehr Kinder mit dem Auto zur Grundschule und zum Kindergarten gebracht. Dies geht zu Lasten der Umwelt sowie der Gesundheit und motorischen Fähigkeiten der Kinder, weil diese damit weniger in Bewegung sind. Außerdem lernen die Kinder nicht rechtzeitig, sich in einem teilweise immer unübersichtlicher werdenden Straßenverkehr zu Recht zu finden und ihr eigenes Verhalten im Hinblick auf Vorsicht und Achtsamkeit zu schulen.

Die Eltern bringen ihre Kinder mit dem so genannten „Elterntaxi“ aus unterschiedlichen Gründen in die genannten Einrichtungen: Häufig lässt sich der Weg ganz praktisch mit dem Weg zur Arbeit verbinden. Aber auch die Angst um die Kinder im Straßenverkehr spielt eine große Rolle. Meist gehen die Kinder dann zur Schule, wenn das Verkehrsaufkommen aufgrund des Berufsverkehrs besonders hoch ist, was den Schulweg besonders gefährlich und risikoreich macht. Das Gesundheitsrisiko „Verkehrsunfall auf dem Schulweg“ ist besonders für Schulanfänger hoch. Das macht die Ängste der Eltern und den Rückgriff aufs „Elterntaxi“ verständlich, verstärkt aber gleichzeitig den Teufelskreis, aus Sicherheitsüberlegungen heraus, die Kinder mit dem Auto zu bringen und so selbst zur Verschärfung der eigentlich ungewünschten Situation beizutragen.

Diese Situation greift das Münchner Pilotprojekt für Mobilitätsmanagement an Schulen „Bus auf Füßen“ auf. Nach dem seit Jahren bewährten britischen Vorbild des „Walking Bus“ soll durch eine organisierte Schulwegbegleitung im Rahmen eines Pilotprojektes an zwei Münchner Grundschulen die „chaotische“ Verkehrssituation vor diesen Grundschulen durch den morgendlichen motorisierten Bringverkehr verbessert werden. Der „Bus mit Füßen“ versteht sich als Teil eines integrierten Mobilitätsmanagements, zu dem zahlreiche weitere verkehrserzieherische Maßnahmen und Aktionen gehören.

Ausgewählt wurden auf Initiative des gemeinnützigen Münchner Umweltvereins „Green City“ in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt sowie mit der Unterstützung des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München (Agenda-21-Büro)



eine Grundschule in München-Ramersdorf und eine Grundschule in München-Trudering. An diesen beiden Grundschulen wurde das Projekt „Bus mit Füßen“ im September 2004 für die Dauer von drei Monaten erstmalig umgesetzt. Schulleitungen und Elternbeiräte der beteiligten Grundschulen sowie das Kreisverwaltungsreferat unterstützen und fördern das Projekt. Die beiden Grundschulen liegen in Fördergebieten des bundesweiten Aktionsprogrammes Umwelt und Gesundheit (APUG).

Der „Bus mit Füßen“ ist eine organisierte Schulwegbegleitung zu Fuß. Maximal acht bis zehn Kinder, die einen ähnlichen Weg zur Schule haben, weil sie im gleichen Wohngebiet zu Hause sind, treffen sich an einer vorher festgelegten „Haltestelle“ und gehen in Begleitung eines Erwachsenen zur nächsten „Haltestelle“. Für den gesamten Schulweg gibt es eine festgelegte „Buslinie“. Auf dem Weg sammelt der „Bus mit Füßen“ an weiteren „Haltestellen“ die dort wartenden Grundschüler auf. Gemeinsam geht es dann weiter bis zur Schule. Jeder Fahrgast erhält ein neonfarbenes „Bus mit Füßen“-Klackband, um im Verkehr aufzufallen und um das Gemeinschaftsgefühl der „Businsassen“ zu stärken. Lernziel des Projektes für die „Fahrgäste“ ist, dass die Schüler nach einem halben Jahr in der Lage sind, sich so zu verhalten, dass sie ohne Begleitung eines Elternteils selbstständig zu Fuß zur Schule gehen können.

In einer Pressemitteilung des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München vom 20. 12. 2004 heißt es zum „Bus mit Füßen“: „Dabei wird es nie langweilig, denn während der Busfahrt nehmen die Kinder unterschiedliche Rollen ein, die des Busfahrers, Kontrolleurs und der Fahrgäste. Sie lernen so auf spielerische Art das richtige Verhalten im Straßenverkehr kennen und bewegen sich mehr. Außerdem können bereits vor Schulbeginn die neuesten Erlebnisse ausgetauscht werden. Auch die Eltern sind begeistert, denn in der Gruppe sind die Kinder sicher und müssen nur mehr turnusmäßig zur Schule begleitet werden.“

Insgesamt konnte die Verkehrssituation vor diesen Grundschulen entspannt werden, da das Projektvorhaben durch seine vielfältigen Entlastungseffekte auf große Resonanz in der Elternschaft gestoßen ist. Die im Rahmen einer Projekt-Evaluation an Eltern verteilten Fragebögen zum Projekt wurden von „Green City“ ausgewertet und zeigten im Ergebnis, dass das Projekt von den Eltern angenommen wird und sie tatsächlich vermehrt das Auto stehen lassen.

Die Ergebnisse des Projektes sollen in ein Gesamtkonzept „Mobilitätsmanagement“ einfließen, das gegenwärtig unter der Federführung des Kreisverwaltungsreferates entwickelt wird. Dieses Konzept soll die Grundlage für einen geplanten weitreichenden Stadtratsbeschluss bilden.

Seit September 2005 läuft das Projekt aufgrund seines bisherigen Erfolges an fünf weiteren Münchner Grundschulen.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Projekt integriert auf konzeptioneller Ebene die Bereiche Umweltschutz und Gesundheitsförderung: weniger Autoverkehr schont die Umwelt und macht die Verkehrssituation vor den Schulen sicherer. Die Kinder sind mehr an der frischen Luft und in Bewegung, was ihre Gesundheit fördert. Das Risiko eines Verkehrsunfalls auf dem Schulweg wird erheblich gesenkt.

*Kooperation zwischen Akteuren:* An dem Projekt sind auf der Umsetzungsebene vielfältige Akteure aus unterschiedlichen Bereichen beteiligt, die alle an einem Strang ziehen. Unterschiedliche, aber durch ihre Zuständigkeiten wichtige Verwaltungseinheiten kooperieren mit einem gemeinnützigen Verein, den Schulen sowie den Eltern und den Schülern, was den Erfolg des Projektes befördert.

*Konzeptionelle Einbindung:* Das integrative Projekt „Bus mit Füßen“ unterstützt mit seinen Erfahrungen im Handlungsfeld Umweltschutz und Gesundheitsförderung die Entwicklung eines Mobilitätsmanagementkonzeptes in München, das durch einen Stadtratsbeschluss abgesichert werden soll. Darüber hinaus ist der „Bus mit Füßen“ als Projekt eingebunden in die Münchener Aktivitäten zur Agenda 21 und zum Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Es ist damit nicht irgendeine isolierte Maßnahme, sondern Teil größerer Anstrengungen für die Verbesserung und Verstetigung von Umweltschutz und Gesundheitsförderung.

*Impulswirkung für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“:* Von dieser Projektidee gehen Impulse zur Nachahmung für andere Städte und Gemeinden aus, da sich ein solches Projekt mit Unterstützung der zuständigen Verwaltungseinheiten, Schulen und Elternschaft leicht umsetzen lassen kann.

*Evaluation:* Positiv hervorgehoben werden muss, dass die Projektträger sich bemühen, ihre Aktivitäten so zu evaluieren, dass sie zu messbaren Ergebnissen kommen. Das bedeutet hier: Der „Bus mit Füßen“ führt dazu, dass sich die Verkehrssituation vor den Grundschulen entspannt und tatsächlich wesentlich weniger Kinder mit dem Auto gebracht werden. Die Evaluation des ersten Projektdurchlaufs hat dazu geführt, dass dieser integrative Ansatz auf weitere Grundschulen in München ausgeweitet wurde.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Die Schulleitungen und Elternbeiräte der jeweiligen Grundschulen müssen das Projekt mittragen und unterstützen. Ohne deren Unterstützung kann ein solches Projekt nicht auf den Weg gebracht werden.
- Die Bereitschaft der Eltern zur Teilnahme am Projekt muss im Vorfeld durch vielfältige Aktivitäten wie etwa Informationsveranstaltungen zum Thema Umweltschutz, Verkehrssicherheit und Gesundheitsförderung gefördert werden. Auch ohne die Zustimmung der Eltern kann ein solches Projekt nicht durchgeführt werden. Der Sinn des Projektansatzes muss den Eltern so vermittelt werden, dass sie für das Wohl ihrer Kinder das Auto stehen lassen und sich aktiv am Projekt beteiligen.
- In lokalen Medien (Stadtteilzeitungen, Wochenblätter etc.) sollte bereits im Vorfeld auf das anlaufende Projekt aufmerksam gemacht werden, um die Öffentlichkeit für das Thema „Umweltschutz und Sicherheit/Gesundheit auf dem Schulweg der Kinder“ zu sensibilisieren.

## Projektträger und Beteiligte

- Green City e.V. (Projektträger)
- Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München

- Agenda-21-Büro
- Kreisverwaltungsreferat
- Staatliches Schulamt
- Grundschulen in den Stadtteilen Ramersdorf und Trudering
- Eltern und Schüler der beteiligten Grundschulen

### Zielgruppe

- Grundschulkindern der 1. und 2. Klasse und ihre Eltern

### Projektkosten und Finanzierung

- Die Projektkosten werden aus Mitteln des Agenda-21-Programms zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in München kombiniert mit vielfältigen ehrenamtlichem Engagement finanziert.

### Laufzeit

- seit September 2004

### Weitere Informationen

- [www.muenchen.de](http://www.muenchen.de)
- [www.greencity.de](http://www.greencity.de)

### Ansprechpartnerinnen

**Verena Kleiter**  
**Vanessa Mantini**

Green City e.V.  
Klenzestraße 54, 80469 München  
E-Mail: [verena.kleiter@greencity.de](mailto:verena.kleiter@greencity.de)  
Telefon: 089/8906-6822

---

**Andrea Sontheim**

Referat für Gesundheit und Umwelt  
Agenda-21-Büro  
Bayerstraße 28a, 80335 München  
E-Mail: [andrea.sontheim@muenchen.de](mailto:andrea.sontheim@muenchen.de)  
Telefon: 089 /233-47552

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Der Bürgerbus – Mobilitätsmanagement mit den Bürgern der Stadt

### Kevelaer, Nordrhein-Westfalen

Wo der Öffentliche Personennahverkehr nicht mehr hinkommt oder nicht mehr hinkommen will, weil zu wenige Fahrgäste für die großen Busse da sind, da sind Alternativen gefragt: Alternativen zum motorisierten Individualverkehr mit einem attraktiven umweltschonenden Angebot. In Kevelaer gibt es, wie in vielen anderen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, den Bürgerbus, der unter der Devise „Bürger fahren für Bürger“ in der Stadt unterwegs ist. Die Haltestellen der Kleinbusse sind schnell erreichbar. Die Initiative „Bürgerbus von Kevelaer“ ist ein Kooperationsprojekt von Stadt, Stadtwerken und den Bürgern der Stadt, das mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt wird.

### Projektbeschreibung

In vielen Städten und Gemeinden, besonders im ländlichen Raum, wurden und werden aus unterschiedlichen Gründen (finanzielle Probleme, mangelnde Nachfrage u.a.) die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingeschränkt oder gar abgebaut. Manchmal beschränken sich die verbleibenden Angebote sogar nur noch auf Fahrten für Schüler zu ihren jeweiligen Schulen. Die Folgen sind klar: Wenn der Bus nicht mehr fährt, fährt das Auto. Und auch: Wenn immer mehr Autos fahren, fährt der Bus nicht mehr, weil er keine Fahrgäste hat. Immer mehr Autos bedeuten immer mehr Verkehr und mehr Verkehr bringt Lärm und schlechte Luft. Beides schadet bekanntlich der Gesundheit und fördert sie nicht. Hier setzt das Konzept des Bürgerbusses an und entwickelt zusammen mit der Bewohnerschaft ein umweltfreundliches, an den Bedürfnissen der Bürger orientiertes Mobilitätsangebot für den jeweiligen kommunalen Raum.

Ein Beispiel für ein solches umweltfreundliches Nahverkehrsangebot ist der „Bürgerbus von Kevelaer“. An Werktagen fahren die Kleinbusse mit maximal acht Fahrgästen den ganzen Tag, meist im Stundentakt, auf vier durchgeplanten Linien, um das Nahverkehrsangebot für die Bürger zu verbessern. Das alternative Angebot wird sehr gut angenommen, unter anderem auch, weil die Wege zu den jeweiligen Haltestellen für die Fahrgäste möglichst kurz gehalten werden (maximal 300 Meter), was den „Bürgerbus“ besonders attraktiv macht. Durchschnittlich nutzen rund 6.000 Fahrgäste pro Monat den „Bürgerbus“. Eine Fahrt kostet, je nach Ziel, zwischen 80 Cent und zwei Euro. Das ist ungefähr die Hälfte des Tarifes der entsprechenden Verkehrsgemeinschaft.

Der „Bürgerbus“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtverwaltung, der Stadtwerke von Kevelaer, des Landes Nordrhein-Westfalen und schließlich der Bürger von Kevelaer. Stadtwerke und Land tragen die Kosten für die Anschaffung der Kleinbusse, die Stadtwerke übernehmen die Kosten für die Wartung und den Unterhalt der Fahrzeuge. Außerdem sorgen die Stadtwerke für die Einrichtung der Haltestellen und kümmern sich um die Versicherung der Fahrer. Diese - und das ist auch mit das Besondere an diesem Projekt - sind ehrenamtlich tätige

Bürger von Kevelaer, die von den Stadtwerken (und der Stadtverwaltung) in die Lage versetzt werden, Personen transportieren zu dürfen. Denn dabei gibt es eine Reihe von Vorschriften und gesetzlichen Regelungen zu beachten. Über 150 ehrenamtliche engagierte Bürger sind insgesamt an diesem umweltfreundlichen Projekt beteiligt, was ein wesentlicher Grund für den Erfolg des Projektes in Kevelaer ist.

Voraussetzungen für die Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen sind:

- Vereinstrukturen mit Mitgliedern, die bereit sind, ehrenamtlich den Betrieb des „Bürgerbusses“ zu garantieren,
- Vorlage eines schlüssigen Verkehrskonzeptes, in dem nachgewiesen wird, das dem ortsansässigen ÖPNV keine Konkurrenz gemacht wird,
- von der Kommune muss eine Erklärung vorliegen, dass ein mögliches Defizit von der Kommune geschultert wird.

Meist sind die Bürgerbus-Angebote wie auch in Kevelaer in Bürgerbusvereinen organisiert. Mittlerweile gibt es über 100 solcher alternativer Nahverkehrsangebote in Deutschland. Für diese ehrenamtlich tätigen Bürgerbusvereine gibt es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen eine Art Dachverband, den „Pro Bürgerbus NRW e.V.“, welchem über 50 Vereine aus über 40 Kommunen in Nordrhein-Westfalen angeschlossen sind. Der Verband nimmt für die Bürgerbus-Bewegung verschiedene Aufgaben wahr: Er wirbt für neue Initiativen auf kommunaler Ebene, bietet vielfältiges Informationsmaterial für Vereine und neue Initiativen an und steht mit aktiver Beratung zur Seite, wenn ein neuer „Bürgerbus“ in einer Kommune auf den Weg gebracht werden soll. Er hilft auch bei Rechtsfragen, Konzeptänderungen oder Veränderungen beim jeweiligen Finanzierungsmodell. Außerdem setzt sich der Verband für die Interessen der Bürgerbusvereine auf der landes- und kommunalpolitischen Ebene ein.

Bei Agenda-Transfer (Agentur für Nachhaltigkeit: [www.agenda-transfer.de](http://www.agenda-transfer.de)) heißt es zum Bürgerbus: „Der Bürgerbus setzt die Prinzipien der Agenda 21 geradezu ideal um: eine umweltschonende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, außerhalb des Individualverkehrs, als Kooperation zwischen Bevölkerung, Kommune und Unternehmen. Gemeinsam wird ein neues Angebot entwickelt, das sonst nicht möglich wäre. Wer einen Bürgerbusverein kennen lernt, der spürt, mit welcher Freude diese sinnvolle Aufgabe wahrgenommen wird.“

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Konzept und seine Umsetzung verbinden implizit die Themen Umwelt und Gesundheit miteinander. Ein solch differenziertes zusätzliches umweltfreundliches ÖPNV-Angebot jenseits des motorisierten Individualverkehrs kann so dazu beitragen, dass weniger Strecken mit dem Auto zurückgelegt werden. Das bedeutet weniger Lärm, bessere Luft und mehr Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger, besonders für ländliche Kommunen und Gemeinden.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Das Anliegen wird in einer engen und gut organisierten Kooperation zwischen Bevölkerung, Kommune, Unternehmen und anderen unterschiedlichen Akteuren umgesetzt.

*Konzeptionelle Einbindung:* Der „Bürgerbus“-Ansatz fungiert mittlerweile als Teil eines sich in der Entwicklung befindlichen landesweiten, umweltfreundlichen Mobilitätsmanagementkonzeptes. Es gibt Vereins- und Verbandsstrukturen, die Umsetzung und Organisation begleiten und fördern und wichtige Öffentlichkeitsarbeit leisten.

*Innovativer Gehalt:* Das „Bürgerbus“-Konzept ist mit seinem ergänzenden Angebot zum ÖPNV innovativ, bietet es doch aufgrund der guten Erreichbarkeit der Kleinbusse den Anreiz, das Auto mal stehen zu lassen. Außerdem können besonders ältere Menschen gerade auf solche Mobilitätsangebote angewiesen sein.

*Impulswirkung für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“:* Von den ersten Bürgerbus-Initiativen sind vielfältige Impulse und Nachahmungseffekte ausgegangen. Seit 20 Jahren besteht nun die Bewegung „Bürgerbus“. Ausgehend von Nordrhein-Westfalen hat sie sich mittlerweile in der ganzen Bundesrepublik Deutschland erfolgreich verbreitet und etabliert.

*Evaluation:* Durch die gefestigten Vereins- und Verbandsstrukturen und die Förderung durch das jeweilige Bundesland wird die Entwicklung der Bürgerbusssysteme differenziert beobachtet. Fahrgaststatistiken über die Nutzung, konzeptionelle Ansätze und unterschiedliche Finanzierungsmodelle werden, teilweise interkommunal, verglichen und Verbesserungsvorschläge daraus entwickelt.

*Langfristigkeit:* Dieses Projekt stellt ein auf Dauer angelegtes Ergänzungsangebot zum ÖPNV dar, dessen feste Verankerung im kommunalen Mobilitätsangebot bereits vielfach gelungen ist und bei neuen Projekten immer auch angestrebt wird.

*Beteiligungsmöglichkeiten/bürgerschaftliches Engagement:* „Bürger fahren für Bürger“ setzt eine große Beteiligungsbereitschaft und freiwilliges ehrenamtliches Engagement bei den Bürgern der Kommune voraus, um das Anliegen erfolgreich umzusetzen. Dies ist bei den Bürgerbus-Projekten nahezu immer vorhanden und vorbildlich.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

Es gibt eine Fülle von gut ausgearbeiteten schriftlichen Informations- und Unterstützungsmaterialien, die über das Internet eingesehen und herunter geladen werden können.

Besonders zu empfehlen ist der „Leitfaden für die Einrichtung von Bürgerbussen“, der vom Verein „Pro Bürgerbus NRW“ herausgegeben wird. Dieser enthält eine „Checkliste für den Überblick – Von der ersten Idee zum laufenden Betrieb“, die fast alles abdeckt, was an kleinen und großen Schritten in welcher Reihenfolge zu beachten ist.

Alle Broschüren, Materialien und Hinweise sind zu finden unter:  
<http://www.pro-buergerbus.nrw.de>.

## Projektträger und Beteiligte

- Stadtwerke Kevelaer (Projektträger)
- Stadtverwaltung Kevelaer
- Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kevelaer

- Land Nordrhein-Westfalen
- Pro Bürgerbus NRW e.V.

### Zielgruppen

- Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kevelaer

### Projektkosten und Finanzierung

- Mischfinanzierung aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Stadtwerke und Einnahmen aus dem Verkauf der Fahrkarten an die Fahrgäste (Bürgerinnen und Bürger von Kevelaer und andere)
- ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger (z.B. werden die geschulten Busfahrer nicht bezahlt)
- Werbeeinnahmen

### Laufzeit

- Projektbeginn in Kevelaer 1996, Projektende offen

### Weitere Informationen

- *Pro Bürgerbus NRW e.V.* [2005]: Ein Bus für alle Fälle. 20 Jahre Bürgerbus in NRW, Düsseldorf, download unter: [http://www.pro-buergerbus-nrw.de/broschuere\\_20\\_jahre.htm](http://www.pro-buergerbus-nrw.de/broschuere_20_jahre.htm).
- <http://www.pro-buergerbus.nrw.de>
- <http://www.m21-portal.de>
- <http://www.stadt-kevelaer.de>

### Ansprechpartner

**Hans-Josef Thönissen**

Stadtwerke Kevelaer  
Kroatenstr. 125, 47623 Kevelaer  
E-Mail: [hans-josef.thoenissen@stadtwerke-kevelaer.de](mailto:hans-josef.thoenissen@stadtwerke-kevelaer.de)  
Telefon: 02832/9313-0

**Franz Heckens**

Pro Bürgerbus NRW e.V.  
Stormstraße 13, 47623 Kevelaer  
E-Mail: [franz-heckens@pro-buergerbus-nrw.de](mailto:franz-heckens@pro-buergerbus-nrw.de)  
Telefon: 02832/5053055

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Runder Tisch „Prävention von Kinderunfällen“

Dortmund, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Der Runde Tisch zur Prävention von Kinderunfällen in Dortmund wurde 1998 als Kooperationsprojekt von verschiedenen Institutionen, Vereinigungen und Einzelpersonen gegründet. Zur Gründung führten Ergebnisse eines statistischen Vergleichs bundesdeutscher Großstädte bezüglich Unfallopfer und Verkehrssicherheit im Straßenverkehr. Diese Statistik wies Dortmund als diejenige Großstadt aus, die die meisten Verletzten bei Kinderunfällen im Straßenverkehr hatte und stufte Dortmund als die zweitgefährlichste Großstadt bezüglich der Verkehrssicherheit für Kinder bis 14 Jahren ein.

Die Zielsetzungen des Runden Tisches sind vielfältig:

- Verminderung der Zahl der Kinderunfälle im Haus, auf der Straße und beim Spiel,
- Vermittlung von Information zur Unfallverhütung,
- Verbesserung der Verkehrssicherheit z.B. auf Schulwegen und Wegen zum Kindergarten,
- Herbeiführen von Verhaltensänderungen bei Kindern und Erwachsenen,
- Anregung öffentlicher Diskussionen,
- Herstellung vielfältiger Kooperationen und Netzwerke zur Erreichung der Ziele,
- Durchführung von Erfolgskontrollen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, wurden vielfältige Einzelaktionen und -projekte auf den Weg gebracht: Ausstellungen, Infostände, Walking Bus, Fußgänger-Schein und vieles mehr. Projektträger und Beteiligte sind u.a. AOK-Dortmund, Dortmunder Stadtwerke, Polizei Dortmund, Kinderschutzbund Dortmund, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club Dortmund, Kinderchirurgie Dortmund, die Stadt Dortmund sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Zur Abstimmung der Arbeitsprozesse und gemeinsamen Vorhaben gibt es eine Koordinierungsstelle, die beim Dortmunder Kinderschutzbund angesiedelt ist.

Zielgruppen des Runden Tisches sind Kinder und Jugendliche und ihre Eltern sowie das Personal von Schulen und Kindergärten (Lehrerschaft, Betreuungspersonal). Gefördert wird der Runde Tisch „Prävention von Kinderunfällen“ als Projekt aus Mitteln der EU im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II.

Seit der Gründung im Jahre 1998 sind laut Unfallstatistik der Polizei Dortmund die Verkehrsunfälle mit Kindern bereits deutlich zurückgegangen.



## Weitere Informationen

- *Beck, Jennifer, und Dirk Philippsen* [2005]: Runder Tisch zur „Prävention von Kinderunfällen“ für Dortmunder Agenda 21, in: Rainer Fehr, Hermann Neus und Ursel Heudorf (Hrsg.): Gesundheit und Umwelt –Ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, Bern, S. 53-54.
- <http://www.kinderschutzbund-dortmund.de>

## Ansprechpartnerin

**Vaiani Brexeler-Tsitsanaki**

Koordinierungsstelle des Runden Tisches  
c/o Kinderschutzbund Dortmund  
Lambachstraße 4, 44145 Dortmund  
E-Mail: [kindersicher@kinderschutzbund-dortmund.de](mailto:kindersicher@kinderschutzbund-dortmund.de)  
Telefon: 0231/84797812

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Mobilitätsmanagement an Schulen

Herne und Marl, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Im Frühjahr 2000 startete an verschiedene Schulen in vier europäischen Ländern das EU-Projekt SUN (Saving Energy by Using Mobility Management in Schools). Angestoßen von dieser EU-Initiative hat sich in Nordrhein-Westfalen ein breites Aktivitätsspektrum im Handlungsfeld Mobilitätsmanagement an Schulen herausgebildet, das vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) und von der Transferstelle Mobilitätsmanagement in Nordrhein-Westfalen auf vielfältige Weise unterstützt wird. Auf der kommunalen Ebene sind Schulen im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen und Prozessen des Mobilitätsmanagements eine zentrale Institution, weil Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern erreicht werden. Hier können Ziele einer umweltschonenden und gesundheitsfördernden Mobilität vermittelt und diskutiert sowie praktische Maßnahmen und Ansätze erprobt und umgesetzt werden.

An zwei weiterführenden Schulen – ein Gymnasium in Marl und eine Gesamtschule in Herne – wurden jeweils mit der 5. Klasse Demonstrationsprojekte durchgeführt. Im Mittelpunkt standen, begleitet von einer regelmäßigen Berichterstattung in den lokalen Medien, folgende Projektideen:

- von Eltern und Lehrerschaft unterstützte Radfahrgemeinschaften („Fahrrad-Pool“),
- Mobilitätstagebücher zur Ermittlung der zurückgelegten Kilometer und der geleisteten Energieeinsparung (Erfolgskontrolle).

Ziele dieser Aktionen waren und sind die Erhöhung des Fahrradanteils als umweltschonendes und gesundheitsförderndes Fortbewegungsmittel, die Energieeinsparung auf dem Schulweg sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Im Mittelpunkt stand ein Energie-Wettbewerb, den die Klasse mit der besten Energiebilanz gewann.

Zielgruppen des Mobilitätsmanagements sind Kinder, ihre Eltern sowie die Lehrerschaft der beteiligten Schulen. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung wird die Umsetzung im Wesentlichen von den genannten Zielgruppen organisiert.

Durch die positiven Erfahrungen sind die „Fahrrad-Pools“ mittlerweile in Marl zu dauerhaften Einrichtungen geworden. Eine Ausweitung auf andere Schulen in den Stadtgebieten ist beabsichtigt.

### Weitere Informationen

- <http://www.mobilitaetsmanagement.nrw.de>
- <http://www.ils.nrw.de>

## Ansprechpartner

### **Udo Lutz**

Stadt Marl  
Planungs- und Umweltamt  
Liegnitzer Straße 5, 45768 Marl  
E-Mail: [info@marl.de](mailto:info@marl.de)  
Telefon: 0 23 65/99-6123

---

### **Guido Müller**

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung  
des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS)  
Fachbereich „Mobilität und Siedlungsentwicklung“  
E-Mail: [guido.mueller@ils.nrw.de](mailto:guido.mueller@ils.nrw.de)  
Telefon: 0231/90 51-268

---

## 3.8 Schöner Wohnen:

### Wohnumfeldverbesserung



#### Ausgangslage

„Schöner Wohnen“ kann man, wenn man die „eigenen vier Wände“ renoviert und/oder umgestaltet. „Schöner“ und vor allen Dingen auch „gesünder Wohnen“ kann man aber auch, wenn das Wohnumfeld umweltfreundlich und gesundheitsförderlich eingerichtet ist.

Zum Wohnumfeld gehören sowohl das unmittelbare Umfeld (Gebäude, Hauseingang, Hinterhöfe, Mietergärten, Spielflächen etc.) als auch das mittelbare Umfeld: der öffentliche Raum mit Grünanlagen und Parks, Freiflächen, Straßen, Spielplätzen, Handel, Dienstleistungen und anderen Nutzungen. Das unmittelbare und mittelbare Wohnumfeld haben in den Kommunen und in deren Wohnquartieren und Stadtteilen für die Bevölkerung vielfältige Funktionen. Sie sind soziale Orte der Begegnung und Kommunikation und damit Orte für ein funktionierendes Gemeinwesen. Sie sind Orte für die tägliche Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, auch im gesundheitlichen Bereich. Und sie sind Orte, die mit den Möglichkeiten für Spiel, Sport und Erholung die Gesundheit der Bewohnerschaft fördern und damit der Wohnumgebung auch umweltfreundliche Qualitäten verleihen. Nicht zuletzt sind solche Orte, wenn sie denn wohlgestaltet sind, auch identitätsstiftende Räume: Man wohnt gerne dort und kann vielleicht ein wenig stolz sein auf den Stadtteil oder das Quartier.

Vielerorts sieht die Situation in den Kommunen, je nach Größe und Bevölkerungsdichte, jedoch nicht in allen Teilen so umweltfreundlich und gesundheitsförderlich aus, wie es wünschenswert wäre. Dies gilt insbesondere für benachteiligte Stadtteile und Quartiere. Ständig wachsendes Verkehrsaufkommen, Flächenversiegelung durch Straßenbau, Häuserbau und Gewerbeansiedlungen sowie sanierungsbedürftige Grünflächen und ungenutzte, verwildernde Freiflächen (meist dann praktische Parkplätze) kennzeichnen häufig hier das Wohnumfeld. Für das Wohnumfeld und den öffentlichen Raum der dort lebenden Bevölkerung bedeutet das:

- mehr und länger am Tag (und vielleicht auch nachts) Lärm,
- vermehrt „schlechte“ Luft, besonders zu Stoßzeiten wie beim Berufsverkehr,
- Straßen, die das Wohnquartier durchschneiden und damit als Barrieren den Zugang zu möglichen Erholungsflächen (vor allen Dingen Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche) erschweren,
- ein Mangel an „Oasen der Ruhe und Erholung“ und damit auch ein Mangel an Begegnung und Kommunikation,
- ein Mangel an Identität mit dem Wohngebiet und damit in der Folge Segregation: Wer sich's leisten kann, zieht weg.

In der Stadtgestaltung ist die Wohnumfeldverbesserung der „Klassiker“ schlechthin. Ob in der modernen Stadtentwicklung oder in der Stadterneuerung, ob in Revitalisierungsmaß-

nahmen oder in Sanierungsgebieten, ob Stadtumbauprogramme und „ExWoSt“ (experimenteller Wohnungs- und Städtebau) oder „Soziale Stadt“ und „Gesunde Stadt“ (WHO; Gesunde Städte Projekt), die Grünfläche und das Wohnumfeld stehen immer im Mittelpunkt erfolgreicher Aktivitäten für die Verbesserung der kommunalen Lebensqualität.

## Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Umweltbezogener Gesundheitsschutz und gesundheitsfördernder Umweltschutz hören nicht in Betrieben, in Einrichtungen oder in den „eigenen vier Wänden“ auf. Die Wohnumfeldverbesserung ist für die Förderung und Umsetzung von Umweltfreundlichkeit und gesundheitsbezogener Lebensqualität auf kommunaler Ebene ein zentrales Handlungsfeld. Dabei geht es nicht nur darum, krank machende Faktoren wie Schadstoffe und Lärm im Wohnumfeld zu vermeiden, sondern auch darum, gesunde Lebensräume zu schaffen, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner wohl fühlen.

Die schützenden und erhaltenden Wirkungen von wohnungsnahen Grünflächen für Lufthygiene, Raumgliederung, Wasserhaushalt und soziale Funktionen (Erholung, Bewegung) sind ebenso hervorzuheben wie etwa auch gesundheitsförderliche und umweltschonende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen (z.B. Rückbau von Straßenverkehrsflächen) und Begrünungsaktivitäten an Gebäuden und in Innenhöfen.

Wohnumfeldverbesserung ist für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ auch deshalb von zentraler Relevanz, weil dieses Handlungsfeld auf der operativen Ebene mit unterschiedlichen anderen Handlungsfeldern verknüpft oder in diese integriert werden kann (oder umgekehrt). Dabei handelt es sich um in diesem Zusammenhang ebenso bedeutsame Handlungsfelder wie Reinhaltung der Außenluft, Klimaschutz, Lärmbekämpfung, umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität oder umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung. Durch diese Verknüpfungsmöglichkeiten eröffnet sich den kommunalen Akteuren eine Vielfalt von Handlungsalternativen für eine Politik zur Förderung von Umwelt und Gesundheit.

## Wesentliche kommunale Strategien

Die kommunalpolitischen Ansätze und Aktivitäten im Handlungsfeld Wohnumfeldverbesserung sind gekennzeichnet von einer breiten Palette an Handlungsmöglichkeiten, die von der Beteiligung an EU-, Bundes-, und Landesprogrammen über gesetzlich gesteuerte Förderprogramme und eigene kommunale Programme bis hin zu Einzelprojekten, auch unter Hinzuziehung privater Ressourcen, reicht.

Hauptziele der Bemühungen sind dabei stets auch die Aufwertung und soziale Stabilisierung bisher vernachlässigter Wohngebiete sowie die ökologische Verbesserung der Wohnqualität und die Schaffung/Gestaltung öffentlicher Räume für die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten durch Bewohnerschaft und (Stadtteil-)Besucher.

In den Kommunen findet sich derzeit eine bunte Mixtur aus Politikstrategien unterschiedlicher Förderungs- und Programmebenen. Für die Wohnumfeldverbesserung auf der kommunalen Ebene kommen trotz knapper Ressourcen und vielfach zu überwindender Planungs-

hindernissen folgende Instrumentarien – ohne den Anspruch auf Vollständigkeit in der Aufzählung - in vielfältiger Mischung und Kombination zum Einsatz:

- EU-Programme und Förderinstrumente unterschiedlicher Ausrichtung wie beschäftigungsorientierte Projekte im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF), sozialräumlich-orientierte Projekte im Rahmen des Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE), Projekte im Rahmen des URBAN II Programms zur Stadtteilentwicklung oder Projekte im Rahmen der EU-Strukturpolitik zur „Erneuerung städtischer Problemgebiete“,
- Programme und gesetzliche festgelegte Fördermöglichkeiten auf Bundesebene wie etwa das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ mit seinem Partnerprogramm „E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, das Programm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“, die im Baugesetzbuch geregelten städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen oder eine Reihe von ressortspezifischen Programmen für diverse Zielgruppen sowie das Programm zur Förderung des Stadtumbaus in den neuen Bundesländern,
- auf der Länderebene angesiedelte Programme (siehe auch „Soziale Stadt“ oder die Landesinitiative URBAN 21), ressortspezifische Programme der Bundesländer sowie Fördermöglichkeiten durch länderspezifische Sonderprogramme wie etwa durch ein eigenes Landesaktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ oder beschäftigungsorientierte Landesprogramme wie das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“,
- kommunale „Sonderwege“ im Sinne eigener kommunaler Förderprogramme für ausgewählte Gebiete im Bereich „Wohnen“ oder für spezielle Problembereiche wie verkehrspolitische Interventionen sowie ressortspezifische Programme etwa im Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“ durch ergänzende kommunale Mittel,
- Teilnahme an bundes- und/oder landesweiten Wettbewerben wie etwa „Unser Dorf soll schöner werden“ oder „Entente Florale“,
- die Einbindung privater Ressourcen, z.B. von Hauseigentümern, in die Umsetzung von wohnqualitätsverbessernden Maßnahmen und Aktivitäten,
- „social sponsering“ und andere gemeinwesenbezogene Fundraising-Strategien (z.B. Public Private Partnership) zur Erschließung weiterer privater Ressourcen (z.B. für die Kinder- und Jugendhilfe zur Errichtung von Spiel- und Sportmöglichkeiten im Wohnumfeld),
- Unterstützung der Akteure durch die Aktivisten der „Lokalen Agenda 21“ vor Ort, wenn eine Kommune per Ratsbeschluss in einen kommunalen Agenda-Prozess eingestiegen ist,
- Unterstützung der Akteure durch die Gesunde-Städte-Bewegung, wenn eine Kommune sich per Ratsbeschluss auf den Weg zur „Gesunden Stadt“ machen will,
- gesetzlich vorgeschriebene Instrumente mit zentraler Bedeutung für die Wohnumfeldverbesserung: Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Landschaftsplan, Grünordnungspläne.

## Literatur

- *Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)* [2003]: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. *Bericht der Programmbegleitung, Berlin.*
- *Geene, Raimund, Sebastina Graubner, Ingrid Papies-Winkler und Klaus Peter Stender (Hrsg.)* [2002]: Gesundheit-Umwelt-Stadtentwicklung. Netzwerke für Lebensqualität, Berlin (Materialien zur Gesundheitsförderung, Bd. 9).
- *Günther, Petra, und Thorsten Gebhards* [2003]: Wohnumfeldverbesserung: Ziele und Ergebnisse, in: *Stadt und Grün*, S. 45-47.
- *Kähler, Gert* [2004]: Alles nur Fassade? Wohnung, Wohnumfeld und das Bild der Stadt. Anleitung und Material für schulische Projektwochen, Architektenkammer, Düsseldorf.
- *Krummacher, Michael, Roderich Kulbach, Victoria Waltz und Norbert Wohlfahrt* [2003]: Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement, Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit, Opladen.
- *Riege, Marlo, und Herbert Schubert (Hrsg.)* [2002]: Sozialraumanalyse. Grundlagen-Methoden-Praxis, Opladen.
- *Stumm, Brigitte, und Alf Trojan (Hrsg.)* [1994]: Gesundheit in der Stadt. Modelle-Erfahrungen-Perspektiven, Frankfurt am Main.
- *Trojan, Alf, und Heiner Legewie* [2001]: Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung – Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen, Frankfurt am Main.

## Links

- Projekte im Rahmen „Soziale Stadt“: [www.sozialestadt.de/praxisdatenbank](http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank)
- Projekte im Rahmen Lokale Agenda 21: [www.gute-beispiele.net](http://www.gute-beispiele.net)
- Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit: [www.apug.de](http://www.apug.de)
- Datenbank der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und Gesundheit Berlin e.V. mit Projekten zu „Gesundheitsförderung im Stadtteil“ für sozial benachteiligte Gruppen : [www.gesundheitberlin.de](http://www.gesundheitberlin.de)
- Politik, Programme, Projekte zum Thema Wohnumfeldverbesserung: [www.wegweiser-buergergesellschaft.de/handlungsfelder](http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de/handlungsfelder)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Bürgergutachten: Attraktive Wege, Parkraummanagement und Straßenraumgestaltung

Karlsruhe, Baden-Württemberg

Ein Mittel der Bürgerbeteiligung, das in der Karlsruher Oststadt erfolgreich angewandt wurde, ist das Verfahren des Bürgergutachtens, bei dem die Bürgerinnen und Bürger zu den zentralen Experten für die Problemsituation und die Verbesserung der Lebensqualität in ihrem Stadtteil werden. Vorarbeiten von zwei bewohnergestützten Projektgruppen wurden 30 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Planungswerkstatt präsentiert und zur Diskussion gestellt. Gemeinsam wurden dann Handlungsempfehlungen und konkrete Vorschläge entwickelt, die im Prozess der Stadterneuerung im Quartier so weit wie möglich umgesetzt werden. Dabei wird deutlich, dass die Ideen und Vorschläge „von unten“ zentrale Handlungsfelder des Politikfeldes „Umwelt und Gesundheit“ betreffen: Verkehrsberuhigung, Fußgängersicherheit, Förderung der ÖPNV-Nutzung, Straßenraumbegrünung und vieles mehr.

### Projektbeschreibung

In der Karlsruher Oststadt konnte, gefördert aus Mitteln des Bund-Länder-Programms „Sozialen Stadt“, ein besonderes Beteiligungsverfahren zur Verbesserung der Gestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes realisiert werden: das Bürgergutachten zur besseren Nutzung und Gestaltung von Straßen und Wegen. Das Bürgergutachten wurde in einem zweistufigen Verfahren erarbeitet. Organisiert wurde das Verfahren vom lokalen Quartiersmanagement. Externe Moderatoren unterstützten den Prozess der Erstellung des Bürgergutachtens.

#### *1. Stufe:*

Zwei Projektgruppen, in denen auch die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Kindergärten mitarbeiteten, untersuchten zunächst mit den folgenden unterschiedlichen Themenstellungen die aktuelle Problemsituation:

- „Wegebeziehungen und Wegequalität in der Oststadt“,
- „Parkraummanagement in der Oststadt“.

Zur Analyse der Situation gehörten auch mehrere Gebietsbegehungen und sich anschließende Arbeitssitzungen, im Rahmen derer die Verbesserungsvorschläge entwickelt wurden.

#### *2. Stufe:*

In einer vom Quartiersmanagement veranstalteten Planungswerkstatt wurden die Ergebnisse der beiden Projektgruppen 30 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern präsentiert und zur Diskussion gestellt. An der Planungswerkstatt nahmen die relevanten städti-



schen Fachdienststellen beratend teil. Aus dieser Planungswerkstatt ging dann letztendlich das Produkt „Bürgergutachten“ hervor.

Zentrale Handlungsempfehlungen und konkrete Vorschläge für umzusetzende Maßnahmen des Bürgergutachtens betreffen inhaltlich verschiedene Handlungsfelder im Politikfeld „Umwelt und Gesundheit“, insbesondere umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität sowie umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung. Die wichtigsten im Bürgergutachten formulierten Ziele sind unter anderem:

- Verkehrsberuhigung durch Temporeduktion und Änderung der Verkehrsführung (incl. Parkraummanagement),
- Fußgängersicherheit und Unfallverhütung,
- Barrierefreiheit und Zugänglichkeit (z.B. für Kinder zu sicheren Spielbereichen),
- Verbesserung der Aufenthaltsfunktion und -qualität der Gehwege (auch Verbesserung der Spielqualität im Straßenraum),
- Straßenraumbegrünung.

Die Verwaltung der Stadt Karlsruhe prüft alle Vorschläge und Empfehlungen des Bürgergutachtens und versucht diese, so weit das möglich ist, umzusetzen, zumindest aber im Planen und Handeln zu berücksichtigen.

Eine Kurzfassung des erarbeiteten Bürgergutachtens kann aus dem Internet herunter geladen werden unter:

- [www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/afsta/Stadtentwicklung/Stadtteilentwicklung/Oststadt/download/buergergutachten\\_kurzfassung.pdf](http://www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/afsta/Stadtentwicklung/Stadtteilentwicklung/Oststadt/download/buergergutachten_kurzfassung.pdf)

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* In der Durchführung des Beteiligungsverfahrens „Bürgergutachten“ wurde ergebnisoffen die Problemsituation im Quartier untersucht und analysiert. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger rücken die Verbesserung der lokalen Lebensqualität, insbesondere im Sinne von gesundheitsförderlicher Umweltgestaltung, in den Vordergrund und damit zentrale Handlungsfelder des Politikfeldes „Umwelt und Gesundheit“ wie Verkehrspolitik für Fußgängersicherheit oder Verbesserung der örtlichen Aufenthaltsqualität für Kinder durch sichere Zugänge zu ihren öffentlichen Räumen (beides auch Unfallprävention).

*Kooperation zwischen Akteuren:* Im Rahmen der beiden Stufen des Beteiligungsverfahrens (Projektgruppen, Planungswerkstatt) kooperieren viele unterschiedliche Akteure. Die Bandbreite reicht von verschiedenen städtischen Ämtern und Abteilungen (interkommunale Zusammenarbeit) über den Verkehrsclub Deutschland, die Polizei und Gewerbetreibende bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern des Quartiers. Unter Federführung des Quartiersmanagements ist es mit Unterstützung externer Moderatoren gelungen, ein solches Bürgergutachten zu produzieren, was bei der Vielzahl der Beteiligten bei allen eine hohe Kooperationsbereitschaft voraussetzt.

*Konzeptionelle Einbindung:* Das Bürgergutachten ist im Rahmen des Quartiersmanagements der „Sozialen Stadt“ erstellt worden und damit konzeptionell in ein Programm der Stadtentwicklung eingebunden, das sich definitiv die Verbesserung lokaler Lebensqualität zum Ziel gesetzt hat.

*Setting-Ansatz:* Das Bürgergutachten und seine Umsetzung zielen darauf ab, zusammen mit der Bewohnerschaft die lokale Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern. Diese Lebensweltorientierung entspricht dem Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung und ist positiv zu bewerten.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* An dieser Stelle muss noch einmal besonders das Beteiligungsverfahren an sich hervorgehoben werden. Das gestufte Modell des Bürgergutachtens eröffnet für die ortsansässige Bevölkerung eine breite Palette von planerischen und handlungsorientierten Mitwirkungsmöglichkeiten. Ihre Vorschläge und Empfehlungen werden ernst genommen und in allen Stufen des Beteiligungsverfahrens integriert. Unter fachdienstlicher Beratung entwickeln Bürgerinnen und Bürger Konzepte zur Gestaltung des öffentlichen Raumes, die zur Umsetzung gelangen. Mit einem solch sensiblen Vorgehen kann die vorhandene Mitwirkungs- und Kooperationsbereitschaft gefördert und erhalten werden. Gerade umweltbezogener Gesundheitsschutz und gesundheitsfördernder Umweltschutz sind auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürger angewiesen, wenn es um die verbessernde Entwicklung des Wohnumfeldes und dessen breiter Akzeptanz geht.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Im Rahmen der Verfahren der Bürgerbeteiligung ist es von zentraler Bedeutung, keine falschen Hoffnungen und Erwartungen zu wecken, um Frustrationen, die zu weniger Beteiligungsbereitschaft führen, von Anfang an zu verhindern. Der finanzielle Rahmen, in dem Maßnahmen geplant und umgesetzt werden, muss deutlich und verständlich gemacht werden. Gesetzliche Regelungen und Vorschriften, die Planung und Umsetzung beschränken, müssen erläutert werden, sodass klar wird, dass auch manche gute Idee aufgrund bestehender gesetzlicher Bestimmungen nicht realisiert werden kann. Auch Planungsunsicherheiten sollten deutlich gemacht werden.
- Bei Bürgerbeteiligungsverfahren ist genau darauf zu achten, dass nicht Partikularinteressen von engagierten Personen als scheinbare Allgemeininteressen vertreten werden. Die federführenden Akteure müssen in der Lage sein, die Situation vor Ort zu prüfen und zu analysieren, „egoistische“ Vorschläge von Vorschlägen zur Förderung des Gemeinwesens zu unterscheiden und dies auch deutlich zu machen. Auch dies verhindert Frustrationen und kann die Beteiligungsbereitschaft der Quartiersbevölkerung stabilisieren.
- Ein wichtiges und arbeitsintensives Feld der Bürgerbeteiligung ist die Aktivierung von Migranten zur Beteiligung an der Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil. Arbeitsintensiv ist dieser Bereich auch deshalb, weil erhebliche sprachliche und kulturelle Barrieren die Beteiligung von Migranten behindern und erschweren. Dies erfordert von den federführenden Akteuren ein besonderes Engagement. Dabei ist darauf zu achten, dass dies so sensibel geschieht, dass sich weder die Migranten zurückgesetzt fühlen, noch dass die übrige Bevölkerung sich „benachteiligt“ fühlt, weil man sich nicht so intensiv um sie kümmert.

## Projektträger und Beteiligte

- Koordinierungsstelle Stadtsanierung der Stadt Karlsruhe (Projektträger)
- Stadtplanungsamt
- Gartenbauamt
- Stadtteilbüro Oststadt
- Bürgerverein
- Verkehrsclub Deutschland
- Polizei
- Kindergärten
- Mobilitätstrainerin für Blinde und stark Sehgeschädigte
- Gewerbetreibende
- Bürgerinnen und Bürger
- und viele andere Akteure

## Zielgruppen

- Quartiersbevölkerung/Bewohnerschaft
- Gewerbetreibende/Einzelhändler

## Projektkosten und Finanzierung

- Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“
- weitere Städtebauförderungsmittel
- kommunale Mittel (Stadterneuerungsmittel)

## Laufzeit

- Oktober 2001 bis März 2002 für die Erstellung des Bürgergutachtens
- der Umsetzungsprozess für die entwickelten Maßnahmen erfolgt weiterhin unter Beteiligung der Bewohnerschaft im Rahmen von Abstimmungsverfahren

## Weitere Informationen

- [www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung](http://www.karlsruhe.de/Stadtentwicklung)
- [www.sozialestadt.de/praxisdatenbank](http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank)

## Ansprechpartner

### **Michael Fritz**

Stadt Karlsruhe  
Koordinierungsstelle Stadtsanierung  
Zähringerstraße 72, 76133 Karlsruhe  
E-Mail: [michael.fritz@kos.karlsruhe.de](mailto:michael.fritz@kos.karlsruhe.de)  
Telefon: 0721/133-18 40


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Schniewind'scher Park – Umgestaltung der Anlage mit intensiver Bewohnerbeteiligung und Beschäftigungsförderung

Wuppertal, Nordrhein-Westfalen

Ziel der Umgestaltung des Schniewind'schen Parks im Wuppertaler Stadtteil Ostersbaum war es, mit intensiver Bewohnerbeteiligung und Beschäftigungsförderung den Park in seiner Gesamtheit für die Quartiersbevölkerung als Raum zur Erholung für die Erwachsenen sowie als Spielraum und Treffpunkt für Kinder und Jugendliche wieder nutzbar zu machen. Das fördert die Gesundheit aller und schont die Umwelt, weil die Fläche als Grünanlage erhalten bleibt und nicht versiegelt wurde. Gerade in einem dicht besiedelten Wohngebiet sind solche Grünflächen erforderlich, weil sie einen Beitrag zur umweltfreundlichen und gesundheitsförderlichen Wohnumfeldgestaltung leisten und damit helfen, die Lebensqualität im Wohnumfeld nachhaltig zu verbessern. Dieses Projekt konnte im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ erfolgreich realisiert werden.

### Projektbeschreibung

In Wuppertal-Ostersbaum ist der Schniewind'sche Park, ein ehemaliger privater Garten, im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ zu einer Erholungs- und Spieloase für Erwachsene und Kinder umgestaltet worden.

Ausgangspunkt für die Umgestaltung des Parks war die Situation, dass die Grünanlage nur in Teilen genutzt wurde und dass die Kinder mit der Ausstattung der Anlage, besonders des für sie gebauten Spielplatzes, nicht mehr zufrieden waren. Anlass der Umgestaltung war auch, dass der dunkle, bewaldete Teil des Parks von der Quartiersbevölkerung gemieden wurde und Teile der Bevölkerung Angst hatten, diesen Teil des Parks zu durchqueren. Eltern hatten aufgrund dieser Situation ebenfalls Angst um ihre im Park spielenden Kinder.

Die von der Stadt Wuppertal und dem Stadtteilbüro Wuppertal-Ostersbaum organisierte Bürgerbeteiligung hatte den Anspruch, die gesamte Quartiersbevölkerung mit ihren jeweiligen Bedürfnissen in die Situationsanalyse und die Planung für die Umgestaltung des Schniewind'schen Parks miteinzubeziehen. Die Bevölkerung sollte ihre Erfahrungen mit dem Park ebenso wie ihre Wünsche und Ideen für die zukünftige Gestaltung der Anlage einbringen. Im Rahmen von mehreren Befragungsaktionen (Fragebogenverteilung auf Schulfesten und im Park, Passantenbefragung im Park) wurden die Ressourcen und Probleme der Grünanlage ebenso ermittelt wie in Gesprächen mit den zuständigen Verwaltungskräften vor Ort. Die Quartiersbevölkerung konnte des Weiteren im Rahmen von vielen Veranstaltungen Ideen und Wünsche in den Planungsprozess einbringen.

Besonderen Wert legte man in Wuppertal-Ostersbaum auf die Beteiligung der Kinder und ihre Wünsche und Bedürfnisse bei der Umgestaltung des Parks. Die Kinder führten beispielsweise die Passantenbefragung durch oder gingen im Park auf fotografische Erkun-

dungstour, um die Lieblingsorte genauso wie die missfallenden Plätze für den Prozess der Umgestaltung zu dokumentieren. Auch bei der praktischen Umsetzung waren die Kinder stark beteiligt. So haben die Kinder aus den Einrichtungen im Stadtteil (Kindertagesstätten, Grundschule, Jugendeinrichtung) Mosaikplatten mit tatkräftiger Unterstützung durch das beteiligte Beschäftigungsprojekt für die Gehwege produziert, die heute ein sichtbares Zeichen für die positive Veränderung der Grünanlage sind.

Die baulich-praktische Umsetzung der aus den Bürgerbeteiligungsverfahren entwickelten konkreten Handlungsvorhaben zur Umgestaltung des Parks wurde im Wesentlichen durch den Stadtbetrieb Weiterbildung im Rahmen einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme der Stadt Wuppertal geleistet. So konnten Umgestaltung des Parks, Bürgerbeteiligung und Beschäftigungsförderung auf der Stadtteilebene erfolgreich miteinander verknüpft und für die Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen eingesetzt werden.

Der Schniewind'sche Park in Wuppertal-Ostersbaum wurde 2001 mit einem großen Fest, an dem sich auch die lokalen Künstler beteiligten, wiedereröffnet und von der Quartiersbevölkerung in „Besitz“ genommen: Nicht mehr dunkel und gefährlich, sondern grün und licht, mit schönen Ausblicken auf Gegenwart und Geschichte. Denn drei Metalltafeln im Park erzählen die Geschichte des Parks vom privaten Garten zur öffentlichen Grünanlage für Spaß, Spiel und Erholung.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* In der Planung, Konzeption und Umsetzung wurden Bürgerbeteiligung und Beschäftigungsförderung im Sinne von Umweltschutz und Gesundheitsförderung miteinander verknüpft. Die Umgestaltung des Parks dient dem umweltschonenden Erhalt städtischer Grünflächen und schafft für die Quartiersbevölkerung angstfreie Erholungs- und Spielräume, die die Gesundheit fördern.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Im Rahmen der Durchführung des Projektes von der Situationsanalyse über den Planungsprozess bis hin zur Umsetzung kooperieren vielfältige Akteure zielorientiert miteinander. Verschiedene Abteilungen bzw. Ressorts der kommunalen Verwaltung, ein städtischer Beschäftigungsbetrieb, das Stadtteilbüro, lokale Künstler und die Bevölkerung des Stadtteils entwickeln gemeinsam ein „Flächennutzungskonzept“ und setzen es in vielfältigen Aktivitäten kooperativ und nutzerorientiert um.

*Setting-Ansatz:* Das Unterfangen der Umgestaltung des Parks zielt darauf ab, zusammen mit der Bewohnerschaft die lokale Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern. Diese Lebensweltorientierung entspricht dem Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung und ist positiv zu bewerten.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Das Projekt zeichnet sich durch eine besonders engagierte Bürgerbeteiligung aus. Der Quartiersbevölkerung werden durch die federführenden Akteure vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet. Diese reichen von Beteiligung bei Analyse der Situation und im Planungsprozess bis hin zu Möglichkeiten konkret „Hand an zu legen“, also selbst praktisch bei der Umgestaltung des Parks aktiv zu sein und etwas „Sichtbares“ zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

## Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Im Rahmen der Bürgerbeteiligung sollten bei den Bewohnerinnen und Bewohnern keine falschen Erwartungen geweckt werden. Von Anfang an sollten von Seiten der leitenden Akteure die bestimmenden Bedingungen und der finanzielle Rahmen klar und verständlich erläutert werden, damit alle Beteiligten wissen, was geht und was nicht geht. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern umsetzungsorientiert zu planen. Auch die Zeitschiene für die Abläufe der einzelnen Schritte sollte immer im Auge behalten werden.
- Wichtig ist im Rahmen der Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, diese nicht nur im Planungsprozess miteinzubeziehen, sondern auch Möglichkeiten für sie zu schaffen, selbst „Hand anlegen zu können“. Sie sollten also an konkreten Gestaltungsmaßnahmen beteiligt werden, die sichtbare Ergebnisse hervorbringen. Das kann die Akzeptanz für die gesamten Planungsergebnisse erhöhen und Vandalismusschäden vorbeugen. Die Erfahrung zeigt, dass es Bewohnerinnen und Bewohnern Spaß machen kann, gestalterisch praktisch mitzuarbeiten, und dass man ihnen so die Möglichkeit gibt, stolz auf das Ergebnis zu sein.
- Wenn es möglich ist, sollten in die allgemeinen wie besonderen Aktivitäten lokale Künstler miteinbezogen werden, weil dies die aktive Beteiligung der Bewohnerschaft fördern kann. Die aktive Unterstützung solcher Gestaltungsprojekte durch die lokale Künstlerschaft kann die gesamten Aktivitäten aufwerten und damit ebenfalls die Akzeptanz erhöhen.

## Projektträger und Beteiligte

- Stadt Wuppertal
  - ▲ Geschäftsstelle der Geschäftsbereiche Soziales und Kultur (Projektträger)
  - ▲ Ressort Grünflächen und Forsten
  - ▲ Stadtbetrieb Jugend und Freizeit
  - ▲ Stadtbetrieb Weiterbildung und Fachstelle Hilfe zur Arbeit
- Wichernhaus Wuppertal gGmbH
- Stadtteilbüro Ostersbaum
- Bewohnerinnen und Bewohner (Kinder und Jugendliche)

## Zielgruppen

- Bewohnerinnen und Bewohner (Quartiersbevölkerung)
- besondere Zielgruppe: Kinder und Jugendliche

## Projektkosten und Finanzierung

- Mittel des Landesprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“ und ergänzende kommunale Mittel für „Arbeit statt Sozialhilfe“
- Mitteln des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt
- kommunale Mittel

## Laufzeit

- Juni 1998 bis September 2001

## Weitere Informationen

- [www.wuppertal.de](http://www.wuppertal.de)
- [www.sozialestadt/praxisdatenbank](http://www.sozialestadt/praxisdatenbank)

## Ansprechpartner/innen

### **Jutta Schultes**

Stadt Wuppertal  
Geschäftstelle der Geschäftsbereiche  
Soziales und Kultur  
Verwaltungshaus Elberfeld  
Neumarkt 10, 42103 Wuppertal  
E-Mail: [jutta.schultes@stadt.wuppertal.de](mailto:jutta.schultes@stadt.wuppertal.de)  
Telefon: 0202/563-28 79

### **Frank Zlotorzenski**

Stadt Wuppertal  
Ressort Grünflächen und Forsten  
Rathaus Neubau  
Große Flurstraße, 42275 Wuppertal  
E-Mail: [gruenflaechen-forsten@stadt.wuppertal.de](mailto:gruenflaechen-forsten@stadt.wuppertal.de)  
Telefon: 0202/563-5545

### **Gabriele Kamp**

Stadtteilbüro Ostersbaum  
Platz der Republik 24 – 26, 42107 Wuppertal  
E-Mail: [kamp@nachbarschaftsheim-wuppertal.de](mailto:kamp@nachbarschaftsheim-wuppertal.de)  
Telefon: 0202/24519-70



**Gute-Praxis-  
Beispiel****Leipziger Osten: „Stadtumbau nicht  
ohne uns – Eine Stadt als Spielraum“**

Leipzig, Sachsen

**Projektbeschreibung**

Das Projekt „Stadtumbau nicht ohne uns – Eine Stadt als Spielraum“ wird auf Grundlage eines integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes für das benachteiligte Quartier „Leipziger Osten“ durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, Kindern und Jugendliche über den Stadtteil und die dort stattfindenden Veränderungen zu informieren, sie an Planungen zu beteiligen, bei denen ihre Interessen berührt werden, sowie ihr Wohnumfeld kinder- und jugendfreundlicher sowie bewegungsfördernder zu gestalten. Im Rahmen des Projekts wurde im Leipziger Osten vom Jugendamt der Stadt Leipzig in Kooperation mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung die Stelle einer Beauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung eingerichtet.

Bislang wurden verschiedene Beteiligungsprojekte durchgeführt, u.a. ein Stadtforschungsprojekt und ein Projekt zur Fassadengestaltung eines Freizeittreffs. Außerdem wurden bereits vor der Einrichtung dieser Stelle Kinder und Jugendliche bei der Neugestaltung des Stadtteilparks „Rabet“ einbezogen und schon zu Beginn der Planungen zum Stadtteilpark nach ihren Gestaltungswünschen befragt. Die Ergebnisse wurden den im Rahmen eines Gutachterverfahrens beauftragten Planungsbüros zur Beachtung übergeben. Bei dem als „Check the Rabet“ bezeichneten Projekt hatten Kinder und Jugendliche dann die Gelegenheit, die Entwürfe zur Umgestaltung des Parks vorab einzusehen und zu diskutieren. Im anschließenden Juryverfahren konnten sie ihre Interessen bei den Preisrichtern persönlich vertreten. Außerdem wurden die Wünsche von Kindern und Jugendlichen in die Ausarbeitung des Siegerentwurfes einbezogen; so wurde z. B. ein Sportplatz, der ursprünglich nicht in der Planung vorgesehen war, in den neuen Park integriert.

Inzwischen ist mit Umsetzung der Umgestaltung des Stadtteilparks begonnen worden und der erste von insgesamt drei Bauabschnitten fertig gestellt. Auf Seiten einer Hauptverkehrsstraße wurden drei Reihen Bäume gepflanzt, um Lärm und Staubpartikel im Parkgebiet zu reduzieren und damit die gesundheitliche Belastung für die Kinder und Jugendlichen zu senken. Darüber hinaus dient die Parkumgestaltung auch der Bewegungsförderung und der Schaffung von Erholungsräumen. Es wird eine große Wiese zum Spielen und Ausruhen angelegt und ein Rundweg um den Park geschaffen, auf dem Spazieren gegangen oder Sport getrieben werden kann. Außerdem wird der bestehende Jugendtreff mit neuen Sportplätzen ausgestattet. Voraussichtlich wird die Umgestaltung des Parks im Jahr 2006 vollständig abgeschlossen sein.

**Weitere Informationen**

- <http://www.leipziger-osten.de>

## Ansprechpartnerinnen

**Petra Burger**

Stadt Leipzig  
Jugendamt  
Naumburger Straße 26, 04229 Leipzig  
E-Mail: [pburger@leipzig.de](mailto:pburger@leipzig.de)  
Telefon: 0341/123-4481

**Claudia Kauselmann**

Beauftragte für Kinder- und Jugendbeteiligung  
Täubchenweg 1, 04103 Leipzig  
E-Mail: [claudia.kauselmann@leipziger-osten.de](mailto:claudia.kauselmann@leipziger-osten.de)  
Telefon: 0341/9938708


**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Förderprogramm Hausbegrünung und Fassadenneugestaltung

Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen

### Projektbeschreibung

Durch Beschluss des Rats der Stadt Düsseldorf wurde im Dezember 2001 ein Programm zur Förderung der Begrünung von Dächern und Innenhöfen und der Neugestaltung von Fassaden eingerichtet. Das Förderprogramm findet im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in den benachteiligten Stadtteilen Flingern und Oberbilk Anwendung. Zielgruppen des Programms sind Besitzer und Bewohner der Häuser. Neben der Verschönerung des Wohnumfelds stehen bei der Hausbegrünung auch Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Vordergrund. Dabei wird unter anderen auf eine Luftverbesserung durch Sauerstoffanreicherung und Kohlendioxidverbrauch, eine Reinigung der Luft von Staub- und Schmutzpartikeln sowie eine bessere Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsregulierung infolge der Hausbegrünung gesetzt.

Zweck des Programms ist es, Hausbesitzer zu privaten Investitionen anzuregen. Für Hausbegrünung und Fassadenneugestaltung wird diesen ein Zuschuss von bis zu 50 Prozent, höchstens jedoch 30 Euro je Quadratmeter neu gestalteter Fläche, gewährt. Die Maßnahmen zur Begrünung müssen in erster Linie auf die Bedürfnisse der Anwohner ausgerichtet sein. Für die Förderung von begrüneten Innenhöfen ist Voraussetzung, dass diese von den Bewohnerinnen und Bewohnern mitgenutzt werden können. Die Umgestaltung der Innenhöfe zu Oasen der Ruhe dient der Verbesserung der Wohnqualität mit gesundheitsfördernder Wirkung.

Von Stadtteilbüro Flingern/Oberbilk wurden zwei Faltblätter herausgebracht, von denen eines über die Förderung der Fassadenneugestaltung und eines über die Förderung der Hausbegrünung informiert. Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften werden bei Antragstellung vom Stadtteilbüro beraten. Die erste fachliche Beratung des Hausbesitzers vor Ort wird von Gartenamt und Stadtteilbüro gemeinsam durchgeführt.

Das Programm wird zum Teil stark nachgefragt, dabei spielt auch die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ einzelner Hausbesitzer eine Rolle. Bisher wurden mehr als 60 Hausfassaden renoviert, darüber hinaus liegen zahlreiche weitere Bewilligungen und Anträge vor. Das Begrünungsprogramm wird trotz vieler Anfragen und Beratungen bislang weniger in Anspruch genommen. Einige Dächer und Fassaden sind in den letzten vier Jahren aber bereits begrünt und in zwei großen Innenhöfen neue Gärten angelegt worden, in dem einen Fall für 100 Mieter und in dem anderen für 13 Miethaushalte.

### Weitere Informationen

- <http://www.duesseldorf.de/planung/stadterneu/index.shtml>
- <http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank>

## Ansprechpartnerin

**Barbara Wolf**

Stadtteilbüro Flingern/Oberbilk  
Ellerstraße 221, 40227 Düsseldorf  
Telefon: 0211/8892822  
E-Mail: [barbara.wolf@stadt-duesseldorf.de](mailto:barbara.wolf@stadt-duesseldorf.de)

---

### 3.9 Draußen spielen leicht gemacht:

#### Umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung



##### Ausgangslage

Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten werden infolge der expandierenden Technisierung und Motorisierung der Gesellschaft und Lebenswelt zunehmend eingeschränkt. Der Verlust an unmittelbaren körperlich-sinnlichen Erfahrungen durch individuelle und spielerische Aneignung von Umwelt hat entscheidenden Anteil daran, dass bei vielen Menschen gehäuft Haltungs- und Bewegungsauffälligkeiten auftreten. Neben den Folgen für die körperlich-motorische Entwicklung hat eine solche Veränderung der Lebens- und Erfahrungswelt insbesondere bei Kindern und Jugendlichen Auswirkungen auf die psychosoziale Entwicklung:

- Viele Kinder weisen Defizite bei körperlichen Ausdauerleistungen, altersgerechter Körperkraft und der Koordinationsfähigkeit auf. Haltungsschäden und eine Zunahme von Unfällen im Straßenverkehr sowie im häuslichen und im Freizeitbereich sind nur einige der Folgen.
- Über- bzw. Untergewicht gehören beispielsweise in Schuleingangsuntersuchungen zu den häufig festgestellten Defiziten. Die Ausprägung von Formen der Fehlernährung nimmt mit steigendem Alter zu.
- Neben diesen körperlichen Beeinträchtigungen sind verzögerter Spracherwerb, Ängste, Aggressivität, mangelnde Konzentrationsfähigkeit und Hyperaktivität bekannte Befindlichkeits- und Gesundheitsstörungen, die jeweils in unterschiedlichen Altersphasen auftreten.

Diese Defizite treten nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen auf. Insbesondere für sozio-ökonomisch benachteiligte und arme Menschen steigt das Gesundheitsrisiko, da das individuelle Gesundheitsverhalten, eine gesundheitlich belastende Lebenssituation und sozialökonomische Parameter wie Einkommen, beruflicher Status und Bildung in engem Zusammenhang stehen (Klocke 2001; RKI 2004; Bundesregierung 2005).

Eine Reihe von Entwicklungsauffälligkeiten in der frühen Kindheit ist präventiv beeinflussbar. Da die Bedingungen für eine erfahrungsreiche Auseinandersetzung mit der Umwelt heute, besonders für Stadtkinder, immer weniger vorausgesetzt werden können, sind geeignete Spiel- und Bewegungsräume gezielt bereit zu stellen (Zimmer 2005). Sozio-ökonomisch benachteiligte Stadtteile bedürfen besonderer Unterstützung, da diese Gebiete häufig überdurchschnittlich große Belastungen und Defizite im Wohnumfeld aufweisen (Löhr u.a. 2003).

##### Relevanz für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“

Spiel- und Bewegungsförderung ist ein Handlungsfeld, das in engem thematischem Bezug zum Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ steht. Bewegung zu fördern bedeutet, die aktiven Beziehungen der Menschen zu ihrer Umwelt nachhaltig zu entwickeln. Wenn Kinder

sich beispielsweise ungezwungen bewegen, miteinander spielen, neugierig und fragend den Dingen in ihrer Umwelt nachgehen, wachsen die Voraussetzungen, dass diese Kinder gesund sind und die Chance haben, sich selbstbewusst zu entwickeln (Alt 2005). Mit anderen Worten, die individuelle Gesundheit ist in hohem Maße an die Möglichkeit von Bewegung und Spiel in erfahrungsreichen und gestaltbaren Umwelten gebunden.

## Wesentliche kommunale Strategien

Kommunen entwickeln vielfältige Strategien, Bewegungs- und Spielförderung im Bereich der kommunalen Gesundheits- und Umweltpolitik zu verankern und initiieren oder unterstützen zahlreiche Projekte und Maßnahmen. Hierbei verfolgen sie verschiedene Schwerpunkte, von denen im Folgenden die wichtigsten hervorgehoben werden:

- *Orientierung auf Kinder:* Viele kommunale Strategien zielen darauf, für Kinder Umwelten bereit zu stellen, die sie verändern, um- und ausgestalten können. Spiel- und Bewegungsräume sollen für und mit Kindern geschaffen werden, in denen sie ihren Spielphantasien freien Lauf lassen und ihrer Umwelt eigene Bedeutungen geben können. Eine solche Bewegungserziehung im Kindesalter, die gesundheitsrelevant wirksam werden soll, hat sowohl die Stärkung personaler und sozialer Ressourcen als auch die Herausbildung körperlicher Ressourcen zum Ziel. Ganzheitliche Strategien der Bewegungsförderung richten sich daher auf Bewegungsangebote, die die elementaren Bewegungsfähigkeiten der Kinder ansprechen und ihre Bewegungsfertigkeiten verbessern und zugleich dazu beitragen, den Aufbau von Selbstvertrauen und die Bildung eines stabilen Selbstwertgefühls zu unterstützen.
- *Kooperationen mit Schulen und Kindergärten:* Der Kindergarten ist häufig die erste öffentliche Erziehungsinstitution, die Kinder besuchen. Ebenso wie das Elternhaus beeinflussen die hier gewonnenen Erfahrungen nachhaltig die Entwicklung der Kinder und prägen gesundheitsrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen. Kommunale Maßnahmen und Strategien zur Spiel- und Bewegungsförderung setzen daher häufig im Kindergarten an. Neben Kindergärten haben sich Schulen als feste Kooperationspartner von Kommunen im Bereich Bewegungs- und Spielförderung etabliert (Bär et al. 2004; Geene/Rosenbrock 2004).
- *Kompetenzförderung:* Erzieherinnen und Erzieher übernehmen im Kindergarten häufig eine doppelte Aufgabe der Gesundheitsförderung. Sie erleben selbst täglich am Verhalten der Kinder die Auswirkungen einer sich verändernden Lebenswelt und erkennen die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Bewegungseinschränkungen im Alltag. Ihr unmittelbarer Kontakt zu den Eltern kann dazu beitragen, dass sie als Multiplikatoren wirken und über die negativen Folgen eines bewegungsarmen Lebensalltags für die kindliche Entwicklung aufklären. Darüber hinaus schaffen sie selber im Kindergarten Rahmenbedingungen für die Kinder, die sich auf deren Bewegungserfahrungen auswirken. Um einer solchen Vielzahl an Erwartungen entsprechen zu können, bedürfen Erzieherinnen und Erzieher gezielter Informationen und Schulungen. Kommunale Strategien und Projekte richten sich daher gegenwärtig zunehmend darauf, Fortbildungsangebote bereitzustellen und über Fachliteratur und weitere Medien Möglichkeiten der Information und Beratung Erzieherinnen und Erzieher mit gesundheitsfördernden Wirkungen von Bewegung vertraut zu machen.

- *Stadtteilorientierung (insbesondere benachteiligte Stadtteile)*: Viele Maßnahmen und Projekte in den o.g. Schwerpunktbereichen des Handlungsfeldes Spiel- und Bewegungsförderung sind kleinräumig ausgerichtet. Sie kommen überwiegend in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf und mit einer Bevölkerung, die in vielfältiger Hinsicht benachteiligt ist und besonderer Unterstützung bedarf, zum Einsatz.

## Weitere Informationen

- *Alt, Christian (Hrsg.)* [2005]: *Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen*. Opladen.
- *Bär, Gesine, Martina Buhtz und Heike Gerth* [2004]: *Der Stadtteil als Ort von Gesundheitsförderung – Erfahrungen und Befunde aus stadtteilbezogenen Projekten*, in Rolf Rosenbrock, Michael Bellwinkel und Alfons Schröer (Hrsg.): *Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliche Gutachten zum BKK-Programm 'Mehr Gesundheit für alle'*, Bremerhaven, S. 233-294.
- *Bundesregierung* [2005]: *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin.
- *Geene, Raimund, und Rolf Rosenbrock* [2004]: *Soziallagenbezogene Gesundheitsförderung im Setting – Sozialräumliche Orientierung in der Planung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen*, in: Meinschmidt, Gerhard (Hrsg.): *Sozialstrukturatlas Berlin*, Berlin.
- *Klocke, Andreas* [2001]: *Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit*, in Robert-Koch-Institut (Hrsg.): *Gesundheitsberichterstattung des Bundes*, 03/01.
- *Löhr, Rolf-Peter, Geene, Raimund und Anja Halkow* [2003]: *Die soziale Stadt – Gesundheitsförderung im Stadtteil, Armut und Gesundheit. Themenheft 1*, Berlin (Materialien zur Gesundheitsförderung, Bd. 13).
- *Robert-Koch-Institut* [2004]: *Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes*, Berlin.
- *Zimmer, Renate* [2005]: *Über Bewegung die Welt entdecken. Wunderfitz, Arbeitsheft zur Förderung der körperlichen und geistigen Beweglichkeit*, Herder.

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Moving Kids – Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten

Altona-Lurup, Hamburg

Das im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) durchgeführte Modellprojekt „Moving Kids – Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten“ setzt sich zum Ziel, Kindern neue Spiel- und Bewegungsräume zu erschließen. Im Mittelpunkt steht dabei die Bewegungsförderung, die gleichermaßen der Gesundheitsförderung wie der Umweltbildung dient und das soziale Lernen unterstützen soll. Im Sinne einer Gesundheitsförderung im Setting setzt das Projekt in Kindertagesstätten an und versucht, dort ein Programm der Gesundheitsförderung zu installieren, das auf Bewegungsförderung aufbaut und in der Lebenswelt der Kinder (Familie, Wohnumfeld, Stadtteil) verankert ist.

### Projektbeschreibung

Das Projekt „Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten“ wählt die Kindertagesstätte zum Ausgangspunkt und versucht dort ein Programm der Gesundheitsförderung zu installieren, das auf Bewegungsförderung aufbaut. Um die nachhaltige Wirkung des Konzepts zu gewährleisten, ist es in der Lebenswelt der Kinder, vor allem in der Familie und im Wohnumfeld verankert.

Das Projekt gründet auf der Bildung von Partnerschaften und Netzwerken und umfasst vier Module:

- Bewegungsbaustelle,
- „Rückeroberung städtischer Räume“ – Spielaktionen für Kinder und Eltern,
- Lehmbauaktion „Räume durch Erleben entwerfen“,
- Bewegtes Außengelände – freiraumplanerisches Konzept.

Mit Hilfe der Module soll das Konzept der Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten dem Fachpersonal kommuniziert, in Kindertagesstätten und dem Lebensraum der Kinder umgesetzt sowie der Öffentlichkeit (im Stadtteil) bekannt gemacht werden. Zunächst werden die Erzieherinnen in den Tagesstätten mit dem Konzept der Bewegungsbaustelle sowie dem Gesamtprojekt vertraut gemacht und fortgebildet. Die Eltern werden durch Hospitationen, Elternabende und bei Festaktivitäten der Kindertagesstätten in das Konzept eingeführt. Schrittweise wird die „alltägliche“ Bewegungsförderung in der Familie und in der Kindertagesstätte aufeinander bezogen und in ihren sich jeweils ergänzenden Wirkungen weiterentwickelt. Dazu gehört auch die (Um)gestaltung der Frei- und Außenräume von Kindertagesstätten und Wohnumfeld (z.B. Spielplätze). Somit werden von der Kindertagesstätte Brücken geschlagen in die für Kinder erreichbaren privaten und öffentlichen Räume mit ihren unterstützenden Einrichtungen wie Spielhäuser, Spielplätze und Sportvereine. Spiel- und Bauakti-



onen (z.B. Spielaktionen im öffentlichen Raum, Lehmbauprojekt) im lokalen Umfeld verdeutlichen das Anliegen in der Öffentlichkeit.

Gemeinsam mit Partnern aus dem städtischen Umfeld wie z.B. Gartenbau- und Straßenbauämter, Stadt- und Quartiersentwickler, Landschaftsarchitekten, aber auch Einrichtungen der Gesundheitsförderung und -fürsorge sowie der Unfallversicherung konnte ein tragfähiges lokales Netzwerk der Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Hamburger Stadtteil Altona-Lurup aufgebaut werden. Hierbei war es hilfreich, dass in Lurup ein funktionierendes Netzwerk von sozialen Einrichtungen bereits bestand, das für das Projekt aktiviert und gestärkt werden konnte.

Die vier zum Konzept gehörenden Module sind in der Projektlaufzeit erprobt und weiterentwickelt worden. Sie lassen es zu, das APUG-Modellprojekt auf andere Stadtteile zu übertragen. Eine Voraussetzung einer gelingenden Übertragung ist ein Netzwerk von Einrichtungen im jeweiligen Stadtteil.

### Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Dem Projekt liegt mit der Verknüpfung von Gesundheits- und Bewegungsförderung sowie Umweltbildung eine Konzeption zugrunde, aus der ein klarer Zusammenhang zur umweltbezogenen Gesundheitsförderung hervorgeht. Damit wird eine systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit hergestellt. Darüber hinaus ist das Konzept mehrstufig und dehnt nach und nach Akteurskreise und Lebensbereiche aus.

*Setting-Ansatz:* Das Projekt setzt in Kindertagesstätten an und versucht dort ein Programm der Gesundheitsförderung zu installieren, das auf Bewegungsförderung aufbaut und in der Lebenswelt der Kinder (Familie, Wohnumfeld, Stadtteil) verankert ist. Es stellt ein Beispiel für Gesundheitsförderung im Setting dar.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Das Projekt hat gemeinsam mit Partnern aus dem städtischen Umfeld und Einrichtungen der Gesundheitsförderung und -fürsorge sowie der Unfallversicherung ein tragfähiges stadtteilbezogenes Netzwerk der Bewegungs- und Gesundheitsförderung aufgebaut.

*Kommunikation:* Durch Spiel- und Bauaktionen im lokalen Umfeld wird das Anliegen des Projektes bekannt gemacht und einer breiten Öffentlichkeit anschaulich kommuniziert. Damit wird die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten informiert, für das Anliegen sensibilisiert und erhält einen Eindruck davon, wie dieses Ziel konkret umgesetzt und unterstützt werden kann.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Zu Projektbeginn: Stadtteilanalyse (Stärken-und-Schwächen-Analyse auf der Basis vorhandener Berichte und Beteiligungsveranstaltungen, z.B. Planning for Real),
- Kontaktaufnahme und -pflege mit relevanten Stadtteilinstanzen,

- Aufbau von Kommunikationsstrukturen und Nutzung vorhandener Netzwerke zur Gewährleistung des Informationsaustausches,
- Einbezug aller Settings (Elternhaus, Kindertagesstätte, Stadtteil),
- Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung durch Events (z.B. Lehmbauaktion im Stadtteil),
- Schulung von Multiplikatoren im Stadtteil.

Ausführungen zu den genannten Punkten sind dem Auswertungsbericht zu entnehmen, der über die Homepage des Projektes abgerufen werden kann ([www.rrz-unihamburg.de/forum](http://www.rrz-unihamburg.de/forum)).

### Projektträger und Beteiligte

- Hamburger Forum Spielräume im Institut für urbane Bewegungskulturen e.V. (Projektträger)
- BunteKuh e.V. (Lehmbauaktion)
- Landschaftsarchitektin Kirsten Winkler (Bewegtes Außengelände)
- Stadtfinder Martin Legge (Spielforscheraktionen)
- vier Kindertagesstätten und zwei Schulen aus dem Stadtteil Lurup
- Familienservicestation
- Stadtteilladen STEG
- Proquartier/SAGA (Wohnungsbaugesellschaft)
- Stadtteilkoordinatorin Margret Roddis
- Lurup im Blick
- Luruper Forum
- REALÜ (Ressourcen Aktivierung am Lüdersring)
- Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung
- Verband für Turnen und Freizeit
- Landesunfallkasse Hamburg
- Behörde für Wissenschaft und Gesundheit
- Gartenbauamt Altona

### Zielgruppe

- Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren

## Projektkosten und Finanzierung

- 85.000 Euro; das Projekt wird vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) gefördert.

## Laufzeit

- 1.11.2003 bis 30.4.2005

## Weitere Informationen

- [www.rrz.uni-hamburg.de/forum](http://www.rrz.uni-hamburg.de/forum)
- [www.apug.de](http://www.apug.de)
- [www.unser-lurup.de](http://www.unser-lurup.de)

## Ansprechpartnerin

**Britta Kruse**

Hamburger Forum Spielräume im  
Institut für urbane Bewegungskulturen e.V.  
Mollerstraße 10, 20148 Hamburg  
E-Mail: [forum@uni-hamburg.de](mailto:forum@uni-hamburg.de)  
Telefon: 040/42838 – 4155 und -7028

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Mo.Ki. – Monheim für Kinder: Ein Modellprojekt zur Förderung von Kindern und Familien

Monheim/Rhein, Nordrhein-Westfalen

Mo.Ki. will negativen Auswirkungen von familiärer Armut auf die Lebenslage und die Entwicklungschancen von Kindern präventiv vorbeugen und die Bildungschancen verbessern. Das Projekt arbeitet im Berliner Viertel von Monheim; dort lebt jedes vierte Kind von Sozialhilfe. Ein Schwerpunkt der zahlreichen Mikroprojekte ist die gezielte Förderung umweltbezogener Alltagsbewegung bei Kindern. Den Erfolg von Mo.Ki. sichern zwei konzeptionelle Säulen: der Aufbau einer kommunalen Präventionskette für Kinder und die systematische Entwicklung eines Trägernetzwerkes. Das Projekt startete im Oktober 2002. Ende 2004 konnte es in städtische Trägerschaft gegeben werden und ist damit fester Bestandteil der Jugendhilfe.

### Projektbeschreibung

Mo.Ki. setzt sich zum Ziel, negative Auswirkungen von familiärer Armut auf die Lebenslage und die Entwicklungschancen von Kindern zu vermeiden und die Bildungschancen zu verbessern. Das Projekt arbeitet im Berliner Viertel von Monheim. Dort lebt jedes vierte Kind von Sozialhilfe; ein Drittel der Bewohner sind Migranten. Seine Arbeit richtet das Projekt präventiv aus und versucht, Familien frühzeitig z.B. für Hilfen zur Erziehung zu gewinnen. Mo.Ki. wird gemeinschaftlich unterstützt von der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein und der Stadt Monheim am Rhein. Das Projekt startete im Oktober 2002 und konnte Ende 2004 in städtische Trägerschaft gegeben und damit auf Dauer gesichert werden. Damit hat Mo.Ki. seinen Projektstatus verlassen und ist fester Bestandteil der Jugendhilfe.

Begleitet wird das Projekt durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main, welches in der Anfangsphase des Projektes sowie zur Vorbereitung geeigneter Maßnahmen eine Problemanalyse im Hinblick auf Ansätze zur Armutsprävention bei Kindern und deren Familien im Berliner Viertel anhand verschiedener Datenquellen erstellt hat. Zahlreiche Gespräche mit der Projektleiterin, Expertinnen und Experten aus den Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen sowie Statistiken der Stadtverwaltung und Berichte des Stadtteilbüros halfen bei der Analyse. Darauf aufbauend wurden Maßnahmen entwickelt, wie von Armut betroffenen Kindern geholfen werden kann. Ein Kooperationsnetzwerk „Monheim für Kinder“ wird in enger Kooperation mit dem Stadtteilmanagement im Berliner Viertel aufgebaut.

Im Ergebnis hat sich Mo.Ki. zu einem bunten Strauß abgestimmter Maßnahmen und Themen entwickelt. Eine kommunale Präventionskette ist entstanden, die im Bausteinsystem praxisorientierte Aktivitäten für Kinder, Eltern und für Fachkräfte im Sozialraum anbietet. Unter der übergreifenden Zielstellung der Armutsprävention werden die Handlungsfelder Gesundheit, Umwelt, Integration und Bildung verknüpft. Die zahlreichen Mikroprojekte bauen aufeinander

der auf und stehen unter dem Motto „Nachbarschaftsprojekte“. Viele dieser Projekte fördern gezielt die umweltbezogene Alltagsbewegung von Kindern.

Bereits die erste Aktion „Lott Jonn“ war ein Bewegungsförderungsprojekt für Kinder und Eltern, das zugleich einen Umdenkungsprozess in der Kindertagesstätte einleiten sollte. Bewegungsförderung und Bewegungselemente wurden in den Alltag integriert – Bewegung findet somit nicht nur in der Turnhalle statt. Darüber hinaus nimmt Mo.Ki seit 2003 am Gänselie-sellauf teil. Das Team „Berlin Viertel – wir starten durch“ wurde vom Stadtteilmanager ins Leben gerufen und ist mittlerweile fest etabliert. Kinder, Eltern, Erzieherinnen, Freunde und Bewohner des Viertels starten gemeinsam. Die Kindertagesstätten trainieren über 80 Kinder das ganze Jahr für eine Laufstrecke von 900 bis 2000 Metern. Die Kindertagesstätten beteiligten sich darüber hinaus aktiv an der bewegungsfördernden Umgestaltung von Spielplätzen auf der Basis von Bewohnerbefragungen sowie an der Umgestaltung von Grünflächen in Nachbarschaftsgärten, die das Stadtteilmanagement durchführte. Erzieherinnen und Eltern konnten hierbei ihre Vorschläge einbringen.

Den Erfolg von Mo.Ki. sichern zwei konzeptionelle Säulen: der Aufbau einer kommunalen Präventionskette für Kinder und die systematische Entwicklung eines Trägernetzwerkes. Mo.Ki. hat beim Deutschen Präventionspreis 2004 den ersten Platz belegt.

## Gute-Praxis-Begründung

*Konzeption und integrativer Gehalt:* Das Projekt baut auf einem umfassenden stadtteilbezogenen Konzept zur Förderung benachteiligter Kinder und Familien auf. Unter der übergreifenden Zielstellung der Armutsprävention verknüpft es die Handlungsfelder Gesundheit, Umwelt, Sprachförderung und Bildung. Das Projekt unterstützt den Ausbau der Qualifizierung der Fachkräfte in den Kindertagesstätten sowie knapp 40 Mikroprojekte, die zusammen eine Präventionskette, unter anderem mit dem Schwerpunkt Bewegungsförderung, bilden.

*Kooperation zwischen Akteuren:* Mo.Ki. selbst steht für ein lebendiges Kooperationsnetzwerk von aktuell 50 lokalen und regionalen Institutionen. Mo.Ki. vermittelt und koordiniert darüber hinaus Kontakte, z.B. zur sozialpädagogischen Beratung, zu niedergelassenen Kinderärzten und gesellschaftlichen Gruppen. Eine Vernetzung zwischen Stadtteilmanager, Trägern und Institutionen sowie Jugendhilfe und Gesundheitsförderung bilden die Grundlage.

*Breitenwirkung:* Das Projekt hat mehr als 1000 Familien erreicht, die zuvor nicht durch Angebote der Jugendhilfe erreichbar waren. Konzept und Strategie des Projektes sind so angelegt, dass im Projektverlauf immer mehr Kooperationspartner bzw. Institutionen gewonnen werden. Ziel ist es, das Netzwerk auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen.

*Setting-Ansatz:* Das Projekt nahm seinen Ausgangspunkt in fünf Kindertagesstätten des Stadtteils mit unterschiedlichen Trägerschaften, baute dort einen Arbeitskreis auf und entwickelte ein Konzept der umwelt- und gesundheitsbezogenen Armutsprävention. Mo.Ki. hat sich sukzessive vom Setting „Kindertagesstätte“ auf das Setting „Stadtteil“ erweitert.

*Evaluation:* Begleitet wird das Projekt durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main, welches einen Evaluationsbericht im Frühjahr 2005 erstellt hat (download unter [www.monheim.de/jugendamt](http://www.monheim.de/jugendamt)).

*Langfristigkeit:* Mo.Ki. konnte auf Dauer gesichert werden. Einstimmig sprach sich der Jugendhilfeausschuss Ende 2004 dafür aus, das Projekt in städtische Trägerschaft zu übernehmen. Seit Anfang 2005 gibt es im Jugendamt eine unbefristete Koordinierungsstelle.

*Beteiligungsmöglichkeiten/Bürgerschaftliches Engagement:* Bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten können sich Kinder, Eltern und Erzieherinnen beteiligen. Umgestaltungen des Wohnumfeldes erfolgen beispielsweise auf der Basis von Bewohnerbefragungen.

### Erfolgsfaktoren/Ratschläge für Nachahmer

- Schaffung einer Regiestelle
- bestehende Vernetzungsstrukturen nutzen und gegebenenfalls anpassen
- Projektinitiierung unter Beteiligung von Kooperationspartnern, um kostenfreie Angebote zu installieren
- Multiplikator suchen, einsetzen und schulen
- Förderung des Austausches durch die Verständigung und Orientierung auf eine gemeinsame Zielrichtung

### Projektträger und Beteiligte

- Stadt Monheim am Rhein (Projektträger seit 2005)
- Bezirksverband Niederrhein der Arbeiterwohlfahrt
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main
- Kreis Mettmann, Gesundheitsamt
- Stadtteilmanagement Berliner Viertel
- Kindertagesstätten im Berliner Viertel
- Träger und Vereine im Berliner Viertel
- Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
- ehrenamtliche Eltern- und Migrantengruppen

### Zielgruppen

- Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren
- Fach- und Honorarkräfte in Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen

## Projektkosten und Finanzierung

- Während der Projektphase 2002-2004: 118.000 Euro; 2005: ca 60.000 Euro
- Finanzierung in der Projektphase durch Fördermittel des Landschaftsverbandes Rheinland und Eigenanteil der Träger
- zusätzliche Förderung durch Spenden: Aktion Mensch

## Laufzeit

Seit 2002, mittlerweile fortlaufend (seit 2005 städtische Trägerschaft).

## Weitere Informationen

- <http://www.monheim.de/jugendamt/aktuelles/index.html>

## Ansprechpartnerin

### **Inge Nowak**

Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein  
Projektleiterin Mo.Ki.  
Grünauer Straße 10, 40789 Monheim am Rhein  
Telefon: 02173/68 75 14  
E-Mail: [inowak@monheim.de](mailto:inowak@monheim.de)

**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Gemeinschaftsaktion „SpielRäume schaffen“

Bremen

### Projektbeschreibung

Im Rahmen ihrer Gemeinschaftsaktion „SpielRäume schaffen“ fördern der Bremer Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. seit Oktober 1999 eine kinder- und familienfreundliche Umwelt und richten ihre Aktivitäten in enger Kooperation mit dem Bremer Verein SpielLandschaftStadt e.V. darauf, neue Spielflächen in der Stadt für Kinder zu erschließen. Ein Mobil-Team (zwei Landschaftsplanerinnen, eine Pädagogin und Honorarkräfte) begleitet die Gemeinschaftsaktion, macht Öffentlichkeitsarbeit und bietet Beratung und Unterstützung für SpielRaum-Initiativen. Begleitend wurde ein digitales Spielflächen-Informationssystem entwickelt, in dem alle Spiel- und Aktionsräume und die hausnahen und öffentlichen Spielplätze Bremens erfasst und abrufbar sind.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaktion sind in fünf Jahren 180 Spielräume auf Schulhöfen, in Kleingartengebieten, auf Sportvereinsflächen und im Straßenraum neu entstanden oder deutlich verbessert worden. Viele der durchgeführten Spielraumprojekte und Stadtteilerkundungen wurden von qualifizierten Moderatorinnen und Moderatoren begleitet, um die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zu befördern. Die Projekte der Gemeinschaftsaktion werden durch den Förderfonds „SpielRäume schaffen“ finanziell unterstützt.

SpielLandschaftStadt e.V. richtet sich mit Vorträgen und Seminaren rund um die Themen „Spielen“ und „Bewegung“ an Eltern, Erzieher, Lehrer und Planer. Mit Filmen, Fotos und Dokumentationen unterstützt der Verein die Arbeit an Schulen, Kindergärten und anderen Institutionen. SpielLandschaftStadt e.V. gibt darüber hinaus jährlich eine Publikation heraus (Thema 2004: Bewegte Kindheit; 2005: Kinderrechte).

### Weitere Informationen

- [www.spielandschaft-bremen.de](http://www.spielandschaft-bremen.de)

### Ansprechpartner

**Heiner Rehling**

SpielLandschaftStadt e.V.  
Horner Heerstraße 19, 28359 Bremen  
E-Mail: [info@spielandschaft-bremen.de](mailto:info@spielandschaft-bremen.de)  
Telefon: 0421/24289550

**Dr. Michael Schwarz**

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend  
und Soziales  
Contrescarpe 72, 28195 Bremen  
E-Mail: [michael.schwarz@soziales.bremen.de](mailto:michael.schwarz@soziales.bremen.de)  
Telefon: 0421/361-4401




**Gute-Praxis-  
Beispiel**

## Kiezdetektive

Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin

### Projektbeschreibung

Das Projekt „Kiezdetektive“ will Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren als Beteiligte und Experten in eigener Sache in Planungs- und Entscheidungsprozesse der gesunden Stadtentwicklung und -gestaltung einbinden. Die „Kiezdetektive“ in Friedrichshain-Kreuzberg sind 1999 als gemeinsames Vorhaben des Gesunde-Städte-Netzwerkes und der Lokalen Agenda 21 entstanden. Das Projekt wird seitdem jährlich von der Plan- und Leitstelle Gesundheit des Bezirks an verschiedenen Grundschulen des Bezirks durchgeführt. Das Konzept wurde vom Kinder- und Jugendbüro Marzahn entwickelt.

Das Projekt gibt Kindern die Chance, sich ihre Lebenswelt aktiv anzueignen und mitzugestalten; die Kinder erkunden ihr Lebens- und Wohnumfeld und benennen Probleme und Potentiale. Die Ergebnisse der Arbeit der Kiezdetektive werden in Ausstellungen der Öffentlichkeit und auf Kinderversammlungen den Bezirkspolitikern vorgestellt. Nach sechs Monaten werden auf einer Folgeversammlung die Umsetzungsergebnisse nachgefragt.

Bisher haben sich 19 Schulen, Kindertagesstätten und Freizeiteinrichtungen beteiligt. Etwa 400 Kinder waren als Kiezdetektive, überwiegend in Programmgebieten der Sozialen Stadt unterwegs (Stand 2004). Kooperiert wird mit verschiedenen Institutionen im Quartier, den Ressorts Gesundheit und Soziales, Jugend, Stadtentwicklung, Kultur und Wirtschaft des Bezirksamtes sowie wissenschaftlichen Einrichtungen. 2004 wurde das Projekt in ein im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung gefördertes Modellprojekt „Soziale Ökonomie für Kinder, Umwelt und Gesundheit am Boxhagener Platz“ integriert, wo es in Kombination mit dem Ansatz „Planning for Real“ als Planungs- und Aktivierungsmaßnahme der Kinder und Jugendlichen fungiert.

Der finanzielle Umfang des Projekts ist gering, personelle Ressourcen werden aus kommunalen Einrichtungen und von freien Trägern bereitgestellt. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) hat in seiner Initiative „Mehr Gesundheit für alle“ die Erstellung von Multiplikatorenmaterialien zu den „Kiezdetektiven“ gefördert.

### Weitere Informationen

- *Agenda-Transfer*, Agentur für Nachhaltigkeit GmbH [2002]: Der Gesundheit auf der Spur. Berliner Bezirke setzen auf Aufklärung, Pilotprojekte und Kitas, in: Stadtgespräche, Nr. 32/Januar, S. 5.
- [www.apug.de](http://www.apug.de)
- [www.gute-beispiele.de](http://www.gute-beispiele.de)
- [www.gesunde-staedte-netzwerk.de](http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de)

## Ansprechpartnerin

### **Ingrid Papies-Winkler**

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin  
Plan- und Leitstelle Gesundheit  
Müllenhoffstraße 17, 10967 Berlin  
E-Mail: [gespl@ba-fk.verwalt-berlin.de](mailto:gespl@ba-fk.verwalt-berlin.de)  
Telefon: 030/74755972

---

## Anhang

1.	Gute-Praxis-Beispiele im Überblick .....	245
2.	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner .....	251
3.	Sachregister .....	253



## Anhang 1: Gute-Praxis-Beispiele im Überblick

Handlungsfeld	Projekttitel	Stadt bzw. Kreis/Bundesland	Projekträger	Seite
Wohin soll die Reise gehen? Entwicklung von Leitbildern und Zielen	Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 – Leitlinien und Ziele	Heidelberg, Baden-Württemberg	Gemeinderat der Stadt Heidelberg	22
	Leitlinien zur Stadtentwicklung	Rostock, Mecklenburg-Vorpommern	Bürgerschaft (Stadtparlament) der Hansestadt Rostock	27
Miteinander geht's besser: Einbindung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ in integrative Programme	Perspektive München – Die Zukunft unserer Stadt	München, Bayern	Münchner Stadtrat	32
	Vom Agenda-Prozess zum Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept	Münster, Nordrhein-Westfalen	Rat der Stadt Münster	34
	Magdeburg: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt	Magdeburg, Sachsen-Anhalt	Landeshauptstadt Magdeburg	39
	München: Lokale Agenda 21 und Aktionspro- gramm Umwelt und Gesundheit	München, Bayern	Landeshauptstadt München	44
	Hansestadt Rostock: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt	Rostock, Mecklenburg-Vorpommern	Hansestadt Rostock	49
	Heidelberg: Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt	Heidelberg, Baden-Württemberg	Stadt Heidelberg	51
TÜV für Umwelt und Gesundheit: Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vor- haben	Integrierte Gesundheitsverträglichkeitsprüfung	Wiesbaden, Hessen	Landeshauptstadt Wiesbaden	57
	Prüfverfahren „Kinderfreundliche Stadt“	Rostock, Mecklenburg-Vorpommern	Hansestadt Rostock	61
	Planungs- und Entscheidungshilfe Zukunftsfähigkeit	Ostbevern, Nordrhein-Westfalen	Gemeinde Ostbevern	65
	Jour Fixe „Aktuelle Planungen“	Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen	Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf	66

Handlungsfeld	Projekttitel	Stadt bzw. Kreis/Bundesland	Projekträger	Seite
Daten für Taten: Berichterstattung	HEINZ 2005 – Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit	Hamburg	Zukunftsrat Hamburg	73
	Gesundheits- und Sozialberichterstattung mit Kernindikatoren	Bezirk Lichtenberg, Berlin	Abteilung für Umwelt und Gesundheit des Bezirks Lichtenberg von Berlin	78
	Nachhaltigkeitsbericht	Soilingen, Nordrhein-Westfalen	Agenda-Geschäftsstelle der Stadt Solingen	83
	Stadt-Gesundheitsprofile	Dresden, Sachsen	Geschäftsbereich Soziales der Landeshauptstadt Dresden	85
	Ökologisches Lehr- und Erfahrungsgelände – Natur mit allen Sinnen erleben	Bremen-Huchting, Bremen	Arbeit & Ökologie, Betrieb der ÖkoNet.gGmbH	88
Fit für Umwelt und Gesundheit: Beratungs- und Bildungsarbeit	Nürnberg – intelligent mobil	Nürnberg, Bayern	Geschäftsbereich Umwelt der Stadt Nürnberg	92
	Kampagne für den pestizidfreien Klein- und Hausgarten	Oldenburg, Niedersachsen	ehrenamtliche Projektgruppe im Rahmen der Lokalen Agenda	96
	Gesundheits- und Umwelttage	Rostock, Mecklenburg-Vorpommern	Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock	99
Umwelt und Gesundheit transparent gemacht: Themenorientierte Öffentlichkeit	„Ich laufe gern!“	Heidelberg, Baden-Württemberg	Agenda-Büro der Stadt Heidelberg	102
	Broschüre: „Bewegte Stadt – Stadt in Bewegung“	Magdeburg, Sachsen-Anhalt	Umweltamt und Gesunde-Städte-Büro der Landeshauptstadt Magdeburg	106
	Kinder und Kartoffeln: Aktionen zum Welternährungsstag	Kassel, Hessen	Umwelt- und Gartenamt der Stadt Kassel	107

Handlungsfeld	Projekttitel	Stadt bzw. Kreis/Bundesland	Projekträger	Seite
Blauer Himmel – Wohlbefinden: Reinhalung der Außenluft	Luftreinhalung Leipzig: Luftreinhalteplan und Aktionsplan zur Luftreinhalung	Leipzig, Sachsen	Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Luftreinhalteplan)	113
	Bürgerservice Pendlernetz NRW – eine Initiative von Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen	diverse Städte und Kreise, Nordrhein-Westfalen	Regierungspräsidium Leipzig (Aktionsplan) Arbeitsgemeinschaft Bürgerservice Pendlernetz NRW	119
Gute Luft in allen Räumen: Luftqualität in Innenräumen	Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhalung in kommunale Verwaltung und Organisation	Augsburg, Bayern	Umweltamt der Stadt Augsburg	123
	Luftreinhalung mit jährlicher Berichterstattung	Ilm-Kreis, Thüringen	Umweltamt des Ilm-Kreises	124
	Untersuchungsprogramm Schadstoffbelastung in Innenräumen	Heidelberg, Baden-Württemberg	Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg	128
	Bündnis für rauchfreie Schulen	Delmenhorst, Niedersachsen	Gesundheitsamt der Stadt Delmenhorst	131
	Baufibel	Bad Neustadt/Schweinfurt/Landkreis Bad Kissingen, Bayern	Lokale Agenda 21 des Landkreises Kissingen sowie der Städte Bad Neustadt und Schweinfurt	135
Vorbeugen durch Dialog: Strahlenschutz am Beispiel Mobilfunk	farbenfroh und nachhaltig – Bunter Faden für nachhaltiges Heimwerken	Heidelberg, Baden-Württemberg	Fachbereich Gesundheitsförderung des Amtes für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg	137
	Runder Tisch Mobilfunk	Erlangen, Bayern	Stabsstelle Kommunale Agenda 21 der Stadt Erlangen	142
	Interessengemeinschaft Mobilfunk Oldenburg (IMoO)	Oldenburg, Niedersachsen	Interessengemeinschaft Mobilfunk Oldenburg (IMoO)	145
EMF-Wachhund		Mainz, Rheinland-Pfalz	Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz Johannes-Gutenberg-Universität Mainz	148

Handlungsfeld	Projekttitel	Stadt bzw. Kreis/Bundesland	Projekträger	Seite
In der Ruhe liegt die Kraft: Lärmbekämpfung	Lebenswert leise	Norderstedt, Schleswig-Holstein	Fachbereich Umwelt der Stadt Norderstedt	153
	Lärm – das „überhörte“ Gesundheitsproblem: Informationen der Kompass-Umweltberatung Viernheim	Viernheim, Hessen	Verein „Kompass Umwelt- und Energieberatung e.V.“	159
	Bürgerbeteiligung bei Lärminderungsplanung	Magdeburg, Sachsen-Anhalt	Umweltamt der Landeshauptstadt Magdeburg	163
Ohne geht's nicht: Gewässer-, Grundwasser- und Trinkwasserschutz	Integration eines Verfahrens zur Lärmvermeidung und Luftreinhaltung in kommunale Verwaltung und Organisation	Augsburg, Bayern	Umweltamt der Stadt Augsburg	164
	Saubere Neiße	Görlitz, Sachsen	Umweltamt der Stadt Görlitz (Deutschland) Landratsamt Zgorzelec (Polen) Umweltreferat der Kreisverwaltung Liberec (Tschechien)	170
	Aqua 21	Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen	Umweltamt des Kreises Steinfurt	174
	Das nexus-Projekt – Initiative für Wasser und Ernährung	Göttingen, Niedersachsen	Stadtwerke Göttingen AG	178
	Trinkwasserschutz	München, Bayern	Stadtwerke München	179
Der Boden unter unseren Füßen: Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Altlastenmanagement	Allablagerung Osnabrück-Wüste: Sanierung bewohnter Altlasten	Osnabrück, Niedersachsen	Stadtverwaltung Osnabrück	184
	Zukunft Freiburg: Flächennutzungsplan 2020	Freiburg, Baden-Württemberg	Stadt Freiburg	188
	Digitale Bodenbelastungskarten und Altlastenkataster	Hagen, Nordrhein-Westfalen	Umweltamt der Stadt Hagen	192
	„Ein Platz für die Marie“ – Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung einer Stadtrache	Bezirk Prenzlauer Berg, Berlin	Naturschutz- und Grünflächenamt des Bezirks Prenzlauer Berg von Berlin	194



Handlungsfeld	Projekttitel	Stadt bzw. Kreis/Bundesland	Projekträger	Seite
Auch ohne Auto zum Ziel: Umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität	Bus mit Füßen – Pilotprojekt für Mobilitätsmanagement an Schulen	München, Bayern	Green City e.V.	200
	Der Bürgerbus – Mobilitätsmanagement mit den Bürgern der Stadt	Kevelaer, Nordrhein-Westfalen	Stadtwerke Kevelaer	204
	Runder Tisch „Prävention von Kinderunfällen“	Dortmund, Nordrhein-Westfalen	Kinderschutzbund Dortmund	208
	Mobilitätsmanagement an Schulen	Herne und Marl, Nordrhein-Westfalen	Stadt Herne Stadt Marl	210
Schöner Wohnen: Wohnumfeldverbesserung	Bürgergutachten: Attraktive Wege, Parkraum- management und Straßenraumgestaltung	Karlsruhe, Baden-Württemberg	Koordinierungsstelle Stadtplanung der Stadt Karlsruhe	216
	Schniewind'scher Park – Umgestaltung der An- lage mit intensiver Bewohnerbeteiligung und Beschäftigungsförderung	Wuppertal, Nordrhein-Westfalen	Geschäftsstelle der Geschäftsbereiche Soziales und Kultur der Stadt Wuppertal	221
	Leipziger Osten: „Stadtumbau nicht ohne uns – Eine Stadt als Spielraum“	Leipzig, Sachsen	Stadt Leipzig	225
	Förderprogramm Hausbegrünung und Fassadenneugestaltung	Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen	Stadt Düsseldorf	227
Draußen spielen leicht gemacht: Umweltbezogene Spiel- und Bewegungsförderung	Moving Kids – Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten	Altona-Lurup, Hamburg	Hamburger Forum Spielräume im Institut für urbane Bewegungskulturen e.V.	232
	Mo.Ki. – Monheim für Kinder: Ein Modellprojekt zur Förderung von Kindern und Familien	Monheim/Rhein, Nordrhein-Westfalen	Stadt Monheim am Rhein	236
	Gemeinschaftsaktion „Spielräume schaffen“	Bremen	Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales des Landes Bremen	240
	Kiezdetektive	Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin	Plan- und Leitstelle Gesundheit des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin	241



## Anhang 2: Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

### **Dr. Hedi Schreiber**

Umweltbundesamt (UBA)  
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit  
– Geschäftsstelle –  
Postfach 33 00 22, 14191 Berlin  
E-Mail: hedi.schreiber@uba.de  
Telefon: 030/8903-1105

### **Christa Böhme**

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin  
E-Mail: boehme@difu.de  
Telefon: 030/39001-291

### **Marcus Pierk**

agenda-transfer,  
Agentur für Nachhaltigkeit GmbH  
Budapester Straße 11, 53111 Bonn  
E-Mail: pierk@agenda-transfer.de  
Telefon: 0228/60461-32

### **Prof. Dr. Eberhard Göpel**

Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)  
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen  
Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg  
E-Mail: eberhard.goepel@sgw.hs-magdeburg.de  
Telefon: 0391/886-4304

### **Waldemar Süß**

Universitätsklinikums Eppendorf  
Institut für Medizin-Soziologie  
Martinistraße 52, 20246 Hamburg  
E-Mail: suess@uke.uni-hamburg.de  
Telefon: 040/42803-2096

### **Dr. Rainer Fehr**

Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst  
des Landes Nordrhein-Westfalen (lögD)  
Westerfeldstraße 35-37, 33611 Bielefeld  
E-Mail: rainer.fehr@loegd.nrw.de  
Telefon: 0521/8007-253



## Anhang 3: Sachregister

	<i>Seite</i>
Abfallwirtschaft .....	180 ff.
Altlastenmanagement .....	180 ff.
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) .....	5, 10, 17, 44 ff., 68, 232 ff., 241
Bauleitplanung .....	53 f., 66, 154, 188 ff., 214
Befähigung .....	15, 146, 161, 175
Beratungsarbeit .....	86 ff., 159 ff.
Berichterstattung .....	68 ff., 124
Bewegungsförderung .....	102 ff., 194, 225, 229 ff.
Bildungsarbeit .....	86 ff.
Bodenschutz .....	180 ff.
Breitenwirkung .....	13, 58, 89, 94, 100, 120, 237
Bürgerbeteiligung/Bürgerschaftliches Engagement .....	15, 41, 75, 87, 116, 129, 132, 146, 155, 161, 163, 171, 175, 186, 189, 194 ff., 204 ff., 216 ff., 221 ff., 225
Evaluation .....	14, 23 f., 29, 41, 46, 58 f., 62, 116, 132, 171, 185, 202, 237
Feinstaub .....	5, 109 ff.
Flächenverbrauch .....	189 ff.
Geschlechtergerechtigkeit .....	14, 75, 80
Gesunde-Städte-Netzwerk .....	11, 18, 27, 36 ff., 71, 78 f., 99 f., 106, 116, 129, 214, 241
Gesundheitsberichterstattung .....	44, 68 ff.
Gesundheitsverträglichkeitsprüfung .....	53 ff.
Gewässerschutz .....	166 ff.
Grundwasserschutz .....	166 ff.
Impulswirkung .....	13, 185, 202, 206
Innovativer Gehalt .....	13, 80, 116, 120, 155, 175, 185, 189, 206
Kinder und Jugendliche .....	44, 61 ff., 107, 131 ff., 174 ff., 194 f., 200 ff., 208 f., 210 f., 225 f., 229 ff.
Kindertagesstätten .....	103, 128 ff., 230, 232 ff.
Kommunikation .....	15, 29, 34, 41, 58, 94, 97 ff., 116, 132, 135, 140 ff., 156, 159 ff., 171, 186, 233
Konzeptionelle Einbindung .....	12, 58, 62, 75, 80, 115, 202, 206, 218

Langfristigkeit .....	14, 45, 58, 62, 93, 100, 103, 116, 129, 132, 160, 175, 189, 206
Lärmbekämpfung .....	40, 92 ff., 123, 149 ff.
Leitbilder .....	17 ff., 153 f.
Luftqualität in Innenräumen .....	125 ff.
Luftreinhaltung .....	92 ff., 109 ff., 164
Mittelverwendung .....	14, 120, 155, 171, 175
Mobilfunk.....	139 ff.
Mobilität .....	92 ff., 102 ff., 196 ff.
Nachhaltigkeitsberichterstattung.....	23 f., 46, 69, 73 ff., 83 f.
Nachhaltigkeitsprüfung .....	55, 65
Öffentlichkeitsarbeit .....	15, 29, 34, 41, 58, 94, 97 ff., 116, 132, 135, 140 ff., 156, 159 ff., 171, 186, 233
ÖPNV .....	113 ff., 196 ff.
Qualifizierung .....	15, 146, 161, 175
Radverkehr .....	93, 114, 154, 196, 210
Schulen .....	49, 51, 96, 103, 128 ff., 131 ff., 174 ff., 200 ff., 210 f., 230, 241
Setting-Ansatz .....	13, 45 f., 89, 129, 132, 175, 218, 222, 233, 237
Soziale Stadt .....	10 f., 36 ff., 44 f., 71, 88 ff., 214, 221, 225, 227, 231 ff.
Spiel- und Bewegungsförderung .....	194, 225, 229 ff.
Stadtentwicklung .....	22 ff., 36 f., 49 ff.,
Stadtteil .....	40 f., 44 f., 88 ff., 163, 184 ff., 231 ff.
Strahlenschutz .....	139 ff.
Trinkwasserschutz .....	166 ff.
Umweltberichterstattung .....	68 ff., 124
Umweltgerechtigkeit .....	14, 45 f., 143
Umweltverträglichkeitsprüfung .....	53 ff., 154
Verkehr .....	92 ff., 102 ff., 113 ff., 153 ff. 196 ff., 216 f.
Wohnen .....	125 ff., 212 ff.
Wohnumfeldverbesserung .....	194, 212 ff., 229 ff.
Ziele .....	17 ff., 73 ff., 85, 153,